



HESSISCHER LANDTAG

14. 12. 2005

87. Sitzung

Wiesbaden, den 14. Dezember 2005

	Seite		Seite
Amtliche Mitteilungen	5985	Minister Volker Bouffier	6038
<i>Entgegengenommen</i>	5985	<i>Vizepräsidentin Ruth Wagner</i>	6040
Präsident Norbert Kartmann	5985		
6. a) Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltspolans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2006 (Haushaltsgesetz 2006) und zur Änderung anderer Rechtsvorschriften – Drucks. 16/4934 zu Drucks. 16/4584 –	5985	Einzelplan 05	
<i>Beratung begonnen</i>	6097	Heike Hofmann	6040
b) Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Finanzausgleichsänderungsgesetz 2006 – Drucks. 16/4935 zu Drucks. 16/4585 –	5985	Nicola Beer	6042
<i>Beratung begonnen</i>	6097	Boris Rhein	6043, 6045
Jürgen May	5985	Nancy Faeser	6045
Präsident Norbert Kartmann	5986	Dr. Andreas Jürgens	6045
Vizepräsidentin Ruth Wagner	6097	Minister Jürgen Banzer	6046
Einzelplan 01		Präsident Norbert Kartmann	6048
Präsident Norbert Kartmann	5986		
Einzelplan 02			
57. Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP betreffend Haushaltsgesetz 2006 verfassungsgemäß ausgestalten – Drucks. 16/4951 –	5986	Einzelpläne 06, 14, 17 und 18	
<i>Abgelehnt</i>	6031	29. Antrag der Fraktion der SPD betreffend Wieder einföhrung der Vermögensteuer in Hessen – Drucks. 16/4867 –	6048
		<i>Beratung begonnen</i>	
58. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend Missachtung der Würde des Hessischen Staatsgerichtshofs durch die SPD-Fraktion – Drucks. 16/4955 –	5986	Norbert Schmitt	6048
<i>Angenommen</i>	6031	Sigrid Erfurth	6050
Jürgen Walter	5986	Roland von Hunnius	6052
Ministerpräsident Roland Koch	5996	Gottfried Milde (Griesheim)	6054
Tarek Al-Wazir	6008	Clemens Reif	6056
Jörg-Uwe Hahn	6017	Minister Karlheinz Weimar	6057
Dr. Christean Wagner (Lahntal)	6026	Vizepräsidentin Sarah Sorge	6058
Vizepräsident Frank Lortz	6031		
Einzelplan 03		Einzelplan 07	
Günter Rudolph	6031	28. Antrag der Fraktion der SPD betreffend Regionalisierungsmittel des Bundes ausschließlich für ÖPNV verwenden – Drucks. 16/4866 –	6058
Birgit Zeimetz-Lorz	6034	<i>Beratung begonnen</i>	
Jürgen Frömmrich	6035	60. Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Landesregierung muss Finanzierung des ÖPNV langfristig sicherstellen – Drucks. 16/4967 –	6058
Jörg-Uwe Hahn	6037	<i>Beratung begonnen</i>	
		Uwe Frankenberger	6059
		Margaretha Hölldobler-Heumüller	6060
		Michael Boddenberg	6062, 6066
		Michael Denzin	6064
		Mathias Wagner (Taunus)	6066, 6068
		Dr. Walter Lübcke	6068
		Dieter Posch	6068
		Minister Dr. Alois Rhiel	6069, 6072
		Jürgen Walter	6072
		Vizepräsidentin Sarah Sorge	6072

	Seite		Seite
Einzelplan 08			
23. Antrag der Fraktion der FDP betreffend Vorsorgemaßnahmen und gesundheitspolitische Aktivitäten der Landesregierung gegen die drohende Vogelgrippe in Hessen – Drucks. 16/4646 –	6073	59. Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Vorlage der Jahresabschlüsse 2003 und 2004 des Landesbetriebes Hessen-Forst – Drucks. 16/4956 –	6085
<i>Beratung begonnen</i>		<i>Beratung begonnen</i>	
Petra Fuhrmann	6073	Reinhard Kahl	6085
Kordula Schulz-Asche	6075	Gernot Grumbach	6085
Florian Rentsch	6078	Ursula Hammann	6087
Anne Oppermann	6081	Heinrich Heidel	6089
Ministerin Silke Lautenschläger	6082	Elisabeth Apel	6091
Vizepräsidentin Ruth Wagner	6084	Martin Häusling	6093
Einzelplan 09		Minister Wilhelm Dietzel	6095
34. Antrag der Fraktion der FDP betreffend Sicherstellung der Koordination bei Fleischkontrollen in Hessen – Drucks. 16/4875 –	6084	Vizepräsidentin Ruth Wagner	6097
<i>Beratung begonnen</i>		Einzelplan 10	
39. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Konsequenzen aus dem Fleischskandal: umfassende Verbraucherinformation und bessere Kontrollen – Drucks. 16/4882 –	6084	Vizepräsidentin Ruth Wagner	6097
<i>Beratung begonnen</i>		Einzelplan 11	
		Vizepräsidentin Ruth Wagner	6097
		49. Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen – Drucks. 16/4708 –	6097
		<i>Beschlussempfehlungen angenommen</i>	6097
		Vizepräsidentin Ruth Wagner	6097

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann
 Vizepräsident Frank Lortz
 Vizepräsident Lothar Quanz
 Vizepräsidentin Sarah Sorge
 Vizepräsidentin Ruth Wagner

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch
 Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner
 Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund Jochen Riebel
 Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier
 Minister der Finanzen Karlheinz Weimar
 Minister der Justiz Jürgen Banzer
 Kultusministerin Karin Wolff
 Minister für Wissenschaft und Kunst Udo Corts
 Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dr. Alois Rhiel
 Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz Wilhelm Dietzel
 Sozialministerin Silke Lautenschläger
 Staatssekretär Dirk Metz
 MinDirig Günter Kunz
 Staatssekretär Dr. Walter Arnold
 Staatssekretär Dr. Thomas Schäfer
 Staatssekretär Karl-Joachim Jacobi
 Staatssekretär Prof. Dr. Joachim-Felix Leonhard
 Staatssekretär Bernd Abeln
 Staatssekretär Gerd Krämer

Abwesende Abgeordnete:

Gerhard Becker (Nidda)

(Beginn: 9.04 Uhr)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 87. Plenarsitzung des Hessischen Landtags, heiße Sie herzlich willkommen und wünsche einen guten Morgen.

(Zurufe: Guten Morgen!)

– Ich sehe, dass die Tatsache, dass der Bundesminister der Verteidigung aus Hessen kommt, erste Wirkungen zeigt.

(Heiterkeit – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es fehlt aber noch die Übung!)

– Ja, das müssen wir noch üben. Ich dachte nicht, dass es so schnell geht, aber ich bin sehr zufrieden damit.

Meine Damen und Herren, zur Tagesordnung. Wir haben die Punkte 1 bis 5, 7 und 8, 10 und 11, 17 und 20 erledigt.

Wir tagen heute bis zur Erledigung der vereinbarten Einzelpläne des Haushalts ohne Mittagspause und beginnen mit Tagesordnungspunkt 6 a, der zweiten Lesung des Haushaltsgesetzes 2006, Drucks. 16/4934 zu Drucks. 16/4584, sowie Tagesordnungspunkt 6 b, der zweiten Lesung des Finanzausgleichsänderungsgesetzes 2006, Drucks. 16/4935 zu Drucks. 16/4585. Bei TOP 6 a werden mit dem Einzelplan 02 die Tagesordnungspunkte 57 und 58, mit dem Einzelplan 06 der Tagesordnungspunkt 29, mit dem Einzelplan 07 die Tagesordnungspunkte 28 und 60, mit dem Einzelplan 08 der Tagesordnungspunkt 23 und mit dem Einzelplan 09 die Tagesordnungspunkte 34 und 39 aufgerufen.

Zum Ende der Sitzung rufen wir Tagesordnungspunkt 49, Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen, Drucks. 16/4708, auf.

Herr Dr. Rhiel, Herr Riebel und Herr Grüttner sind auf verschiedenen Konferenzen ihrer Ressorts in Stuttgart

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Riebel noch nicht!)

– er ist noch da, weil er Sie noch einmal sehen wollte, Herr Kaufmann –

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das begrüße ich außerordentlich!)

bzw. zu Bundesratsvorbereitungen in Berlin.

Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen mitteilen, dass die Ausstellung Atfaluna – Zukunft für hörgeschädigte Kinder in Palästina –, die heute Abend um 18 Uhr im Foyer des Rathauses eröffnet werden sollte, erst um 19 Uhr eröffnet wird.

Meine Damen und Herren, ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

a) Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltspans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2006 (Haushaltsgesetz 2006) und zur Änderung anderer Rechtsvorschriften – Drucks. 16/4934 zu Drucks. 16/4584 –

Berichterstatter ist Herr Abg. May.

b) Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Finanzausgleichsänderungsgesetz 2006 – Drucks. 16/4935 zu Drucks. 16/4585 –

Auch hier ist Herr Kollege May Berichterstatter, und ich erteile ihm jetzt das Wort. Bitte schön, Herr May.

Jürgen May, Berichterstatter:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich berichte zunächst zum Haushaltsgesetz 2006: Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung anzunehmen. Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Plenum des Weiteren, zu den Einzelplänen die Beschlüsse zu fassen, die Ihnen aufgelistet sind. Am Ende dieser Auflistung finden Sie eine wichtige Feststellung: Wir haben uns einvernehmlich darauf verständigt, alle Änderungsanträge erst zur Vorbereitung der dritten Lesung im Haushaltsausschuss aufzurufen, zu beraten und zu beschließen.

Der Gesetzentwurf war dem Haushaltsausschuss in der 82. Plenarsitzung am 3. November 2005 nach der ersten Lesung –

(Unruhe)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege, einen Augenblick bitte. – Herr Kollege May, ich möchte, dass Ihnen jeder zuhört. Das ist noch nicht gewährleistet. Bitte beginnen Sie noch einmal von vorn, damit es jeder hört.

Jürgen May, Berichterstatter:

Der Gesetzentwurf war dem Haushaltsausschuss in der 82. Plenarsitzung am 3. November 2005 nach der ersten Lesung zur Vorbereitung der zweiten Lesung überwiesen worden. Die Änderungsanträge wurden dem Haushaltsausschuss am 5. und 6. Dezember 2005 vom Präsidenten überwiesen.

Die Berichterstatterinnen und Berichterstatter haben in der Zeit vom 3. bis 18. November 2005 die kurSORische Lesung der Einzelpläne durchgeführt.

Der Haushaltsausschuss hat die Kommunalen Spitzenverbände und den Landeswohlfahrtsverband Hessen in seiner Sitzung am 17. November 2005 angehört.

Der Haushaltsausschuss hat den Gesetzentwurf und die Einzelpläne in seiner Sitzung am 7. Dezember 2005 behandelt und mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP die eben wiedergegebene Beschlussempfehlung gefasst. – So weit zum Haushaltsgesetz 2006.

Nun zum Finanzausgleichsänderungsgesetz. Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf unter Berücksichtigung des Änderungsantrages Drucks. 16/4920 in zweiter Lesung anzunehmen.

Der Gesetzentwurf war dem Haushaltsausschuss in der 82. Plenarsitzung am 3. November 2005 nach der ersten Lesung zur Vorbereitung der zweiten Lesung überwiesen worden. Der Änderungsantrag wurde dem Haushaltsausschuss vom Präsidenten am 6. Dezember 2005 überwiesen.

Der Haushaltsausschuss hat in seiner Sitzung am 17. November 2005 eine Anhörung der Kommunalen Spitzenverbände und des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen durchgeführt.

Der Haushaltsausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 7. Dezember 2005 beraten und mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen der SPD, des BÜND-

NISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP den zuvor wiedergegebenen Beschluss gefasst.

Zuvor wurde der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucks. 16/4920, mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen der SPD und der FDP bei Stimmenthaltung des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN angenommen.

(Allgemeiner Beifall)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege May, vielen Dank für die Berichterstattung.

(Reinhard Kahl (SPD): Es war schlecht, aber er hat es gut vorgetragen!)

Meine Damen und Herren, ich hatte Ihnen bereits mitgeteilt, dass wir zu den Einzelplänen einzelne Anträge aufrufen; das ist auch der Anlage zu Tagesordnungspunkt 6 a zu entnehmen. Die Abstimmung – das darf ich Ihnen mitteilen, weil es wichtig ist – über die Einzelpläne findet allerdings vereinbarungsgemäß erst am Ende der Beratung über alle Einzelpläne statt, d. h. am morgigen Donnerstag.

Wir haben gestern vereinbart, dass wir den Antrag der CDU heute nach der Lesung des Einzelplans 02 zur Abstimmung bringen.

Der Anlage zu Tagesordnungspunkt 6 können Sie ebenfalls entnehmen, dass sich die Fraktionen im Ältestenrat auf eine Redezeit von 145 Minuten je Fraktion verständigt haben, und zwar ohne Begrenzung der Redezeit des einzelnen Redners bzw. der einzelnen Rednerin. Dabei können maximal 25 Minuten auf den morgigen Donnerstag übertragen werden. Das ist die Regelung. Das haben wir voriges Jahr geübt, und das machen wir dieses Jahr wieder so.

Um uns hier oben im Präsidium das Geschäft zu erleichtern, haben die Fraktionen für die jeweiligen Einzelpläne eine Redezeit angemeldet. Diese Gesamtredezeitliste liegt uns hier vor. Wir werden dann im Sinne der Fraktionen den jeweiligen Redner darauf hinweisen, falls er Redezeit des nachfolgenden Kollegen klaut. Das steuern wir hier also ein bisschen mit.

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt den

Einzelplan 01 – Hessischer Landtag –

auf. Eine Aussprache wird nicht gewünscht. Damit ist dieser Einzelplan gelesen.

Ich rufe jetzt vereinbarungsgemäß den

Einzelplan 02 – Hessischer Ministerpräsident –

sowie **Tagesordnungspunkt 57:**

Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP betreffend Haushaltsgesetz 2006 verfassungsgemäß ausgestalten – Drucks. 16/4951 –

und **Tagesordnungspunkt 58:**

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend Missachtung der Würde des Hessischen Staatsgerichtshofs durch die SPD-Fraktion – Drucks. 16/4955 –

auf und erteile dem Fraktionsvorsitzenden der Fraktion der SPD das Wort. Vereinbarungsgemäß spricht erst die SPD, dann die Regierung, dann das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die FDP und zum Schluss die CDU. – Herr Kollege Walter, Sie haben das Wort.

Jürgen Walter (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Vorzeichen der diesjährigen Generaldebatte zum Haushalt 2006 unterscheiden sich durchaus von den Vorzeichen der vergangenen Generaldebatten. Ich meine damit nicht nur, dass wir heute in anderen Räumlichkeiten diskutieren als in den letzten Jahren, sondern zum ersten Mal, jedenfalls seitdem ich diesem Haus angehöre, werden wir mit dem Jahre 2006 ein Jahr beginnen, ohne dass ein Haushalt verabschiedet worden ist. Zum anderen haben wir seit dem 22. November dieses Jahres – das ist ebenfalls erstmalig – eine Bundeskanzlerin in Deutschland, die das gleiche Parteibuch wie der Hessische Ministerpräsident und die Mitglieder der Landesregierung ihr Eigen nennt.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

– Das freut die Kolleginnen und Kollegen der Union. – Es versteht sich von selbst, dass der zweite Aspekt, was die Vorzeichen angeht, für die heutige Debatte von nicht unerheblich größerer Bedeutung ist als der erste Aspekt. Trotzdem will ich auch in dieser Debatte noch einmal daran erinnern, dass die Hessische Landesregierung die Einbringung des Haushalts aus rein wahlaktischen Gründen verschleppt hat und dass wir aus diesen Gründen im nächsten Jahr keinen Haushalt am Anfang des Jahres haben werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der hessische Finanzminister, der gute Herr Weimar, hat in der Öffentlichkeit erklärt, er wolle zunächst den Ausgang der Bundestagswahl am 18.09. abwarten, weil dies – so der hessische Finanzminister – die Rahmenbedingungen für den hessischen Haushalt 2006 massiv verändern würde.

(Clemens Reif (CDU): Das war höchst vernünftig!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Finanzminister, diese Aussage war erkennbarer Unsinn.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn selbst bei einer CDU-Alleinregierung hätte sich die Einnahmeseite des Haushaltes 2006 nicht wesentlich verändert können. Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, der hessische Finanzminister wusste bereits im Frühjahr dieses Jahres, dass der Haushalt im Jahre 2006 erneut ein Zeugnis der vollumfänglichen Unfähigkeit dieser Landesregierung ist, mit den Steuergeldern der Bürgerinnen und Bürger umzugehen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies führt uns unmittelbar zum Kern der heutigen Debatte. Ich trage dies nicht vor, weil ich der Auffassung bin, dass das Wiederholen alter Vorwürfe besonders originell wäre. Vielmehr ist es schon eine Hausnummer, wenn die CDU-Landesregierung einen Landeshaushalt deshalb nicht rechtzeitig vorlegt, weil sie befürchtet, dass die Vorlage des Haushalts das Wahlergebnis der hessischen Union bei der Bundestagswahl massiv beeinträchtigen würde.

(Lachen bei der CDU)

Ein deutlicherer Beleg, ein deutlicheres Zeichen für die katastrophale Haushaltssituation in unserem Land ist wohl kaum vorstellbar.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Finanzminister, ich würde mich mit der großen Freude ein bisschen zurückhalten. Selbstverständlich komme ich in den einzelnen Punkten noch auf den Haushalt zurück.

Zunächst möchte ich mich aber mit dem zweiten veränderten Vorzeichen des heutigen Tages befassen: der veränderten Konstellation in Berlin.

(Clemens Reif (CDU): Wieso fangen Sie nicht vorne an?)

Wissen Sie, für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hat sich, jedenfalls auf den ersten Blick, nicht wirklich viel verändert. Wir wurden für die Regierungspolitik in Berlin in Mitverantwortung genommen, und insofern bin ich optimistisch:

(Lachen bei der CDU – Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Wir werden auch für den Rest der Legislaturperiode für die Regierungspolitik in Berlin in Mitverantwortung genommen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben in diesem Hause stets die Reformpolitik von Altkanzler – so will er nicht genannt werden, wobei „Kanzler vor Angela Merkel“ etwas sperrig klingt –

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Aufsichtsratsvorsitzender! – Heiterkeit)

Gerhard Schröder gegen Angriffe von Schwarz-Gelb verteidigt.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Er ist entlassen worden!)

Herr Kollege Wagner, neu ist allerdings, dass mittlerweile auch die Bundesvorsitzende der CDU und deutsche Bundeskanzlerin mehr als lobende Worte für diese Politik findet. In ihrer Regierungserklärung – ich glaube, das war vor exakt 14 Tagen – hat sie sogar die Fortsetzung dieser Politik angekündigt.

(Demonstrativer Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man sich die Beschimpfungen der CDU in den vergangenen Jahren vergegenwärtigt, ist es ein geradezu unglaublicher Vorgang – Franz Josef ist jetzt in Berlin, wir hatten schon darüber gesprochen –, wenn die ehemalige Oppositionsführerin jetzt die Politik ihres Vorgängers ausdrücklich lobt. Ich zitiere Angela Merkel wörtlich aus ihrer Regierungserklärung:

Ich möchte Bundeskanzler Schröder ganz persönlich dafür danken, dass er mit seiner Agenda 2010 mutig und entschlossen eine Tür aufgestoßen hat, eine Tür zu Reformen, und dass er die Agenda gegen Widerstände durchgesetzt hat.

(Beifall bei der SPD – Zurufe)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen der Union, ich halte es für nicht in Ordnung, wenn ich Ihre Parteivorsitzende zitiere und Sie hineinreden. Hören Sie doch einmal zu.

(Beifall bei der SPD – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das kam doch auch vom linken Flügel!)

– Jetzt regen Sie sich nicht so auf. Was ist das für ein Zustand in diesem Haus? Man zitiert Angela Merkel, und die Leute werden unruhig.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Herr Wagner, ich kann nicht ändern, was sie gesagt hat.

(Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

Sie sagt in ihrer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag weiter:

Damit hat er sich um unser Land verdient gemacht.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Was soll sie sonst sagen?)

Nicht zuletzt dafür möchte ich ihm im Namen aller Deutschen danken.

(Beifall bei der SPD)

Sie können einmal sehen: Der Ministerpräsident sieht nicht wirklich glücklich aus bei diesen Worten seiner Parteivorsitzenden.

(Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Was macht er jetzt bei Gasprom? Schröder gibt Gas! – Allgemeine Heiterkeit und Beifall)

Herr Ministerpräsident, Sie sind auch auf die neue Linie der Union eingeschwungen. Manche behaupten, dass der Hessische Ministerpräsident seiner Bundeskanzlerin mittlerweile so nahe steht, dass er versucht, sich den Titel des Kanzlerinnenflüsterers zu erarbeiten.

(Heiterkeit des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Aber, Herr Ministerpräsident, wie gefallen Ihnen diese Worte Ihrer Parteivorsitzenden? Denn die Politik, die Angela Merkel so lobt, ist exakt die Politik, die Sie, Herr Ministerpräsident, über Jahre hinweg im Bundesrat brutalstmöglich bekämpft haben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sehe, Herr Boddenberg wird unruhig, ist nicht einverstanden mit dem, was ich sage. Ich sage immer: was zu beweisen ist.

(Michael Boddenberg (CDU): Rhetorikseminar!)

Ich zitiere jetzt aus dem Landtagsprotokoll der Sitzung vom 08.06.2005 aus einer Rede des Hessischen Ministerpräsidenten,

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

wohlgemerkt, vom 08.06.2005, also quasi vorgestern. Da sagt der gute Herr Ministerpräsident wörtlich – Frau Wagner, hören Sie zu, dieser Satz ist spannend –:

Ich werde immer dagegen kämpfen, dass wir die Eigenheimzulage abschaffen, weil ich das für gesellschaftspolitisch falsch hielt.

Das war der Hessische Ministerpräsident wörtlich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich es richtig sehe, wird der Deutsche Bundestag morgen mit den Stimmen der Koalition für die Abschaffung dieser unsinnigen Subvention stimmen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Wie war es bei der Mehrwertsteuer?)

In sieben Tagen, am 21. Dezember, wird der Ministerpräsident höchstselbst der Abschaffung der Eigenheimzulage im Bundesrat ebenfalls zustimmen.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Dafür nimmt er 3 % Mehrwertsteuer!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man sieht, auch heute noch ist das gesellschaftliche Sein durchaus dazu geeignet, das gesellschaftliche Bewusstsein radikal zu verändern. Kurz gesagt: Bei unserem Hessischen Ministerpräsidenten bestimmt der Standort den Standpunkt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber das ist ein ernstes Thema. Rot-Grün hat in den letzten sieben Jahren sehr viel für unser Land Deutschland getan. Wir hätten noch viel mehr tun können,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wenn dieser Ministerpräsident und die Union es nicht im Bundesrat brutalstmöglich bekämpft hätten.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Fünf Millionen Arbeitslose! – Michael Boddenberg (CDU): Deswegen geht es uns ja so gut, Herr Walter!)

– Deshalb geht es uns auch so gut, Herr Kollege Boddenberg, ganz genau.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das war ironisch gemeint!)

Denn wären diese unsinnigen Subventionen bereits im Jahr 2003 abgeschafft worden, wären auch die Rahmenbedingungen des hessischen Haushalts deutlich besser, als sie es heute sind, Herr Finanzminister.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist im Übrigen ein hessisches Thema. Jetzt komme ich tatsächlich zu den veränderten Vorzeichen. Die Tatsache, dass die Hessische Landesregierung und die hessische Union nun nicht mehr von ihren eigenen Fehlern durch Schulzuweisungen an den Bund ablenken können, eröffnet – ich bleibe bei der Diktion von Frau Merkel – neue Möglichkeiten für unsere Landespolitik.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt!)

Wir haben jetzt die Chance, hessische Themen ins Zentrum unserer Debatten zu rücken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mein Appell lautet – der Hessische Ministerpräsident kennt ihn; er hat sich nur in den letzten Jahren nicht daran gehalten –: Lassen Sie uns vorrangig über die Landespolitik diskutieren, und lassen Sie uns den Blick auf Hessen richten. – Ich werde mich jedenfalls daran halten.

(Beifall bei der CDU)

Ich hoffe nur, dass auch die beiden kleineren Fraktionen in diesem Hause – –

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Vorläufig klein! – Heiterkeit)

– Vorläufig klein. Frau Wagner, ich habe mir erst überlegt, „die beiden kleinen Fraktionen“ zu sagen, und wollte diese Formulierung dann etwas abschwächen. Aber auch dies findet keine große Zustimmung.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ihr seid bald bei uns!)

Sagen wir es also anders: Ich hoffe, dass auch die Kolleginnen und Kollegen von der FDP und den Bündnisgrünen – das ist an dieser Stelle ungefährlich – in Zukunft möglichst oft der Versuchung widerstehen werden, die kochsche Rolle einzunehmen und über Berlin zu räsonieren. Es wird Punkte geben, bei denen es gar nicht anders sein wird.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP und den Bündnisgrünen, trotz allem, was uns trennt, glaube ich angesichts dessen, was ich von den Rednerinnen und Rednern aller Oppositionsfraktionen in der Debatte über den Haushalt mitbekommen habe, dass uns einiges verbindet, nämlich die Überzeugung, dass diese Landesregierung derart schwach ist, dass wir nur über das reden müssen, was sie nicht kann.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Michael Denzin (FDP))

– Einer von der FDP hat schon geklatscht. Ich sehe zu, dass ich mich weiter nach vorne arbeiten kann.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das war der Michael Denzin! Den hat euer Oberbürgermeister als „Chamäleon“ bezeichnet!)

– Das war Michael Denzin, in der Tat. – Aber das, was ich eben gesagt habe, war nicht nur Oppositions rhetorik. Wenn wir uns nur die mit dem Haushaltplanentwurf vorgelegten Zahlen ansehen, stellen wir fest, dass allein dieser Haushaltplanentwurf gegen die Landesregierung spricht. Ebenso sehr spricht gegen die Landesregierung, dass unser Land Hessen im Wettbewerb der Bundesländer mittlerweile völlig unbestreitbar schwächer geworden ist und leider tendenziell immer schwächer wird. Das soll das Thema meiner heutigen Rede sein.

(Zuruf von der CDU: Oh!)

In einer Generaldebatte gilt es nämlich, eine Bilanz der Arbeit der Landesregierung und der Landesminister zu ziehen. Ich will dies tun und beginne mit der Bewertung der Arbeit des Finanzministers. Damit komme ich natürlich auch zu einer Bewertung des vorliegenden Haushaltplanentwurfs.

(Zurufe von der CDU: Endlich!)

– Ich bin nicht sicher, ob Ihre Vorfreude gerechtfertigt ist, Herr Kollege.

Die Nettoneuverschuldung im Jahr 2006 beträgt 1.700 Millionen €. Damit wird die Verfassungsgrenze um 90,8 % überschritten. Im ursprünglichen Finanzplan war von knapp 900 Millionen € die Rede. Herr Finanzminister, das bedeutet, Sie haben Ihre eigene Vorgabe um nahezu 100 % verfehlt.

(Reinhard Kahl (SPD): Das ist nichts Neues!)

Im Jahr 2007 wird sich das gleiche Verhältnis ergeben wie 2006.

(Norbert Schmitt (SPD): Trotz der Verkäufe!)

Für 2008 waren 0,7 Milliarden € Nettoneuverschuldung vorgesehen. Tatsächlich werden es 1,6 Milliarden €. Im Jahr 2009 werden es 1,5 Milliarden € sein.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist unglaublich!)

Dieser Haushalt ist nicht nur der fünfte verfassungswidrige Haushalt in Folge, sondern – das halte ich für weitaus dramatischer – mit dem mittelfristigen Finanzplan des Finanzministers hat sich diese Landesregierung auch für die Zukunft von dem Ziel verabschiedet, verfassungsmäßige Haushalte vorzulegen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Landesregierung hat nicht einmal mehr vor, die Verfassungsgrenze einzuhalten. Herr Finanzminister, es ist wie im Sport: Man kann Ziele zwar verfehlen, aber man sollte sich wenigstens Ziele setzen. Ein Ziel wird durch unsere Verfassung gesetzt. In der Verfassung heißt es: nicht mehr Schulden als Investitionen. – Herr Minister, allein diese Planung zeigt, wie sehr Sie gescheitert sind.

(Beifall bei der SPD)

Zum Staatsgerichtshof. Ich wollte eigentlich nicht über das Urteil des Staatsgerichtshofs reden. Gestern hat die Union jedoch einen kraftvollen Aufschlag gemacht – wobei sie allerdings nicht genau wusste, was los ist.

(Heiterkeit)

Wahrscheinlich hat ein Redner gefehlt, niemand hat sich vorbereitet, oder Sie haben sich nicht getraut. Ich habe keine Ahnung.

(Norbert Schmitt (SPD): Möglicherweise beides!)

Jedenfalls ist es schon beachtlich, wenn man sagt: „Komm, wir wollen dich rügen“, und dann ist niemand anwesend.

Zum Staatsgerichtshof. Ich mache alles mit, liebe Kolleginnen und Kollegen. Der Staatsgerichtshof hat am Montag dieser verantwortungslosen Schuldenmacherei die juristische Absolution erteilt. In dem Minderheitenvotum des Staatsgerichtshofs heißt es völlig zu Recht, dass Art. 141 der Hessischen Verfassung in der Lesart der Mehrheit des Gerichts überhaupt keine Bedeutung mehr zukommt. Die Mehrheit des Verfassungsgerichts hat sich, im Übrigen entgegen der Rechtsprechung aller übrigen Landesverfassungsgerichte, dem Wunsch des Finanzministers gebeugt und das Schuldenmachen von jeglicher Verfassungsgrenze befreit.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Ich werde dieses Urteil erklären. Eigentlich ist die Mehrheit des Verfassungsgerichts zu 90 % dem Antrag der SPD gefolgt – sogar was die Begründung angeht. Sie ist dann nur zu einem anderen Ergebnis gekommen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Warum diffamieren Sie den Staatsgerichtshof?)

Die erste Aussage war, dass es eine Verfassungsgrenze gibt und dass die Höhe der Nettoneuverschuldung nicht die der Investitionen überschreiten darf. Dies bestätigt auch die Mehrheit des Landesverfassungsgerichts.

Die zweite Aussage lautet, dass eine Überschreitung dieser Verfassungsgrenze gerechtfertigt ist, wenn eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts vorliegt. Auch dies haben wir in unserer Antragsschrift so dargelegt.

Drittens. Die Landesregierung hat eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts für das Jahr 2002 angenommen. Auch dies hat die SPD-Landtagsfraktion der Landesregierung in ihrer Antragsschrift zugestanden.

Auch wir haben gesagt, es gebe eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Die habt ihr selbst in Berlin verursacht!)

Viertens. Wir haben behauptet, eine erhöhte Kreditaufnahme sei nur dann zulässig, wenn sie zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts geeignet sei. Dafür sei eine Begründung erforderlich.

Die Mehrheit des Verfassungsgerichts hält in dem Urteil ausdrücklich fest: Dieser Begründungspflicht ist die Landesregierung nicht nachgekommen. – Auch die Mehrheit des Verfassungsgerichts gibt der SPD-Landtagsfraktion Recht, wenn sie darlegt, dass der Finanzminister dies nicht in ausreichender Weise begründet habe und dass deshalb diesem Erfordernis nicht Genüge getan worden sei.

Dann macht die Mehrheit des Verfassungsgerichts allerdings einen weiteren Schritt. Ich halte es für grundfalsch, zu erklären – das kann man sagen; man kann durchaus unterschiedliche juristische Auffassungen haben –: An und für sich müssten wir, wenn wir an dem Punkt sind, den Haushalt für verfassungswidrig erklären.

Aber dann sucht und findet das Verfassungsgericht einen weiteren Weg. Es gebe nämlich nicht nur die Rechtfertigung durch eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, sondern auch noch sonstige Gründe, warum man diese Verfassungsgrenze überschreiten könnte. Einer dieser Gründe ist die Unvorhersehbarkeit der Situation. Ich frage mich, warum man diese unvorhersehbare Situation nicht anders als durch die Aufnahme erhöhter Kredite abwenden kann.

(Beifall bei der SPD)

Dies führt letztlich leider dazu, dass die Minderheit im Staatsgerichtshof Recht hat. Die Minderheit im Staatsgerichtshof trägt nämlich vor, nun gebe es beim Aufnehmen erhöhter Kredite überhaupt keine Schranken mehr.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, wir werden Ihrem Antrag zustimmen, weil wir der Auffassung sind, dass dieser Haushaltplanentwurf wiederum verfassungswidrig ist. Aber ich rate Ihnen davon ab, mit dieser Begründung zum Staatsgerichtshof zu gehen. Sie würden wieder auf die Nase fallen, weil die Mehrheit im Staatsgerichtshof Ihnen antworten würde: Sie haben Recht, diesmal ist es keine unvorhersehbare Situation, aber diesmal ist die erhöhte Kreditaufnahme im Begleittext des Haushaltplans angemessen begründet. – Ich bin relativ sicher, dass der Staatsgerichtshof so plädieren würde.

Im Ergebnis hat der hessische Finanzminister sein Ziel erreicht. Jegliche verfassungsmäßige Schranke, die der Verschuldung dieses Landes gesetzt ist, wird aufgehoben. Das Schlimme ist, dass dies nicht unser Problem ist. Wir müssen die Schulden sowieso bezahlen.

(Norbert Schmitt (SPD): Richtig!)

Meine Damen und Herren, die Enkel der Enkel werden die Schulden dieser Landesregierung zu begleichen haben. Dieses Urteil ist ein Urteil zulasten der künftigen Generationen in unserem Lande.

(Beifall bei der SPD)

Zur Vollständigkeit zum Haushalt. Zu den 1,7 Milliarden € an neuen Schulden kommen noch die eingeplanten Veräußerungserlöse in Höhe von 800 Millionen € hinzu.

Ein jeder weiß, dass man Eigentum nur einmal veräußern kann,

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist rechtmäßig!)

sodass – das ist vom Finanzminister im Prinzip zugestanden – das strukturelle Defizit in unserem Lande um diese Summe erhöht werden muss. Wir haben im Jahr 2006 ein strukturelles Defizit in Höhe von 2,5 Milliarden € zu beklagen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein privates Unternehmen müsste in einer solchen Situation Insolvenz anmelden.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Minister Karlheinz Weimar)

– Herr Finanzminister Weimar, wenn Sie hereinrufen: „Da hat er Recht“: Was nützt das denn? Ich will doch von Ihnen nicht Recht bekommen.

(Ministerpräsident Roland Koch: Er hat hineingeraufen: „Ich glaube nicht“! – Gegenruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD): Er hat trotzdem Recht!)

„Er glaubt nicht“, na gut. – Herr Finanzminister, die Schulden unseres Landes werden in diesem Jahr die Marke von 32 Milliarden € überschreiten. Steigende Schulden bedeuten steigende Zinslasten. Schon im Jahr 2007 werden die Zinslasten annähernd den Betrag der eingeplanten Neuverschuldung erreichen.

(Michael Boddenberg (CDU): Wann kommen Ihre Sparvorschläge?)

Auch die Zinsen werden steigen. Die Zentralbank hat schon die erste Erhöhung beschlossen. Die Ratingagentur Standard & Poor's hat kürzlich wegen der explodierenden Schulden erneut, zum zweiten Mal in dieser Legislaturperiode, die Kreditwürdigkeit dieses Landes herabgestuft. Ein schlechteres Rating bedeutet tendenziell höhere Kosten für die Refinanzierung.

(Petra Fuhrmann (SPD): Da wäre ich in Sack und Asche gegangen! – Zuruf von der CDU: Unfug!)

– „Unfug“ wird hier hereingerufen. Das finde ich wunderbar. Meine sehr verehrten Damen und Herren, warum wird denn ein Rating gemacht? Rating hat etwas mit der Frage zu tun, zu welchem Zinssatz man sich finanzieren kann. Wir können darüber reden, warum das passiert ist, aber wenn die Unionsfraktion nicht einmal anerkennt, dass es ein Problem ist, wenn man heutzutage heruntergeraten wird, dann wird es einem angst und bange in diesem Lande.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es kann einem auch angst und bange werden. Ich mache hier nicht nur Rhetorik. Schon ein um durchschnittlich 0,5 % – die Zentralbank hat gerade um 0,25 % erhöht – erhöhter Zinssatz würde das Land Hessen mehr Geld kosten, als wir momentan für die freiwillige Leistungen im Sozialbereich insgesamt aufwenden – um einmal die Dramatik der Situation deutlich zu machen.

(Zurufe des Ministers Karlheinz Weimar und des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Ja, natürlich, Herr Finanzminister. – Herr Ministerpräsident, als Sie vor den Berliner Kameras das öffentliche Bild des Heulens und Zähneklapplers aus dem Matthäus-evangelium bemühten – –

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da steht: „Klappen“! – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sie klappern!)

– Habe ich „klappern“ gesagt? Ich glaube, er hat auch „klappern“ gesagt. Ich zitiere Sie und nicht Matthäus.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Matthäus-Maier! – Lebhafte Zurufe)

Juristen können vieles forschreiben. Wir können sogar die Bibel forschreiben. – Wir wollen aber die Bibel nicht falsch zitieren. Herr Ministerpräsident, als Sie dieses biblische Bild benutzt haben, haben Sie in der Tat nicht an die Berliner gedacht, sondern Sie haben an Ihren hessischen Finanzminister und den hessischen Haushalt gedacht, denn dabei können einem wirklich die Tränen in die Augen schießen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Zahlen, die ich eben genannt habe, wird der Finanzminister nicht bestreiten.

(Petra Fuhrmann (SPD): Die kann er nicht bestreiten! – Gegenruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ihr kennt Karlheinz nicht!)

Seine Verteidigung lautet – so lautet sie stets –: Die Zahlen stimmen, aber Hessen steht vergleichsweise gut da.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Richtig! – Armin Klein (Wiesbaden) (CDU): Das stimmt! – Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Das ist immer die Ansage des hessischen Finanzministers. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies stimmt nicht.

Mit Ihrer Erlaubnis, Herr Kollege von Hunnius, zitiere ich aus Ihrer Rede zur Einbringung des Haushalts. Ich danke Ihnen für die Erlaubnis. Der Kollege von Hunnius hat in seiner Rede zur Einbringung des Haushalts völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass der einzige ehrliche Vergleich der Vergleich mit den westdeutschen Flächenländern ist. Er hat festgestellt, dass zwei westdeutsche Flächenländer und sogar ein ostdeutsches Flächenland vor uns sind. Er hat auch gesagt: Das bedeutet Mittelfeld, weil nur noch vier westdeutsche Flächenländer hinter uns sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch dies ist nur ein Teil der Wahrheit. Denn den Platz im Mittelfeld, den wir momentan einnehmen, verdankt diese Landesregierung dem Erbe sozialdemokratischer Ministerpräsidenten

(Volker Hoff (CDU): Oh!)

und den über Jahrzehnte regierenden erst rot-gelben und dann rot-grünen Koalitionen in diesem Land.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Diese Landesregierung ist dabei, dieses Erbe zu verspielen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben dieses Land, Herr Kollege Hoff, an die Spitze der deutschen Bundesländer geführt. „Hessen vorn“ war ein Markenzeichen in ganz Deutschland.

(Beifall bei der SPD)

Auch wenn Sie es nicht gerne hören wollen:

(Zurufe der Abg. Volker Hoff und Michael Boddenberg (CDU))

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, unter Ihrer Regierung verliert Hessen an Stärke. Wir reden über Zahlen. Ich mache keine Oppositions rhetorik. In der Zeit zwischen 2002 und 2004 ist beispielsweise die Pro-Kopf-Verschuldung in Hessen um 674 € gestiegen, in Rheinland-Pfalz dagegen nur um 629 €, in Bayern sogar nur um 283 €. Herr Finanzminister, das heißt, der Abstand zur Spitzengruppe wird größer. Der Abstand zu den Verfolgern wird geringer – und nicht umgekehrt, wie Sie dies immer im Parlament vortragen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Auch die anderen Zahlen, alle wichtigen Zukunftsindikatoren, beispielsweise die Investitionsquote, sprechen gegen Sie. Dass die Investitionsquote von besonderer Bedeutung ist, müsste in diesem Hause unbestritten sein. Das spricht gegen unser Bundesland. Da sind wir nicht einmal mehr im Mittelfeld, sondern wir stehen, was die Investitionsquote angeht, gerade noch auf Platz neun der 13 Flächenländer.

Ich komme zu der vom Oppositionspolitiker Roland Koch immer gerne und laut attackierten Personalkostenquote in diesem Land. Mit der vom Rechnungshof festgestellten Personalkostenquote in Höhe von 46,7 % für das Jahr 2003 sind wir das mit Abstand schlechteste Land unter 16 Bundesländern.

(Minister Karlheinz Weimar: Das ist ja lächerlich!)

– Die Zahlen stammen aus dem Bundesländer-Ranking der „Wirtschaftswoche“. Lieber Herr Finanzminister, das ist sicherlich keine sozialdemokratische Publikation.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt kommt die „Operation sichere Zukunft“. Sie haben gesagt, dass Sie etwas bei den Personalkosten gemacht haben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist richtig, dass die Landesregierung zulasten der Beschäftigten regiert. Aber das führt nicht zu einer Entlastung des Haushalts.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme abschließend zu den Finanzen.

(Zuruf von der CDU)

Es ist unbestreitbar, da nützt auch das Hereingerufe nichts mehr, Herr Kollege: Hessen ist in erkennbar schlechter Verfassung und erkennbar auf einem Weg ins Abseits.

(Volker Hoff (CDU): Das sagt die Opposition! – Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

– Nachher könnt ihr sagen, was an diesen Zahlen nicht stimmt. Ich glaube aber, dass die Zahlen nicht zu bestreiten sind. Dass ihr das anders seht, dass ihr keine Probleme seht, ist unbestritten.

(Norbert Schmitt (SPD): „Hoff“ ist die erste Silbe von hoffnungslos!)

Herr Kollege, ich sage nicht, dass wir uns darüber freuen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, über diese Zahlen kann sich niemand freuen. Die Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande können sich nicht über die Zahlen freuen, denn sie und ihre Kinder und Enkel werden die Zeche

dieser Politik zu zahlen haben. Die Union kann sich nicht über diese Zahlen freuen, denn auch wegen des Finanzdesasters droht ihr im Jahre 2008 die Abwahl. Aber nicht einmal die Opposition aus SPD, GRÜNEN und FDP in diesem Hause kann sich über diese Zahlen freuen, denn mit den roten Zahlen der Schwarzen werden wir uns nachher herumzuschlagen haben. Zinsen kennen leider keine Parteibücher. Die Erblast dieser Regierung wird diese Politik noch sehr, sehr lange mitnehmen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe der Abg. Michael Boddenberg und Clemens Reif (CDU))

– Ich muss präzise sein. – Es ist gut, dass man darauf hingewiesen wird. Wenn ich sage, dass sich niemand über diese Zahlen freuen kann, dann stimmt das nicht.

(Michael Boddenberg (CDU): Wann kommen die Sparvorschläge?)

Denn es gibt einen, der sich über diese Zahlen freut: der hessische Finanzminister. In der öffentlichen Vorstellung dieses Haushaltes hat er freudestrahlend über eine Trendwende in unserem Lande schwadroniert.

(Heiterkeit bei der SPD – Reinhard Kahl (SPD): Lachnummer! – Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Herr Finanzminister, ich habe mir das noch einmal durchgelesen. Angesichts solcher Zahlen von einer Trendwende zu sprechen: Nicht nur ich bin der festen Überzeugung, dass Sie ganz offensichtlich aber auch jeden Realitätsbezug verloren haben. – Herr Finanzminister, ich kann Ihnen nur anempfehlen, und zwar im Interesse der Menschen in unserem Lande Hessen:

(Norbert Schmitt (SPD): Das kann man sagen! – Zuruf des Ministers Karlheinz Weimar)

Nehmen Sie sich ein Beispiel an Ihrem ehemaligen Kabinettskollegen Wagner. Der ist von der Regierungsbank in die Fraktion gewechselt. Vielleicht sucht Herr Wagner noch einen parlamentarischen Geschäftsführer. Herr Finanzminister, diesem Land kann kurzfristig nichts Besseres passieren, als dass Sie den Weg von da nach da gehen.

(Beifall bei der SPD – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Die arme CDU-Fraktion! – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

– Der Herr Kollege Hahn schützt die CDU-Fraktion und sagt: Das kann sie nicht mehr ertragen. – Das geht dann auch nicht mehr.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme von der Finanz- zur Wirtschaftspolitik. Das ist nicht zufällig, sondern es ist zwangsläufig, dass man von der Finanz- zur Wirtschaftspolitik kommt.

(Clemens Reif (CDU): Sie sprechen jetzt vom Flughafen!)

Denn die strukturellen Probleme unseres Haushaltes sind nicht durch Umschichtungen und durch Einsparungen zu lösen. Was wir neben mutigen Schritten in der Finanzpolitik brauchen, ist Wachstum in unserem Lande Hessen oder, wie es einmal ein anderer Wahlkämpfer formuliert hat: Jobs, Jobs, Jobs. Zu diesem Thema hätte ich jetzt sehr gerne den Wirtschaftsminister angesprochen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Er fliegt gerade!)

Es ist sicherlich wichtig, dass der hessische Wirtschaftsminister auf der Wirtschaftsministerkonferenz ist. Es ist aber schade, dass er sich bei dieser sehr zentralen Debatte ver-

treten lässt, wobei wir vor kurzem gelesen haben, dass sich der hessische Wirtschaftsminister des Öfteren bei wichtigen Terminen vertreten lässt. Auch darauf komme ich noch zu sprechen.

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Ich hätte Herrn Wirtschaftsminister Rhiel

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ist er geflogen oder gefahren? – Weitere Zurufe)

sehr gern mit den aktuellen Zahlen aus der Arbeitslosenstatistik konfrontiert. Aus dem gleichen Länderranking ergibt sich für die Jahre 2002 bis Ende 2004, dass die Arbeitslosenquote nur noch im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern stärker gestiegen ist als in unserem Bundesland Hessen.

(Michael Boddenberg (CDU): Das kommt aus der SPD-Parteizentrale!)

– Wie können Leute bei der wichtigsten Frage unseres Landes, der Arbeitspolitik, einen solchen Unsinn reden?

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Norbert Schmitt (SPD): Ein solcher Unsinn!)

Das ist noch dazu der so genannte wirtschaftspolitische Sprecher. Da kann man wirklich nur noch sagen: armes Bundesland Hessen. Solche Leute reden für die Wirtschaftspolitik der Union.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Norbert Schmitt (SPD): Arme CDU Hessen, im wahrsten Sinn des Wortes: finanziell arm und geistig arm!)

Das ist beschämend, Herr Kollege Boddenberg.

Ich nenne Ihnen noch eine Statistik, nämlich die der Bundesagentur für Arbeit; Sie werden sagen, sie ist sozialdemokratisch unterwandert.

(Lebhafte Zurufe – Unruhe)

– Hören Sie doch einmal zu. Dann können Sie etwas lernen. – Das ist die aktuelle Arbeitslosenstatistik der Bundesagentur für Arbeit vom November dieses Jahres, also die aktuellste Statistik, die wir haben. Die Richtigkeit der Statistik der Bundesagentur werden Sie wohl nicht bestreiten.

(Zurufe von der SPD: Doch! – Weitere Zurufe)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in der November-Statistik der Bundesagentur ist die Arbeitslosenquote in Hessen gegenüber dem Vorjahresmonat um 18 % gestiegen. Dieser hohe Ansatz hat natürlich mit Hartz zu tun; das ist klar. Die Quote ist in allen Ländern gestiegen. Aber im Vergleich November 2005 zum November 2004 haben lediglich die Stadtstaaten Hamburg und Bremen, die natürlich vorher einen größeren Anteil arbeitsfähiger Sozialhilfeempfänger hatten, eine höhere Steigerung der Arbeitslosigkeit zu beklagen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, kein anderes Bundesland, kein anderes Flächenland in Deutschland hat eine höhere Steigerung der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen als unser Bundesland Hessen.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es! Leider ist es so!)

Ich habe in diesem Haus schon öfter gesagt: Unter sozialdemokratischen Ministerpräsidenten, verehrter Herr Ministerpräsident Koch, war dieses Bundesland bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze stets an der Spitze. Unter Ihnen stehen wir nun an der Spitze bei der Schaffung neuer Arbeitslosigkeit.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Herr Minister Rhiel muss sich nicht wundern – ich glaube, auch wir müssen uns nicht wundern –,

(Clemens Reif (CDU): Über Sie braucht man sich nicht zu wundern!)

dass es auf dem Arbeitsmarkt in Hessen im Vergleich der deutschen Bundesländer so katastrophal aussieht. Die wichtigsten Straßenbauprojekte in Nordhessen kommen nicht voran.

(Lachen bei der CDU)

Denken Sie doch einmal an die Aussagen im Wahlkampf. Bagger waren angekündigt. Wo sind denn die Bagger? Sie regieren nunmehr seit fast sieben Jahren in diesem Lande, und es passiert nichts.

(Beifall bei der SPD – Norbert Schmitt (SPD): So ist es, genau so ist es! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Die neue Landebahn war von dieser Landesregierung für 2006/2007 angekündigt. Nun wird die Landebahn frühestens im Jahr 2010 ans Netz gehen.

Die hessische Exportwirtschaft erfährt durch das Wirtschaftsministerium keinerlei Unterstützung. Mangels Beschäftigung könnten wir die Abteilung Außenwirtschaft im Wirtschaftsministerium gleich auflösen.

Ich möchte mich überhaupt nicht mit der Frage beschäftigen, was die Motive oder Gründe sind,

(Clemens Reif (CDU): Ach ja! Das wäre aber interessant!)

warum der Herr Wirtschaftsminister Rhiel an wichtigen Auslandsreisen nicht beteiligt ist. Aber ich sage Ihnen, es geht nicht, dass Wirtschaftsdelegationen dieses Landes nach China, nach Moskau oder in den Iran nicht mit dem Wirtschaftsminister, sondern nur mit einem Staatssekretär fahren. Die Wirtschaftsminister Klemm und Posch waren bei solchen Reisen immer dabei, und sie haben natürlich immer auch ministerielle Gesprächspartner auf der anderen Seite bekommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Minister in den Iran fahren und jetzt, wo eine neue Administration an der Regierung ist, der Staatssekretär fährt, braucht man sich nicht zu wundern, wenn die neue Administration dies als einen Affront auffasst und man nicht mehr die gleichen Gesprächspartner bekommt. Zweitklassige Delegationen führen zu zweitklassigen Gesprächen. Dies aber schadet unmittelbar der Wirtschaft unseres Landes Hessen.

(Beifall bei der SPD)

Der Wirtschaftsminister, der heute nicht da ist, nimmt seine Aufgaben nicht wahr. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist das Thema, über das wir zu reden haben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Clemens Reif (CDU): Bei uns gilt ein Staatssekretär auch etwas!)

– Das müssen Sie denen erzählen. Sie verstehen das nur nicht, sondern sagen: Wir wollen den Minister sehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich sage, dass der Herr Minister Rhiel überhaupt nichts tut, dann stimmt das ja nicht. Denn vor kurzem hat er eine wichtige Aussage gemacht. Er hat nämlich angekündigt, das Hessische Sparkassengesetz zu novellieren.

(Clemens Reif (CDU): Prima!)

Die Reaktionen auf diese Aussage waren aufseiten der Privatbanken hoffnungsvolles Schweigen und aufseiten der Sparkassen und der Kommunalpolitiker einhellige Kritik.

(Zuruf von der CDU: Teilweise nachvollziehbar!)

– Warten Sie einmal ab. Mittlerweile sitzt ja einer, der sich zu diesem Thema geäußert hat, auf der Regierungsbank. Die Position von Herrn Banzer zu diesem Thema ist nicht die Position, die eben dazwischengerufen wurde. Jedenfalls war sie das in der Vergangenheit.

Ich zitiere jetzt einmal den Hessischen Städtetag in der Person von Wiesbadens Oberbürgermeister Diehl.

(Zuruf von der CDU)

– Sie hören sich ja Ihre eigenen Leute nicht an.

(Weitere Zurufe)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist ja alles lustig. Aber ich bin nicht sicher, ob es wirklich so lustig ist. Die Sparkassen sind für dieses Land von wirklich existenzieller Bedeutung.

(Beifall bei der SPD)

Es ist unglaublich, wie sich die Damen und Herren hier mit diesem Thema befassen.

(Zuruf von der CDU: Wem erzählen Sie das? – Gegenruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD): Ihnen!)

Ich zitiere Oberbürgermeister Diehl, seines Zeichens Christdemokrat und Oberbürgermeister dieser Stadt. Oberbürgermeister Diehl sagt: Auch in Zukunft muss es Sparkassen in der Fläche geben. Und weiter: Es sei nicht die Aufgabe dieser Institute, eine Gewinnmaximierung zu erreichen. – Sehr richtig, meine Damen und Herren. Aufgabe der Sparkassen ist es nämlich, auch den kleinen Gewerbetreibenden, den Handwerkern und dem Mittelstand den Zugang zu Krediten offen zu halten,

(Unruhe)

weil dieses allseits gelobte Rückgrat unserer Wirtschaft mittlerweile für die Privatbanken uninteressant geworden ist. Wer aber diesem Rückgrat der Wirtschaft den Zugang zu den Krediten verschließen will, gefährdet Zigtausende Arbeitsplätze in unserem Land.

(Beifall bei der SPD)

Wie ist die aktuelle Stellungnahme von Herrn Rhiel zu dieser Kritik? Tun Sie doch nicht so, als würde das die SPD sagen. Ihre komplette kommunalpolitische Familie ist gegen den Vorschlag.

Herr Rhiel verteidigt sich. Ich zitiere Herrn Rhiel aus der „FAZ“ vom 9. Dezember:

Wenn ertragsstarke Sparkassen oder die Landesbank

– so Herr Minister Rhiel –

Anteile an anderen Sparkassen erwerben könnten, werde die Sparkassenfamilie gestärkt.

Wenn man es möglich macht, dass andere Sparkassen und die Helaba Anteile erwerben können, wird also die Sparkassenfamilie gestärkt.

Ich hätte Herrn Minister Rhiel hier sehr gerne gefragt: Wo sind denn die 725 Millionen €, die für die Fraspa gezahlt

wurden? Ich kann es Ihnen sagen – alle wissen es –: Ein Teil des Geldes ist bei den Polytechnikern, ein anderer Teil des Geldes ist im Haushalt der Stadt Frankfurt. Wollen wir es in Zukunft weiter so machen, dass die Helaba Sparkassen kauft und ihr Geld aus dem System nimmt? Wer behauptet, dass ein System mit dem Entziehen von 725 Millionen € aus dem System gestärkt wird, hat ganz offensichtlich überhaupt nicht verstanden, worüber er redet, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU)

– Ihre Kommunalpolitiker vor Ort, lieber Herr Kollege, sehen das ziemlich genau so, wie ich es eben vorgetragen habe.

(Clemens Reif (CDU): Was ist Ihr Vorschlag für die Fraspa?)

Ich war gerade bei Herrn Banzer. Herr Banzer hat eine Schonfrist von 100 Tagen. Herr Banzer, es wäre unredlich, wenn ich Sie für die Politik Ihres Vorgängers verantwortlich machen würde. Sie haben mit der Inbetriebnahme der JVA in Hünfeld ein schweres Erbe übernommen. Auch das ist wieder so ein Punkt. Alle Beschäftigten im Justizvollzugsdienst tragen vor, dass die Justizvollzugsanstalt ohne die Schaffung von ausreichenden Planstellen im gesamten Justizvollzug in Betrieb genommen wurde.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): So ein Unsinn!)

Insgesamt fehlen über 200 Planstellen im Justizvollzug. Das ist eine riesige Herausforderung, und ich wünsche Herrn Banzer, dass er diese Herausforderung bewältigt.

(Zuruf von der CDU: Keine Ahnung!)

Ich wünsche mir allerdings auch, Herr Kollege Banzer, dass bei Ihnen der Standortwechsel nicht auch gleich wieder zu einem Wechsel in den Standpunkten führt. Sie waren der Kommunalpolitiker der Union in der Region. Sie und Herr Grandke waren die Gesichter der beiden großen Parteien in der Regionalpolitik. Sie haben in der Region Rhein-Main bei den Sparkassen, beim Ballungsraumgesetz und beim Kulturzwangsverband stets eine regierungskritische Position vertreten. Herr Banzer, wenn Sie diese kritische Position beibehalten, wird niemand von Ihnen sagen, dass Sie unser Bundesland Hessen nicht verstehen. Ich wünsche Ihnen dabei viel Kraft und Erfolg, Herr Banzer.

(Beifall bei der SPD – Zurufe)

– Herr Ministerpräsident, man kann doch Vernunft auch einmal loben.

Ich würde kurz etwas über Frau Lautenschläger sagen; aber aus dem Bereich der Sozialpolitik gibt es ja nicht allzu viel zu vermelden. Frau Lautenschläger hat sich nun mit den Problemen herumzuschlagen, die Petra Fuhrmann bereits vor eineinhalb Jahren angekündigt hat, nämlich dass es mit der „Operation düstere Zukunft“ viele Initiativen durch Selbstausbeutung schaffen, gerade noch ein Jahr weiterzuarbeiten. Mittlerweile sind diese Initiativen am Ende angelangt. Entweder springen die Kommunen ein, oder die Initiativen müssen aufgeben. Was wegfällt, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind dann die Initiativen; was aber nicht wegfällt, sind die Menschen, die Hilfe brauchen.

(Beifall bei der SPD)

Sozialpolitik darf diese Art von Politik nicht genannt werden.

In diesem Jahr gab es ein weiteres großes politisches Thema in Ihrem Bereich, Frau Lautenschläger, das wir nicht vergessen sollten, nämlich die ganz große Reform des Landeswohlfahrtsverbandes. Das ist bisher eine wirklich ganz große Geschichte.

Die Union hat vor ziemlich genau einem Jahr die Koalition mit der SPD aufgekündigt. Schwups war die so genannte Jamaika-Koalition im Amt. Ich benutze diesen Ausdruck sehr ungern. Ich habe es schon einmal gesagt: Die Menschen in Jamaika haben uns nichts Böses getan. Sie haben es nicht verdient, dass man sie für so etwas in Mitleidenschaft zieht.

(Heiterkeit bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die neue Koalition hat es sehr, sehr schnell geschafft, die beiden Spitzenpositionen zu besetzen. Bisher haben wir allerdings keinen Ansatz für irgendeine Art von Reform gesehen. Der gute Herr Kramer, seines Zeichens Fraktionsvorsitzender der CDU in der Verbandsversammlung, hat laut „FAZ“ vom 3. Dezember gesagt: „Die neue Kooperation hat sich dadurch bewiesen, weil sie ihre Personalvorstellungen durchgesetzt hat.“

(Heiterkeit bei der SPD)

– Es kommt noch besser. – Es heißt weiter: „Der Reformkurs selbst ist jedoch noch nicht bestimmt.“

(Große Heiterkeit bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn das die neue Politik für Hessen ist, wenn es nicht mehr um das Bestimmen von Positionen, sondern nur noch um das Besetzen von Positionen geht, dann muss man wirklich sagen: armes Hessen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Herr Corts, ich wollte Sie eigentlich ausführlich berücksichtigen, aber die Redezeit geht zu Ende. Ich möchte mit Ihnen nicht über die Unterfinanzierung der Hochschulen reden; das tut morgen der Kollege Siebel. Mir fällt aber Folgendes auf: Wir streiten hier sehr intensiv über einen Kulturzwangsverband in der Rhein-Main-Region. Von dem zuständigen Minister habe ich aber zu der Frage, welche Perspektiven die Kultur im Rhein-Main-Raum hat, noch nicht ein einziges Wort gehört.

(Norbert Schmitt (SPD): Die Kultur des Schweigens!)

Sie haben morgen Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen. Ich bin gespannt. Sie unterscheidet von Rest dieser Regierung eine gewisse persönliche Noblesse. Diese Noblesse darf aber doch nicht dazu führen, dass Sie bei den schwierigen Themen ganz einfach schweigen.

Ich verstehe Ihr Problem, Herr Corts. Als Vorsitzender der CDU in Frankfurt müssten Sie eigentlich gegen den Kulturzwangsverband sein. Als Mitglied des Kabinetts müssen Sie aufgrund der Kabinettsdisziplin für den Zwangsverband sein. Als Ressortminister, der doch nicht sehenden Auges zulassen kann, dass die kleinteilige Kultur in der Region Rhein-Main komplett zerschlagen wird, dass die wichtigsten Einrichtungen auf einen bürokratischen Verband übertragen werden, müssten Sie ebenfalls gegen den Kulturzwangsverband sein. Herr Corts, ich bin sehr gespannt, wie Sie morgen über dieses Thema premierenhaft in diesem Landtag reden.

(Beifall bei der SPD)

Auch Herrn Bouffier wollte ich mit mehr Zeit bedenken. Herr Bouffier, nur wenige Sätze zu Ihnen. Sie waren im vergangenen Jahr öfter in der „Bild“-Zeitung als in der „Hessischen Polizeirundschau“ – und zwar immer mit Meldungen, die höchst peinlich waren.

(Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Geschichte mit dem Präsidium wird im Untersuchungsausschuss geklärt. Es ist ganz großes Kino, wenn man einen Mitarbeiter an verantwortungsvoller Stelle sitzen hat, der schon einmal wegen Untreue strafrechtlich belastet worden ist, ihn aber einfach weiter werkeln lässt, damit er richtig große Summen veruntreuen kann.

Auch die Razzia in diesem Jahr fand ich schön. Sie haben sich bezüglich der berühmten Frankfurter Razzia hier mit der Aussage verteidigt: Razzien müssen für die Sicherheit in diesem Lande gemacht werden. – Herr Kollege Bouffier, ich bestreite das gar nicht. Razzien sind wichtig. Aber aus meiner Sicht, aus der Sicht des kleinen Landanwalts, wäre es aber sinnvoller, dass eine Razzia nicht vorher angekündigt wird. Wenn die Leute nämlich wissen, dass die Polizei kommt, dann sind sie nicht mehr da.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Ich kann wirklich nicht feststellen, dass Ihre Organisation der Polizei besonders vorteilhaft für die innere Sicherheit ist.

Jetzt kommen wir zu einem harten Punkt. Wenn ein Wirtschaftsinstitut die deutlich gestiegene Kriminalität in unserem Bundesland Hessen als einen „wirtschaftlichen Standortnachteil“ darstellt, dann ist das nicht mehr zum Lachen. Ein Minister, der einmal angetreten ist, gegen jeden kleinen Gesetzesverstoß mit brutalster Härte vorzugehen, für den ist dieses Zeugnis eines Wirtschaftsinstituts die allerschlimmste denkbare Kritik.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Ich hätte mit Ihnen gern noch über den Ballungsraum diskutiert, Herr Bouffier. Gestern haben Sie noch sehr defensiv dargestellt, die SPD habe nichts Besseres zu bieten. Das klang für mich so: „Ich sehe mittlerweile selbst, dass mein Ballungsraumgesetz Schrott ist, aber die Opposition hat auch nichts Besseres.“ Das war der Kern dessen, was sie gestern gesagt haben.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

So ist es nicht, lieber Herr Bouffier. Die SPD-Fraktion hat den Vorschlag gemacht, einen Regionalkreis einzurichten. Sie sagen immer, die Vorschläge der SPD-Fraktion würden die kommunale Selbstverwaltung weitaus mehr tangieren als Ihre Vorschläge. Das stimmt zum Teil sogar: Unser Vorschlag tangiert die kommunale Selbstverwaltung mehr, denn wir wollen die Landkreise im Ballungsraum Rhein-Main abschaffen. Ein härterer Eingriff ist für die Landkreise überhaupt nicht denkbar. Was Sie an der Stelle aber nicht darstellen: Wir wollen die Landkreise abschaffen, um die Kommunen zu stärken.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Etwas Besseres für die Kommunen zu tun ist überhaupt nicht vorstellbar. Lieber Herr Bouffier, die Schaffung eines Regionalkreises ist ein Teil der Wirtschaftspolitik, denn wenn wir nur noch eine Organisationsebene im Bal-

lungsraum Rhein-Main haben, die die Aufgaben der Landkreise mit den Aufgaben des RP zusammenführt, brauchen alle potenziellen Investoren nur noch einen Ansprechpartner. Alle Wirtschaftsinitiativen sagen, das ist genau das, was sich die Wirtschaft wünscht. Genau das machen uns andere Regionen vor.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dass wir das nicht tun, ist ein Grund dafür, dass wir die höchste Steigerung der Arbeitslosigkeit in unserem Land haben.

Die Schaffung eines Regionalkreises bedeutet aber auch eine Verwaltungsvereinfachung. Sie hingegen schaffen ein Gremium, eine Gesellschaft nach der anderen. Bei diesem Gestrüpp kennen sich selbst diejenigen, die sich täglich mit den Themen beschäftigen, nicht mehr aus. Unser Vorschlag ist relativ klar und einfach: Zwischen den Kommunen und dem Land gibt es nur noch eine Ebene, nämlich den Regionalkreis Rhein-Main.

(Beifall bei der SPD)

Die Schaffung eines Regionalkreises ist natürlich auch kommunalfreundlich. Wir werden nämlich alles, was die Kommunen selbst erledigen können, von der RP- und der Landkreisebene auf die Kommunen herunterzonen. Damit ist der Regionalkreis, lieber Herr Innenminister, letztlich auch bürgerfreundlich. Alle Aufgaben, die von einer Kommune selbst erledigt werden können, werden auf die Kommune übertragen. Für die Menschen werden die Wege kürzer, und das Interesse an der Kommunalpolitik wird wieder größer, weil die Kommunalpolitik dann auch über wichtige Dinge zu entscheiden hat.

(Beifall bei der SPD)

Abschließend ein paar Sätze zu den Vorstellungen der SPD-Fraktion zur Finanzpolitik.

(Zurufe von der CDU: Endlich!)

Der Herr Ministerpräsident hat einmal gesagt – sehr zu Recht –, dass eine Opposition nicht wegen ihrer Schönheit gewählt, sondern dass eine Landesregierung ob ihrer Hässlichkeit abgewählt werde. Ich glaube, zur Hässlichkeit dieser Landesregierung ist mittlerweile sehr viel gesagt worden. Ich möchte etwas zur Schönheit der Opposition sagen.

(Zurufe von der CDU)

Wir haben zu diesem Haushaltspolentwurf einen Antrag eingebracht, der Sie bittet, etwas zu unterstützen, was Sie selbst schon einmal in den Bundesrat eingebracht haben, nämlich die Abschaffung des Vermögensteuergesetzes auf Bundesebene. Dies würde den Ländern die Möglichkeit eröffnen, selbst Regelungen über eine Vermögensteuer zu treffen, und zwar in eigener Hoheit der Parlamente. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, dass wäre ein Thema, über das in diesem Parlament zu streiten sich lohnen würde. Der Ministerpräsident hat bereits angekündigt, mit ihm werde es keine Vermögensteuer in Hessen geben.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Ich denke, an dieser Haltung hat sich mittlerweile nichts geändert. Wir als Sozialdemokraten würden eine Vermögensteuer in Hessen einführen – vorausgesetzt, dass ein angemessen hoher Ertrag aus dieser Steuer in unserem Lande verbleibt. Lieber Herr Kollege Hahn, Bad Vilbel ist

eine Stadt, wo der eine oder andere von einer Vermögensteuer betroffen wäre.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ich nicht! Ich mache hier nur Politik! – Heiterkeit)

Wenn ich in Bad Vilbel sagen würde, wir führen eine Vermögensteuer ein, damit im Osten Deutschlands eine Autobahn gebaut werden kann, dann wäre dies als Wahlausage nicht sonderlich attraktiv. Wenn wir aber die Aussage treffen könnten, dass wir, wenn wir eine Vermögensteuer im Bundesland Hessen einführen, die kompletten Einnahmen aus dieser Steuer ausschließlich dafür einsetzen, in Hessen das modernste und am besten ausgestattete Bildungssystem Deutschlands einzuführen, dann bin ich relativ sicher, dass wir an dieser Stelle die Zustimmung der Menschen bekämen.

(Beifall bei der SPD)

Es werden nicht alle Menschen zustimmen, aber mehr als 50 % der Bevölkerung, und das reicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Wolff habe ich überhaupt noch nicht angesprochen. Wir Sozialdemokraten haben unsere Vorstellungen für eine moderne Bildungspolitik in diesem Lande vor einigen Wochen vorgestellt. Das „Haus der Bildung“ der Sozialdemokraten besteht aus fünf Zimmern: wirkliche Autonomie für die Schulen, eine praxisnähere Ausbildung der Lehrkräfte, mehr Ganztagsschulen – nicht Vormittagsschulen mit nachmittäglicher Betreuung –,

(Beifall bei der SPD)

und längeres gemeinsames Lernen der Kinder und Jugendlichen. Letzteres beruht nicht auf ideologischen Vorstellungen, sondern darauf, dass alle Länder, die in den vergleichenden Studien bessere Leistungen erzielen als Deutschland, Systeme haben, in denen die Kinder länger gemeinsam unterrichtet werden.

(Beifall bei der SPD)

Unser „Haus der Bildung“ basiert fünftens auf der Vorstellung frühkindlicher Erziehung für alle. Wir wollen das letzte Kindergartenjahr verpflichtend machen. Ich sage ganz offen: Das bedeutet eine Änderung des Schulgesetzes. Das „nullte“ Schuljahr muss also im Kindergarten absolviert werden, damit bereits vor dem eigentlichen Schulbeginn Defizite, insbesondere Sprachdefizite, der Kinder beseitigt werden.

Herr Ministerpräsident, Sie lehnen all diese Vorstellungen der Sozialdemokratie ab. Aber, Herr Ministerpräsident, sagen Sie uns: Welches sind heute Ihre – in meinem Manuskript habe ich das fett gedruckt – 1 a n d e s p o l i t i s c h e n Ziele? Wie wollen Sie Hessen wieder auf einen Wachstumspfad zurückführen?

Herr Ministerpräsident, man hat geradezu den Eindruck, Sie hätten sich mit dem Platz im Mittelfeld abgefunden. Man hat den Eindruck, dieser Ministerpräsident verwaltet Hessen nur noch. Ihre 100-Tage-Bilanz und die kürzlich veröffentlichte Halbzeitbilanz dieser Regierung haben eines gemeinsam: nichts Neues, nichts Spannendes, nichts Positives.

(Beifall des Abg. Michael Siebel (SPD) – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Wissen Sie, die Menschen in unserem Lande merken langsam, dass Sie für unser Land Hessen nichts mehr zu bieten haben.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, in diesem Jahr haben Sie viele Direktwahlen verloren, auch in ganz wichtigen Städten.

(Zurufe der Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU) und Mark Weinmeister (CDU))

Am 18. September hat die Union – trotz denkbar schlechter Ausgangsbedingungen für die Sozialdemokratie – bei der Bundestagswahl ein deutlich schlechteres Ergebnis erzielt als die SPD.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sie waren noch schlechter!)

– Herr Kollege Wagner, wir werden stärker, und Sie werden schwächer.

(Lachen des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

Ihre Abgeordneten merken das doch. Man hört doch heute schon an der einen oder anderen Stelle, dass die Abgeordneten der Union mittlerweile sehr engagiert darüber diskutieren, welchen zukünftigen Listenplatz sie bekommen. Ich verstehe das. Meine sehr verehrten Abgeordneten von der Union, schauen Sie einmal nach links und einmal nach rechts – einer von Ihnen dreien wird 2008 nicht mehr dabei sein.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von Ministerpräsident Roland Koch und Minister Karlheinz Weimar)

– Herr Ministerpräsident, es stimmt sogar: Die Unruhe wächst.

(Heiterkeit – Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

– Herr Kollege Hahn, das ist doch relativ einfach: Es sind zu viele. 56 werden es nicht mehr, und gerade die Jungen stehen hinten auf der Liste, für die wird es bedenklich.

Herr Ministerpräsident, die Unruhe in Ihren Reihen wächst. Wenn Sie jetzt auch noch die Kommunalwahl am 26. März verlieren, wird das Durcheinander in Ihren Reihen noch viel größer.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Haben Sie eine Ahnung!)

Sie wissen doch, Ihr eigentliches Problem besteht darin, dass Sie die beiden Wahlsiege, die Sie in Hessen errungen haben, ganz allein und ausschließlich durch Kampagnen gegen den Bund gewonnen haben. 90 % Ihrer Wahlkampf rhetorik war ausschließlich Bundespolitik.

Herr Ministerpräsident, dies aber wird in den Jahren 2007 und 2008 nicht mehr gehen. Was bleibt, ist Ihre Negativbilanz.

(Beifall bei der SPD und dem bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU: Abwarten!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was bleibt, ist: Diese Landesregierung kann Hessen nicht. – Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, das Wort hat Herr Ministerpräsident Koch.

Roland Koch, Ministerpräsident:

Herr Landtagspräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Angesichts der im Hessischen Landtag nicht ganz einfachen Situation – bei einer Fraktion, die die Regierung stellt, und drei Oppositionsfraktionen – habe ich mich gefragt, wann es der richtige Zeitpunkt für den Ministerpräsidenten ist, in der Generaldebatte zu antworten.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Eigentlich jetzt nicht!)

Nach der letzten Debatte, als ich nach allen geantwortet habe, wurde das vielfach kritisiert. Deshalb antworte ich jetzt auf denjenigen, der hier die größte Oppositionsfraktion führt.

(Zuruf von der FDP: Noch!)

Einige in meinen Reihen haben mir gesagt, das geschehe wohl, weil ich Herrn Kollegen Walter einen Gefallen tun wolle. – Herr Kollege, nach Ihrer Rede sage ich: So, wie Frau Ypsilanti geschaut hat, ist mir das jedenfalls nicht gelungen – wenn ich Ihre Rede hier sehe.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Andrea Ypsilanti und Reinhard Kahl (SPD): Erklären Sie das doch einmal! – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Das war auch gar nicht meine Absicht. Aber ich glaube schon, die direkte Auseinandersetzung mit demjenigen, der in der Zeitung sagt, er habe Interesse daran, mein Amt zu übernehmen, lohnt sich. Werter Herr Kollege Walter, wenn Sie der Meinung sind, Sie müssten Ihre beiden letzten Niederlagen bei den Landtagswahlen 1999 und 2003 allein mit dem Verweis auf Berliner Politik rechtfertigen und hätten keinen Anlass, darüber nachzudenken, was Sie in diesem Land möglicherweise viele Jahre lang falsch gemacht haben und warum Sie mehr als 30 % Ihrer Wähler dauerhaft verloren haben, dann ist das Ihre Sache. Ob Sie gut oder schlecht verlieren können und wie Sie sich vorbereiten, das ist Ihre Angelegenheit. Das ist eine Entscheidung der SPD.

Ich sage aber, was Sie hier mit dem Staatsgerichtshof gemacht haben, nachdem Sie verloren haben, ist nicht allein Ihre Sache.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Auch der schlechteste Verlierer muss dort aufhören, wo die staatlichen Institutionen anfangen.

(Norbert Schmitt (SPD): Das haben wir beim Wahlprüfungsausschuss gesehen! – Weitere Zurufe von der SPD und des Abg. Clemens Reif (CDU))

Wenn Sie glauben, Sie könnten hier dem Staatsgerichtshof – nach dem Motto, das war eine Mehrheit, die Mehrheit hat Unrecht; die Minderheit hat Recht, und deshalb ist dies eine illegitime Entscheidung – sagen, das sei Unsinn, dann ist das unerhört.

(Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

Das ist einer solchen Diskussion nicht angemessen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Was haben wir denn von Ihnen alles zum Wahlprüfungsgericht gehört?)

Sie werden das sicher nochmals diskutieren, auch unter den Fraktionen. Ich bin sehr wohl der Meinung, an dieser Stelle soll sich eine Oppositionsfraktion überlegen, dass sie auch einmal wieder Regierung sein könnte. Dann wird

es ebenfalls Entscheidungen des Staatsgerichtshofs geben, und als Regierung werden Sie darauf Wert legen müssen, dass, wenn ein Parlament streitet – es ist sein gutes Recht, zum Verfassungsgericht zu gehen –, irgendwann in unserer Gesellschaft Schluss sein muss. Es gibt Gerichtsentscheidungen, die die Frage, ob die Regierung verfassungsgemäß gehandelt hat, ja oder nein, beenden. Nachdem Sie uns lange vorgeworfen haben, wir hätten falsch gehandelt, wir hätten gegen die Verfassung verstößen, hat der Staatsgerichtshof gesagt, das war im Rahmen der Verfassung. Dann muss Schluss sein, und dann müssen auch Sie einmal sagen: Okay, wir sehen es ein, wir nehmen es an dieser Stelle hin und fangen nicht an, den Staatsgerichtshof infrage zu stellen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir im Übrigen über die Finanzen reden, möchte ich Ihnen als Erstes sagen: Nach den derzeitigen Zahlen, die mir der hessische Finanzminister in den letzten Stunden gegeben hat – es ist der Kassenabschluss von gestern und noch nicht ganz endgültig –, darf ich Sie davon unterrichten, dass wir davon ausgehen, dass wir dank der Steuereinnahmen der letzten Wochen am Ende im Jahr 2005 eine Nettoneuverschuldung in der groben Größenordnung von 960 Millionen € haben werden. Das liegt deutlich unter dem, was Sie mit über 1,1 Milliarden € im Haushalt beschlossen hatten, und deutlich unter dem, was – unter Einbeziehung der kommunalen Investitionen – die Verfassungsgrenze des Landes Hessen ist. Das heißt, am Ende dieses Jahres – ohne das ganze Tremolo von Nachtragshaushalt, und was Sie alles im Laufe dieses Sommers in Parlamentssitzungen gesagt haben – legt Ihnen dieser Finanzminister Zahlen vor, nach denen der Haushalt des Jahres 2005 in die Grenzen der Verfassung zurückgeführt wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist sehr gut, und das müssen die Wählerinnen und Wähler und die Bürgerinnen und Bürger wissen.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD)

Dies entsteht natürlich über die Einnahmeentwicklung, nicht über die Ausgaben. Wir haben Ihnen im Sommer dieses Jahres gesagt und sagen Ihnen im Rahmen dieser Haushaltsdiskussion immer wieder: Wir haben eine strukturelle Diskussion über die Finanzen dieses Landes, und das sind die Finanzen der Bundesrepublik Deutschland. Das ist keine Frage, die wir alleine lösen können.

Ich finde es unfair – nicht mehr, aber auch nicht weniger, verehrter Herr Kollege Walter und meine Damen und Herren der Opposition –, dass Sie, wenn nicht gerade Haushaltsdebatte ist, das alles einräumen.

Ich nehme einmal den Abg. Walter, den Fraktionsvorsitzenden, in einer Debatte am 21. September des Jahres 2005 – also noch nicht verjährt. Dort sagt er:

Wir müssten die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben so verändern, dass wir die Ausgaben an die Einnahmesituation anpassen.

Da ruft Michael Boddenberg dazwischen: „Dann fangen Sie einmal an!“, und dann antwortet der Herr Kollege Walter:

Lieber Herr Kollege, das ist nicht möglich. Da bin ich aufseiten des Finanzministers. Das zeigt ein einfacher Blick in die Struktur des Haushalts vom letzten Jahr – Pi mal Daumen 18 Milliarden € an Ausgaben, davon ungefähr 50 % Personalkosten. Wenn

ich den KFA, die Sachausgaben und die Investitionen mit einrechne, dann komme ich zu einem frei zu verteilenden Bereich, der bei 1 Milliarde € liegt. Wenn ich noch die langfristigen gesetzlichen Bindungen nehme, die Folgeinvestitionen, die notwendig sind, ist der Betrag, über den wir im Parlament tatsächlich zu entscheiden haben, einer, der sich wohl unter 1 Milliarde € bewegen dürfte.

Ja, Herr Kollege Walter, Sie haben so wie Herr Kahl in Ihrem Verfolg gestern gesagt: Natürlich wissen wir alle, dass das Land Hessen – wie alle anderen Bundesländer – ein strukturelles Defizit hat. Das will niemand wegdiskutieren.

(Jürgen Walter und Norbert Schmitt (SPD): Und wie gehts weiter? – Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Dazu sagt Ihr Fraktionsvorsitzender in Niedersachsen, in den nächsten Jahren können die Länder das nicht korrigieren. – Ja, meine Damen und Herren, wir arbeiten mit einem sehr strukturierten Programm mit Haushaltskürzungen,

(Norbert Schmitt (SPD): Sie haben das Land dorthin geführt, das ist der Punkt!)

Personaleinsparungen, Arbeitszeitverlängerungen und Sachkürzungen, die Sie in jedem Einzelfall bekämpft haben, daran, dass wir die strukturelle Ausgabensituation auch dieses Landes verbessern.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist doch gar nicht wahr! Sie haben höhere Ausgabensteigerungen als das Maastricht-Kriterium!)

Diesen Weg werden wir fortsetzen, denn es ist der einzige Weg, um zu den Zahlen zurückzukommen, die auch Sie wollen.

(Beifall bei der CDU)

Gleichzeitig aber räumen wir ein: Ohne eine Veränderung bei den Einnahmen wird das nicht möglich sein. Das ist auch kein neuer Streit. Natürlich führen wir diesen Streit in jedem Landesparlament anders. Aber, Herr Kollege, wenn Sie sagen, was wir alles verhindert haben und woran es scheitert, dann will ich Ihnen eine Zahl nennen. Im Jahr 2001 hat die Bund-Länder-Kommission zur Schätzung der finanziellen Entwicklung ihre Berechnungen für fünf Jahre im Voraus gemacht, wie jedes Jahr.

Sie wissen, dass diese so genannten Steuerschätzer als Basis für ihre Zahlen richtigerweise jeweils das nehmen müssen, was Gesetz ist, also nicht das, was das Land Hessen im Bundesrat abgelehnt hat, und nicht das, was die SPD sich irgendwo in einem Programm wünscht, sondern Basis ist das, was im Jahr 2001 Gesetz war. Wenn ich diese Schätzungen nehme und einfach bis heute fortentwickle, was sich daraus ergeben hat, stelle ich fest, dass die Abweichung nach unten schon im Mai 2002 18 Milliarden € betrug. Im Mai 2003 betrug die Abweichung nach unten schon 61 Milliarden € – Bund, Länder und Gemeinden zusammen, immer grobe Größenordnung: 500 Milliarden €; wir haben derzeit 480 Milliarden € Steuereinnahmen –, also die Abweichung der Steuerschätzer ohne Gesetzesänderung, im Mai 2004 84 Milliarden €, im November 2004 85 Milliarden € und im Mai 2005 90 Milliarden €.

Das heißt ganz schlicht im Klartext: Wenn wir uns die nationale Politik der vergangenen Jahre in Deutschland anschauen, ergibt sich, dass ein Steuerausfall gegenüber dem, was bei einem mäßigen Wachstum die Bundesregie-

rung und die Steuerschätzer damals erwartet haben, also ohne jeden Bundesratsbeschluss, ohne Eigenheimzulage, ohne irgendeine andere Diskussion, von 90 Milliarden € strukturell in unsere Haushalte eingegangen ist, weil Sie die Bundesrepublik Deutschland in ein finanzielles Chaos gestürzt haben, meine Damen und Herren. Und wir sind leider Gottes keine Insel, sondern ein Bestandteil dessen, was dort abgearbeitet werden muss.

(Beifall bei der CDU)

Das wird unsere gemeinsame Aufgabe zwischen Bund und Ländern in den nächsten Jahren sein. Wir haben übrigens jetzt – darauf komme ich am Schluss – dort Bremswege, die einem schon Sorge machen müssen, weil wir unmittelbar vor der Wand stehen und schauen müssen, wie wir schnell zu Ende kommen. Ich unterstelle nach wie vor, dass Ihnen eine Mehrwertsteuererhöhung nicht leicht gefallen ist. Gehen Sie davon aus, dass es auch uns nicht leicht gefallen ist. Wenn man in ein Lehrbuch schaut, stellt man fest, dass diese Erhöhung ökonomisch eher falsch als richtig ist, so wie wir sie machen. Sie ist eine Notmaßnahme,

(Norbert Schmitt (SPD): Da haben Sie nicht Unrecht!)

weil die Finanzen, die Sie von der Bundesebene aus über die Einnahmesituation bestimmen, für Bund und Länder in einer Art und Weise zerrüttet sind, dass Sie anders nicht mehr geradegekommen wären. Das ist seit 2001 Ergebnis der Politik, mit der Sie dort angefangen haben.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Nein!)

Da hilft nicht die Ausrede mit dem, was wir im Bundesrat alles abgelehnt hätten.

(Norbert Schmitt (SPD): Doch!)

Wäre seitdem kein einziges Steuergesetz beschlossen worden, müssten wir, wenn Sie damals die richtige Politik fortgesetzt hätten, ohne irgendeine Steueränderung heute in Bund und Ländern gemeinsam Steuermehreinnahmen von 90 Milliarden € haben, ohne irgendeine Steuer erhöht zu haben und ohne irgendeine Steuersubvention gestrichen zu haben. Das wäre einfach in der Fortsetzung der Politik so. Das müssen Sie sich als Dimension, auch als Dimension der Erblast derer, die jetzt gemeinsam in Berlin Verantwortung tragen, vorhalten lassen.

(Norbert Schmitt (SPD): Bei Weimar haben die Prognosen immer gestimmt!)

In diesem System müssen und werden wir uns mit unserer Politik einordnen.

Dann würde ich gern, weil sonst dieser Streit zu lange geht, noch eines zitieren. Es gibt ein Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats bei dem Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit – so hieß er bis vor kurzem, sicher kein CDU-Papier – vom 8. Juli 2005. Daraus will ich Ihnen nur zitieren. Da geht es um die Frage der Finanzpolitik und darum, wie die einzelnen Länder einzuschätzen sind. Da heißt es zum Schluss:

Allerdings unterscheiden sich die Länder deutlich. In der Tabelle sind alle jene Länder fettgedruckt hervorgehoben, die ihren so berechneten zulässigen Anteil an der Maastricht-Quote übertroffen haben. Einige Bundesländer, so Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Sachsen, haben eine nachhaltige Finanzpolitik betrieben.

(Lachen des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Zwölf Bundesländer und der Bund haben sich dagegen zu stark verschuldet.

Meine Damen und Herren, so ist, wenn man von außen auf dieses Land schaut, die Situation und das, was Karlheinz Weimar und wir in der Finanzpolitik in den letzten Jahren verantwortet haben.

(Beifall bei der CDU)

Vor diesem Hintergrund diskutieren wir auch etwa mit dem Staatsgerichtshof in der Frage von Art. 141 der Hessischen Verfassung.

(Norbert Schmitt (SPD): Der entleert wurde!)

Das ist ein Teil der Ausgangsbasis dessen, was wir sehr klar über die Frage diskutieren: Wo sind die jeweiligen Möglichkeiten? Die Möglichkeiten definieren sich mit dem, was im Land gestaltet werden kann, aber auch im Verhältnis zu dem, was andere unter gleichen Bedingungen leisten oder nicht leisten.

(Reinhard Kahl (SPD): Bei Ihnen wird die Ausnahme zur Regel!)

Bei dieser Ausgangsposition muss man eben zunächst einmal sehen, dass wir unsere Hausaufgaben offensichtlich ordentlich machen. Das steht hier in diesem Papier. Das ist nicht meine These. Dass Ihnen das nicht gefällt, ist in Ordnung, aber dass wir darauf stolz sind, meine sehr verehrten Damen und Herren, das sollte man an dieser Stelle eben auch zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen diese Bilanz auch miteinander verteidigen und vertreten. Wir haben nicht nur dem Staatsgerichtshof, sondern auch anderen gesagt: Darauf werden wir auch eine Menge von Entscheidungen aufbauen, was jeweils in der einzelnen Situation zu tun ist. Herr Kollege Walter hat es schon richtig erkannt: Wir haben im Haushalt ausführlich erklärt, warum wir unter den Bedingungen, wie sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt gesetzt sind – diese Einschränkung mache ich, weil es ja Veränderungen geben kann –,

(Reinhard Kahl (SPD): Seit fünf Jahren die Ausnahme!)

mit diesen Haushaltssahlen für das Jahr 2006 rechnen müssen. Wenn sich die Gesetze ändern, kann es durchaus sein, dass sich die Zahlen auch verbessern. Außerdem werden wir in dem Zusammenhang sicherlich auch vor der dritten Lesung die Steuereinnahmen noch einmal anschauen. Das muss man bewerten, wenn es günstiger wird. Unter den obwaltenden Umständen haben wir aber gesagt, was wir zum Sparen getan haben. Und da gilt z. B., dass diese Debatten auch nicht frei von Opposition sind.

Wenn Sie jetzt sagen, 200 Justizbedienstete fehlten, kommen Sie an der nächsten Stelle und reden über die Polizisten pro Wahlkreis, und dann kommen Sie an der nächsten Stelle und reden über die Lehrerinnen und Lehrer. Wir sagen Ihnen: Ja, wir haben uns mit dem Personal auseinander gesetzt. Wir haben auch manchen Ärger in Kauf genommen. Wir haben aber übrigens jetzt das Vorbild für das abgegeben, was zurzeit im Bund gemacht wird. Wir sind diejenigen, deren „Operation sichere Zukunft“ jetzt auch auf anderer Ebene von Ihren Kolleginnen und Kollegen angewandt wird, weil es die richtige Antwort in Bezug auf die strukturelle Haushaltssanierung ist, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Lachen des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

– Ja, deshalb steht es in der Koalitionsvereinbarung, und deshalb steht jeder einzelne Punkt darin. Lesen Sie es doch durch. Schauen Sie, wie es beim Personal geht. Sie haben sich entschieden, lieber beim Weihnachtsgeld und bei den Beamten mehr zu kürzen und sie dafür eine Stunde weniger arbeiten zu lassen. Das haben Sie im Bund durchgesetzt. Wir haben gesagt: Wir brauchen die Gesamtleistung, gehen auf 42 Stunden und kürzen das Weihnachtsgeld nicht so stark. – Das ist legitim. Ich habe das mit unterschrieben. So kann man entscheiden. Ich halte unsere Entscheidung für besser, aber beide Entscheidungen sind möglich. Aber wir haben die Beteiligten stark herausgefordert.

Wir haben aber auch anspruchsvolle Dinge gemacht. Deshalb will ich an einem Beispiel schon sagen, worauf im Augenblick viele in Deutschland schauen. Wenn Sie sehen, was Sie in der Vergangenheit zur Personalvermittlungsstelle gesagt haben, und wenn ich jetzt das Ergebnis sehe, wenn ich lese, was auch Kollege von Hunnius von der FDP und insbesondere Sie von der SPD gesagt haben, was mit Mobbing und sonst was passiert, muss ich entgegenhalten: Meine Damen und Herren, wir haben von 6.277 Personen, denen wir sagen mussten, dass wir es uns im Rahmen der Einsparung nicht mehr leisten können, dass ihre Aufgaben dableiben – meistens sind Aufgaben weggefallen –, sodass wir an der Stelle auch die Personalstellen nicht haben können, mehr als 2.000 heute schon dauerhaft auf andere Plätze vermittelt. Wir haben rund 500 in neue Ausbildungen vermitteln können, die ihnen am Ende einen besseren Arbeitsplatz geben. Wir haben jetzt zum Schluss mit allen Maßnahmen noch 1.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, bei denen wir davon ausgehen, dass sie noch vermittelt werden müssen, die meisten innerhalb der Ressorts. Alle anderen sind schon auf einem anderen Arbeitsplatz oder wissen, wo sie innerhalb der nächsten zwölf Monate ihren Arbeitsplatz haben werden.

Kein Personalvermittlungssystem in einem anderen Bundesland oder auf Bundesebene hat besser funktioniert und so funktioniert, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht hinausgedrängt worden sind, sondern dass die Mehrheit dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze in erreichbarer Nähe zu vernünftigen finanziellen Bedingungen bekommen hat. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das haben wir versprochen und auch eingehalten.

(Beifall bei der CDU)

Auch darauf sind wir stolz. Auch das sage ich: An diesem Maßstab werden sich viele andere messen. Es ist oft probiert worden. Bei uns hat es nun funktioniert, und zwar auch deshalb, weil wir auf jede einzelne Mitarbeiterin und jeden einzelnen Mitarbeiter zugegangen sind und versucht haben, jeweils einen eigenen Weg zu finden.

Lassen Sie mich in dem Zusammenhang eine kleine Abweichung machen. Ich habe hier in der Diskussion über die PVS gesehen, wie dann im Landtag diskutiert wird, was auch legitim ist, wenn eine Regierung irgendwo in der Gefahr steht, durch eine Gerichtsentscheidung zu verlieren. Jetzt reden wir gar nicht vom Staatsgerichtshof. Dann ist sofort lauter Jubel angesagt. Herr Walter hat uns im Juli gesagt: Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Folgen dieses Urteils sind von so überragender Bedeutung für die weitere Personalwirtschaft des Landes, dass wir eine sofortige Debatte brauchen. – Dann begann das

ganze Ritual. Das Urteil ist aber drei Wochen später von der nächsten Instanz aufgehoben worden.

Jetzt will ich nur sagen, damit man es einfach einmal Revue passieren lässt: Eine Regierung hat doch keineswegs das Recht – ich glaube, sie sollte den Wunsch haben, aber nicht den Anspruch –, dass sie immer gewinnt. Auch wir können vom Gericht einmal gesagt bekommen, dass wir unser Ermessen falsch ausgeübt haben. Das wird auch passieren. Das ist nicht unnormal. Aber deshalb will ich an der Stelle schon sagen: Was haben Sie denn zum Ballungsraumgesetz beim Staatsgerichtshof gesagt? Soll ich Ihnen vorlesen, dass Sie gesagt haben, wie wir auffliegen und wie das rechtswidrig sei? Wie haben Sie in der Diskussion gesagt, wie bedenklich das ist, dass die Kultusministerin bei der Frage IRH ihre Position vertreten hat? Was hat Herr Kaufmann hier für einen Veitstanz aufgeführt und von der offensichtlichen Rechtswidrigkeit des Genehmigungsverfahrens der A-380-Halle an dieser Stelle gesprochen? Wie sind sofort die Bedenkenträger aus allen Ecken gekommen, als Alois Rhiel entschieden hat, für LKW eine Sperrung vorzunehmen? Was war die Diskussion der Sozialdemokratischen Fraktion, als die Caritas uns –

(Reinhard Kahl (SPD): Dazu haben wir mehrfach aufgefordert!)

– Das waren nicht Sie. Es muss ja nicht immer die SPD gewesen sein. – Immer ist gesagt worden, das schaffen die nicht. Das waren aber jetzt wieder Sie, als die Caritas unter fuhrmannscher Begleitung bei der Frage der Schuldnerberatung die Diskussion des Landkreises Groß-Gerau bei dem Auswahlermessen der Sozialministerin im Bereich von Hartz IV und der Beteiligten geführt hat.

Ja, wir haben bei den PVS-Entscheidungen, die gerade hier getroffen worden sind, bis zur Frage der Richterbesoldung usw., wie jede Landesregierung an vielen wichtigen Stellen unserer Politik auch in den letzten Jahren gerichtlichen Überprüfungen standgehalten. Aber, meine Damen und Herren, wir haben alle wesentlichen Entscheidungen am Ende als korrekt bestätigt bekommen. Das ist etwas, was nicht selbstverständlich ist. Deshalb darf man auch an der Stelle sagen, dass wir uns darüber freuen, dass es so gekommen ist.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir heute Haushaltspolitik betreiben, muss sie mit einem langen Atem betrieben werden. Keine der Reformen und Veränderungen wird erreichen, dass innerhalb weniger Tage oder Wochen alle Probleme gelöst sind. Wir können aber nachweisen, dass die strukturellen Entwicklungen in Hessen die richtigen Weichenstellungen beinhalten, dass wir, sowohl was die Personalausgaben als auch die nach wie vor hohen Anteile von Investitionen angeht, auf dem richtigen Weg sind, eine stabile Landespolitik zu betreiben. Wir werden aber in Zukunft dabei bleiben, die Aspekte von Bildung, Sicherheit und wirtschaftlichem Wachstum als die zentralen Faktoren eines Landeshaushalts nicht in einer Weise in Übergangsphasen zu befürdern, dass wir das Land kaputt machen, bevor es einen neuen Anstieg haben kann.

Wir haben den Anspruch, nach wie vor einer der Motoren des Wirtschaftswachstums in Deutschland zu sein. Wir sind im Augenblick in einer Situation, wo wir Branchen haben – da braucht man nur über Automobile und Banken zu reden –, die uns in den letzten Jahren viel Geld und Arbeitsplätze gebracht haben, die aber im Augenblick auch in schwierigen Verhältnissen sind. Deshalb sage ich

Ihnen sehr deutlich: Ich bin froh darüber, dass unser Statistisches Landesamt sagt, wir werden schon nächstes Jahr über dem Bundesdurchschnitt wachsen – trotz dieser Krisen, weil es uns gelingt, diese Umstrukturierung der Wirtschaft in Hessen zu bewältigen, obwohl es hohe Ausfälle bei der verarbeitenden Industrie gibt. Deshalb sage ich Ihnen: Lassen Sie uns im Aufgehen des 2008er-Wahlkampfes ruhig über die Frage diskutieren, wo Hessen wirtschaftlich steht. Wir sind sicher, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern das Vertrauen geben können, dass auch dann die wirtschaftliche Entwicklung in Hessen so ist, dass sie sich in diesem Bundesland Hessen wohl und sicher fühlen können.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Das ist unterschiedlich, wo wir besonders viel tun können: In der nordhessischen Region sind z. B. in den Fragen von Entwicklung und Randbedingungen die Einflussmöglichkeiten des Staates leider Gottes im Augenblick noch notwendig. Wenn letzten Endes mehr als ein Drittel aller Ausbildungsplätze staatlich subventioniert wird – das ist für ein ganzes Land undenkbar, das ist eher schon ein Problem, aber dort ist es eben so, und wir müssen es tun –, dann sieht man, dass es eine unmittelbare Einwirkung gibt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Region Nordhessen hat heute eine klare ökonomische Ausbildung. Wir wissen, es ist eine Region, die ihre Schwerpunkte der Zukunftsentwicklung in der Logistik, im Tourismus und in der Frage von Wissenschaft und Umgebung von wissenschaftlichen Hochschulen haben wird. Diese drei Wertefaktoren werden die Entwicklung dieser Region treiben. Auf diese drei Elemente ist die Politik ausgerichtet, und sie ist im Augenblick konjunkturunabhängig.

Das Faszinierende ist: Wenn Sie die Arbeitslosenzahlen sehen, stabilisieren im Augenblick die nordhessischen Entwicklungen durchaus das ganze Land. Das hat es nicht immer gegeben. Das ist so, weil alles nördlich von Marburg in Deutschland besser ist. Wenn Sie sich Nordhessen, den Regierungsbezirk Braunschweig, Detmold und andere Stellen in der Umgebung anschauen und die Zahlen vergleichen, sehen Sie, dass die Nordhessen in den letzten sechs Jahren die einsamen Spitzeneiter bei der Schaffung neuer sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze sind.

(Beifall bei der CDU)

Sie sind die einsamen Spitzeneiter in der Stabilität von Arbeitsplätzen. In einer Zeit, in der in ganz Deutschland Arbeitsplätze zurückgehen, gehen sie dort weniger zurück. Das ist ein Ergebnis der Tatsache, dass dort die Schwerpunkte so gesetzt worden sind. Ich erinnere mich, als damals Dieter Posch das Güterverkehrszentrum in Nordhessen eingeweiht hat, wie lächelnd die Leute vor der Wiese mit Gleisanschluss standen. Wenn Sie schauen, wie viele Tausend Arbeitsplätze inzwischen dort entstehen, dann sehen Sie daran, wie richtig die Strukturerwicklung von Logistik war. Deshalb werden wir die auch zu Ende führen. Dazu gehören übrigens die Autobahnprojekte. Dazu gehört der Flughafen Kassel-Calden.

Sehr verehrter Herr Kollege Walter, wir werden selbstverständlich jede Oppositionskritik ertragen. Aber ich werde Ihnen weiter sagen: Wer sich, wie bei der A 44, in den Neunzigerjahren mit den GRÜNEN hingestellt hat und zusammen nach Jahren der Verweigerung der Straßenplanung nur bereit war, die Straßenplanung unter der Berücksichtigung zu beginnen, dass man das langsamere Pla-

nungsrecht benutzt, um nicht schnell zum Ergebnis der Straße zu kommen, der hat aber auch jedes Recht verloren, sich hier im Hessischen Landtag hinzustellen und irgendetwas über den Zeitablauf des Straßenbaus zu sagen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Ich füge an – sozusagen unter dem Gesichtspunkt der partiellen unvermeidlichen Partnerschaften dieser Tage –:

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha!)

Wir werden jetzt als Hessen den von Dieter Posch und anderen erarbeitenden Gesetzentwurf zur Beschleunigung der Verfahren einbringen.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Sehr gut!)

Wir werden dann gemeinsam auf der Bundesebene darüber reden, ob es in Zukunft nicht möglich sein könnte, innerhalb von sieben Jahren über den Bau einer Bundesfernstraße politisch zu entscheiden und sie zu eröffnen. Ich teile nämlich Ihre Einschätzung, dass das notwendig ist. Ich bin der Auffassung, dass es keinen Sinn macht, so lange Straßen zu planen. Aber Sie haben zusammen mit den GRÜNEN dafür gesorgt, dass dieses Planungsrecht in den letzten Jahren so ist, wie es ist, und dass das Verkehrswegebeschleunigungsgesetz in anderen Teilen nicht geht.

(Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ein Quatsch! – Norbert Schmitt (SPD): Alles Quatsch, was für ein Unsinn!)

– Herr Al-Wazir, wenn ein GRÜNER „Quatsch“ dazwischenruft, dann will ich Ihnen nur sagen: Sie waren es doch, die im Sommer in Berlin verhindert haben, dass auch nur das Verkehrswegebeschleunigungsgesetz-Ost fortgeschrieben worden ist. Wenn wir das jetzt nicht in einem Schnellgang binnen Stunden machen würden, dann gäbe es am 31.12. nicht einmal mehr das Gesetz für die neuen Bundesländer.

(Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

Sie waren es, die über Jahre verhindert haben, dass es im Westen angewandt werden kann, damit wir bei der A 49 die gleichen Rechte wie bei der A 44 haben. Das muss jetzt beendet werden. Das hat etwas mit Wirtschaft und wirtschaftlicher Entwicklung in diesem Lande zu tun.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Natürlich wissen wir, dass das die gleiche Entwicklung ist, mit der wir es in der Frage von wirtschaftlicher Entwicklung nicht nur in Nordhessen, sondern dann auch in Südhessen zu tun haben müssen.

(Norbert Schmitt (SPD): Wie immer knapp an der Wahrheit vorbei!)

Wir wissen – Kollege Alois Rhiel und alle anderen wissen es sehr genau –, wie wichtig die Verantwortung dafür ist, dass das Planungsfeststellungsverfahren für den Flughafen kommt. Ich könnte das Gleiche machen und sagen, hätte man Mitte der Neunzigerjahre mit dem Landesentwicklungsplan angefangen, anstatt im Jahr 1998 noch Baugebiete in der Einflugschneise zuzulassen, dann hätten wir heute möglicherweise manche Diskussion ein bisschen entspannter. Aber vergessen wir es.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Auch dort gilt die Diskussion, die wir jetzt hören: Muss man Erörterungstermine dauerhaft in dieser Größe haben, in denen Anwälte alles noch einmal über Monate vortragen, was sie schon schriftlich formuliert haben? Das alles kann man diskutieren.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Nein!)

Aber wir werden unter diesem Verfahren mit der notwendigen Gelassenheit nach den Regeln von Recht und Gesetz und mit dem Anspruch, den wir über Projekte stellen, die ich Ihnen vorhin gezeigt habe, nachgewiesen haben, dass wir in der Lage sind, uns so zu beherrschen, dass wir das im Rahmen des Rechts so machen, dass es am Ende auch einer gerichtlichen Prüfung standhält. Das ist zum Schluss der Maßstab, an dem sich politisch ein solches Flughafenverfahren entscheidet. Wir werden dahin kommen, dass die Bürgerinnen und Bürger sagen: Das geht in die richtige Richtung.

Wir sehen darin die größte Entwicklungsperspektive Hessens. Wir sehen darin die Chance, wie wir wieder ein Stück abheben können. Mit jedem Tag, mit dem wir dieser Entscheidung näher kommen, steigt auch die Zuversicht internationaler Unternehmer, sich in dieser Region anzusiedeln, wie wir es brauchen, um das Wirtschaftswachstum in Südhessen dauerhaft zu stabilisieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man das erreichen will, wenn man will, dass die Menschen darauf schauen, was in einem solchen Bundesland getan wird, wie es geschieht und mit welcher Dynamik man versucht, sich um Probleme zu kümmern, dann ist es natürlich notwendig, dass das auch an Beispielen deutlich wird – an einzelnen Elementen, die in die Logik eines gesamten Projekts eine Regierung hineinpassen.

Deshalb will ich in einer solchen Generaldebatte nur einige Stichworte erwähnen, die Kollege Walter teilweise angesprochen hat. Ich beginne, wenn wir über Arbeit sprechen, als Brücke noch einmal damit: Wir haben uns in einer schwierigen Diskussion mit der Bundespolitik sehr früh über die Frage unterhalten, was man im Bereich dessen tun kann, was wir heute Hartz IV nennen, also im Umgang mit Menschen, die Langzeitarbeitslose sind. Wir haben das aus einer Perspektive getan, dass wir seit 1999 – das war etwas, was es vorher gab und was ich jetzt gar nicht kritisiere, aber uns hier als Problem vorliegt – signifikant mehr Sozialhilfeempfänger pro Hunderttausend Einwohner als andere Flächenländer in der Bundesrepublik haben, und zwar egal, ob im Norden oder im Süden.

Wir haben dort ein strukturelles Problem. Das sind Langzeitarbeitslose, die uns in der Statistik die Schwierigkeiten machen. Wir haben davon mehr. Die haben wir übernommen, ohne dass ich jetzt sage, das liege daran, was eine Regierung drei Jahre lang vorher gemacht hat. Das liegt auch in Teilen an Strukturen, die wir zwischen Norden und Süden hatten. Das liegt auch an der Dienstleistungswirtschaft, die bestimmte Qualifikationen schneller herausgenommen und die Menschen nicht mehr mit neuen Beschäftigungen versehen hat als in anderen Ländern.

Also haben wir uns gesagt: Wir müssen uns um dieses Problem kümmern. – Wir haben eine große Zahl von Landkreisen – die angeblich immer gegen uns sind, wenn ich das hier höre – davon überzeugt, mit uns einen mutigeren Weg als andere zu gehen. Wir sind das Referenzland für die Optionskommunen in Deutschland. Wir sind dabei, mit den Kommunen Hand in Hand in großer Gemeinsamkeit und Verantwortung etwas aufzubauen, was es an keiner Stelle Deutschlands so geben kann. Wenn ich nur

zwei oder drei Optionskreise in einem Bundesland mit 40 oder 60 Landkreisen habe, dann kann ich darauf keine Organisation abbilden. Aber wenn sich die Hälfte des Landes in einer Form und die andere Hälfte in der anderen Form befinden, dann macht es Sinn, das miteinander zu vergleichen.

Wir haben klar gesagt: Wir werden die Bundesagentur für Arbeit nicht behindern. Wie kämen wir auch dazu? Die hat mit ihren Arbeitsgemeinschaften und anderem das Notwendige zu tun. Aber wir wollen das zeigen. Wir machen das mit einer großen Breite durch das Land. Es geht nur, weil Frau Kollegin Lautenschläger im Bund dafür den Korridor erstritten hat. Es geht nur, weil wir bis zum heutigen Tag etwa bei den Verhandlungen über die Fortführung der Finanzierung im nächsten Jahr unter ihrer Mitwirkung und Verhandlung für die deutschen Länder dafür gesorgt haben, dass die Rahmenbedingungen weiter gelten.

Wenn Sie heute irgendjemanden in Deutschland fragen, welche Referenzländer dafür sind, dass man dezentral mit Langzeitarbeitslosen versuchen kann, neue Wege zu gehen, dann werden Sie immer zwei Länder finden, nämlich das Bundesland Hessen an erster Stelle und mit uns Niedersachsen. Darauf können wir deshalb ganz stolz sein, weil das bedeutet, wir werden mit diesen Erfahrungen auch die Ersten sein, die daraus die Früchte ziehen. Wir sind mit dem Gesetz keineswegs einverstanden. Wir können uns eine Menge vorstellen, was besser wäre.

Wir werden eine Fülle von Diskussionen haben, dass wirklich kommunale Verantwortung besteht. Aber wir stärken die kommunale Seite. Die sozialdemokratischen Kollegen sagen uns an jeder Ecke: Es muss eine Bundesaufgabe sein. – Dann vergießen Sie bitte keine Krokodistränen über regionale Verantwortung. Wir glauben, das ist eine zentrale Funktion. Man muss in der Region jeweils vor Ort das machen, was dort richtig ist, weil man die Leute, die Probleme und die Strukturen kennt.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb wollen wir, dass Hessen ein Vorzeigeland wird. Wir sind auf dem richtigen Weg und werden da weitergehen.

Sie haben über Hünfeld gesprochen. Hünfeld ist inzwischen nicht nur ein bundesweites Modell. Das Hünfelder Modell wird nicht nur in die Arbeit der Justiz, sondern in viele andere so genannte PPP-Projekte eingehen. Wir leisten für die Bürgerinnen und Bürger damit etwas sehr Konkretes. Es spart nämlich Geld. Man muss es schon sagen dürfen: Im Vergleich von Weiterstadt mit 250.000 € pro Platz zu jetzt 100.000 € – zehn Jahre später – ist unter dem Gesichtspunkt, was man für ein modernes Gefängnis ausgeben muss, schon bewiesen, dass man Methoden finden kann, dem Steuerzahler sehr viel an Ausgaben zu ersparen, wenn man es richtig macht. Das ist durchaus etwas, worüber wir auch froh sein können.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in diesem Zusammenhang wird immer wieder die Diskussion darüber geführt werden – auch dazu hat die Hessische Landesregierung eine klare Auffassung –, dass wir der festen Überzeugung sind, dass uns private Organisationen und Unternehmen in vielen Fragen weiter helfen können, als wir das allein mit unseren staatlichen Organisationen können.

Das bedeutet aber nicht, dass man alles abgeben kann. Ein Gefängnis ist dafür geradezu ein prinzipielles Beispiel. Da kann der Staat nicht alle Verantwortung aufgeben. Aber in jedem einzelnen Fall kann man fragen: Wer kann was besser? – Inzwischen steht fest, dass private Unternehmen besser bauen können und das Baumanagement und die Organisation des Bauens besser abwickeln können. Das geschieht in Kooperation mit dem Staat, also unter staatlicher Aufsicht. Das Land bleibt ja Bauherr. Allein schon der Preis, den Private im Wettbewerb dafür verlangen, liegt niedriger als der, der bei einer Planung des Landes herausgekommen wäre. Dann wurden noch einmal 7 Millionen € eingespart.

Das ist eine Ausgangsposition, zu der wir sagen können: Wir wollen in Zukunft auch an anderer Stelle so bauen, wie andere das sich jetzt bei uns anschauen können.

Wir werden in den nächsten Tagen im Hessischen Landtag und in der Öffentlichkeit eine weitere Diskussion hinsichtlich eines weiteren solchen Leuchtturms haben. Wir wollen und werden die Ersten sein, die ein Universitätsklinikum, das neu zusammengefügt wurde, in die Verantwortung privater Unternehmen übergeben. Das ist ein schwieriges Projekt. Das bestreitet nun wirklich keiner. Deshalb haben wir uns dafür auch ein Jahr Zeit genommen. Kein privates Unternehmen würde sich für eine solche Transaktion so viel Zeit nehmen. Das kann nur der Staat so machen. Das zeigt, dass der Staat langsam ist. Aber es ist mit Anstrengung und unter Aufbietung aller Kräfte möglich, so etwas in einem solchen Zeitraum zu machen.

Ich bin sehr dankbar, dass viele daran mitgewirkt haben. Ich bin außerordentlich dankbar, dass es gelungen ist, dazu zu kommen, mit dem Wissenschaftsrat gemeinsam diesen Weg zu gehen. Der Wissenschaftsrat ist eine Institution, die für uns in diesem Zusammenhang wichtig sein muss. Das Beschreiten dieses Weges geschah dann auch aus Überzeugung.

Ich habe mit vielen bei dieser Gelegenheit gesprochen. Meine Einschätzung war, dass am Anfang durchaus große Skepsis herrschte und man sich mit der Frage beschäftigte: Wie kann man das verhindern? – Am Ende haben sie mit uns gemeinsam über die Frage diskutiert, wie man es machen kann, dass das eine Chance hat.

Daraus wurde also ein Ringen im positiven Sinne. Man muss dabei nicht mit jeder Formulierung des Gesetzes glücklich sein, die man in diesem Kompromiss gefunden hat. Das wird für die Mitglieder des Wissenschaftsrats gelten, und das gilt für uns, die Mitglieder dieser Landesregierung. Man kann sich einiges vorstellen, was stringenter hätte formuliert werden können. Das gilt für beide Seiten. Aber es ist in einem Ringen gelungen, das so zu entwickeln.

Wir werden in Hessen in den nächsten Tagen darüber entscheiden. Das war das Motiv für die Diskussion mit dem Wissenschaftsrat, die die Kollegen Corts und Leonhard mit diesem geführt haben. Der Wissenschaftsrat hat vom ersten Tag an die Auffassung vertreten: Worüber wir im Augenblick reden, wird zu einer Regelung führen, die später in ganz Deutschland angewandt werden wird. – Es handelt sich also nicht um etwas, was nur für das Klinikum in Gießen gemacht wird.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Und Marburg!)

Das gilt nicht nur für Gießen und Marburg. – Ich möchte das wiedergeben, was Herr Einhäupl, der Vorsitzende des

Wissenschaftsrats, dazu gesagt hat. Er sagte, damit man im internationalen Vergleich den Sprung in eine andere Liga schaffen könnte, müssten in Deutschland an bestimmten leistungsfähigen Standorten der Universitätsklinika alle Kräfte mobilisiert und Mittel fokussiert werden, in nahezu allen Bundesländern werde deshalb über Privatisierung diskutiert. Hessen werde diesen Schritt noch in diesem Jahr mit seinem inzwischen fusionierten Universitätsklinikum in Gießen und Marburg vollziehen. Das sei ein Vorgang, der auf die ganze Republik ausstrahlen werde. Das sagte Herr Einhäupl dazu.

Ja, das wollen wir damit erreichen. Da spielt auch das Argument der Arbeitsplätze in der Region Mittelhessen eine Rolle. Wir werden es dadurch schaffen, dort mehr Arbeitsplätze zu erhalten, als es der Staat allein je schaffen könnte.

Da geht es aber auch um wissenschaftliche Argumente für ganz Hessen. Wir werden modernste Medizin an Universitäten und die medizinische Wissenschaft in einer neuen Form zusammenführen. Die Ressourcen werden besser sein.

Zugleich enthält dies aber auch eine gesellschaftspolitische Botschaft. Wir wollen dort, wo es verantwortet werden kann, Private dazu holen und unsere Kräfte damit stärken. Wir wollen nicht die alten Strukturen erhalten, wenn andere schon anfangen, etwas Neues zu machen. Wenn irgendwo etwas Neues startet, dann muss Hessen dabei sein. Dafür ist das, was wir bei den Universitätsklinika machen, ein wichtiges Beispiel. Das zu machen ist richtig.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Man kann das ergänzen. In diesen Wochen und Monaten hört man so manches auf internationalen Kongressen über das TUD-Gesetz. Dabei geht es um die Frage, inwieweit es in staatlich organisierten Systemen Autonomie geben kann. Da reicht der Maßstab hinsichtlich der Politik für die Universitäten weit über das bei uns bisher Übliche hinaus.

Man kann über die Frage reden, inwieweit wir die Kulturregion Nordhessen entwickelt haben. Dabei geht es in der Tat nicht darum, ob das dem Herrn Walter gefällt oder nicht. Das ist in der Politik so. Warum soll ihm alles gefallen, was die Regierung macht? Denn dann könnte er gar nicht mehr erklären, warum er in die Regierung will.

Das Ballungsraumgesetz und der entsprechende Ansatz gefallen ihm also nicht. CDU und FDP haben, als wir damit begonnen haben, die Auffassung vertreten, dass, wenn man einen Großkreis schaffen würde, anstatt die einzelnen Landkreise bestehen zu lassen, das ein Angriff auf die Bürgernähe wäre. Man würde bürgernahes Verhalten damit nicht unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wenn ein Abgeordneter in einen Kreistag gewählt wird, der von Grävenwiesbach bis Darmstadt zuständig ist, dann ist dieser Kreistag fast schon ein halber Landtag. Ich meine das jetzt nicht unter dem Gesichtspunkt der Macht, sondern hinsichtlich des Gesichtspunkts, ob das reale Risiko besteht, dass jemand, der in diesen Kreistag gewählt wird, noch der Gefahr ausgesetzt ist, einen Bürger zu treffen, über den er entschieden hat.

Wir wollen, dass die Landkreise eine überschaubare Größe haben. Die Entscheidungen sollen auf einer Ebene

fallen, die überschaubar ist. Die Landkreise sollen nicht so groß werden.

Herr Walter, Sie sollten Ihre Vorstellungen nach einer Beratung mit Ihrem parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Fraktion einmal in einem Gesetzentwurf festhalten. Das hat Ihnen mein Kollege Volker Bouffier vorhin zugezogen. Ich bin dafür. Schreiben Sie den Entwurf für ein Ballungsraumgesetz, das so ist, wie Sie es haben wollen. Schreiben Sie doch einmal den Entwurf für ein Regionalkreisgesetz auf. Dann können wir mit den Stadtverordneten von Grävenwiesbach und Königstein bis herunter nach Dieburg über die Frage reden, wie das dann mit der Schulentwicklungsplanung wirklich laufen würde. Wie würde die dann sein?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Jürgen Walter (SPD): Ich glaube, die Stadtverordneten wären dafür!)

Wir sollten dann auch einmal darüber reden, ob, wenn dieser Landkreis betriebswirtschaftlich optimiert hat, es nicht so sein wird, dass sich alle Schulen in Frankfurt befinden und keine mehr im Umkreis sein wird. Die Schüler müssten dann mehr fahren als zuvor.

Anschließend sollten wir über die Krankenhausplanung dieses Landkreises reden. Man muss dann auch darüber reden, ob man in einem solch großen Kreis eine polyzentrische Struktur überhaupt erhalten kann. Es wird dann zu Auseinandersetzungen zwischen den Regionen kommen. Wenn sich Grävenwiesbach und Dieburg einigen müssen, werden sie eventuell darauf kommen, dass der kleinste gemeinsame Nenner für einen Standort Frankfurt sein muss. Im Augenblick hingegen gibt es sowohl im Umkreis von Grävenwiesbach als auch im Umkreis von Dieburg entsprechende Einrichtungen.

Das ist der bessere Weg. Es kann sogar sein, dass er ein klein bisschen teurer ist. Ich habe schon immer gesagt: Es kann sein, dass das ein klein wenig teurer ist, als wenn man eine betriebswirtschaftliche Einheit schafft. – Herr Walter, auf den Streit über die Frage, ob wir einen zentralistischen Regionalkreis mit Frankfurt schaffen oder ob wir eine polyzentrische Struktur mit selbstständigen Landkreisen beibehalten, freue ich mich.

(Beifall bei der CDU)

Schreiben Sie das auf. Schreiben Sie das detailliert auf. Wir werden das dann mit außerordentlichem Vergnügen diskutieren.

Es gibt noch weitere Punkte, zu denen wir in Hessen etwas machen müssen. Sie sehen, es ist eine ganze Menge los. Wenn es einen Entwurf der Regierung dazu gibt, dann wird der Landtag dazu natürlich auch Stellung nehmen. Zu diesen Vorhaben gehört auch die Vorlage eines Entwurfs für ein Sparkassengesetz.

Es gibt überhaupt keinen Grund, dieser Debatte aus dem Weg zu gehen. Die Sozialdemokraten greifen im Moment wieder auf das zurück, was im Ritualhandbuch unter 2 b steht: Mobilisiere Arbeitnehmer durch Schüren von Angst. – Sie versuchen, die Personalräte scharfzumachen.

(Zuruf)

– Herr Walter, Sie haben alle Personalräte angeschrieben. – Dazu gibt es zwei vom Inhalt sehr unterschiedliche Debatten. Die eine ist die, die Sie führen. Sie behaupten, dort würden Arbeitsplätze entfallen. Darauf kann man eine klare Antwort geben: Wer behauptet, dadurch würden Arbeitsplätze entfallen, lügt.

(Beifall bei der CDU)

Das ist nicht die Absicht dieses Vorhabens. Das ist auch nicht das Ziel. Das sollten Sie auch allen Abgeordneten Ihrer Partei und vielen anderen sagen, wenn es um die Personalräte geht.

(Norbert Schmitt (SPD): Herr Koch redet von Lüge! Das sagt der Richtige!)

Das ist der eine Teil.

Der zweite Teil der Diskussion beschäftigt sich mit der Frage, was, politisch gesehen, hinsichtlich der Sparkassen auf Dauer richtig sein wird. Herr Kollege Walter, dazu müssen Sie einiges beachten. Vor etwa fünf Monaten haben wir im Rahmen einer Großen Anfrage darüber hier debattiert. Damals hatten wir die Situation, dass alle Fraktionen –

(Norbert Schmitt (SPD): Ausgerechnet der Herr Koch spricht von Lüge! – Glockenzeichen des Präsidenten)

– Herr Präsident, Herr Abg. Schmitt hat gelegentlich solche Anfälle. Das kann nur gestoppt werden, indem man gelassen darauf reagiert. Es gibt dafür keine andere Medizin.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Ich habe das immer dann, wenn Sie von Lügen reden!)

– Sie sehen, es handelt sich jetzt um einen schweren Anfall. Das macht aber nichts.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Im Rahmen der Behandlung einer Großen Anfrage zu den Sparkassen, vor etwa fünf Monaten haben Herr Kollege Frankenberger wie auch Herr Kollege Denzin exakt zu dieser Frage gesprochen. Ich empfehle jedem, der jetzt so aufgeregt ist, nur, um wieder auf den Status zu gelangen, der vor etwa fünf Monaten hier herrschte, noch einmal nachzulesen, was die Beteiligten, also etwa der Herr Abg. Frankenberger, hinsichtlich der Frage des in Zukunft bestehenden Bedarfs der horizontalen oder vertikalen Konzentration gesagt haben. Ich sage dazu: Wenn wir auf dieser Basis reden könnten, dann wäre jede emotionale Aufregung weg.

Es geht dabei doch um etwas ganz anderes. Ich will nicht, dass der Sparkassenverband irgendetwas tut oder nicht tut. Da wird z. B. gesagt, das Stammkapital müsse aufgedeckt werden. Dazu sage ich: Das Stammkapital muss überhaupt nicht aufgedeckt werden. – Derzeit ist es aber verboten, das Stammkapital aufzudecken. Das ist ein Unterschied.

Wer über die kommunale Selbstverwaltung redet, der muss sehr nüchtern die Frage beantworten, ob wir auf Dauer das Recht dazu haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Jürgen Walter (SPD): Was heißt das denn?)

Sie reden dabei über die Helaba. Nach dem, was ich dazu in der Zeitung gelesen habe, ist das in diesem Zusammenhang relativ unbedeutend. Um die Helaba ist es mir nicht bange. Das ist nicht die Frage.

Die Frage lautet: Wie werden sich in Zukunft die Sparkassen in diesem Land strukturieren? – In diesem Zusammenhang gibt es eine andere ganz wichtige Frage. Da möchte ich in der Tat Trendsetter sein. Sie lautet: Bestimmen wir das? Machen wir die Regeln, die zu einer Zusammenführung der Sparkassen zu größeren Einheiten

führen könnten, etwa so kompliziert, dass sich diese nicht zusammenschließen können? Oder regeln wir es nicht, weil wir sagen: „Ob sie heute oder in fünf oder acht Jahren fusionieren wollen, ist deren Problem“?

Da gibt es auch eine Debatte nach dem Motto: Irgendjemand Böses kauft die Helaba. – Wie soll denn das geschehen? Die Helaba gehört zu 85 % den hessischen Sparkassen. Wissen Sie, die ganze Diskussion geht darüber, ob der Gesetzgeber den Schutz dafür bietet, dass bestimmte Dinge nicht gehen können. Der Staat kann aber auch sagen: Wir schützen euch von außen.

Da gibt es einen Konsens, den wir nicht zerreden sollten. Wir wollen nicht, dass private Investoren die Sparkassen kaufen können. Das ärgert manche. Aber wir wollen das nicht. Wir wollen auch nicht, dass Investoren außerhalb Hessens Sparkassen kaufen. Auch das wollen wir nicht. Wir wollen aber, dass sich die Sparkassen innerhalb Hessens ohne jegliche gesetzliche Restriktion so organisieren können, wie es, betriebswirtschaftlich gesehen, auf Dauer richtig sein wird.

Was das Beste auf Dauer ist, wissen nicht wir. Vielmehr wissen das diejenigen besser, die dort arbeiten. Das müssen auch nicht wir verantworten. Vielmehr müssen das auch diese Personen verantworten. Die Verantwortung gehört also auf die Stelle übertragen, wo das Wissen vorhanden ist. Dieses Wissen ist bei den Kommunen und bei den Sparkassen selbst vorhanden.

(Jürgen Walter (SPD): Herr Ministerpräsident, warum sind die Kommunen dann dagegen? Ich stelle nur die Frage!)

In erster Linie sind es nämlich die Kommunen. Das möchte ich auch klar sagen. Herr Kollege Walter, ich unterstelle, dass Sie diese Aussage teilen. Denn diese Aussage ist wichtig. Aus meiner Sicht gehören die Sparkassen den Kommunen,

(Jürgen Walter (SPD): Ja!)

auch wenn die Direktoren der Sparkassen glauben, die Sparkassen würden sich selbst gehören. Ich empfehle allen auf kommunaler Ebene, dass das entsprechend diesem Interesse organisiert werden soll.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP – Jürgen Walter (SPD): Ich frage dann aber: Warum sind die Kommunen dagegen?)

– Herr Kollege Walter, ich – und auch Sie tun es – diskutiere gelegentlich mit Personen der kommunalen Ebene. Die Antwort auf diese Frage interessiert mich nicht in erster Linie.

(Jürgen Walter (SPD): Sie können nicht behaupten, Sie würden etwas für die Kommunen tun, wenn die sagen: Bitte machen Sie das nicht!)

Mich interessiert, ob Sie der Meinung sind, dass das, was Herr Kollege Frankenberger hier vor fünf Monaten sagte, richtig oder falsch ist. Mich interessiert, ob die Sozialdemokraten, die Landespolitiker sind, mit mir einer Meinung sind. Landespolitiker haben nicht immer dieselben Interessen wie Kommunalpolitiker. So einfach ist die Welt nicht. Das wissen Sie sehr wohl, und auch ich.

Mich interessiert, ob Sie, die Mitglieder der Sozialdemokratischen Fraktion, der Meinung sind, dass wir den Sparkassen die Freiheit geben sollen, sich selbst zu organisieren, dass sie dann aber auch die Verantwortung für die Form der Organisation tragen. Oder sind Sie der Auffas-

sung, dass wir als Land da per Gesetz Korsettstangen einziehen müssten, weil wir schlauer sind als die anderen, und wir ihnen deswegen das Recht zur Selbstorganisation nicht geben sollten. Auf diese Fragen werden Sie in den nächsten Monaten, in denen wir das beraten werden, eine Antwort geben müssen.

Ich sage Ihnen: Mehr und mehr werden die anderen Länder auch wieder auf Hessen schauen und sagen: Es ist richtig, diese Verantwortung auf die Personen vor Ort zu übertragen. – Man sollte den Kommunen sagen: Ihr seid die Eigentümer der Sparkassen, verlangt von den Direktoren der Sparkassen eine Antwort auf die Frage, wie das Eigenkapital verwertet werden soll. Schaut, ob sie gute oder schlechte Geschäfte machen. Organisiert das so, wie es richtig ist, aber organisiert das innerhalb der Sparkasse. Verkauft es nicht, privatisiert es nicht, sondern organisiert es als öffentliche Aufgabe, aber so gut wie möglich.

Das ist die Aufgabe des Verbandes, und darüber streiten wir auch gerne mit Ihnen. Das ist der richtige Weg, von dem wir überzeugt sind und den wir in den nächsten Wochen diskutieren können.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, natürlich betrifft – und so wird es auch bleiben – ein Großteil der Diskussionen in der Landespolitik die Innovationen und Erneuerungen in der Bildungspolitik. Das ist ein Thema, das bei Herrn Kollegen Walter aufgrund der Zeitspanne manuskriptbedingt an den Rand geraten ist, weil er sich so lange mit der Bundespolitik beschäftigen musste. Dieses Thema ist aus unserer Sicht das wichtigste Streithema in der Zukunft; darin werden wir meiner Meinung nach sogar Konsens haben.

Wir haben von Ihnen ein Schulsystem überlassen bekommen

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch du lernst es nicht!)

– dieser Satz ist ja unbestreitbar, oder? –

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP)

– auch der Pawlow muss eine Reaktionszeit haben –,

(Andrea Ypsilanti (SPD): Wir wissen, was kommt!)

das sich neben vielen anderen Fragen, die wir lange diskutiert haben – Integration, Nichtintegration von verschiedenen Zweigen, Lehrerversorgung; über die Details will ich nicht sprechen –, durch eine besondere Frage auszeichnet. Wir haben einen Mangel vorgefunden, der uns über die Dauer der Zeit betrachtet am meisten Sorgen bereitet und im Augenblick die größten Schwierigkeiten in der Schule macht. Sie haben im Gegensatz zu anderen Bundesländern – übrigens auch im Gegensatz zu einigen sozialdemokratisch verantworteten Bundesländern – planmäßig über viele Jahre hinweg alles abgebaut, was eine Vergleichbarkeit von Leistungen zwischen Schulen ermöglicht hätte.

Sie haben die Kriterien für Vergleiche abgebaut, indem Sie eine immer stärkere Verselbstständigung einführten. Jeder konnte sich aus Plänen heraussuchen, was er unterrichten wollte. Das war versinnbildlicht in dem Weg von Lehrplänen hin zu Rahmenrichtlinien.

Allerdings gebe ich zu, dass ich nicht weiß, ob Ihnen klar war, was Sie in dieser Frage taten. Wir jedenfalls haben damals die Auseinandersetzung über ganz andere Fragen als

diese eine der Verbindlichkeit eines Ergebnisses geführt. Es war auch damit verbunden, dass Sie alle Instrumente von Schulaufsicht bis hin zum Herunterrechnen auf PISA-Ergebnisse dazu genutzt haben, diese Vergleichsmöglichkeiten abzubauen. Jede Schule stand auf einmal für sich alleine da.

Das ist heute eine Herausforderung, die uns auch an einigen Stellen hinsichtlich der Selbstverantwortung von Schule zurückwirkt. Denn unser Verständnis sieht so aus – über diese Frage lohnt es sich auch in Wahlkampfzeiten zu streiten –, dass wir jedem Elternpaar und jedem Kind eine Garantie dafür geben müssen, dass wir alles in unseren Möglichkeiten Stehende tun, dass dieses Kind über ein bestimmtes Basiswissen verfügt, wenn es die Schule verlässt. Dies gilt unabhängig davon, ob es ein Hauptschulabschluss, ein Realschulabschluss oder ein Gymnasialabschluss ist. Dies ist besonders wichtig, wenn sich dieses Kind irgendwo bewirbt, sei es an einer Hochschule beim Eingangstest – diesen gibt es immer mehr –, oder sei es bei der Sparkasse als ein Auszubildender oder bei sonst einem Betrieb. Dieser junge Mensch muss sich sicher sein können, dass er unabhängig von der Schulform das gleiche Basiswissen mitbringt. Dies beginnt bei banalen Dingen wie Rechtschreibung und Mathematik und reicht bis zu sehr viel komplizierteren Dingen wie den hoch gewachsenen Fächern in der Oberstufe oder dem Sozialverhalten. Es muss ein gleicher Standard vorliegen.

Schulaufsicht und Schule sind erstens verpflichtet, sehr präzise vorzugeben, was dieser Standard ist, damit sich Schüler und Lehrer darauf verlassen können, und zweitens sind sie verpflichtet, angemessen zu kontrollieren, ob sich alle Beteiligten an diese Regeln halten. Dies gilt für alle Schulformen und zu jeder Zeit.

(Norbert Schmitt (SPD): 10 % haben gar keinen Abschluss mehr!)

Das haben wir in Hessen gar nicht mehr vorgefunden. Deshalb sind wir seit Jahren Schritt für Schritt – über den Mathematikwettbewerb, über die Arbeiten in der 3. Klasse, über die Einführung des zentralen Hauptschulabschlusses, über die Einführung des zentralen Realschulabschlusses, jetzt über die Einführung des Landesabiturs, über die Einführung des Schul-TÜV – dabei, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit wir in Zukunft über Selbstverantwortung von Schule reden können. Denn dann haben wir als Staat die Sicherheit, dass wir dafür gegenüber Eltern und Kindern haften können. Wir wollen, dass dadurch am Ende einigermaßen gleichwertige Ergebnisse produziert werden. Das ist eines der zentralen Ziele der Schulpolitik der Hessischen Landesregierung in diesen Jahren.

(Beifall bei der CDU)

Ich will den Vergleich nicht machen, aber eigentlich ist es ähnlich wie beim Straßenbau. Hätten Sie ein paar Jahre früher die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass diese Möglichkeit – wie es auf Neudeutsch heißt – der externen Evaluation bestehen würde,

(Norbert Schmitt (SPD): Schule und Straßenbau!)

könnten wir heute sehr viel besser über Selbstverantwortung in der Schule reden. Wir kämen sehr viel schneller dort hin. Denn am Ende muss die Schule mehr selbst organisieren können. Aber diese Selbstorganisation beinhaltet auch die Frage des Budgets, die Frage, wer Lehrer einstellt, sowie die Frage, wer Dienstvorgesetzter der Lehrer ist. Insbesondere die letzte Frage muss geklärt sein.

Denn wenn man Schule und Schulleitung dafür haftbar macht, ob eine Klasse gut oder schlecht ist, müssen sie auch die Möglichkeit der Führung einer Schule unter geeigneten Bedingungen haben.

All das geht erst dann, wenn ich einem Schulleiter mit einigermaßen verlässlichen Bedingungen sagen kann, ob er wirklich gut oder schlecht ist. Das heißt, ich muss ihm faire Werkzeuge an die Hand geben, mit denen er das erreicht. Wir sind heute mit diesen Werkzeugen sehr viel weiter, als wir es noch vor einigen Jahren waren, und wir haben dabei nicht unterlassen, darauf zu achten – in einem anderen System, als Sie es wollen –, dass diejenigen, die die Schwächeren in diesem System sind, ein besonderes Maß an Förderung bekommen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo denn?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Kollege Al-Wazir, was wir 1999 an Hauptschule vorgefunden haben,

(Norbert Schmitt (SPD): Jetzt haben Sie 10 % ohne Abschluss!)

war eine Katastrophe.

(Beifall bei der CDU)

Es war eine Demotivation, eine öffentliche Erklärung seitens der Landespolitik, dass es eigentlich eine Schule sei, bei der man sich wünschen würde, sie gäbe es gar nicht. Es war eine Mitteilung an die Schülerinnen und Schüler, dass sie in dieser Gesellschaft keine Chance hätten. Nun kämpfen wir Stück für Stück dafür, dass die Schulabrecherquoten, die die höchsten im System waren, zurückgehen. Es geht darum, ob man sozial aufsteigen kann. Das müssen Sie doch irgendwann einmal in Ihren Kopf kriegen. Als die PISA-Studie gemessen hat, wo die soziale Durchstiegsmöglichkeit größer ist, ist Ihr grandioses Schulsystem, das Sie hier entwickelt haben, als eines der schlechtesten in der Bundesrepublik Deutschland entlarvt worden.

(Beifall bei der CDU)

Gerade wenn Sie die Schülergeneration der letzten zehn bis 15 Jahre unter dem Gesichtspunkt betrachten, wer von den Schwächeren die Chance hat, entwickelt zu werden, dann werden Sie mit einem Blick in die Statistik feststellen, dass Sie viele Schicksale auf dem Gewissen haben.

(Beifall bei der CDU – Andrea Ypsilanti (SPD): Sie werden noch viel mehr haben!)

Denn das hessische Schulsystem war an dieser Stelle schlechter als jedes andere. Die Kultusministerin sagt heute, dass sie es nicht mehr bedauere, dass es eine Hauptschule gebe. Heute sagt sie vielmehr, dass sie dafür sorge, dass es Projektbewertungen und SchuB-Klassen gebe und dass sie die Schülerinnen und Schüler noch während ihrer Schulzeit in Betriebe bringe. Heute werden nicht mehr nur das Rechnen und kognitive Fähigkeiten vermittelt. Man macht Projekte, und der Schüler kann auf das Ergebnis eines Werkstückes stolz sein und selbstbewusst einen ordentlichen Schulabschluss bekommen.

(Zuruf von der SPD: Polytechnik abgeschafft!)

Gleichzeitig sieht der Handwerksmeister, dass eine Drei in Deutsch eine Drei ist. Es ist keine sozial gewichtete Note, sondern sie hängt beispielsweise vom Diktat ab. Er vertraut diesem Schulabschluss wieder, und ein Hauptschüler hat eine Chance, einen besseren Abschluss zu be-

kommen. Der Arbeitgeber traut diesem Zeugnis wieder. Das ist es, was man braucht, um Hauptschülern in diesem Land wieder eine Perspektive zu geben.

(Beifall bei der CDU – Andrea Ypsilanti (SPD):
Das werden wir sehen!)

Wir sind gerade dabei, mit mehr als 100 Lehrern, die auf Erziehungshilfe spezialisiert sind, in die Schulen hineinzugehen, um zu verhindern, dass wir Verhaltensauffälligkeiten nur außerhalb der bestehenden Schulsysteme auflösen können. Wir wollen, dass wir dies an dieser Stelle und im System machen und leisten können. Das heißt, wir reden sowohl von denjenigen, die zu den Schwächeren gehören, als auch von denjenigen, die besondere Begabungen haben.

Lesen Sie einmal PISA richtig; das wissen Sie doch auch jenseits der Sprüche. Zu Ihrer Behauptung bezüglich der integrierten Systeme: Schauen Sie sich die Statistik ganz an. Das Problem ist, dass die Besten in Europa mit integrierten Systemen arbeiten und auch die Schlechtesten mit integrierten Systemen arbeiten. Sie können das anhand von Finnland und Italien sehen. Diese Länder haben nahezu das gleiche System, befinden sich allerdings am unteren und am oberen Ende der Skala. Also spricht doch der gesunde Menschenverstand dafür, dass es vielleicht an ein paar anderen Problemen liegt.

Vielleicht muss man auch über Folgendes nachdenken – das hat auch etwas mit Ihrer Zeit zu tun, die Sie regiert haben –: Die Integrationsaufgaben des finnischen Schulsystems sind unter dem Gesichtspunkt von sprachlicher Integration überschaubar. Finnisch ist zwar eine der schwierigsten Sprachen der Welt, aber es gibt wenige, die etwas anderes sprechen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ein Unterschied. Wir haben dieses Problem nicht gelöst. Verstehen Sie es? – So, wie Sie es angefangen haben, bekommen Sie es auch zurück. Hätten Sie in den Neunzigerjahren die Sprachqualifikationsprogramme mit den jungen Ausländerkindern gemacht, die wir heute machen, hätten Sie heute sehr viel bessere PISA-Ergebnisse für dieses Land.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Das Land Nordrhein-Westfalen hat gerade erst gestern als Gesetzentwurf beschlossen, das hessische System zu übernehmen. Eine ganze Reihe anderer Bundesländer hat es schon vorher von Nord nach Süd getan. Es ist eine logische Folge unserer Integrationspolitik; das sage ich nebenbei. Es reicht vom Integrationsbeirat bis zu vielen anderen Maßnahmen. Dies ist ja ein Punkt, bezüglich dessen Sie in den letzten sechs Jahren sehr ruhig geworden sind. Denn Sie wissen: Wenn in deutschen Bundesländern darüber diskutiert wird, wie man Integrationspolitik macht, dann kommen die Menschen in unser Bundesland, besuchen das Ministerium von Frau Lautenschläger und schauen sich an, was der Integrationsbeirat geschaffen hat.

(Norbert Schmitt (SPD): Tätige Reue für die Unterschriftenkampagne!)

Wir haben es aber vernetzt. Wir reden über die Sprachqualifikation vom Sportverein über Gesetzgebung und Einbürgerung bis zur Schule. Ich bin mir ganz sicher: Wenn wir es schaffen, dass in der 1. Klasse alle einigermaßen Deutsch können, dann werden sie dem Unterricht folgen können. Dann werden viele der Benachteiligungspro-

bleme nicht mehr so entstehen, wie wenn sie nicht folgen könnten. Denn diese Unterscheidung am Anfang ist eine Katastrophe.

Wir sind davon überzeugt – und darin unterscheiden wir uns –: Wenn man sich anschaut, wie sich Kinder entwickeln, wenn man sie jeweils nach ihrer Stärke, also nicht im Durchschnitt, sondern möglichst nach ihren speziellen Fähigkeiten, fördert, dann wird das größte Potenzial sowohl der Schwachen als auch der Starken in der Gesellschaft herausgeholt. So kann eine leistungsfähige Gesellschaft entstehen, die mit diesem Potenzial arbeitet.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir werden im nächsten Jahr, mit diesem Haushaltsplan 2006 auch finanziell abgesichert, eine weitere große Herausforderung angehen.

(Norbert Schmitt (SPD): „Finanziell abgesichert“ ist gut!)

Denn die Eltern werden in den nächsten Jahren bemerken, dass sich die Frage, wie viel Unterricht erteilt wird, auch auf die Ergebnisse auswirkt. Bisher war es ziemlich egal. Jede Schule hat schließlich unabhängig vom erteilten Unterricht nach ihren Maßstäben die Ergebnisse bewertet. Nun ist es etwas anderes.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Wo kommen die vielen unzufriedenen Eltern her? Reden die mit Ihnen?)

Wir haben in der ersten Stufe der Unterrichtsgarantie dafür gesorgt, dass heute genug Lehrerinnen und Lehrer in der Schule sind, um die Stundentafel auszufüllen. Es wird also die von der Kultusministerin vorgegebene Stundentafel eingehalten, und es werden die Stunden auf dem Stundenplan erteilt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Selbst das stimmt nicht!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist heute zwar selbstverständlich – das muss man abhaken, und dafür wird man nicht jeden Tag gelobt –, aber trotzdem muss man es sagen: Sie haben in der Regel 10 bis 20 % von dem, was eigentlich auf dem Stundenplan stehen müsste, gar nicht mehr draufgeschrieben, und manche Eltern haben gar nicht mehr gemerkt, was alles ausfällt, weil Sie es ihnen nie mitgeteilt haben.

(Beifall bei der CDU)

Das ist heute vorbei, und dafür haben wir Tausende von Lehrerinnen und Lehrern eingestellt. Deshalb haben wir heute mehr Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen als zu jedem anderen Zeitpunkt in unserer Geschichte. Außerdem haben wir mehr Unterrichtsstunden, als wir jemals zu einem anderen Zeitpunkt hatten.

Trotzdem sagen wir: Das allein genügt nicht. Vielmehr müssen wir auch im System Schule, wenn aus welchen Gründen auch immer Unterricht ausfällt, weil auch Lehrer manchmal krank sind, weil es Dinge in der Schule gibt, die funktionieren müssen und für die Lehrer aus dem regulären Unterricht abgezogen werden – ein Schullandheimaufenthalt oder eine Skifreizeit ist eine pädagogische Maßnahme und nicht nur Unfug, aber dadurch fällt in einer anderen Klasse Unterricht aus –, dafür sorgen, dass das weniger wird und dass vertreten wird. Das wird nicht alleine mit einem zentralen System gehen. Keiner kann in einem System mit 900.000 Schülern, 55.000 Lehrern und etwa 2.000 Schulen, wenn man alles zusammenrechnet, zentral sagen, dass es funktioniert.

Das bedeutet aber: Jetzt geschieht der erste Schritt von Eigenverantwortung an dieser Stelle. Wir sagen aber sehr klar: Wir erwarten von allen Schulen, dass sie bis zur 10. Klasse dafür sorgen, dass das, was auf dem Stundenplan steht, auch unterrichtet wird. Das ist die zweite Stufe. Zuerst haben wir geguckt, dass das, was nach Auffassung des Kultusministeriums auf dem Stundenplan stehen muss, auch tatsächlich auf dem Stundenplan steht. Das war nicht einfach, sonst hätten Sie es schon immer gemacht. Der zweite Punkt ist: Das, was auf dem Stundenplan steht, muss verlässlich sein.

Das hat zwei Dimensionen. Zum einen hat es die Dimension, dass man weiß, dass der Unterricht vor diesen zentralen Prüfungen erteilt wird. Zum Zweiten hat es auch das Ziel, dass die Eltern sich darauf verlassen können, wann Kinder in der Schule sind und wann sie zu Hause sind, und zwar so, wie es im Stundenplan steht, und nicht nach täglich neuer aktueller Kalkulation. Beide Dinge gehören zur Unterrichtsgarantie plus, gehören zur verlässlichen Schule der Zukunft.

Das ist die Zielsetzung, mit der die Hessische Landesregierung in das kommende Schuljahr geht. Das ist eine der anspruchsvollsten Organisationsmaßnahmen, die wir durchgeführt haben. Das wird ruckeln und zuckeln, bis das einigermaßen funktioniert. Aber wir haben den Anspruch: Wir versprechen das nicht für nach irgendeiner Wahl, sondern wir werden vor der Landtagswahl sagen: Das ist unser Ziel, das ist nachprüfbar. Diese Veränderung des schulischen Klimas wollen wir in unserem Bundesland Hessen erreichen. Das gehört zu den Zielen des Jahres 2006.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir beim Thema bundesweite Bedeutung sind, sage ich nur nachrichtlich: Natürlich sind auch der Erziehungsplan für Kinder von 0 bis 10 Jahren und die Veränderungen, die wir damit haben, der Anlass, dass wir im Moment sehr viele Gäste aus anderen Bundesländern bei uns willkommen heißen. Denn sie wollen sehen, wie unsere Experimente funktionieren. Ich habe Presseerklärungen gelesen, in denen manche davor gewarnt haben, bei den Tandemversuchen mitzumachen, die wir jetzt durchführen. Am Ende haben wir nicht nur genug, sondern mehr als genug Einrichtungen gehabt, die bereit waren, daran mitzuwirken. Ich bin sehr sicher, dass auch dieses neue Projekt der Integration von Bildung und Erziehung in den ersten zehn Lebensjahren zu einem hessischen Modell werden wird, dass wir damit einen Weg gefunden haben, über den wir am Ende mit der Zustimmung aller Beteiligten Leitlinien bekommen werden, die vorher nicht da waren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Einhaltung der normalen Redezeit gebietet mir, weniger über die Bundespolitik zu reden als der Herr Oppositionsführer.

(Zurufe von der SPD)

– Bis vor zwei Minuten habt ihr euch darüber beschwert. Jetzt seid ihr wieder sauer, dass ich über Landespolitik gesprochen habe.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein! – Jürgen Walter (SPD): Mit dem, was Sie heute gesagt haben, haben Sie 1995 die Landtagswahl verloren, Herr Ministerpräsident!)

Sie sollten sehen, dass die Aufgabe, Bundes- und Landespolitik zu vernetzen, sicherlich zu den spannendsten Dingen gehört, die auch in meinem Job vorkommen. Ich weiß

sehr genau, dass das eine ohne das andere nicht funktioniert, und zwar in der Sache – siehe Geld – und auch in der Politik. Das wird sich nicht ändern. Wenn Sie Schwierigkeiten haben, hinzunehmen, dass Sie meiner Parteivorsitzenden zur Kanzlerschaft verhelfen mussten, mögen Sie akzeptieren, dass ich das mit einer gewissen inneren Genugtuung verfolge.

(Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie geben es zu!)

Dass wir deshalb, Kollege Walter, beide einen Teil unserer Reden umschreiben müssen, ist auch die Wahrheit. Dazu sollten wir stehen.

(Norbert Schmitt (SPD): Über Frau Merkel sind Sie glücklich, das wissen wir!)

Ich jedenfalls hätte mir nie gewünscht, mit Ihnen auf der Bundesebene koalieren zu müssen, ich glaube, Sie auch nicht umgekehrt. Ich gehöre zu denen, die manchmal zur Überraschung meiner eigenen Freunde – das hat auch schon zu Landtagsdebatten geführt – das auch offen sagen.

Ich will etwas anderes hinzufügen: die feste Überzeugung, dass wir, egal, wo wir sind, und auch jenseits aller Leidenschaft und Überzeugungen, die wir haben, und des Späßes, den wir daran haben, Politik zu machen – sonst würden wir das alles nicht machen; es gibt bequemere Jobs –, am Ende die Verpflichtung haben, Menschen eine Dienstleistung zu erbringen. Dazu sage ich: Die beste Dienstleistung aus meiner Sicht kann ich mit einer absoluten Mehrheit der CDU erbringen. Das werde ich auch weiterhin sagen. Aber dazu habe ich hier drei Parteien, die das anders sehen, aus sehr eigennützigen Gründen, auch wenn sie es möglicherweise staatspolitisch begründen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Aus rein an der Sache orientierten Gründen!)

– Herr Kollege Hahn, manche sehen das anders. – Aus sehr eigennützigen Gründen, das habe ich so gemeint.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es ist eine Aufgabe, den Wettbewerb zu haben und dann das Beste aus dem Wählervotum zu machen. Das wird so sein, und das ist auch die Aufgabe auf der nationalen Ebene.

Ich hoffe, dass diese große Koalition weit genug kommt, was eine Herausforderung ist, weil unsere Meinungen, wie man in dieser Debatte sieht, an vielen Punkten durchaus unterschiedlich sind. Ich hoffe, dass wir damit Rahmenbedingungen in einem Bundesland bekommen, das außergewöhnlich gute Chancen hat. Aber ich möchte den Bürgern auch weiterhin sagen – das werden Sie auch tun –, es wäre besser, wenn wir die Tatsache, dass wir schrecklich viele Kompromisse machen, nicht unnötig auf andere Ebenen ausdehnen.

Deshalb sage ich Ihnen: Was wir im Augenblick tun, was ich Ihnen dargelegt habe unter dem Gesichtspunkt, wo Hessen inzwischen Stück für Stück der Maßstab für andere geworden ist, wie bestimmte politische Entwicklungen von Schulen über Organisation, innere Sicherheit, Polizei bis zu Hochschulen genommen werden, ist eine Chance, das in der augenblicklichen Verantwortung so zu gestalten, wie eine politische Kraft sich das erdacht hat, ohne einen Kompromiss machen zu müssen.

Aus meiner Sicht ist es eine Chance für das Land, und diese Chance nutzen wir. Sie haben gesagt: „Hessen vorn“. – Ja, verehrter Kollege Walter, aber das war der Wahlslogan zu Zeiten von Georg August Zinn, und ich habe keine Probleme damit, das einzuräumen. Hätten Sie ernsthaft in Ihrem Präsidium – Sie waren damals Landesgeschäftsführer – auch nur eine Sekunde darüber nachgedacht, das in die letzte Bilanz von Hans Eichel in Hessen hineinzuschreiben?

(Heiterkeit bei der CDU)

Dann haben wir angefangen. Nennen Sie mir einmal die Projekte der Hessischen Landesregierung der Jahre 1995 bis 1999, in denen Sie Maßstab für das waren, was in anderen deutschen Bundesländern passiert ist, außer der Frage, wie viel Durcheinander man bei Haushaltsberatungen erreichen kann und wie viele Ministerinnen in einer Nacht tränenüberströmt das Haus verlassen.

(Jürgen Walter (SPD): Wenn ich eine Stunde Zeit hätte, könnte ich Ihnen eine Menge erzählen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, da waren Sie Benchmark. Aber sonst hatten Sie nur wenig zu bieten.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP) – Zuruf des Abg. Marco Pighetti (SPD))

Wir haben eines geändert: Diese Bundesrepublik Deutschland, die Bundesländer im Wettbewerb des Föderalismus schauen wieder auf das, was wir hier machen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Du ahnst es nicht!)

Sie finden es spannend. Nicht nur, dass sie schauen und es spannend finden, sondern sie beschließen es nach unseren Vorstellungen in vielen Landtagen quer durch die Republik. Beginnen wir bei dem Thema Integrationsrat, gegen das Sie wahrlich nicht sein können. Inzwischen hat, nachdem ihn 1999 alle bekämpft haben, die Mehrheit der deutschen Länder ihn in ihr Recht übernommen.

(Beifall bei der CDU)

Gehen wir zur Sprachförderung. Die Frage, ob das die Mehrheit ist oder nicht, wird sich in den nächsten zwei oder drei Wochen entscheiden. Aber wir haben damit angefangen und sind am Anfang wegen der Ausgrenzung, die damit verbunden sei, beschimpft worden.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Schauen Sie sich an, was bei der Justizvollzugsanstalt Hünfeld als Modell geschieht. Reden Sie über das, was in anderen Landesverbänden diskutiert wird. Schauen Sie sich an, was Herr Einhäupl darüber gesagt hat, wie die Neuorganisation von Universitäten in Bezug auf das Klinikum aussieht. Das habe ich Ihnen zitiert. Gehen Sie auf die Kongresse, und schauen Sie sich an, was bei der Technischen Universität Darmstadt als Maßstab für andere Bundesländer gilt. Reden Sie über das, worüber die Bayern im Augenblick diskutieren, und schauen Sie, wo es seine geistigen Anlagen hat.

(Beifall bei der CDU)

Vergleichen Sie das. Deshalb habe ich gegen den Satz „Hessen vorn“ gar nichts. Man erarbeitet sich ihn auch nicht allein in ein paar Jahren. Deshalb bin ich gar nicht in der Situation, hier zu sagen, alles sei in Ordnung. Nein, aber unter dem Maßstab, den Sie genannt haben, sage ich Ihnen: Unter extrem schwierigen Bedingungen, unter fi-

nanziellen Verhältnissen, die uns unter dem Bundesrecht zugemutet worden sind, die extrem kompliziert für unser Land sind, unter größter Anstrengung von Sparmaßnahmen haben wir einen Weg gefunden, bei den Dingen, die man in diesen Jahren machen kann, Maßstäbe zu setzen. Diese Maßstäbe sind gut für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Diese Maßstäbe können die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes und jedenfalls eine Mehrheit des Parlaments durchaus stolz machen auf das, was in diesem Land geleistet worden ist.

Es ist eine Politik in diesem Land, mit der wir mit Vergnügen in jeden Wahlkampf ziehen, ob er in drei Monaten oder in zwei Jahren stattfindet. Wir sind davon überzeugt, dass wir niemand anders als uns selbst, als unsere Ideen und unsere Tatkraft und etwas Glück, das wir bisher gehabt haben und das uns hoffentlich nicht verlässt, brauchen, um die Bürgerinnen und Bürger davon zu überzeugen, dass dieses Land in guten Händen ist. Dafür werden wir auch in Zukunft werben, streiten und arbeiten. – Vielen herzlichen Dank.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Als nächster Redner hat der Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Al-Wazir, das Wort.

(Norbert Schmitt (SPD): Jetzt gehen die Claqueure hinaus!)

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man so lange klatschen kann, kann man auch ein paar Minuten einem Redner der Opposition zuhören. Jeder macht, was er will. Jeder hat seine eigenen Wahrnehmungen, was Regierung und Opposition angeht, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der CDU.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Die SPD ist auf eurer Seite!)

Sie haben etwas hinbekommen, was ich noch nicht kannte. Ich nenne das „Selbsthypnose“.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen fange ich mit einem der Punkte an, in denen der Herr Ministerpräsident uneingeschränkt Recht hatte. Ich glaube, dass er Recht hatte, als er gesagt hat, es sei der Sozialdemokratie schwer gefallen, die Vorsitzende seiner Partei zur Bundeskanzlerin zu machen. Wenn er ehrlich gewesen wäre, hätte er aber auch sagen müssen, dass es ihm selbst schwer gefallen ist, seine Parteivorsitzende zur Bundeskanzlerin zu machen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Herr Ministerpräsident hat seine Rede mit etwas begonnen, was ihn auszeichnet, also mit etwas, was haarscharf an der Wahrheit vorbeigeht.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Er hat nämlich gesagt, der Finanzminister habe ihm erklärt, mit Datum vom gestrigen Tage sei klar, dass der Nachtragshaushalt „nur noch“ eine Nettokreditaufnahme

von 960 Millionen € ausweise. Dann hat er gesagt, das sei verfassungsgemäß. Wer sich mit dem hessischen Haushaltsgesetz nicht so genau auskennt, hat das so verstanden, als ob der Haushaltsgesetz 2005 mit dem Nachtrag verfassungsgemäß werden würde. Bei Roland Koch ist immer das Kleingedruckte wichtig. Er hat nämlich zur Voraussetzung gemacht, dass man die kommunalen Investitionen mitrechnet. Das haben wir aber noch nie gemacht, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen sage ich: Wenn die Zahl von 960 Millionen €, die Sie hier genannt haben, stimmt – Herr Koch, an Ihrer Stelle würde ich Zahlen, die Herr Weimar nennt, nicht glauben; aber das ist Ihr Problem –, stelle ich fest, dass die Investitionen im Haushaltsgesetz, Stand Nachtragshaushalt, mit 831 Millionen € veranschlagt sind und dass wir weiterhin über der Verfassungsgrenze liegen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Lachen des Ministers Karlheinz Weimar)

– Herr Weimar, Sie brauchen gar nicht so zu lachen. – Deshalb war das ein weiterer Beweis dafür, dass es Roland Koch – seit seiner Wahl zum Ministerpräsidenten ist das zu besichtigen – mit der Wahrheit nicht so genau nimmt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Minister Karlheinz Weimar: Ich lache ganz laut!)

Herr Ministerpräsident, reden wir über den Landeshaushalt. Sie haben das Urteil des Staatsgerichtshofs angesprochen. Ich finde, Sie sollten, was das Urteil angeht, nicht so triumphieren.

(Minister Karlheinz Weimar: Mmh!)

– Der Herr Finanzminister macht: „Mmh!“. Na ja. Herr Finanzminister, ich werde hier daraus zitieren. Die Auffassung kann man teilen oder auch nicht. Man kann sie begrüßen oder auch nicht begrüßen. Der Staatsgerichtshof hat also Folgendes festgestellt – ich zitiere aus der „FAZ“ –:

Die Finanzpolitiker hätten beim Entwurf des Haushaltsgesetzes eine „vertretbare prognostische Entscheidung“ getroffen. Und deshalb sei es „ausnahmsweise“ erlaubt gewesen, dass die Nettoneuverschuldung [2002] mit fast 1,99 Milliarden € die Investitionen von rund 778 Millionen € weit überschritten hätte.

Der Kommentator fährt fort:

„Ausnahmsweise.“ Dieses Wort sollte sich Finanzminister Karlheinz Weimar auf einen DIN-A3-Bogen schreiben und an seine Bürowand pinnen.

(Zuruf des Ministers Karlheinz Weimar)

– Herr Finanzminister, hören Sie zu.

Weimars Kurs spricht nicht dafür, dass er den Unterschied zwischen Ausnahme und Regel kennt. Helfen könnte ihm ein Blick ins Urteil.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Im „Wiesbadener Kurier“ steht:

Die Regierung Koch setzt sich, seit sie sich auf die absolute Mehrheit der CDU verlassen kann, oft selbstherrlich immer wieder über Bedenken hinweg, die von der Opposition oder in der Öffentlichkeit geäußert werden. Art. 141 der Hessischen Verfassung, in dem es um den Rahmen der Kreditaufnahme geht, ist interpretierbar, das hat der Staatsgerichtshof deutlich gemacht. Doch es gibt Grenzen für Landesregierung und Landtagsmehrheit.

So ist es, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir debattieren hier über den Landeshaushaltsgesetz 2006, in dem genau diese Grenze missachtet wird. Herr Ministerpräsident, dazu haben Sie leider überhaupt nichts gesagt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu den Rahmendaten. Wir werden im Jahre 2006 4,57 Milliarden € neue Schulden machen. Wir werden Schulden in der Höhe von 2,9 Milliarden € tilgen. Unter dem Strich wird das, was man so schön „Netteneuverschuldung“ nennt, bei 1,675 Milliarden € liegen. Herr Ministerpräsident, unter Ihrer Regierungsverantwortung werden wir nach dem bisherigen Plan Ende 2006 insgesamt 33,3 Milliarden € Schulden haben. Zum Vergleich: Die Steuereinnahmen im Jahr 2006 liegen bei 13,4 Milliarden €. Nach dem Länderfinanzausgleich sind es 11,6 Milliarden €.

Das heißt, je nach Rechnung haben wir schon jetzt eine Schuld, die um 150 oder 200 % über den Einnahmen eines Jahres liegt. Ich möchte mir gar nicht ausmalen, was das für einen Privathaushalt bedeuten würde. Angesichts der langen Wartezeiten bei den Schuldnerberatungsstellen ist das nach Ihrer „Operation düstere Zukunft“ nicht einfacher geworden. Aber dorthin müsste er eigentlich gehen.

Man kann jedoch nicht sagen: „Wir sind super, wir sind toll“, und anschließend die CDU-Fraktion in Selbsthypnose klatschen lassen. Das kann nicht Ihr Ernst sein, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Finanzminister, Ihre Notoperationen sind darin noch gar nicht eingerechnet. Gebäudeverkäufe bei gleichzeitiger Zurückmietung schönen das Bild. 2,5 Milliarden € mehr Ausgaben als Einnahmen – das ist das dauerhafte strukturelle Defizit im Landeshaushalt, Herr Ministerpräsident.

(Zuruf des Ministers Karlheinz Weimar – Gegenruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD): Bestreiten Sie das?)

Deswegen halte ich es für ein dreistes Stück – Herr Weimar, das ist das einzige Mal, dass ich Sie anspreche –, wenn man hier einen Haushaltsgesetz vorlegt, der mit folgender Überschrift versehen ist: „Weimar optimistisch: Haben Trendwende geschafft“. Herr Finanzminister, das ist der Gipfel des Wahnsinns.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Man könnte es so ausdrücken: Ich habe mich ein wenig an den „Neusprech“ von George Orwell erinnert gefühlt. Wenn der Finanzminister sagt: „Wir haben die Trendwende geschafft“, ist die Lage wirklich katastrophal. Herr Finanzminister, entweder setzt man sich nur noch mit einer Narrenkappe auf dem Kopf in den Plenarsaal, oder

man tritt lieber heute als morgen zurück. Das ist das, was Sie eigentlich machen müssten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, auf der einen Seite legen Sie eine solche Bilanz vor, und auf der anderen Seite steht ein Minister, der sagt: Trendwende geschafft. – Ich habe ein schönes Buch gefunden, dass das Institut für Organisationskommunikation (IFOK) kürzlich anlässlich seines zehnjährigen Bestehens verschickt hat. Bei dem Redner, der den Festvortrag hält, handelt es sich um einen gewissen Roland Koch. Unter der Überschrift „Vertrauen in und durch die Politik“ sagt er dort Folgendes:

Ich glaube, dass die Frage Vertrauen und Politik gar nicht so weit von unserem normalen Leben entfernt ist. Wenn uns permanent Dinge erzählt werden, die am nächsten Tag nicht eintreten, dann schwindet Vertrauen.

So ist es, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Minister Karlheinz Weimar: Was war daran falsch?)

Im Jahre 2006 feiern wir das 60-jährige Bestehen des Landes Hessen. Im September, wenn wir dieses Jubiläum feiern, wird Hessen von diesen 60 Jahren siebeneinhalb Jahre lang von dem Herrn Ministerpräsidenten Roland Koch regiert worden sein. Wir befinden uns in der Situation, dass in diesen siebeneinhalb Jahren fast 40 % der Schulden, die das Land Hessen seit 1946 gemacht hat, zusammengekommen sein werden. Wie man sich hier für eine solche Bilanz feiern lassen kann, ist uns schleierhaft, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun könnte man sagen, dies sei ein Beweis dafür, dass das Gerücht, Schwarze könnten mit Geld umgehen, einfach nicht der Wahrheit entspreche. Man könnte auch sagen, das liege einfach an der Situation. Was die Einnahmen angeht, hatten Sie Recht. Die letzten Jahre waren schwierig, was die Einnahmen des Staates auf allen Ebenen betrifft. Das ist völlig richtig. Auch Jürgen Walter, den Sie zitiert haben, hatte völlig Recht. Aber Sie haben nur die Hälfte seines Zitats gebracht.

Herr Ministerpräsident, die Frage lautet doch: Wie sind wir eigentlich in eine solche Situation geraten? Da stellt sich die Frage nach Ihrer Verantwortung. Es gibt zwei Reaktionen. Es gibt die alte Leier, Rot-Grün sei schuld. Rot-Grün ist immer an allem schuld.

(Minister Karlheinz Weimar: Wenn es denn so ist!)

Seitdem ich mich mit den Reden hessischer CDU-Abgeordneter beschäftige, höre ich jedenfalls immer nur, dass Rot-Grün an allem schuld ist. Ich mache mir nichts vor: Sie werden auch 2008 und 2009 immer noch sagen, Rot-Grün sei an allem schuld.

Nur, wenn ich mir anschau, was wirklich passiert – Stichwort: Ausgabenseite –, stelle ich fest, dass wir von 1996 bis 1998 die Realausgaben reduziert haben.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

0,5 % waren es im Jahre 1996, 0,6 % im Jahre 1997 und 0,7 % 1998. Dann kamen Sie an die Regierung, und das brutalstmögliche Geldausgeben begann.

(Norbert Schmitt (SPD): Dann ist der Deckel hochgeflogen!)

Herr Ministerpräsident, insofern haben wir nicht nur ein Einnahmeproblem, sondern auch ein Ausgabeproblem.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Grunde hat sich an Ihrem Gießkannenprinzip bis heute nichts geändert. Braucht jemand dort, wohin niemand fliegen will, einen Flughafen? Bitte sehr, er kostet 150 Millionen €. Ist der Erbgraf Eberhard pleite? Bitte sehr, dann kaufen wir ein Schloss im Odenwald. Brauchen wir einen Parkplatz in Berlin? Bitte sehr, Herr Riebel kauft ihn.

Es ist ein Problem, wenn man immer nur über die Einnahmen redet, dabei aber vergisst, wofür man sein Geld ausgibt. Nicht alles ist sinnlos, aber an bestimmten Punkten ziemlich viel. Im Laufe der bis morgen Mittag dauern den Haushaltsberatungen werden wir Ihnen das an einzelnen Punkten immer wieder deutlich machen.

Was die Ausgaben angeht, haben Sie im Herbst 2003 Ihre „Operation düstere Zukunft“ gemacht. Ich sage Ihnen ausdrücklich: Auch daran war nicht alles falsch. – Die Fraktion der GRÜNEN hat sogar einen Änderungsantrag dazu vorgelegt – Stichwort: Wie holt man aus dem Weihnachtsgeld der Beamtinnen und Beamten unter dem Strich die gleiche Summe heraus? Auch wir sind nämlich der Meinung, dass man die Personalkosten senken muss.

Wir hätten es aber sozial gerechter gemacht. Wir haben Ihnen als GRÜNEN-Fraktion im Herbst 2003 145 Änderungsanträge auf den Tisch gelegt, die gezeigt haben, wo man an bestimmten Stellen anders einsparen könnte und unter dem Strich dieselbe Sparsumme erreichen könnte. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das hat Sie aber nicht interessiert, weil Sie ihr Weltbild mit dem Rottstift durchsetzen wollten, wie man an den Einsparungen sehen konnte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, deswegen komme ich jetzt noch einmal zu den Einnahmen. Auch hierzu haben wir nicht nur bundespolitische Diskussionen geführt. Sie haben mutwillig die Grundwasserabgabe abgeschafft und sich dafür auch noch feiern lassen. Nachher haben Sie festgestellt, dass Ihnen jedes Jahr 100 Millionen € im Haushalt fehlen.

(Demonstrativer Beifall des Abg. Dr. Peter Lennert (CDU))

– Da klatscht Herr Lennert heute noch. Herr Lennert, heute wären Sie froh, wenn Sie das Geld hätten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Man kann nicht immer nur darüber räsonieren, dass die Einnahmen so zurückgegangen sind, wenn man in eigener Verantwortung dafür sorgt, dass sie weniger werden.

Herr Ministerpräsident, dann kommen wir zu Ihrer größten Missetat. Ich nenne sie „Missetat“, weil die tägliche Reue bisher nicht gefolgt ist, sie jedenfalls als solche nicht dargestellt worden ist. Sie haben auf Bundesebene alles, aber auch wirklich alles blockiert, was zu Mehreinnahmen hätte führen können.

(Minister Karlheinz Weimar: So ein dummes Zeug! Wer hat denn die Mindestbesteuerung eingeführt?)

Da sagt der Herr Finanzminister: „Dummes Zeug“, ich sage nur: Trendwende.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN – Minister Karlheinz Weimar: Wer keine Ahnung hat, sollte so etwas nicht sagen! Das ist geradezu dümmlich!)

Herr Ministerpräsident, ich zitiere Ihnen nun etwas, was ich vor kurzem auf Ihrer Homepage gefunden habe. Ich weiß nicht, ob es noch drauf ist. Vielleicht sollten Sie die Homepage einmal überarbeiten.

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Da sagt der Ministerpräsident am 22.11.2004 – das ist jetzt ein Jahr her –:

Der Hessische Ministerpräsident Roland Koch lehnt die von der rot-grünen Bundesregierung geforderte Streichung der Eigenheimzulage weiter strikt ab. Hessen wird ganz klar dagegenhalten, wenn die Bundesregierung abermals versucht, durch die Streichung der Eigenheimzulage selbst verursachte Haushaltlöcher zu stopfen.

(Ministerpräsident Roland Koch: Warum soll ich das zurücknehmen? Ich halte es immer noch für Blödsinn! Darüber brauchen wir nicht zu streiten! Ich trage den Kompromiss!)

Herr Ministerpräsident, schon damals haben Sie nicht gesagt, dass es nicht nur um den Bundeshaushalt geht, sondern dass die Hälfte dieses Geldes dem Landeshaushalt zugute kommt. Herr Ministerpräsident, räsonieren Sie nicht darüber, dass Sie keine Einnahmen haben, wenn Sie alles dafür tun, dass Sie keine bekommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

Der Landes-Koch erklärt: Es geht nicht. – Aber jetzt gibt es eine neue Figur in der politischen Debatte, den Bundes-Koch. Der Bundes-Koch entdeckt auf einmal ganz neue Sachen. Der Bundes-Koch sagt: „Dass der Neuanfang einer großen Koalition Ordnung in zerrüttete Finanzen bringen muss, konnte jeder wissen. Die Dramatik der Zahlen hat selbst mich überrascht.“ Der Landes-Koch hat zuvor fünf verfassungswidrige Haushalte in Folge vorgelegt. Der Bundes-Koch sagt: „Die Dramatik der Finanzen überrascht mich.“ Meine sehr verehrten Damen und Herren, das nenne ich eine Persönlichkeitsspaltung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aus dem Bankrotteur wird über Nacht ein Sanierer. Das ist eine der wundersamsten Wandlungen in der Geschichte der deutschen Politik.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Er entdeckt das Heulen und Zähnekklappern und sagt auf einmal sehr kluge Sachen. Er sagt: „Die Steuerquote in Deutschland ist zu niedrig. Der Staat braucht Einnahmen, um seine Aufgaben zu erfüllen.“ Als wir das zwei Monate vorher gesagt haben, war das aus Sicht von Roland Koch der Anfang des Kommunismus.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Marco Pighetti (SPD))

Der Bundes-Koch sagt: Die Steuerquote ist in Deutschland zu niedrig. Der Staat braucht Einnahmen, um seine

Aufgaben zu erfüllen. – Vor der Wahl haben Sie gesagt: „Wir wollen die Steuern senken, damit die Leute mehr in der Tasche haben.“ Das haben wir schon damals für undurchführbar gehalten – Stichwort: fünf verfassungswidrige Haushalte in Folge.

Ich sage ausdrücklich: Es ist richtig, dass die Union erkannt hat, dass, wenn die Menschen etwas vom Staat verlangen, der Staat auch Geld braucht, um dieses Verlangen zu erfüllen. Die Einzigen, die es noch nicht begriffen haben, sind die Marktradikalen von der FDP.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie denken immer noch, dass das Senken von Steuern mehr Geld in den Haushalt bringt.

Herr Ministerpräsident, ich sage es noch einmal: Sie machen jetzt genau das – Stichwort: Eigenheimzulage, Stichwort: Pendlerpauschale –, was Sie vorher jahrelang blockiert haben.

Ich komme auf den Vortrag von Roland Koch „Vertrauen in und durch die Politik“ zurück: „Wenn uns permanent Dinge erzählt werden, die am nächsten Tag nicht eintreten, dann schwindet Vertrauen.“ – Herr Ministerpräsident, Recht haben Sie.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Marco Pighetti (SPD))

Wir könnten jetzt sagen: besser späte Einsicht als keine. – Aber die späte Einsicht hat Folgen gehabt. Sie hat Folgen für das Land Hessen gehabt. Sie hat Folgen für den Landeshaushalt gehabt. Sie hat Folgen, die noch unsere Kinder und Kindeskinder abzahlen werden. Denn Sie, Herr Ministerpräsident, haben durch Ihre Blockadepolitik dafür gesorgt, dass irreparable Schäden entstanden sind. Der irreparable Schaden ist z. B. dadurch entstanden, dass Sie das, was Sie ab 01.01.2006 machen, schon ab 01.01.2003 hätten machen können. Das hat dafür gesorgt, dass nur für das Land Hessen 1,5 Milliarden € unwiederbringlich weg sind. Deswegen will ich nie wieder jemanden von der hessischen CDU etwas über Einnahmeprobleme sagen hören, denn Sie haben die Probleme selbst verursacht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Ministers Karlheinz Weimar)

Wir hatten erstmals unter Rot-Grün, unter Finanzminister Karl Starzacher dafür gesorgt, dass sich das Bundesland Hessen einer Ratingagentur unterzogen hat, und wir haben unter Rot-Grün das AAA, die beste Bewertung, die es gibt, erreicht. Herr Ministerpräsident, Sie sind in der Zeit, in der Sie regieren, zweimal abgewertet worden,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

erst auf AA+, dann auf AA. In derselben Zeit ist der Bund, der angeblich so schlecht regiert worden ist, immer mit AAA bewertet worden, und Bayern und Baden-Württemberg haben ihre Bewertung auch behalten, Herr Ministerpräsident.

(Minister Karlheinz Weimar: Das ist doch gar nicht wahr! – Dr. Christian Wagner (Lahntal) (CDU): Was Sie sagen, ist falsch!)

Diese Länder liegen doch auch in der Bundesrepublik und wurden auf der Bundesebene von Rot-Grün regiert. Herr Ministerpräsident, es muss wohl doch mit Ihrer eigenen Politik zu tun haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Das Finanzdesaster des Landes Hessen ist nicht vom Himmel gefallen, sondern es wurde gemacht. Es wurde mutwillig von denen gemacht, die die Mehrheit im Bundesrat hatten, und zwar unter maßgeblicher Beteiligung und Führung dieses Ministerpräsidenten. Herr Ministerpräsident, Ihnen war der parteipolitische Vorteil wichtiger als das Land. Streng genommen ist das ein Verstoß gegen Ihren Amtseid gewesen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, es ist ganz gut – Sie haben viel darüber geredet; ich begrüße das ausdrücklich –, dass Sie jetzt wieder anfangen, über Landespolitik zu reden. Ich werde gerne mit Ihnen über Landespolitik reden.

Ich habe mir in Vorbereitung dieser Debatte – wir sind jetzt ungefähr in der Halbzeit der Legislaturperiode – die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten vom 23. April 2003 durchgelesen. Ich kann allen nur empfehlen, vor allem den Selbsthypnotikern von der CDU, sich diese Regierungserklärung noch einmal durchzulesen und sie mit der heutigen Wirklichkeit zu vergleichen. Ich fange an:

Für ihre konkret zu benennenden Leistungen werden die hessischen Hochschulen auch weiterhin verlässlich Zuwendungen erhalten. ... Der durch Frau Kollegin Wagner für die vorherige Hessische Landesregierung beschlossene Hochschulpakt wird nicht angetastet, ...

Das ist offensichtlich und objektiv aus heutiger Sicht falsch gewesen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Stimmt!)

Am 23. April 2003 spricht Roland Koch:

Ich will verhindern, dass junge Menschen, die unseren Appellen zur Absolvierung einer guten Ausbildung häufig gefolgt sind, Ende dieses Jahres ohne Perspektive auf der Straße stehen. ... Perspektivlosigkeit für junge Menschen muss ein Tabu sein, andere Tabus darf es in diesen Gesprächen nicht geben. Wir müssen zeigen, dass wir dieses Problem lösen können.

Herr Ministerpräsident, Sie haben das Problem nicht gelöst.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Sie sagen am 23. April 2003 in Ihrem Ausblick auf die Legislaturperiode:

Die Unterrichtsgarantie ist übrigens inzwischen zu einem hessischen Markenzeichen geworden.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Ministerin Karin Wolff)

– Da sagt Frau Wolf: Das stimmt.

(Ministerin Karin Wolff: Was Sie immer hören!)

Das ist auch eine Form von Selbsthypnose. Ich sehe Hartmut Holzapfel dort sitzen; ich kann mich an schwere Debatten, an Koalitionsrunden über die Frage erinnern, ob 85 % gleich 100 sind. Frau Kultusministerin, bei Ihnen sind 93 % gleich 100. Bei mir gilt immer noch: 100 ist 100.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben doch mit dem Nachtragshaushalt, mit Ihren Änderungsanträgen zum Haushalt 2006 schon wieder an Vertretungsmitteln nachgelegt, weil sie die Unterrichtsgarantie auch sechseinhalb Jahre nach Ihrem Regierungsantritt nicht erfüllt haben. Ich sage nicht, dass das geht. Wir haben von Anfang an gesagt: Wenn der Lehrer morgen Schnupfen hat, werden Sie das nicht staatlich steuern können. – Aber wenn Sie schon sagen, es gehe um das, was im Stundenplan steht, dann stellen wir fest: Die Unterrichtsgarantie ist bis heute nicht erfüllt.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Ja!)

Das liegt auch in Ihrer eigenen Verantwortung, Herr Ministerpräsident, weil Sie im Jahre 2003 1.040 Lehrerstellen gestrichen haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Diese Streichung von 1.040 Lehrerstellen war auch ein eklatanter Widerspruch zu dem, was Sie am 23. April 2003 gesagt haben. Da sagten Sie nämlich:

Wir werden dazu noch einmal mehr Lehrer zur Verfügung haben, als es bisher der Fall ist. Denn nur bei der Bildung gibt es im Rahmen dieser Regierungserklärung und dieses Regierungsprogramms eine Zusage für weiteres Personal, für zusätzliche 500 Lehrerstellen.

(Ministerpräsident Roland Koch: Alles richtig!)

Herr Koch, damit würden Sie bei der Abschlussprüfung in der Hauptschule durchfallen, die Sie gerade so gelobt haben.

(Ministerpräsident Roland Koch: Quatsch!)

Wenn Sie 1.040 Stellen streichen, dann können Sie doch nicht davon reden, dass es 500 zusätzliche Stellen gibt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

Machen wir weiter. Dann kommen die großen Visionen des Roland Koch.

Hessen [ist] auf dem Weg zum Bildungsland Nummer eins mit den Bildungsergebnissen der Schülerinnen und Schüler ...

(Norbert Schmitt (SPD): Ach du lieber Gott!)

Man kann lange darüber streiten, ob vorher alles richtig war, ob Sie alles richtig gemacht haben, ob wir alles richtig gemacht haben. Ich glaube, es gibt keinen Menschen, der immer alles richtig macht. Es gibt auch kaum einen Menschen außer Herrn Irmer, der immer alles falsch macht.

(Heiterkeit)

Ich sage Ihnen eines ernsthaft. Wir haben PISA 2003, und Sie reden immer noch vom Bildungsland Nummer eins.

(Peta Fuhrmann (SPD): Etikettenschwindel!)

In der Propagandamaschine von Herrn Metz bleibt Hessen weiterhin das Bildungsland Nummer eins. Aber irgendwann muss man doch einmal – Stichwort: versteckendes Lesen – die Ergebnisse der zweiten PISA-Studie zur Kenntnis nehmen. Da war Hessen nicht Bildungsland

Nummer eins. Bei Mathematik war Hessen in der Bundesrepublik Bildungsland Nummer sieben.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch eine schöne Zahl!)

Beim Lesen war Hessen Bildungsland Nummer sieben und bei den Naturwissenschaften Bildungsland Nummer zwölf, und das innerhalb der Bundesrepublik, die ja weltweit noch lange nicht Bildungsland Nummer eins ist, vorsichtig ausgedrückt. Hören Sie deswegen auf, Frau Wolff, mit dem „Bildungsland Nummer eins“, kümmern Sie sich einmal um die Realitäten und nicht um Ihre Propaganda.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir sprechen über Landespolitik, Herr Ministerpräsident, nur über Landespolitik. Roland Koch am 23. April 2003 in der Regierungserklärung:

Zugleich muss das Betreuungsangebot für Kleinstkinder sowie Kindergartenkinder verbessert werden. ... Wir sind auf dem Weg zum Land der Tagesmütter,

(Petra Fuhrmann (SPD): Ha, ha, ha!)

Schritt für Schritt, aber in die richtige Richtung.

Ich stelle fest: Die Zahl der unter Dreijährigen in Hessen ist seit Ihrem Regierungsantritt im Jahr 1999 – dafür sind Sie nicht verantwortlich – von 186.000 auf 164.000 gesunken. Damit ist die prozentuale Betreuungsquote natürlich gestiegen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Sie arbeiten ja dagegen!)

– Ich habe etwas dagegen getan; das ist durchaus richtig. Aber das war nur einer.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Glückwunsch! – Norbert Schmitt (SPD): Das ist immer noch unterdurchschnittlich!)

– 22.000 können Sie von mir nicht verlangen.

(Anhaltende allgemeine Heiterkeit – Zuruf von der CDU: Warum so bescheiden? – Unruhe)

Prozentual steigt damit natürlich die Betreuungsquote. Denn wenn Sie 1.000 Plätze haben und die Zahl der Kinder sinkt, können Sie unter dem Strich sagen, die Betreuungsquote steigt. Ob damit das Problem gelöst ist, ist eine andere Frage.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das nennt man auch Eti-kettenschwindel!)

Gehen wir zurück zu dem Satz: Hessen wird zum Land der Tagesmütter.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Na ja!)

Sie haben es immerhin geschafft, zu den 9.800 Plätzen für die unter Dreijährigen im Jahr 2004 zusätzliche 600 Plätze zu schaffen.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Mein lieber Mann!)

Wir haben das einmal ausgerechnet. Damit für nur 20 % der unter Dreijährigen ein Betreuungsangebot vorhanden ist, fehlen – ich rechne das kurz nach – 22.000 bis 23.000 Plätze. Wenn Sie dabei bleiben, 600 Plätze pro Jahr zu schaffen, Frau Lautenschläger, dauert es 34 Jahre, bis Hessen nur für 20 % der unter Dreijährigen einen Betreuungsplatz hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Norbert Schmitt (SPD): Unglaublich!)

Ich möchte meinem Sohn nicht seinen Lebensentwurf vorschreiben; aber es könnte durchaus sein, dass ich dann schon Opa bin.

(Norbert Schmitt (SPD): Dann hast du einen Enkel, dann bist du Opa!)

Das ist entschieden zu lange, Frau Sozialministerin.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU) – Norbert Schmitt (SPD): Dann bist du vielleicht vielfacher Opa!)

Herr Ministerpräsident, wir reden nur über Landespolitik. Sie haben am 23. April 2003 gesagt:

Die Landesregierung wird ihre internationalen Wirtschaftskontakte und die Standortwerbung darauf ausrichten, die strategisch günstige Position Hessens in der europäischen Geographie mit den unbestreitbaren Vorzügen der hessischen Wissenschaftslandschaft zu verbinden.

Er hat weise vorausgesehen, dass meistens Herr Corts fahren muss, weil Herr Rhiel nicht fährt.

Wer aus Amerika, Asien oder wo auch sonst herkommt und die beste strategische Position im künftigen Europa sucht, muss in Hessen investieren.

Herr Ministerpräsident, bei Ihnen ist alles immer Nummer eins – die Nummer zwei gibt es nicht –, auch in der Wirtschaft. Dann schauen wir es uns einmal an. Wir hatten im August 2005 eine der katastrophalsten Meldungen, seitdem es Arbeitslosenstatistiken gibt. Wir waren nämlich erstmals in der Geschichte des Landes Hessen schlechter als der Schnitt der westdeutschen Bundesländer. Die Arbeitslosenquote im Schnitt der westdeutschen Bundesländer betrug 9,5 %, und wir hatten in Hessen eine Arbeitslosenquote von 9,6 %.

Nun kann man sagen: In Ordnung; weil es den Osten gibt, sind wir immer noch nicht auf dem letzten Platz. – Aber das kann doch nicht unser Maßstab sein. Hessen war immer deutlich besser als die westdeutschen Länder. Wir sind im August 2005 erstmals schlechter als der Schnitt der westdeutschen Länder, und Roland Koch stellt sich hin und sagt: Wir sind Nummer eins. – Und die CDU-Fraktion klatscht dazu. Das kann nicht Ihr Ernst sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Bei den arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren gab es von Dezember 2002 bis September 2005 einen Anstieg um 63,2 % in Hessen. Der Bundesdurchschnitt lag bei 27 %. Da stimmt es nun, dass Hessen Spitze ist, allerdings leider auf der falschen Seite der Tabelle. Herr Ministerpräsident, da kann man nicht einfach sagen, wir hätten kein Problem.

Die üblichen Antworten der Hessischen Landesregierung, des Wirtschaftsministers und des Ministerpräsidenten sind immer Beton und Flugzeuge. Straßen und Flughäfen sind also die Lösung für alles. Nun kann ich Ihnen sagen, wir als GRÜNE – jetzt nicht in meiner Person, sondern meine Vorgänger im Amt – haben schon Anfang der Achtzigerjahre bezweifelt, dass es richtig ist, wenn man

auf die Probleme des Jahres 2006 immer die Antworten der Siebzigerjahre gibt.

Ich möchte Ihnen einmal ein konkretes Beispiel nennen. Sie haben viel zum Planungsrecht und zur A 49 gesprochen. Ich verstehe nicht, wie ein Ministerpräsident, der doch viel erfährt, nicht wahrnimmt, was passiert ist. Das Planungsrecht war mehrfach hier im Landtag Gegenstand der Diskussion. Sie haben gesagt, der Abg. Kaufmann habe Veitstänze aufgeführt. Ich kann Ihnen sagen: Das kann er aufgrund seiner körperlichen Konstitution gar nicht.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Über Behinderungen redet man nicht so! – Jürgen Walter (SPD): Ältestenrat!)

Ich kann mich an eines gut erinnern.

(Heiterkeit bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Norbert Schmitt (SPD), zu Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) gewandt: Deine eigene Truppe macht sich lustig über dich!)

Ich kann mich gut an die Debatten über die A 49 erinnern. Sie haben so getan, als sei die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN quasi die parlamentarische Vertretung eines Geheimbundes der Kammmolche, wenn es darum geht, eine wirtschaftliche Entwicklung zu verhindern.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Der Mopsfledermäuse!)

Inzwischen ist etwas passiert, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die Kammmolche – diese bösen Kammmolche, Herr Ministerpräsident – haben dazu geführt, dass Herr Rhiel umgeplant hat, nachdem er vorher falsch geplant hatte.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

Das Ergebnis wird Sie staunen lassen, Herr Ministerpräsident. Das Ergebnis ist nämlich: Der Lebensraum des Kammmolches bleibt unangetastet,

(Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

die Autobahn wird anders geplant, und das ist am Ende sogar 50 Millionen € billiger.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

Sie haben gesagt, Herr Ministerpräsident: 5.000 Kammmolche können nicht so wichtig sein. – Ich sage Ihnen: Jeder einzelne dieser Kammmolche hat dem hessischen Steuerzahler 10.000 € gespart; Sie brauchen die 50 Millionen € nur einmal umzurechnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

Herr Ministerpräsident, wir glauben nicht, dass man auf die Probleme des Jahres 2006 mit den Antworten von Georg Leber kommen kann, auch wenn er in Ihnen einen würdigen Nachfolger gefunden hat.

(Norbert Schmitt (SPD): Na, na, jetzt tust du der Regierung Unrecht!)

– Ich finde es gut, dass die SPD-Fraktion noch weiß, wer Georg Leber war.

(Heiterkeit – Jürgen Walter (SPD): Das ist etwas für den Ältestenrat! – Norbert Schmitt (SPD): Jetzt ist wirklich der Ältestenrat fällig!)

Herr Ministerpräsident, wir reden über Landespolitik. Sie haben am 23. April 2003 gesagt:

Das Ziel für die Aufklärungsquote bei den Straftaten Ende der Legislaturperiode lautet 50 % plus x. Die Kriminalitätsbelastung muss sinken.

Sie fügten noch hinzu:

Nicht zufällig gehen wir das Risiko ein, unser Ziel in Zahlen auszudrücken.

Wir stellen heute fest: Es war ein Risiko, Herr Ministerpräsident, weil seit der Regierungserklärung die Kriminalitätsbelastung nicht gesunken ist, sondern weil es einen Anstieg um 13 % gab. Ich stelle mir manchmal vor, was eigentlich passiert wäre, wenn so etwas einem Innenminister Gerhard Bökel passiert wäre und Volker Bouffier in der Opposition gewesen wäre.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Dann würde das mit den Veitstänzen vielleicht besser stimmen, Herr Ministerpräsident.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Wir reden nur über Landespolitik. Sie haben am 23. April 2003 weiterhin gesagt:

Bezüglich der Diskussion um die Gliederung der Rhein-Main-Region bleibt klar: Das Ballungraumgesetz ist beschlossen. Es ist der Maßstab unseres Handelns, und wir beabsichtigen, es umzusetzen.

Sie haben das heute sogar wiederholt.

Ich finde, als verantwortlicher Ministerpräsident müsste man die Debatte um den Kulturzwangsverband inzwischen doch so weit verstanden haben, dass das etwas ist, was noch nicht einmal derjenige will, der davon profitieren soll, nämlich die Stadt Frankfurt, sondern dass das etwas ist, was nicht die Zusammenarbeit, sondern die Zersplitterung in der Region fördert und was nicht dazu führt, dass wir die polyzentrische Struktur in Kooperation erhalten, sondern was zum größtmöglichen Chaos in dieser Frage geführt hat. Deswegen wäre es angebracht, Herr Ministerpräsident, wenn Sie auch diesen Fehler schnellstmöglich beseitigen würden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben am 23. April 2003 weiterhin gesagt:

Meine Damen und Herren, wir wollen, dass alle Menschen in Hessen am Erfolg unseres Landes teilhaben. Deshalb lassen wir uns von dem Gedanken leiten, dass Hessen ein Land des Miteinanders und des sozialen Ausgleichs ist. Unsere Politik muss sowohl auf die Eigenverantwortung der Menschen setzen als auch auf die Solidarität mit den Schwachen, Behinderten, aber auch auf die gemeinsame Arbeit mit Jungen und Älteren.

(Petra Fuhrmann (SPD): Sprechblasen, anders kann man das nicht nennen angesichts der Politik, die hier betrieben wird!)

Wenn das so wäre, Herr Ministerpräsident, hätten Sie die „Operation düstere Zukunft“ niemals in dieser Art und Weise durchziehen dürfen. Auch an diesem Punkt haben Sie schlicht und einfach Unsinn erzählt, und zwar mutwillig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Sie, Herr Ministerpräsident, haben am 23. April 2003 zum Thema E-Government gesagt:

Wir gehen hier moderne Wege. Wir haben uns entschlossen, einen Staatssekretär für E-Government und Informationstechnologie zu berufen. Wir haben den Anspruch, in direktem elektronischem Kontakt mit dem Bürger schnell Maßstäbe für andere zu setzen. Dann hat es der Bürger nämlich einfacher. Wenn wir es gut machen, werden wir es am Ende schaffen, es auch günstiger in unserer Verwaltung zu organisieren.

Herr Ministerpräsident, das ist, vorsichtig ausgedrückt, nicht ganz eingetreten.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir haben vielmehr ein Millionengrab bei der neuen Verwaltungssteuerung, und wir haben mit DOMEA das nächste Millionengrab vor Augen. Das ist von Ihrem fahmosen Staatssekretär an maßgeblicher Stelle mit fabriziert worden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Noch ein Punkt zu den „modernen Wegen“. Die Uniklinika-Debatte, Herr Koch, wird uns noch beschäftigen, weil Sie, unabhängig davon, dass wir immer dabei sind, moderne Wege zu gehen, den schönen Satz geprägt haben: „Wenn etwas Neues losgeht, dann muss Hessen dabei sein.“ Ich würde, wenn irgendwo etwas Neues losgeht, vorher die Frage stellen: Ist es denn sinnvoll, dass ich dabei bin, oder nicht? Diese Frage muss doch erlaubt sein. Ich weiß ja, dass Sie in Ihrer politischen Biografie immer der Erste sein wollten. Das hat bei der Jungen Union Eschborn angefangen und soll aus Ihrer Sicht jetzt nicht aufhören. Andere sehen das anders. Aber lassen wir das.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das unterscheidet Sie beide! Sie sind immer der Älteste!)

Herr Ministerpräsident, ich sage ausdrücklich, wir sehen mit großer Sorge, dass inzwischen ein zweiter Medizinkonzern zu den Biatern gehört. Es ist nicht mehr nur Fresenius – über Helios –, sondern es ist jetzt auch B. Braun über Asklepios. Ich sage Ihnen ausdrücklich: Ich habe nichts gegen eine moderne Verwaltung. Ich habe prinzipiell auch nichts gegen Privatisierung, wenn sie gut gemacht ist. Beim Punkt Uniklinika hatten wir aber von Anfang an etwas dagegen, weil wir das schlicht für falsch halten. Aber wenn es so kommt, dass sich die Medizinkonzerne ihre Kliniken kaufen, dann bekommen wir in diesem Staat ein Problem.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich habe nämlich keine Lust, Herr Ministerpräsident, zu erleben, dass die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler irgendwann erhöhte Preise bezahlen müssen, weil in einer Klinik nicht das preiswerteste Medikament genommen wird, sondern das, was aus dem eigenen Konzern kommt. Ich habe noch viel weniger Lust, Herr Ministerpräsident, zu erleben, dass Patientinnen und Patienten nicht mehr das beste Medikament bekommen, weil es vom Konkurrenzkonzern hergestellt wird, sondern nur noch das, was der Konzern anbietet, dem das Krankenhaus gehört. Diese Debatte werden wir bis zum Januar sehr ausführlich führen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Ministerpräsident, ich würde mir wünschen, dass auch die CDU-Fraktion nicht in Selbsthypnose verfällt, sondern sich sehr genau Gedanken darüber macht, warum B. Braun jetzt in das Bieterverfahren eingestiegen ist. Was da passiert, meine Damen und Herren, ist keine ideologische Auseinandersetzung über die Frage betriebsbedingter Kündigungen, sondern es geht um die Frage, wofür dieser Staat in der Daseinsvorsorge da ist und ob es irgendwo Grenzen gibt, jenseits derer wirtschaftliche Interessen nicht mehr gelten dürfen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich will ein letztes Zitat vom 23. April 2003 bringen:

Meine Damen und Herren, wir kennen auch die Grundprinzipien der Telematik, die ein staufreies Hessen im Jahre 2015 möglich machen.

Ich habe nichts gegen Telematik, aber wenn man wirklich glaubt, Herr Ministerpräsident – Stichwort: Georg Leber und Antworten der Siebzigerjahre –, dass man nur mit neuen Autobahnen Hessen staufrei machen kann, dann hat man nicht verstanden, welche Antworten im Dezember 2005 gegeben werden müssen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Es wäre an der Zeit, Herr Boddenberg, dass Sie sich als CDU-Fraktion, die Sie Verantwortung für das Land Hessen tragen, und die Landesregierung, die die Verantwortung für das Land Hessen trägt, daranmachen, zu erkennen, dass die vorgesehene Kürzung der Regionalisierungsmittel dazu führt, dass, grob gesprochen, jeder 20. Zug in Hessen gestrichen wird und die Fahrpreise um 10 % steigen. Das ist das Gegenteil von „staufreiem Hessen“.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen haben wir uns als Fraktion der GRÜNEN Gedanken darüber gemacht, wie mehr Geld in die Kassen kommt. Ich sage ausdrücklich: Wir waren der Auffassung, die Abschaffung der Gewässerschutzabgabe war ein Fehler. Wir wollen diese Abgabe wieder einführen. Wir sind der Auffassung, dass man auch über Privatisierungen nachdenken kann, dass man aber nichts verkaufen sollte, was man danach für 30 Jahre zurückmieten muss. Wir denken aber, dass man 2 % der Fraport-Aktien durchaus verkaufen kann, ohne die Mehrheit der öffentlichen Hand zu gefährden. Das würde unter dem Strich Mehreinnahmen in Höhe von 88 Millionen € bringen.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

– Nein, der Konsortialvertrag ist es nicht. Wir sind – sogar inklusive der neu ausgegebenen Mitarbeiteraktien – deutlich über 50 % geblieben. So kennen Sie Ihre GRÜNEN, Herr Ministerpräsident. Deswegen tut es Ihnen manchmal weh, wenn wir Ihnen das hier vorrechnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Ministers Karlheinz Weimar)

– Herr Weimar, ich sage nur: Trendwende. Mehr sage ich zu Ihnen nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Ministers Karlheinz Weimar)

Wir haben uns Gedanken über die Frage gemacht, wie man die neue Verwaltungssteuerung umsetzen kann, ohne so viel Geld auszugeben. Wir haben im Landeshauswahl Möglichkeiten gefunden, wie man 291 Millionen € mehr in der Kasse haben könnte. Wir haben uns auch mit der Bundespolitik beschäftigt. Herr Ministerpräsident, mit Ihrem neuen Freund Peer Steinbrück könnten Sie ein paar Sachen machen, die Sie bisher blockiert haben, oder Sachen machen, die Sie erst für das Jahr 2007 vorhaben. Ich nenne als Beispiel das Stichwort Entfernungspauschale. Wir finden es ausdrücklich richtig, dass man hier streicht. Wir finden, das könnte man schon 2006 machen. Herr Finanzminister, auch am Punkt Umsatzsteuerbetrug könnten Sie etwas machen, sodass weiteres Geld in die Kasse käme – jenseits der Frage von Steuererhöhungen.

Wir glauben, dass man, wenn man es klug anstellt, in diesem Haushalt insgesamt 300 Millionen € mit landespolitischen Maßnahmen und noch einmal knapp 300 Millionen € mit bundespolitischen Maßnahmen einsparen könnte. Deswegen sage ich Ihnen: Wir haben uns auch Gedanken gemacht, wo die Landesregierung die Antworten nicht gibt, die aus unserer Sicht im Jahre 2006 notwendig sind. Wir glauben, dass man in der Umweltpolitik nicht alles weiterhin Herrn Dietzel und der Propagandamaschinerie der Staatskanzlei überlassen sollte, sondern dass es dort zu eklatanten und relevanten Verbesserungen kommen muss. Wir glauben, Herr Ministerpräsident, dass Sie langsam etwas tun müssten, wenn Sie das in der Regierungserklärung formulierte Ziel, bis 2015 einen Anteil von 15 % an erneuerbaren Energien zu erreichen, verwirklichen wollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unsere Anträge schichten in diesem Bereich insgesamt 76 Millionen € um und würden unter dem Strich nicht nur dazu führen, dass wir zukunftssicherer wären, dass wir klimafreundlicher und insgesamt umweltfreundlicher handeln würden, sondern das würde zusätzlich dazu führen, dass wir 2.500 Arbeitsplätze in diesem Bereich neu schaffen würden. Sie haben es in der Hand, meine sehr verehrten Damen und Herren, und zwar in der nächsten Sitzung des Haushaltausschusses.

Wir haben weiterhin gesagt: Wenn wir pro Jahr nur 600 Plätze bei den unter Dreijährigen schaffen würden, bräuchten wir einen Zeitraum von 34 Jahren. Wir haben gesagt, dass wir in diesem Bereich Ernst machen wollen. Wenn Sie bis 2010 eine Steigerung auf 20 % erreichen wollen, dann brauchen wir pro Jahr ungefähr 4.000 neue Plätze. Wir haben entsprechende Anträge gestellt. Sie haben es in der Hand.

Wir haben uns in der Bildungspolitik auch die Frage gestellt, wie man reale Antworten auf die bestehenden Probleme geben kann. Wir sind der Meinung, wir brauchen individuelle Förderung, und zu dieser individuellen Förderung gehört auch mehr Zeit zum Lernen, Frau Kultusministerin. Dafür braucht man nicht nur eine pädagogische Mittagsbetreuung, sondern echte Ganztagsschulen. Deshalb wollen wir mit entsprechenden Haushaltsanträgen dafür sorgen – wenn Sie es denn wollen –, dass zumindest die 200 Schulen, die eine pädagogische Mittagsbetreuung beantragt haben, diese im nächsten Schuljahr umsetzen können, und außerdem noch 80 echte Ganztagsschulen dazukommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, ich habe sehr genau zugehört, als Sie darüber geredet haben, dass Rot-Grün den sozialen

Aufstieg an der Schule nicht sichergestellt habe. Ich habe schon einmal gesagt: Es gibt niemanden, der immer alles richtig macht. Es gibt auch niemanden, der immer alles falsch macht – mit einigen Ausnahmen. Ich sage Ihnen aber auch: Ich verstehe nicht, warum Sie sich, wenn Sie das Problem des sozialen Aufstiegs in Deutschland erkannt haben, in der Schulpolitik ausgerechnet an dem Bundesland orientiert, wo die sozialen Aufstiegsmöglichkeiten am schlechtesten sind, nämlich am Bundesland Bayern. Das verstehe ich nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich verweise nur auf die Ergebnisse von PISA-E aus dem Jahre 2003: Die Chancen eines Arbeiterkindes in Bayern, Abitur zu machen, sind 7,4-mal schlechter als die eines Akademikerkindes. Wenn das Ihre Vorstellung von sozialem Aufstieg ist, dann verstehe ich nicht mehr, worüber wir beim Thema sozialer Aufstieg eigentlich reden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf der Ministerin Karin Wolff)

Wir glauben, dass wir wieder ein Sozialbudget brauchen, weil wir das ernst nehmen, Herr Ministerpräsident, was Sie gesagt haben, dass es nämlich Aufgabe des Staates ist, für einen sozialen Ausgleich zu sorgen. Dann darf man das aber nicht nur sagen, sondern man muss das auch tun.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Ministerpräsident, bei Ihrem Festvortrag aus Anlass des zehnjährigen Bestehens des IFOK haben Sie gesagt: „Wenn uns permanent Dinge erzählt werden, die am nächsten Tag nicht eintreten, dann schwindet Vertrauen.“ So ist es, Herr Ministerpräsident. Deswegen sage ich Ihnen: Es gibt in diese Landesregierung kein Vertrauen mehr. Wenn Sie sich die letzten hessischen Bundestagswahlergebnisse angeschaut haben, dann könnten Sie sehen, dass Sie das schlechteste Bundestagswahlergebnis der Hessen-CDU eingefahren haben.

(Florian Rentsch (FDP): Gibt es noch Vertrauen in die hessischen GRÜNEN?)

– Lieber Kollege Rentsch, wir haben bei der Bundestagswahl 10,1 % der Stimmen bekommen. Das waren allesamt Leute, die gesagt haben, sie finden die GRÜNEN gut. Das ist bei uns nicht so wie bei der FDP. 60 % der FDP-Wähler sagen nämlich, ihre Lieblingspartei sei die CDU. Insofern müssten Sie da sehr genau aufpassen.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Herr Landesvorsitzender der Christlich Demokratischen Union, Sie haben in Hessen das schlechteste Wahlergebnis seit 1953 eingefahren.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Die GRÜNEN sind um einen Prozentpunkt gefallen!)

Sie haben – grob geschätzt – 15 Prozentpunkte im Vergleich zu 2003 verloren. Deswegen begrüße ich es außerdentlich, das ist das einzige Gute an der Albanien-Koalition, also rot und schwarz, die jetzt in Berlin regiert --

(Zurufe)

– Schaut euch einmal die Landesflaggen an. Alle reden von Jamaika. Dabei regiert Albanien, wenn man es von den Farben her betrachtet.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der SPD und der FDP)

Das ist das einzige Gute daran: Wir werden im Jahre 2008 einen Ministerpräsidenten erleben, der in die Wahlauseinanderersetzung geht und nicht mehr sagen kann: Berlin ist schuld. – Darauf freue ich mich.

(Reinhard Kahl (SPD): Das ist wieder richtig!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, darauf freue ich mich. Denn dann werden wir die Bilanz dieser Regierung bewerten. Dann werden die Bürgerinnen und Bürger die Landespolitik bewerten – Ihre Bilanz, Herr Ministerpräsident. Ich sage Ihnen, ich kann mir vorstellen, dass viele Bürgerinnen und Bürger – wenn sie das, was Ihnen im April 2003 gesagt wurde, mit dem vergleichen, was dann in Hessen Realität ist – dann sagen: Roland, es reicht! – Oder, um mit einem bekannten Fußballtrainer zu sprechen, der auch schon einmal bessere Zeiten erlebt hat: Herr Ministerpräsident, Sie haben fertig. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Lang anhaltender Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Al-Wazir. – Als Nächster hat der Fraktionsvorsitzende der FDP, Herr Hahn, das Wort.

Jörg-Uwe Hahn (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Es ist Aufgabe des jeweiligen Fraktionssprechers, des Fraktionsvorsitzenden, zu Beginn der Generaldebatte kurz und bündig das Fazit seiner Rede zu präsentieren. Ich möchte das für die FDP-Fraktion mit folgenden vier Formulierungen tun: Die Landesregierung der absoluten Mehrheit von CDU ist halbherzig im täglichen Geschäft.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Na, na, na!)

Sie ist erfolgreich bei der Umsetzung gemeinsamer CDU/FDP-Ideen aus der letzten Legislaturperiode. Sie ist mutlos bei neuen Ideen. Aber sie ist konsequent beim neuen Schuldenmachen.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Zusammenfassung ist jedenfalls aus Sicht von uns Liberalen eine objektive Beschreibung der Situation des Jahresendes 2005, nachdem wir nun seit knapp drei Jahren eine absolute CDU-Regierung in diesem Lande haben.

Diese Regierung macht nicht alles falsch – wie es Jürgen Walter und Tarek Al-Wazir für die Roten und die GRÜNEN hier gesagt haben. Das nennt man „Opposition mit Schaum vor dem Mund“.

(Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt kommt die Opposition mit dem Brett vor dem Kopf!)

Aber diese Regierung macht auch nicht alles richtig, wie es der Ministerpräsident erklärt hat und wie es – ich unterstelle das einmal – der noch junge Kollege Fraktionsvorsitzende Dr. Christian Wagner auch noch einmal sagen wird. Es läuft in dieser Regierung nicht rund, sondern der Motor stottert manchmal. Irgendjemand hat immer wieder einmal Zähneklappern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Regierungszeit von 1999 bis 2003 hat gezeigt, dass man kreativ, mit vielen Ideen sehr mutig Politik machen kann und dafür vom Wähler auch belohnt wird.

(Beifall bei der FDP)

Offensichtlich möchte die CDU ihr hervorragendes Ergebnis vom Februar/März des Jahres 2003 nicht mehr wiederholen. Deshalb macht sie etwas weniger mutig Politik. Es holpert in der Abstimmung. Teilweise gibt es Vorschläge, die nachgebessert werden müssen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Regierungshandwerk aus der Staatskanzlei heraus klappt nicht immer. Als Liberales sehen wir das zum einen natürlich mit einem weinenden Auge, denn es geht um unser Hessenland. Zum anderen sehen wir das mit einem lachenden Auge, denn wir werden gerne ab dem März des Jahres 2008

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wieder alles mitmachen!)

wieder in der Regierung mitarbeiten und zeigen, dass man auch 100 % erfolgreich regieren kann, wie das schon einmal geschehen ist.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Jürgen Walter Recht hat, dann hat er Recht. Und Jürgen Walter hat Recht. Es gibt tatsächlich eine neue Bundesregierung. Das konnten wir bei den Beratungen zum Haushalt noch nicht erwarten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ansonsten aber hat sich nichts geändert. Wir haben weiterhin eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung. Wir haben in der Regierung in Berlin weiterhin Männer und Frauen, die zunächst danach trachten, über den Staat zu regieren, die keinen Mut haben, den Menschen mehr Freiheit zu geben. Wir haben in Berlin weiterhin Politikerinnen und Politiker am Kabinettstisch, die keine Visionen für unser Vaterland, für Deutschland haben. Als Erschwerung haben wir zusätzlich noch dazu Männer und Frauen auf der Regierungsbank in Berlin sitzen, die eine vollkommen unverständliche Koalitionsarbeit gemacht haben.

Es steht im Lehrbuch und ist auch klug so: Normalerweise versuchen die Koalitionspartner, sich bei den Inhalten zu einigen. Herr Al-Wazir hat es bei der Debatte vor vier Wochen schon einmal sehr deutlich und vollkommen zu Recht gesagt: Zunächst setzt man sich zusammen und überlegt, ob man aus den Ideen, die jeder Einzelne hat, eine gemeinsame Idee erhält, um dieses Land zu regieren, wie das in Inhalten umgesetzt werden kann – und ganz zum Schluss ist dann die Frage auf der Tagesordnung: Wer wird was?

(Widerspruch des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

– Herr Kollege Kahl, sicherlich ist es immer so, dass die Spitzenpositionen wie z. B. Bundeskanzler oder Außenminister – das war 1998 so – vorher feststehen.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Es war aber erstmals in der Geschichte dieser Republik, dass schon die Besetzung jedes einzelnen Ministerpostens feststand, noch ehe man sich über Inhalte unterhalten hatte.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

– Herr Kahl, da brauchen Sie auch gar nicht dazwischenzurufen. Sie bestätigen das ja nur.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Dass dann zwischendurch noch der eine oder andere Minister abgängig war, hat mit dem System nichts zu tun, das Sie vorher aufgestellt haben. Wenn der Stoiber gerne in München bleibt, dann kommt halt der Glos dran. Es war aber schon vorher klar, dass z. B. der besondere Freund des Mittelstandes, Herr Seehofer, Minister wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage das sehr bewusst: Damit hat dieses Berliner Kabinett – wie auch das frühere – neun sozialdemokratische Ministerinnen und Minister in der Regierung. Ein Wandel, eine Trendwende in Deutschland ist da nicht zu erwarten.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Wir wundern uns auch überhaupt nicht darüber – wie das die Bundeskanzlerin tut –, dass Sozial- und Christdemokraten viele Gemeinsamkeiten haben. Wir Liberale wussten das vorher schon. Beide – die Sozialdemokraten wie auch die Christdemokraten – wollen doch den Staat dazu nutzen, um ihre Ideen umzusetzen, nicht indem sie den Menschen die Möglichkeit geben, dass sie selbst ihre Ideen umsetzen, sondern indem sie ihnen vorschreiben, was zu tun ist. Sie ziehen die Leitplanken – ein Bild des Ministerpräsidenten aus einer früheren Debatte – so eng, dass die Bürgerinnen und Bürger gar nicht frei entscheiden können, was sie denn wollen.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist schon eine dreiste Floskel, wenn unsere Bundeskanzlerin die Regierungserklärung mit „Mehr Freiheit wagen“ überzeichnet.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Da sind wir uns doch einig!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Überschrift haben wir Liberale gern gehört. Wir haben aber nicht geglaubt, dass in der Regierungserklärung etwas dazu drinsteht. Wir haben es nachgelesen – da steht nichts für mehr Freiheit drin, gar nichts.

(Beifall bei der FDP)

Da steht weiterhin drin, dass der Staat das machen soll, was die Christdemokraten und die Sozialdemokraten meinen, was für die Menschen richtig sei.

Wer Freiheit will, ist stark. Wer Freiheit will, der vertraut darauf, dass die Menschen selbst entscheiden. Wer Freiheit will, der weiß, dass es schwieriger ist, zu organisieren. Denn wenn ich alles vorgeschrieben bekomme, brauche ich keine Angst mehr zu haben, dass irgendjemand etwas anders macht. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, das aber unterscheidet eben die Etatisten bei den Sozialdemokraten wie bei den Christdemokraten von den Liberalen. Wir sind mutig, wir sind selbstbewusst. Wir möchten, dass die Menschen selbst entscheiden, auch

wenn es dann manchmal scheinbar ein bisschen Durcheinander gibt.

(Beifall bei der FDP – Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Kollege Al-Wazir hat sich eben etwas mutig über Wahlergebnisse und andere Dinge in diesem Zusammenhang ausgelassen.

(Florian Rentsch (FDP): Das war erstaunlich mutig!)

Ich sage schon sehr selbstbewusst, der Einwurf des Kollegen Florian Rentsch ist für uns hessische Liberale sehr wichtig. Bei der letzten Bundestagswahl haben wir bewiesen, dass wir die GRÜNEN sehr weit hinter uns gelassen haben.

(Beifall bei der FDP)

Das gilt auch für Hessen, gerade für Hessen.

Ich bin kein Umfragefetischist. Das weiß jeder hier im Hause, der mich kennt. Aber Tendenzen sind in Umfragen ablesbar. Wir haben heute Morgen die neue „Stern“-Umfrage bekommen. Lieber Kollege Al-Wazir, wir Liberale haben da wieder einen Punkt zugelegt und liegen jetzt bei 12 %; die GRÜNEN haben wieder einen Punkt verloren und liegen bei 8 %. Dann eine solche Lippe zu riskieren, wie Sie das eben getan haben, das ist mindestens mutig.

(Beifall bei der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was Umfrageergebnisse wert sind, haben wir bei der letzten Bundestagswahl gesehen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist für unsere hessische Politik zwar wichtig, was in Berlin passiert; aber ich glaube, wir sollten uns wenig vormachen, wir könnten in den nächsten Jahren bessere Rahmenbedingungen aus der Berliner Politik für die hessische Landespolitik bekommen. Es wird weiterhin schwierig sein. Die Wirtschaft wird weiterhin nicht anspringen. Man muss schon heftig naiv sein, wenn man meint, die Wirtschaft springt an, wenn man im Jahr 2007 die Mehrwertsteuer um 3 % erhöht.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin zwar nur Jurist und nicht, wie Kollege Walter immer kokettiert, Landanwalt. Ich habe meine Zulassung in Frankfurt am Main.

(Jürgen Walter (SPD): Du bleibst aber ein Angeber!)

Ich bin halt nur Jurist. Aber, lieber Jürgen Walter, Kollege Jurist, das können sogar wir verstehen: Wenn man mit einer Mehrwertsteuererhöhung von 3 % droht, wird die Freudigkeit der Menschen sehr überschaubar sein, sich z. B. ein neues Auto zu kaufen. Denn sie wissen dann, dass sie ab 2007 überall durch höhere Zahlungen belastet werden, wenn sie zum Aldi, zum Lidl oder zum Plöger gehen. Dort tätigt man keine größeren Ausgaben.

Ich halte das für vollkommen daneben, volkswirtschaftlich, betriebswirtschaftlich und auch für eine Reihe von Unternehmen daneben, eine Mehrwertsteuererhöhung zu machen.

(Beifall bei der FDP)

Nur eines, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Sozialdemokraten: Das macht euch so unglaublich bei der

Frage „vor der Wahl, nach der Wahl“. Wenn Sie hier immer wieder sagen – Herr Al-Wazir hat es eben auch wieder für die GRÜNEN getan –: „Der Koch hat vor der Wahl das gesagt, und jetzt macht er das“, will ich Ihnen sagen: Lieber Kollege Walter, ich habe bundesweit Plakate gesehen – ich war vor dem 18. September bundesweit im Einsatz gewesen –: „Nein zur Merkel-Steuer – wir, die Sozialdemokraten“. Jetzt müssten Sie eigentlich Plakate schreiben: „Ja zur Merkel-Steuer, aber nur plus Münterei-Steuer“. Das ist dann die Politik, die die Sozialdemokraten zum Thema Glaubwürdigkeit hier abliefern.

(Beifall bei der FDP)

Ich empfehle allen Beteiligten, etwas entspannter damit umzugehen. Es trifft ja jeden irgendwann einmal, dass er vor der Wahl etwas anderes sagt, als er nachher in der Koalitionsvereinbarung stehen hat. Wenn Tarek Al-Wazir den Ministerpräsidenten und CDU-Landesvorsitzenden – bei der Eigenheimzulage war es, glaube ich – nach dem Motto anmacht: „Andere Worte vor der Wahl als nach der Wahl“, will ich dem entgegenhalten, dass es bei Koalitionsverhandlungen den GRÜNEN in Berlin – ich glaube es sogar ganz sicher zu wissen, in welchen Bereichen – häufig so gegangen ist. „Bei der inneren Sicherheit“, rufe ich immer so dazwischen, damit wir einigermaßen wissen, worum es geht. Da haben Sie die Meinung vollkommen abgeben müssen, und der andere Koalitionspartner hat sich durchgesetzt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und mit wem verhandelt Roland Koch? Mit sich selbst?)

Wir sollten doch bitte den Menschen hier im Hessenland nicht vormachen, dass die reine Lehre immer auch umsetzbar sei. Daran verzweifeln ja die Menschen, dass wir vor der Wahl immer so tun, als ob die reine Lehre umsetzbar sei; und nach der Wahl beweisen wir den Menschen, dass es nicht geht. Sagen wir doch gleich, dass es so nicht geht.

Hessenhaushalt: Lieber Herr Finanzminister, machen Sie sich nicht vor, dass durch die Mehrwertsteuererhöhung, von der ich eben gesprochen habe, die Haushaltshaufstellung für 2007 für Sie einfacher wird. Es wird nicht viel mehr Einnahmen aus diesem Topf geben. Deshalb war es umso falscher, dass die Union in diesem Punkt von Anbeginn an auf die Mehrwertsteuererhöhung gedrängt hat. Sie nannten es Ehrlichkeit. Wir nannten es falsch. Jetzt haben wir 3 % statt 2 %. Das Ergebnis wird sein, dass die Haushaltshaufstellung für 2007 genauso schwer sein wird wie für 2006.

(Beifall bei der FDP)

Mit unserem Dringlichen Antrag wollten wir Sie gestern davon überzeugen, dass Sie selbstständig die Schlussfolgerung aus der Entscheidung des Staatsgerichtshofs vom Montagvormittag ziehen, die einzig möglich ist, nämlich den Haushaltshaufstellung 2006 zurückzunehmen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Finanzminister und Herr Ministerpräsident, das gesamte Kabinett ist gefordert, sich rechtsstaatlich zu verhalten. Rechtsstaatliches Verhalten heißt, Entscheidungen der Gerichte ernst zu nehmen. Wir fordern von jedem unserer Bürger, dass er von den Kleinigkeiten der Verkehrsordnungswidrigkeiten bis hin zu den großen Dingen des Strafrechts, aber auch des BGB und des gewerblichen Rechtsschutzes, was auch immer, die Gesetze einhält, dass er sich an die Rechtsprechung hält, dass er Urteile beach-

tet, wenn sie gefällt sind. Das muss auch für die Hessische Landesregierung gelten.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb müssen Sie den Haushaltshaufstellung 2006 zurückziehen. Er ist nicht verfassungsgemäß. Er erfüllt nicht die Kriterien, die der Staatsgerichtshof am vergangenen Montag, also vor ungefähr 48 Stunden, hier ganz in der Nähe verkündet hat. Ich bin sehr stolz darauf, wir Liberale sind sehr stolz darauf, dass der Staatsgerichtshof die Entscheidung so getroffen hat, wie er sie getroffen hat, weil er nämlich in der Begründung die Argumentation für den Nachtragshaushalt 2002 übernommen hat, die von diesem Pult aus – ich sage das bildhaft – die damalige stellvertretende Ministerpräsidentin, Ruth Wagner, der damalige Fraktionsvorsitzende, Jörg-Uwe Hahn, und der haushaltspolitische Sprecher der Fraktion, Roland von Hunnius, vorgetragen haben.

(Beifall bei der FDP)

Wir standen im Jahr 2002 vor einer ganz besonderen Situation, übrigens wir alle zusammen. Es gab andere Planungen bei den Steuereinnahmen. Es gab im September 2002 eine Bundestagswahl, bei der zunächst alle davon ausgegangen sind, dass sie andere Mehrheiten bringt. Das ist so mit den Umfragen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das geht aber nicht immer so!)

– Da war das Standing meiner Truppe suboptimal, würde mein Freund Hans-Jürgen Hielscher sagen. Aber der Stoiber, der Kanzlerkandidat, war vielleicht auch nicht gerade optimal.

(Jürgen Walter (SPD): Stoiber war gut!)

Aber das ist alles egal. Wir hatten jedenfalls eine Änderung bei der Körperschaftsteuer und hatten dann erhebliche Probleme, die wir irgendwie lösen mussten. Man kann sie halt am 12., 13. oder 14. Dezember eines Jahres nicht mehr mit Umsteuern lösen, sondern nur dadurch, dass man höhere Schulden aufnimmt.

(Reinhard Kahl (SPD): Wenn man zu spät einen Nachtragshaushalt vorlegt!)

– Herr Kollege Kahl, das haben wir, die FDP-Fraktion in diesem Hause, getan. Schon damals haben Sie dazwischengekläfft und gesagt, das wäre verfassungswidrig. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass das höchste hessische Gericht Ihnen am Montag ins Stammbuch geschrieben hat, dass Ihre Klage abgewiesen werden musste, weil sie nicht begründet ist.

(Beifall bei der FDP)

Es ist absurd, wenn sich hier Sozialdemokraten auf einmal mit der Behauptung aufbauen, sie wären der Sieger des Montags gewesen. Ich bin nun lange genug bei Gerichten unterwegs. Ich war übrigens auch einer der ersten Abgeordneten, der zusammen mit Franz Josef Jung gegen eine Regierung ein Verfahren vor dem Staatsgerichtshof in der Frage gewonnen hat, dass Sie die Minderheitenrechte im Untersuchungsausschuss mit Füßen treten wollten. Ich weiß also, wie man sich sowohl bei Gerichten wie auch beim Staatsgerichtshof benimmt.

(Beifall bei der FDP)

Eines weiß ich auf alle Fälle: Wenn ein Gericht feststellt, dass die Klage abgewiesen ist, hat derjenige, der

die Klage eingereicht hat, logischerweise verloren. Das ist Ihnen am Montag so passiert.

(Beifall bei der FDP – Jürgen Walter (SPD): Das stimmt, aber das Land hat verloren!)

– Das Land hat nicht dadurch verloren oder gewonnen, dass Sie die Klage verloren haben, sondern das Land würde jetzt verlieren, wenn die Landesregierung unter Roland Koch und mit Finanzminister Karlheinz Weimar weiterhin starrsinnig an diesem verfassungswidrigen Haushaltsentwurf für 2006 festhielte. Das ist das Thema der Diskussion.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das ist die Lösung, die wir aus diesem Urteil entnehmen müssen. Eindeutiger geht es für einen Verfassungsgerichtshof nicht. Man hat festgeschrieben, dass es nicht vorhersehbar sein darf, dass es durch die Änderungen zu Differenzen zwischen Einnahmen und Ausgaben kommt. Das kann denklogisch für einen Haushaltspflicht, der ein ganzes Jahr vor sich hat, nicht sein. Das ist dann ein Planungsfehler. Den müssen Sie korrigieren. Sie können sich nicht damit herausreden, es sei jetzt ein Durcheinander in irgendwelchen wirtschaftlichen Gleichgewichten usw. vorhanden.

(Jürgen Walter (SPD): Doch, weil es das Gericht auch festgestellt hat!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie müssen einen Haushalt aufstellen, der die Kriterien der Verfassung berücksichtigt. Das heißt, es dürfen nicht mehr Schulden gemacht werden, als Investitionen veranschlagt sind.

Tun Sie mir einen Gefallen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union. Weinen Sie bitte nicht die Platte, dass wir in Hessen leider, leider ein schärferes Recht haben als andere Länder, Ausgaben nicht mit Schulden finanzieren zu dürfen. Ich finde es Klasse, dass wir in Hessen dieses Recht haben, und der Staatsgerichtshof hat es auch noch einmal festgeschrieben.

(Beifall bei der FDP)

Herr Boddenberg, ich kann mich an Diskussionen erinnern, in denen gesagt wurde, und zwar von Parteifreunden von Ihnen, Herr Generalsekretär, es sei doch wirklich schade; hätte man die Kriterien von Rheinland-Pfalz oder von Niedersachsen, oder was weiß ich was, dann dürfte man per se mehr Schulden machen. – Nein, wir müssen endlich einmal entspannt zur Kenntnis nehmen, dass wir nicht nur den einen Teil falsch machen – ich habe das beim letzten Mal sehr persönlich auch zu Roland Koch gesagt –, dass wir schon auf Kosten von seinem Sohn Dirk und meinem Sohn Kai-Uwe leben – das ist der eine Fehler –, sondern auch noch den anderen Fehler, dass wir darüber hinaus auch noch Recht und Gesetz ignorieren bzw. dass jedenfalls die Mehrheit in diesem Hause auch noch Recht und Gesetz ignorieren will. Das kann nicht richtig sein.

(Beifall bei der FDP)

Das ist falsch. Aus diesem Grund bleibt bei uns die Auffassung, dass das Haushaltsgesetz mit allem, was dazugehört, für das kommende Haushaltsjahr – ich rede bewusst nicht vom Nachtragshaushalt – von Ihnen zurückgenommen werden muss. Sie müssen einen verfassungsgemäßen Haushalt aufstellen. Wir haben Ihnen eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, wie es möglich ist, kurzfristig – ich sage bewusst „kurzfristig“ – einen verfassungsgemäßen Haushalt vorzulegen. Wir wissen auch – Roland von Hun-

nus hat das bereits in der Debatte von hier aus gesagt –, dass wir, weil die Schuldenlast jetzt schon sehr hoch ist, weil wir schon viele kumulierte Schulden haben – wir sind bei 31 Milliarden € oder 31,5 Milliarden €, das ist wohl richtig, es ist also viel zu viel –, nicht auf einen Schlag wieder vollkommen davon wegkommen können. Wir können aber nicht von unserem Ziel, das wir einmal gemeinsam in der Koalition verabredet haben, nämlich im Jahr 2007 keine Nettoneuverschuldung mehr zu haben, abgehen. Da gibt es Beschlüsse des Kabinetts und der Koalition. Dazu haben wir Pressekonferenzen gemacht und erklärt, wie gut wir sind. Das haben Sie alles vergessen. Aber dass Sie das jetzt noch einmal toppen wollen, geht so nicht. Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Union, wir können mit einer kurzfristigen Verschlankung, bildhaft auch beginnend beim Kabinett, und einem Abbau von Stellen, auch bildhaft beginnend in der Staatskanzlei, bis hin zum Verkauf von Anteilen den Haushaltspflicht verfassungsgemäß machen.

(Beifall bei der FDP)

Fraport-Anteile kann man leider jetzt nicht verkaufen. Lieber Kollege Al-Wazir, da müssen Sie sich noch besser informieren. Da gibt es nämlich im Konsortialvertrag eine ganz spezielle Regelung, dass das Land jetzt überhaupt keine Anteile verkaufen kann. Das hat nichts mit 50 % zu tun. Das geht einfach nicht. Das geht erst ab dem Jahr 2011.

Hören Sie doch damit auf, sich immer wieder das Bild nach dem Motto zu machen: Wenn ihr Liberalen noch in der Regierung wärt, dann hätten wir auch eine so katastrophale Haushaltsslage. – Nein, ich lege Wert darauf, festzustellen, dass es in der gemeinsamen Regierungszeit nur einen einzigen Haushalt gab, und zwar inklusive Nachtragshaushalten, der letztlich zwar – Gott sei Dank, sage ich – nicht verfassungswidrig, aber doch scharf an der Verfassungsgrenze war. Das war der Nachtragshaushaltspflicht 2002.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Natürlich bei einer völlig anderen Einnahmesituation!)

– Herr Kollege Wagner, die Einnahmen sind die eine Seite. Wenn die Einnahmen nicht da sind, müssen Sie an die Ausgabeseite gehen. Das unterscheidet Liberale von Christdemokraten.

(Beifall bei der FDP)

Ich weiß ja, dass das der Kollege Dr. Christean Wagner privat auch so macht. Er gibt auch nur so viel aus, wie er einnimmt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Florian Rentsch (FDP): Hoffen wir es!)

– Nein, da bin ich mir relativ sicher. Der rennt auch nicht, wenn er sich ein neues Auto kaufen will, zur Sparkasse nach Marburg und sagt: Ich will ein Darlehen haben. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, genauso, wie wir es hoffentlich privat alle machen, muss es auch der Staat machen. Ansonsten macht der Staat etwas falsch.

(Beifall bei der FDP)

Es erregt einen Liberalen schon, wenn man hier vom Kollegen Walter, aber auch vom Kollegen Al-Wazir hört: Steigern Sie doch endlich die Einnahmen. – Der Kollege Walter hat ja die genialste aller Ideen. Die kommt immer wieder. Das ist wie bei dem Ungeheuer von Loch Ness. Dieses Ungeheuer gibt es komischerweise seit Jahren nicht mehr. Jedenfalls habe ich nichts mehr davon gehört. Aber

bei euch Sozialdemokraten kommt dann immer irgendwann einmal die Vermögensteuer.

Die kommt komischerweise immer kurz vor Weihnachten. Das letzte Mal war es Weihnachten 2002. Da hatte der damalige Ministerpräsident Gabriel schon entsprechende Plakate drucken lassen. Die wollte er im Januar 2003 in Niedersachsen aufstellen. Er wurde vom damaligen Bundeskanzler daran gehindert, weil der in diesem Punkt vernünftig war und gesagt hat: Lass das! – Die Vermögensteuer löst in keiner Weise das Einnahmeproblem, wenn es überhaupt eines gibt.

(Beifall bei der FDP)

Die Vermögensteuerdiskussion schadet dem Standort Deutschland, weil wir wissen, dass nichts schneller als Vermögen flüchtig sein kann. Wir sind in einer globalen Welt. Wir haben ein globales Finanzsystem. Diejenigen, die Vermögensteuer zahlen müssten, werden ohnehin schon progressiv besteuert. Es ist nicht so, dass die so wenig Steuern wie ihre Fahrer zahlen, um bei dem Beispiel zu bleiben, das immer in den Diskussionen gewählt wird. Wenn die Sozialdemokraten auf die Idee kommen – das kommen sie immer –, wenn sie irgendeinen Dummen finden, der mit ihnen zusammen die Vermögensteuer einführen würde, hätte das Standortnachteile par excellence, weil eine Reihe von Mittelständlern aus diesem Lande schlicht hinausgehen würde.

(Beifall bei der FDP – Jürgen Walter (SPD): Völlig falsch!)

Das wollen wir Liberale nicht. Das halten wir für vollkommen falsch. Die anderen Ideen, die Kollege Al-Wazir hat, wieder die Grundwasserabgabe oder was auch immer einzuführen – warum denken leider alle anderen Parteien außer den Liberalen zunächst immer daran: Wie komme ich an das Portemonnaie der Menschen?

(Michael Boddenberg (CDU): Na, na, na!)

Wie komme ich an das Sparbuch der Oma Lena? Warum denkt ihr eigentlich immer zuerst daran: Wie kann ich Geld beim Bürger abzocken?

(Beifall bei der FDP)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, diese Logik ist uns Liberalen fremd.

(Jürgen Walter (FDP): Logik ist Euch vollkommen fremd! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt! – Gegenruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Wir werden sie nicht akzeptieren. Deshalb sind wir strikt dagegen, dass entsprechende Steuern wie die Vermögensteuer neu erfunden oder wieder eingeführt werden, wie es z. B. bei der Grundwasserabgabe ist. Nur Sparen hilft. Das ist kein Wort nur von Liberalen. Ich weiß gar nicht, ob Rainer Dinges ein Liberaler ist. Im Herzen muss er jedenfalls einer sein. Das ist die Überschrift, die Rainer Dinges am 13.12. im „Darmstädter Echo“ gewählt hat, um über die Haushaltssituation im Land Hessen zu sprechen.

Lassen Sie mich als dritten Punkt – ich bemühe mich, die Redezeit wahrlich nicht auszuschöpfen – darauf hinweisen, dass wir noch nicht ganz nachvollziehen können, warum diese Landesregierung auf der einen Seite Zieldiskussionen führt und dies auf der anderen Seite so halbherzig tut.

(Beifall der Abg. Nicola Beer (FDP))

Es ist richtig, dass wir eine Umstellung vornehmen müssen. Es ist richtig, dass wir deshalb nicht mehr mit den Spiegelstrichen und der Haushaltssstelle X, Y, Z, 1, 2, 3 handeln können, sondern dass wir miteinander Vereinbarungen treffen können. Ich will Ihnen nicht alle Änderungsvorschläge vortragen, die wir in den nächsten Tagen noch in die Diskussion einbringen werden. Aber wenn Sie im Einzelplan 06 z. B. folgendes Fachziel 1 lesen: „Eine solide Finanzpolitik in der Verantwortung gegenüber den heutigen und kommenden Generationen gestalten“,

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Sehr richtig!)

so klingt das erst einmal schön, Frau Kollegin Wagner. Es ist aber nur die halbe Wahrheit.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Eben!)

Deshalb schlägt die FDP vor, dass wir das Fachziel neu nennen:

Eine solide Finanzpolitik in der Verantwortung gegenüber den heutigen und kommenden Generationen unter Beachtung der von der Hessischen Verfassung vorgegebenen Verschuldungsgrenze gestalten.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, man fragt sich, warum die Landesregierung nicht selbst darauf gekommen ist.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Jetzt wird es immer besser!)

Es ist eine Selbstverständlichkeit, das als Fachziel hineinzuschreiben. Nur, weil man jetzt viermal dagegen verstoßen hat, kann das wahrlich nicht richtig für unser Land sein. Deshalb gibt es eine Reihe von Änderungen in den Fachzielen, die wir in den nächsten Tagen und zu Beginn des nächsten Jahres in den Fachausschüssen in diesem Hause hoffen unterbringen zu können, wenn die Union bereit ist, flexibel zu sein.

Vierte Bemerkung. In den einzelnen Ressorts ist es ein Plus und ein Minus. Es ist Licht und Schatten. Es ist nirgendwo alles schlecht. Es ist leider auch nirgendwo alles gut.

Zum Justizministerium. Der bisher dafür Verantwortliche sitzt hier. Der Nachfolger ist nicht da.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU), lachend: Ich vertrete ihn!)

Ich gehe fest davon aus, dass der Ministerpräsident vollkommen Recht hat, wenn er von einer Erfolgsstory Justizvollzugsanstalt Hünfeld spricht. Das sehen wir Liberale ganz genauso. Wir waren es gemeinsam gewesen, die diese Idee entwickelt haben.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Richtig!)

Wir waren zusammen in England. Wir waren zusammen in Frankreich. Wir haben uns das erst einmal woanders angesehen. Kollege Al-Wazir polemisierte eben, man wolle überall der Erste sein, man müsse nur fragen, ob es gut ist. Wir in Hessen waren die Ersten, und es ist gut. Jetzt kommen viele hierher und wollen es. Ich weiß sogar von liberalen Justizministern, die aus anderen Bundesländern hierher kommen und schauen, wie wir das in Hessen machen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das ist auch vernünftig!)

Das ist ein typisches Beispiel dafür, dass die Landesregierung die gemeinsamen Vorhaben aus der Regierungszeit von Roland Koch und Ruth Wagner weiterhin konsequent umsetzt. Dazu kann ich sagen: Vielen herzlichen Dank, à la bonne heure – das ist euer Job als Regierung.

(Beifall bei der FDP)

Jedenfalls wird das gut gemacht. Da gibt es die eine oder andere Hakelei. Wir haben im Fachausschuss diskutiert, ob die Stadt Hünfeld bzw. deren Bürgermeister zu sehr belohnt wird. Das gehört aber nicht in eine Generaldebatte. Grundsätzlich ist das gut, was Geld spart und deutlich macht, dass man für viel weniger Geld ein genauso gutes Angebot leisten kann wie beispielsweise die JVA Weiterstadt. Zu dem Argument „Wir mussten das zweimal aufbauen“: Es war der letzte Bau und auf der anderen Seite die Justizvollzugsanstalt in Hünfeld.

Ja, die technische Ausstattung bei den Gerichten ist jetzt gut. Ich selbst habe in letzter Zeit wieder einige Besuche vorgenommen. Kollegin Beer berichtet das immer wieder von ihren regelmäßigen Besuchen. Es gibt in Hessen eigentlich kein Gericht mehr, das sich über die technische Ausstattung negativ äußert.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Das war eine Schande!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch das ist ein Programm, das im Jahr 2002 – wenn ich richtig informiert bin – begonnen wurde.

(Heike Hofmann (SPD): Stimmt gar nicht!)

Es ist also ein Produkt der gemeinsamen mutigen Regierungszeit von Roland Koch und Ruth Wagner.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich mir aber den Start des neuen Justizministers anschau, so kann man viel über Anfangsrede philosophieren. Manche haben am ersten Tag Glück, und andere haben am ersten Tag Pech. Herr Banzer hatte Pech, als er sich hier an das Mikrofon stellte und davon sprach, dass er jetzt der Chef der dritten Gewalt ist. Aber nach der Reaktion der Landesregierung von Montag und Dienstag bin ich mir gar nicht mehr so sicher, ob das wirklich nur ein Fauxpas gewesen ist, den der Justizminister hier abgelaufen hat.

(Beifall bei der FDP)

Ich bin mir gar nicht mehr so sicher, weil diese Selbstgefälligkeit, mit der die Landesregierung mit dem Urteil des Staatsgerichtshofes umgeht, auch ein bisschen vermuten lässt, als meint sie, Chef des Staatsgerichtshofes zu sein. Das ist sie nicht. Das wissen wir.

(Beifall bei der FDP – Widerspruch des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

Thema Gesellschaftslehre oder Gemeinschaftskunde, dritte Schulklasse.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Danke, ich habe das Wort gesucht. Mein Sohn schreibt heute darüber eine Arbeit. Ich habe darüber heute Morgen noch diskutiert. Ich kam eben nicht mehr darauf. PoWi heißt es. – Es weiß jeder: erste Gewalt, zweite Gewalt, dritte Gewalt. Jedenfalls war das ein Anfängerpech. Ansonsten wünschen wir dem Justizminister und seinem neuen Staatssekretär – – Die sind jetzt beide nicht da. Ich finde es nicht besonders gut. Ich sage das auch immer wie-

der. Ich erwarte, dass in einer Generaldebatte jedes Haus entweder durch den Minister oder den Staatssekretär vertreten ist.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich weiß, dass der Ministerpräsident entschuldigt ist, weil er ein wichtiges Gespräch zu führen hat. Er hat mir das auch gesagt. Aber es geht nicht an, dass die Landesregierung meint, dass es unwichtig ist, wenn der zweite oder dritte Oppositionsredner redet.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das ist doch etwas anderes!)

Ich gehe davon aus, dass Christean Wagner dafür sorgt, dass alle wieder da sind. Das macht man einfach nicht.

(Ministerin Karin Wolff: Es sind fast alle da!)

– Danke. Es sind nicht alle da. Es ist mir vollkommen egal, ob fast alle da sind.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Er hatte sich bemüht. Es reicht halt im Leben nicht aus. – Siehste, es geht ja auch. Es ist schon gemeldet. Herr Staatssekretär, herzlichen Glückwunsch – auch für die Arbeit des Justizministeriums.

Ich komme zum Wirtschaftsministerium. Ich sage das ohne jeglichen zynischen Unterton: Viele Reden, die Herr Rhiel hielt, könnten, müssten, würden von liberalen Wirtschaftspolitikern genauso gehalten werden. Alois Rhiel ist offensichtlich von seiner tiefsten Überzeugung her ein Mensch, der ordnungspolitisch ein reinrassiger Liberaler ist.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Den haben wir in unseren Reihen!)

Das Problem ist nur, er setzt es nicht um. Schauen Sie sich einmal die Hessen Agentur an. Schauen Sie beim Thema Hessen Agentur zum einen an, was dort mit neuen Chefs, mit neuen Dienstwagen, mit neuen Organisationsstrukturen, mit mehr Staat passiert.

(Beifall bei der FDP)

Das ist genau diametral entgegengesetzt zu dem, was Alois Rhiel sagt, dass gerade in diesem Bereich weniger Staat sein sollte.

(Beifall bei der FDP)

Schauen Sie sich das Thema „Bürgschaft ohne Bank“ an. Ich muss darauf schauen, denn ich sage es immer falsch, weil es so etwas von unlogisch ist. Das ist ein klassisches Beispiel für etwas, was überhaupt nichts mit liberaler Ordnungspolitik zu tun hat. Eine liberale Ordnungspolitik heißt, dass jemand zunächst zu seiner Bank oder zu seiner Sparkasse geht, dort den Finanzierungsplan diskutiert und dann erst zum Staat geht, wenn er eine Bürgschaft haben will. Nur so wird ein Schuh daraus. Dass aber jetzt auf einmal der Staat durch die Hessen Agentur oder die Unterfirmen und Firmierungen zum Gewährer des Darlehens wird, indem er zunächst die Bürgschaft teilt, indem er auswählt, wer denn kreditwürdig ist und wer nicht – das hat nichts mit einem liberalen Staatsverständnis zu tun. Das ist schlicht und ergreifend Staatswirtschaft, und zwar im klassischen aller Sinne.

(Beifall bei der FDP – Zuruf von der CDU: Das ist es eben nicht!)

– Nein, das ist Staatswirtschaft. Staatsförderung ist das andere. Ich erkläre es Ihnen gerne nachher, wenn wir das bei Wasser, Wein oder Bier machen.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Punkt. Diese innerstädtische Verpflichtung der Eigentümer – INGE, oder wie die hübsche Dame heißt – hat überhaupt nichts mit einer freien Entfaltung von Eigentümern zu tun. Das ist Staatswirtschaft.

(Beifall bei der FDP)

Ich kann Herrn Boddenberg verstehen, dass er dieses Thema so hochzieht, weil das damit zu tun hat, dass man sich selbst politisch positioniert, sich persönlich bekannt macht. Das auf Kosten der Freiheit von Eigentum zu machen, halte ich ordnungspolitisch für falsch.

(Beifall bei der FDP)

Das gehört in die Abteilung, wo Sie merken, dass wir erhebliche Bedenken haben, dass diese Wirtschaftspolitik gut ist, dass sie liberal ist. Auf der anderen Seite sage ich hier ausdrücklich

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP) ruft zu Abgeordneten der CDU.)

– Frau Kollegin Wagner bitte –,

(Lachen des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

die Entwicklung im Zusammenhang mit den Sparkassen befürworten wir Liberale. Das, was der Ministerpräsident vorhin vorgetragen hat, unterstützen wir sogar zu 100 %.

(Beifall bei der FDP)

Lieber Kollege Walter, liebe Sozialdemokraten, die jetzt landesweit eine Kampagne machen und alle Kreistage damit beschäftigen, mit Verlaub, das Wissen über die Zusammenhänge des Sparkassenwesens überfordert in aller Regel die Gewohnheiten jedenfalls eines gemeinen Kreistagsabgeordneten.

Es kann doch nicht wahr sein, dass die Sozialdemokraten, wissend, um was es geht, die Sparkassen unseres Landes an die Wand fahren lassen wollen. Merkt die Sozialdemokratie in Hessen denn überhaupt nicht, was in Brüssel passiert?

(Beifall bei der FDP)

Ist den Sozialdemokraten vollkommen unbekannt, was die Kommission der Europäischen Union für diese Legislaturperiode zu tun beschlossen hat? Immerhin ist ein führender Sozialdemokrat, Günter Verheugen, stellvertretender Kommissionspräsident. Richten Sie ihm bitte schöne Grüße aus. Er war früher einmal ein führender Liberaler. Wissen Sie denn nicht, dass auf alle Fälle umgesetzt werden muss, dass die Eigentumsanteile an den Sparkassen gehandelt werden können?

(Beifall bei der FDP)

Mit Verlaub, diese Diskussion ist gaga. Irgendjemand meint, man brauche keine Diskussion darüber zu führen, ob die Sparkassen Stammkapital benötigen. Wir müssen einführen, dass die Sparkassen Stammkapital haben. Die Europäische Union zwingt uns dazu,

(Beifall bei der FDP)

und zwar unabhängig davon, ob wir das für richtig oder falsch halten. Wir Liberale halten es für richtig, das zu tun.

Das Eigentumsrecht an den Sparkassen muss doch handelbar sein. Wir gehen sogar noch einen Schritt weiter, als es, so glaube ich, die Mehrheit in diesem Raum tut. Wir fragen: Warum begrenzen wir das mittel- und langfristig auf diese eine Säule? Warum soll es nicht möglich sein, das auch über diese Säule hinaus zu machen?

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Posch hat das während seiner Zeit als Wirtschaftsminister, aber auch in der Zeit danach, immer wieder deutlich gemacht. Man sollte einmal einen Blick über die Landesgrenzen wagen. Ich meine damit nicht die Grenze unseres schönen Bundeslandes, sondern die Grenze der Bundesrepublik Deutschland. Man kann sich z. B. anschauen, wie das in Österreich oder in Italien ist.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da gibt es keine Liberalen!)

Ein Blick nach Italien verdeutlicht, dass man das Sparkassensystem auch so reformieren kann, dass es nicht nur überlebensfähig ist, vielmehr die Sparkassen auf dem globalen Markt dann sogar noch angreifen.

(Beifall bei der FDP)

Was läuft denn gerade auf dem Sparkassenmarkt ab? Eine italienische Sparkasse hat jetzt eine große Bank in München gekauft. Es ist eine italienische Sparkasse, die, wenn ich richtig informiert bin, allein in Frankfurt und im Rhein-Main-Gebiet über zehn Filialen eröffnen will. Wir müssen doch unseren Sparkassen die Möglichkeit eröffnen, sich auf diesem globalen Markt zu wehren. Deshalb muss Stammkapital gebildet werden.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb brauchen wir auch die Möglichkeit, dass sich Gesellschafter zusammensetzen und verbünden können. Dabei muss es sich nicht immer um eine Übernahme im klassischen Sinne handeln.

Ich kann die Aufregung nicht verstehen. Ich weiß nicht, woran es liegt. Handelt es sich dabei um fehlenden Sachverstand? Oder ist es einfach nur eine platte populistische Nummer? Das wird jedenfalls in kurzer Zeit entlarvt sein. Die Sparkassen müssen handlungsfähig werden. Deshalb muss das Sparkassengesetz geändert werden.

(Beifall bei der FDP – Jürgen Walter (SPD): Herr Kollege, im Hessischen Städtetag und im Hessischen Landkreistag sitzen auch Schwarze mit drinnen!)

Ich komme zur nächsten Bemerkung. Das betrifft den Weiterbau der A 49. Hierzu hatte Herr Kollege Al-Wazir eben einen großen Auftritt. Ich will denjenigen, die nicht im Raum waren, das mit einem Bild verdeutlichen. Er hat sich bei jedem Kammmolch bedankt und ihm gesagt, er habe dem Land Hessen 10.000 € erspart.

Das ist scheinbar richtig. Herr Kollege Al-Wazir hat dabei aber vergessen, zu sagen, dass das zulasten einer Vielzahl der Bürger aus Stadtallendorf geht.

(Beifall bei der FDP)

Ich wiederhole es: Das geht zulasten einer Vielzahl der Bürger von Stadtallendorf. Denn da soll jetzt nicht mehr, wie es ursprünglich geplant war, durch diesen Wald gebaut werden. Ich glaube, es handelt sich dabei um eine Autobahn, nämlich die A --

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die A 49!)

– Es ist die A 49, Entschuldigung. Ich hatte Stadtallendorf genannt. Deshalb wusste jeder, worum es geht. Ich bin Jurist. Mit den Zahlen habe ich es nicht so, gell, Jürgen.

(Lachen des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Ich rede von der A 49 und von Stadtallendorf. Die Trassenführung wurde nun verlegt, weil sich in dem ursprünglich vorgesehenen Gebiet Kammolche befinden, oder eben auch nicht. Das ist mir relativ egal.

Ja, der Bau wird dadurch billiger. Aber eines müssen Sie schon dazu sagen: Genauso wahr ist auch, dass die Trasse jetzt 300 m von einer Ortsrandlage von Stadtallendorf entfernt gebaut wird. Es handelt sich dabei um ein Wohngebiet. Wir Liberale hätten es lieber gesehen, dass dort 50 Millionen € mehr ausgegeben worden wären. Denn dann hätte man etwas für die Menschen in diesem Landkreis getan.

(Beifall bei der FDP)

Jetzt wird etwas für die Tiere getan. Diese Form der Abwägung ist uns fremd.

Gestatten Sie mir noch eine letzte Bemerkung zum Thema Wirtschaft. Das betrifft den Ausbau des Flughafens. Ich will das hier sehr offen und ehrlich sagen. Ich beziehe mich jetzt auf alle Beteiligten, die den Flughafen ausbau wollen. Die Mitglieder der GRÜNEN wollen ihn nicht. Alle Beteiligten müssen sich anstrengen, damit das klappt.

(Jürgen Walter (SPD): Ja! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege, wir strengen uns auch an!)

Alle Beteiligten haben da noch riesengroße Aufgaben vor sich. Ich sage das überhaupt nicht zynisch. Ich meine das relativ ernst. Ich will mich nicht darüber aufregen. Denn für dieses Verfahren hat die Frage, ob das Planungsrecht geändert werden muss, nur noch akademischen Charakter. Ja, das Planungsrecht muss geändert werden. Aber das betrifft dann nicht mehr dieses Verfahren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Die Arbeit, die Herr Kollege Posch im Auftrag von Roland Koch und anderen leistet, ist wichtig und gut für unser Land.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie meinen die Kotau-Kommission!)

Leider wird das aber nicht mehr für dieses Verfahren gelten.

Die Anhörung hat einige Probleme aufgezeigt. Dort wurde das vorgetragen. Das muss abgearbeitet werden. Da besteht einiger Nachholbedarf, sowohl bei dem Unternehmen als auch bei den Behörden, die die Anhörung durchgeführt haben und die das dann genehmigen werden.

Aber auch da gilt das, was der Herr Ministerpräsident gesagt hat: Bisher wurde eine einzige Entscheidung bei über 150 Verfahren verloren. – Ich habe mir das einmal auflisten lassen. Das Problem, das sich durch das verlorene Verfahren ergab, konnte innerhalb von 24 Stunden gelöst werden, weil man schon wusste, dass dies geschehen wird. Ansonsten hat bisher jeder, der sich mit relativ dicken Backen hingestellt und behauptet hat, man werde das und das stoppen, immer den Kürzeren gezogen. Ich meine damit insbesondere meine Anwaltkollegen.

(Beifall bei der FDP)

Ich freue mich ja, dass der Ausbau des Rhein-Main-Flughafens eine Art soziales Hilfswerk für das Wohlergehen der Anwaltsbüros ist.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege, das schafft Arbeitsplätze!)

Fraport hat, ich glaube, schon jetzt 30 Millionen € nur für diese Sachen ausgegeben. Sie haben die richtige Zahl gehört. Das zeigt, dass unser Planungsrecht auch arg teuer ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Letztlich zahlen das die Kunden, und nicht derjenige, der ausbaut.

Ich komme zu Wissenschaft und Kunst. Sie merken, ich habe mir bewusst zwei Ministerien ausgesucht, von denen wir Liberale besonders viel Ahnung haben. Beim Ministerium für Wissenschaft und Kunst ist in den letzten Jahren nicht alles so gut gelaufen. Aber es ist auch nicht alles schlecht gelaufen. Über den Ankauf des Schlosses in Erbach haben wir lange diskutiert. Darauf haben wir gestritten. Es gab keine ruhigere Minute in diesem Haus als die, als sich Roland Koch und Jörg-Uwe Hahn strittig über dieses Thema hier unterhalten haben.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt überschätzen Sie sich aber!)

Es war jedenfalls nicht sinnvoll, 12 oder 13 Millionen € für Hirschgewehe und andere Kunstgegenstände auszugeben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Das eine oder andere hätten auch wir ankaufen wollen. Ruth Wagner hat auch Vorstellungen unterbreitet, wie man das hätte finanzieren können. Aber an Hirschgeweinen muss man halt einfach Spaß haben. Man muss dann aber auch das Geld dafür haben, diesen „Spaß“ zu finanzieren. Ich jedenfalls habe beides nicht. Manche aus meiner Fraktion haben zwar Spaß an Geweinen, aber auch die haben das Geld nicht. Deshalb ist das nicht gut gewesen.

Die Privatisierung der mittelhessischen Klinika wird hoffentlich für das Land Hessen eine Erfolgsgeschichte werden. Das wird es werden, wenn es denn weiter so läuft. Lieber Herr Corts,

(Nicola Beer (FDP): Er ist nicht da!)

lieber Herr Staatssekretär Leonhard --

(Nicola Beer (FDP): Er ist auch nicht da!)

– Ich bitte, nach außen zu grüßen.

(Gerhard Bökel (SPD): Die hören das auch draußen!)

Jeder füllt seine Rolle so aus, wie er es will. Ich habe gesagt, dass es gut ist, dass der Herr Ministerpräsident gesagt hat, dass er einmal herausgehen müsse. Aber ich glaube schon, dass eine führende Persönlichkeit jedes Hauses hier sein sollte.

Wenn es wirklich so ist, wie wir gehört haben – in den letzten Tagen wurde das noch einmal abgeglichen –, dann haben Sie, Gott sei Dank, das aufgenommen, was wir an Bedenken ab Sommer dieses Jahres geäußert haben. Wir haben das mithilfe von Anträgen und durch Wortbeiträge und in Gesprächen mit Ihnen immer wieder problematisiert.

Wir haben uns in unserer Fraktion schon fast witzig gefragt, warum sich Nicola Beer eigentlich so sehr um dieses Thema kümmert. Ich habe nicht nur einmal gefragt: Regieren wir eigentlich mit? – Sie hatte die Hoffnung, dass wir durch unsere guten Ideen und mithilfe ihres Engagements aus einer zunächst nicht gut angelegten Sache eine gute machen könnten. Nach dem, was ich so höre, und nach dem, was ich gestern aus dem Wissenschaftsrat gehört habe, wird die Sache auch gut. Meine sehr geehrten Damen und Herren, man merkt aber, dass Sie zur Bewältigung dieses Themas die Mitarbeit der FDP benötigen.

(Beifall bei der FDP)

Denn ohne die Mithilfe der FDP hätte das wahrlich nicht erfolgreich abgeschlossen werden können.

Dass der Ministerpräsident vorhin so stolz auf das TUD-Gesetz verwiesen hat, freut nicht nur mich, sondern alle in diesem Haus. Denn, wenn ich mich recht erinnere, wurde der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

Auch da galt dasselbe, was beim Gesetz zum Studentenwerk galt. Die FDP-Fraktion hat dazu eine Reihe Änderungsanträge gestellt. Wir haben Nicola Beer deswegen immer gefragt: Lebst du noch oder schon wieder in einer Regierungszeit? – Denn wir haben uns mit den einzelnen Spiegelstrichen auseinander gesetzt. Das ist der Oppositionsarbeit eigentlich fremd. Aber wir zeigen damit auch, dass das geht. Nicola Beer zeigt das damit auch als Person. Man kann aus einem guten Gesetzentwurf einen noch besseren machen. Das erfolgte beim TUD-Gesetz. Man kann aus der Privatisierung des Klinikums, die schlecht angelegt ist, noch eine Erfolgsstory machen, und zwar dadurch, dass man als Opposition mitarbeitet. Das machen wir.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Für das Studentenwerksgesetz gilt das Gleiche.

Beim Hochschulpakt sind wir gescheitert. Auch beim Hochschulpakt haben wir das versucht. Wir haben das mit einem Mittel versucht, das man sicherlich nur ein einziges Mal anwenden kann. Ich will da Nicola Beer schützen und sagen, dass das nicht ihre Idee war. Vielmehr war das die Idee des Fraktionsvorsitzenden. Es war die Idee, die Präsidenten der Universitäten und Fachhochschulen aufzufordern, zu protestieren. Wir haben sie aufgefordert, einen richtigen staatsbürgerlichen Protest zu erheben.

Das hat geklappt. Es hat letztlich insofern geklappt, als der Fehler beseitigt wurde, der damals auf der Tagesordnung stand. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, das, was Sie jetzt vereinbart haben, entspricht nicht dem Hochschulpakt, wie wir ihn im Jahre 2002 gemeinsam angelegt haben.

(Beifall bei der FDP)

Jetzt bin ich bereit, das Thema zu diskutieren: Wenn ihr mit dabei gewesen wärt, wäre es bedeutend anders ausgegangen, ja oder nein? – Diese Frage will ich sehr präzise diskutieren. Denn bei diesem Thema kann man das diskutieren. Dazu sage ich: Wir hätten auf alle Fälle auf etwas bestanden, nämlich darauf, dass die Zahl der Studierenden in die Finanzplanung mit aufgenommen wird. Das hätten wir auf alle Fälle durchgesetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ich glaube, wir Liberale sind da selbstkritisch genug. Gernade wir hessischen Liberalen sind sehr selbstkritisch. Wir sind aber auch sehr selbstbewusst. Ich denke, dass wir das durchgesetzt hätten.

Ich möchte auf den letzten Punkt in diesem Bereich zu sprechen kommen. Er betrifft das Museumskonzept für Kassel. Ich war begeistert. Ich war gerade an diesem Morgen in einem Hotel in Kassel. Ich habe die „Hessische Niedersächsische Allgemeine“ aufgeschlagen und las über das Modell, das Herr Corts vorgeschlagen hat. Das war in dem Sommer vor eineinhalb Jahren. Dort konnte man lesen, wie er die Museumslandschaft in Kassel neu gliedern will.

Ich fand das Konzept auf den ersten Blick überzeugend. Ich fand das spannend. Ich habe mich nur damals gefragt: Wie will er das mit 200 Millionen € erreichen? – Das habe ich mich gefragt. Das haben wir uns dann auch gemeinsam mit Mitstreitern gefragt, die dort vor Ort sind.

Jetzt konnten wir lesen, dass das teurer werden wird. Herr Corts, wir sind gespannt. Ich will nicht sagen, wir gehen vorurteilsfrei heran, weil das schon viel zu defensiv wäre. Wir wünschen uns, dass es eine Neustrukturierung in Kassel gibt. Wir sind dabei. Aber wir möchten gern wissen, wie es funktioniert, und insbesondere, wie es finanziert wird.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich könnte jetzt zu jedem anderen Punkt genauso ausführlich Stellung nehmen. Ich will das aber nicht tun, da das meine Kollegen in den Einzelplanberatungen noch tun werden, auch der Kollege Hahn nachher als innenpolitischer Sprecher. Ich will deshalb für meine Fraktion abschließend Folgendes hinzufügen:

Die Nervosität bei einigen politischen Mitbewerbern in diesem Land ist offensichtlich größer geworden. Die Sozialdemokraten haben jetzt das Problem, dass sie mit den Christdemokraten in Berlin regieren. Das ist das übergeordnete Problem, damit kann man bisher nicht umgehen. Das wird man lernen oder auch nicht.

(Jürgen Walter (SPD): Wenn wir erfolgreich sind, habt ihr ein Problem!)

Dann haben sie ein hessisches Problem, weil keiner so richtig weiß, wer der Spitzenkandidat oder die Spitzenkandidatin sein wird, also ein personelles Problem.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Das ist aber nicht Ihr Problem!)

Ich will das überhaupt nicht karikieren. Ich stelle es fest, weil auch Sie beide es feststellen. Ich habe gelesen, dass Jürgen Walter sagt, er könne sich vorstellen, wenn man Fraktionsvorsitzender im Landtag ist, dass man auch Ministerpräsidentenkandidat ist – übrigens eine logische Schlussfolgerung, das sehe ich genauso. Das ist vielleicht beim Kollegen Al-Wazir und bei mir ein bisschen schwer, weil wir meistens – noch jedenfalls – die kleineren Partner werden würden.

(Jürgen Walter (SPD): Aber Frau Wagner war vorhin schon ziemlich ambitioniert!)

– Das könnte ich mir vorstellen. Ruth Wagner hat es fast gepackt. Vielen Dank für diesen Zwischenruf, Herr Walter.

Ich kann mir genauso vorstellen, dass die Landesvorsitzende sagt: Aber hallo, ich bin die Parteichefin, und mir

steht das zu. – Sie haben das Problem jedenfalls nicht gelöst, und das behindert Sie jetzt bei der politischen Arbeit.

(Gerhard Bökel (SPD): Nein, das gestaltet, so viele Persönlichkeiten!)

Die GRÜNEN in Hessen haben auch verloren, zwar weniger als der Bundestrend, aber auch verloren. Die Galionsfigur aus Hessen ist weg.

(Gerhard Bökel (SPD): Wer ist das, Tarek?)

– Das war einer mit dem Turnschuh, der aber auch schon einmal Steine in der Hand hatte, als er noch Turnschuhe anhatte, aber der sich dann gebessert hat. Resozialisierung im Auswärtigen Amt hat auch bis auf einen Fall ganz gut geholfen.

(Gernot Grumbach (SPD): Nicht jeder braucht dafür einen Versicherungskonzern!)

Die Christdemokraten sind sich relativ sicher, dass sie die absolute Mehrheit, die sie im Jahr 2003 erzielt haben, nicht mehr erzielen werden.

(Michael Boddenberg (CDU): Wie bitte?)

– Ansonsten kann man nicht erklären, wie man sich so verhält. Ich bin dankbar für den Zwischenruf. Aber ich sage es hier genau: Herr Boddenberg und ich haben den Zwischenruf nicht abgesprochen.

(Minister Karlheinz Weimar: Wir wissen nur nicht, ob wir noch weiter wachsen!)

Im „Focus“ lese ich ein Zitat des Kollegen Rhein. Er ist immerhin ein sehr wichtiger Abgeordneter, ich glaube, er ist Ausschussvorsitzender

(Nicola Beer (FDP): Gewesen!)

gewesen und jetzt Fachsprecher. Ich weiß das schon, ich wollte das nur entwickeln. Man ist erst Ausschussvorsitzender, dann Fachsprecher. Normalerweise ist es andersherum, aber das ist auch egal. Jedenfalls der Kollege Rhein, der auch Dezernent in Frankfurt werden will, wird im „Focus“ der letzten Woche wie folgt zitiert: „Die gebärden sich sehr eigenartig.“

(Michael Boddenberg (CDU): Wen meint er?)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Boddenberg, das war wieder nicht abgesprochen. Sie haben jetzt zwei gut bei mir. – Damit meint er die hessische FDP.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ausnahmsweise hat er Recht!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann Sie beruhigen: Wir gebärden uns nicht eigenartig. Ich glaube, ich habe es eben nachgewiesen, und wir werden es auch heute weiter nachweisen. Wir gebärden uns so, wie sich ein verantwortlicher Politiker in einem Bundesland zu gebärden hat, nämlich konstruktiv in der Mitarbeit,

(Beifall bei der FDP)

kritisch gegenüber allem anderen, was kommt, aber nicht abwehrend.

(Norbert Schmitt (SPD): Herr Dr. Lennert stimmt ausdrücklich zu!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Union, ich glaube, es ist ein Wechselspiel der Röhren, ob man kann oder nicht kann. Ich darf Ihnen jedenfalls versichern, wir bereiten uns jetzt intensiv darauf vor,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei der Bewerbungsrede werden Sie nicht mitregieren!)

dass wir bei der Landtagswahl die Episode absolute CDU-Landesregierung beenden. Wir bereiten uns intensiv darauf vor, dass Hessen dann wieder mutig, kreativ und sparsam, und zwar mit der FDP, regiert wird. – Vielen herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der FDP – Gerhard Bökel (SPD): Aber mit wem?)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Hahn. – Das Wort hat der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Kollege Dr. Christean Wagner.

Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Haushalt 2006 ist ein Haushalt der Verantwortung und Kontinuität,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 1,6 Milliarden € neue Schulden! – Norbert Schmitt (SPD): Kontinuierliches Versagen, das stimmt!)

weil die Regierung Roland Koch Hessen in den vergangenen sechseinhalb Jahren weit nach vorn geführt hat.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 10,5 Milliarden € Schulden!)

In den Politikfeldern Bildung, Familie, innere Sicherheit, Infrastruktur und der Stärkung des ländlichen Raums ist Außergewöhnliches geleistet worden.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schulden, Schulden, Schulden! – Gerhard Bökel (SPD): Justiz haben Sie vergessen!)

Zukunftsweisende Projekte wurden auf den Weg gebracht und werden jetzt stetig weiterentwickelt.

(Norbert Schmitt (SPD): Ihnen hören mehr Sozialdemokraten zu als aus der eigenen Truppe!)

Meine Damen und Herren, ein Haushalt der Verantwortung heißt, die Interessen der künftigen Generationen im Auge zu behalten, Politik so zu gestalten, dass unsere Kinder auf den Fundamenten, die wir bauen, leben können.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit 1,6 Milliarden € neuen Schulden!)

– Ich finde es immer bemerkenswert, wenn bei solchen Passagen insbesondere Rot-Grün von Schulden spricht.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die machen Sie!)

Meine Damen und Herren, nach ihrer siebenjährigen Regierungszeit in Berlin haben Sie es verwirkt, sich heute überhaupt über Schulden zu unterhalten, weil Sie grenzenlos Schulden gemacht haben, deren Auswirkungen wir heute auf Landesebene zu spüren haben.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Falsch, den Schuldenrekord hält immer noch Wai-gel!)

Verantwortung war und ist der Leitgedanke für die „Operation sichere Zukunft“. In ihrer Kontinuität steht auch der vorliegende Haushaltsentwurf. Die Opposition hat die „Operation sichere Zukunft“ gern und oft als „blindwütiges Sparen“ diffamiert.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Müssen Sie das ablesen?)

Angesichts der katastrophalen Entwicklung unserer Steuereinnahmen müssen Sie sich aber die Frage stellen lassen: Wo wären wir heute ohne das mutige Vorgehen von Ministerpräsident Roland Koch und Finanzminister Karlheinz Weimar?

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Sie müssen den Justizminister noch loben!)

Hessen hat unter allen Bundesländern die viertniedrigste Pro-Kopf-Verschuldung. Ohne die „Operation sichere Zukunft“ müssten wir Jahr für Jahr 600 Millionen € mehr Kredite aufnehmen und hätten heute eine um 2,2 Milliarden € höhere Gesamtverschuldung. Meine Damen und Herren von der Opposition, es passt nicht zusammen, auf der einen Seite Einsparungen zu beklagen und auf der anderen Seite die hohe Staatsverschuldung zu kritisieren,

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Natürlich, Sie setzen die falschen Prioritäten!)

wie es die SPD und die GRÜNEN immer wieder vorführen. Auch das ist nach meinem Empfinden eine Frage der Glaubwürdigkeit von Politik.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da sind Sie ganz stark!)

In diesem Zusammenhang ist es schon der Erwähnung wert, dass die SPD vorgestern beim Staatsgerichtshof mit ihrem Antrag gescheitert ist – es ist bereits angesprochen worden –, den Nachtrag 2002 für verfassungswidrig erklären zu lassen. Ich will hinzufügen: Es war im Übrigen töricht, zum Staatsgerichtshof zu laufen, nachdem Ihre rot-grüne Bundesregierung durch eine katastrophale Finanz- und Haushaltspolitik die Ursachen für das Wegbrechen der Einnahmen der Länder selbst gesetzt hat.

(Beifall bei der CDU)

Mindestens ebenso bemerkenswert ist allerdings, wie die SPD-Landtagsfraktion mit dem Urteil des Staatsgerichtshofs umgeht. Ich zitiere aus der Presseerklärung der SPD-Fraktion vorgestern. Sie sagt wörtlich:

Die Mehrheit des Staatsgerichtshofs ermöglicht Hand in Hand mit der CDU-Landesregierung eine uferlose Neuverschuldung zulasten künftiger Generationen in Hessen.

(Zurufe von der CDU: Unglaublich! – Norbert Schmitt (SPD): Was haben Sie zum Wahlprüfungsgericht alles gesagt?)

In der Presseerklärung heißt es weiter:

Angesichts der Zusammensetzung des Staatsgerichtshofs bezeichnete der SPD-Fraktionsvorsitzende Jürgen Walter das Urteil zur Prüfung der Verfassungswidrigkeit des Nachtragshaushalts 2002 als nicht überraschend.

Meine Damen und Herren, ich kommentiere nicht diese polemische Richterschelte.

(Zuruf von der CDU: Unappetitlich!)

Sie stehen für Ihren eigenen Stil, und Sie müssen mit Ihrem eigenen Stil auch leben. Ich halte es aber für unerträglich, Herr Fraktionsvorsitzender Walter, dass Sie den Eindruck erwecken, der Staatsgerichtshof habe in seiner Mehrheit nach politischen Präferenzen gehandelt.

(Zuruf von der CDU: Unerhört!)

Die Mitglieder des Staatsgerichtshofs haben einen Eid auf die Unabhängigkeit ihrer richterlichen Tätigkeit geleistet. Der SPD-Fraktionsvorsitzende unterstellt Mitgliedern des Staatsgerichtshofs parteiisches Handeln. Ich sage, er erschüttert das Ansehen des höchsten hessischen Gerichts

(Beifall bei der CDU)

und beschädigt damit das Vertrauen der Öffentlichkeit und der Bürger in unseren Rechtsstaat. Ein angesehener Kommentator einer großen hessischen Tageszeitung schreibt gestern, dass der Oppositionsführer sich für diesen Vorwurf noch wird entschuldigen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, das ist der Grund, warum wir mit unserem Entschließungsantrag feststellen lassen wollen, dass die Richterinnen und Richter des höchsten hessischen Gerichts ihre verfassungsrechtliche Pflicht, unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen zu sein, in verantwortungsvoller Art und Weise erfüllen. Diese Erklärung erwarte ich auch von Ihnen, Herr Walter, damit endlich diese Diffamierung des höchsten hessischen Gerichts durch Sie aus der Welt geschafft wird.

(Beifall bei der CDU – Jürgen Walter (SPD): Ich habe doch deutlich gemacht, was ich damit meinte!)

Meine Damen und Herren, mit der Haushaltspolitik der vergangenen Jahre haben wir entschieden umgesteuert.

(Norbert Schmitt (SPD): Das kann man wohl sagen!)

So unangenehm dies auch sein mag: Viele staatliche Aufgaben mussten und müssen immer wieder auf den Prüfstand. Das ist eine dauerhafte Aufgabe des Parlaments und der Regierung. Wir müssen uns immer wieder der Aufgabenkritik stellen – eine Aufgabe, die allen vier Fraktionen im Landtag gestellt ist. Der Staat muss nicht alles selbst machen; das ist unsere feste Überzeugung. Er muss auch nicht das alles selbst machen, was er in den letzten Jahrzehnten getan hat. Auch hier ist immer wieder eine kritische Überprüfung notwendig.

Ich nenne nur als aktuelles Beispiel die heute Vormittag bereits mehrfach angesprochene teilprivatisierte Justizvollzugsanstalt Hünfeld. Da werden wir Jahr für Jahr 15 % der Kosten einsparen; das sind rund 660.000 €. Der Hessische Ministerpräsident hat bereits darauf hingewiesen, dass auch bei der Errichtung der Haftanstalt mindestens 7 Millionen € eingespart worden sind. Ich finde das ein mustergültiges Ergebnis von kritischem Arbeiten der Landesregierung im Hinblick auf das, was privatisiert werden kann und was beim Staat bleiben muss.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Für das Geld haben Sie dann einen Parkplatz gekauft!)

Meine Damen und Herren, wir haben nicht nur an diesem Beispiel gezeigt, was politische Kreativität bedeuten kann und welche Potenziale freigesetzt werden, wenn man den Mut hat, ausgetretene Pfade zu verlassen. Dieser Haushalt ist mit seinen Investitionen in Bildung, Familie und innere Sicherheit, mit seinem weiteren Ausbau im Hinblick auf die Infrastruktur unseres Landes und der Förde-

nung des ländlichen Raums erneut ein Haushalt der gehaltenen Versprechen. Auch das steht in der Kontinuität der Regierung Koch. Die Hessische Landesregierung hat seit 1999 durch das Setzen realistischer Ziele wieder ein Gefühl dafür erzeugt, was Politik leisten kann.

Meine Damen und Herren, Vertrauen ist der Kern demokratischer Legitimität. Wir riskieren den dauerhaften Verlust von Legitimität politischer Entscheidungsprozesse, wenn es uns nicht gelingt, erschüttertes Vertrauen durch verlässliche und ehrliche Politik wieder zu erlangen.

Dass sich dies auszahlt, ist in Hessen zu besichtigen. Im vergangenen Landtagswahlkampf 2003 haben wir den Wählern die Bilanz der Regierung Koch nach vier Jahren Amtszeit präsentiert. Gemeinsam mit den Kollegen der FDP hatten wir 1999 ein mutiges Regierungsprogramm vorgelegt,

(Beifall des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

das in vier Jahren nachweislich Punkt für Punkt nahezu vollständig abgearbeitet werden konnte. Das geschaffene Vertrauen hat beiden damaligen Regierungsparteien ein glänzendes Wahlergebnis eingebracht.

Meine Damen und Herren, seit zweieinhalb Jahren ist die Union als alleinige Regierungspartei in der Verantwortung. Wir arbeiten weiter daran, durch realistische Ziele das Vertrauen in die politische Gestaltung dieses Landes zu stärken. Der Haushalt für das Jahr 2006 belegt dies wieder eindrucksvoll. Lassen Sie mich dies an wenigen Beispielen illustrieren.

Beispiel Schulpolitik: Ich habe von der Verantwortung für die künftigen Generationen gesprochen. Dabei ist es mir besonders wichtig, zu betonen, dass unser Hauptaugenmerk der Förderung von Kindern und Familien gilt. Hessen ist in den vergangenen Jahren gut vorangekommen auf dem Weg, Bildungsland und Familienland zu werden. Unter der Verantwortung von Karin Wolff erhalten unsere Kinder wieder die Ausbildung, die sie auf die Herausforderungen der Zukunft in einer globalisierten Welt vorbereitet.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Wir hatten doch einmal einen Kultusminister Wagner!)

Das will ich besonders unterstreichen: Die Bildungsfrage ist in hohen Maße eine soziale Frage. Hier geht es um individuelle Zukunftschancen. Die Bildungsexperimente rot-grüner Regierungen in Hessen und anderenorts waren, wie wir heute alle wissen, mit Wettbewerbsnachteilen für die Kinder verbunden. Insbesondere die Diffamierung des Leistungsprinzips in Schule und Universität und die Verketzerung der so genannten Sekundärtugenden haben das Bildungsniveau substanzuell geschwächt.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Welche Sekundärtugenden haben Sie denn? Benehmen gehört nicht dazu!)

Unser Ziel ist es, jedes Kind, jeden Schüler entsprechend seinen Fähigkeiten optimal zu fördern und zu fordern. Kein Kind darf zurückgelassen werden. Optimal fördern und fordern heißt, die weitere Verbesserung der Unterrichtsqualität steht im Zentrum unserer Politik. Eine gute Unterrichtsqualität ist am besten mit einem System der Schulvielfalt bei einer Vielzahl von Schulformen zu erreichen.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Was heißt das denn für die 10 % Schulabgänger ohne Abschluss?)

Meine Damen und Herren, das ist inzwischen Allgemeingut geworden – nach den heftigen Bildungskämpfen der Siebzigerjahre, insbesondere auch in Hessen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Herr Schmitt ist Gesamtschulkind! – Gegenruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD): Nicht einmal das stimmt!)

Nun lese ich in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ am 8. Dezember Folgendes:

Nachdem führende Sozialdemokraten das Wort „Gesamtschule“ nach leidvollen Erfahrungen in verlorenen Wahlkämpfen lange Zeit aus ihrem Sprachschatz verbannt hatten, entdeckt die Landtags-SPD ihre Liebe zur „Einheitsschule“ ... plötzlich wieder ... Auf lange Sicht

– so die SPD –

strebe ihre Partei das Ende des dreigliedrigen Schulsystems an, ...

Dann heißt es:

Schluss also mit irreführenden Wortschöpfungen, zumal sich mit der Forderung nach der flächendeckenden Gesamtschule, so glaubt Habermann, in Hessen wieder Wahlkämpfe gewinnen lassen.

Diese gesamte Pressemeldung wird durch den Redakteur mit dem Hauptsatz eingeleitet: „Vorwärts in die Siebzigerjahre“.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da treffen wir Sie dann! – Norbert Schmitt (SPD): Das sagt der Richtige!)

Meine Damen und Herren, ich frage Sie: Haben Sie denn nichts gelernt aus der Bildungsdebatte der letzten Jahrzehnte?

(Beifall bei der CDU)

Haben Sie nicht gelernt, dass wir schwächere Schüler in einem gegliederten Schulsystem genauso fördern und fordern müssen, wie ich vorhin sagte, wie besonders begabte Schüler?

(Norbert Schmitt (SPD): Wo ist das bei Ihren 10 % Schulabgängern ohne Abschluss?)

„Zurück in die Siebzigerjahre“, das ist offenbar das Motto der Schulpolitik dieser SPD in Hessen.

(Beifall bei der CDU – Hans-Jürgen Irmer (CDU): So ist es, nichts gelernt!)

Ich sage das, was ich an früherer Stelle häufig gesagt habe: Eine Zwangseinheitsschule für alle widerspricht der Verschiedenheit der Begabungen und Neigungen der Schüler und ist sozial ungerecht, weil sie gerade lernschwächere Schüler, aber auch besonders begabte Schüler nicht ausreichend fördern kann.

(Andrea Ypsilanti (SPD): So ein Unfug, was Sie da erzählen! Sie haben überhaupt keine Ahnung, PISA nicht gelesen, keine Schlussfolgerungen gezogen!)

Im Übrigen ist die Verbesserung des Bildungsniveaus kein Selbstzweck. Auf einem immer enger werdenden Arbeitsmarkt konkurrieren hessische Schüler mit ihren Al-

tergenossen etwa aus Bayern, Baden-Württemberg oder Sachsen. Die hessische Schulbildung muss daher immer mindestens so gut sein wie in den besten anderen Bundesländern – wenn es geht, noch ein bisschen besser.

(Norbert Schmitt (SPD): Platz 7, Platz 13!)

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen einige unserer Erfolge der letzten sechseinhalb Jahre vortragen. Gute Lehrerbildung: Wir haben die Lehrerbildung reformiert; denn frühzeitige Unterrichtspraxis ist entscheidend für den Erfolg von Lehren und Lernen. Fortbildungen für Lehrer sind verpflichtend. Damit dafür kein Unterricht ausfallen muss, sollen Fortbildungsveranstaltungen im Regelfall nur außerhalb der Unterrichtszeiten stattfinden.

Gute Deutschkenntnisse: Das Verstehen der Unterrichtssprache ist das A und O für den schulischen Erfolg. Die hessische Sprachförderung, insbesondere die Deutsch-Vorlaufkurse, ist bundesweit vorbildhaft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Unterrichtsgarantie: Für jede Unterrichtsstunde nach der Stundentafel stellt das Land ausreichend Lehrerstellen zur Verfügung, und das bei einer gleichzeitigen Erhöhung der Pflichtstundenzahl. Wir haben 100.000 Stunden Unterrichtsausfall zu rot-grüner Zeit beseitigt. Wir haben die Mittel für den Vertretungsunterricht im Vergleich zu rot-grünen Zeiten mehr als vervierfacht. Wir haben über 3.500 neue Lehrerstellen und über 1.600 neue Referendarstellen geschaffen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gleich 1.000 wieder gestrichen!)

Meine Damen und Herren, das muss und wird sich auf die Quantität und die Qualität von Unterricht an hessischen Schulen auswirken.

(Beifall bei der CDU)

Ganztagsangebote: Noch nie gab es so viele Schulen mit Ganztagsangeboten in verschiedenen Formen wie heute. Der Bildungsetat liegt heute insgesamt auf einem Rekordniveau. 1998 hatten wir einen Bildungsetat von etwa 2,3 Milliarden €. Heute haben wir einen Bildungsetat von 2,8 Milliarden €, 500 Millionen € mehr, in D-Mark ausgerechnet eine ganze Milliarde mehr, innerhalb von sechseinhalb Jahren für die Ausbildung und die Zukunft unserer Kinder in Hessen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, mit diesen und anderen Maßnahmen haben wir in der IGLU-Grundschulvergleichsstudie an die Spitzenreiter Bayern und Baden-Württemberg aufgeschlossen. Wir haben uns bei PISA in allen Bereichen verbessert. Insbesondere herrscht heute in Hessen weitaus mehr soziale Bildungsgerechtigkeit als zu rot-grünen Zeiten, da der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Schulerfolg weitaus geringer geworden ist. Wir konnten die Zahl der Hauptschulabgänger ohne Abschluss spürbar verringern – auch hier also mehr soziale Gerechtigkeit.

Meine Damen und Herren, diese großen Erfolge werden wir im nächsten Jahr sichern und konsequent fortsetzen. Um nur ein Beispiel herauszugreifen: Mit der Unterrichtsgarantie plus werden wir ab dem nächsten Jahr auch kurzfristigen Lehrerausfall, etwa durch kurzfristige Krankheit, auffangen und die Selbstständigkeit der Schulen weiter stärken. Die Mittel des Landes für Vertretungs-

unterricht werden sich dann im Vergleich zu Rot-Grün mehr als versechs fach haben.

(Axel Wintermeyer (CDU): Hört, hört!)

Bildungsqualität in Hessen: Zu rot-grünen Zeiten bundesweit verlacht; ich habe das im Landtag selbst mit erlebt. Heute sind wir auf dem Weg an die Spitze. In Hessen gehen begabungs- und leistungsorientiertes Fördern und Fordern sowie soziale Bildungsgerechtigkeit zusammen.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Ihr Weg an die Spitze wird für die meisten in die Sackgasse führen!)

Wir geben der Bildungspolitik weiterhin erste Priorität in unserem landespolitischen Handeln. Sehr verehrte Frau Kultusministerin Karin Wolff, ich möchte mich ausdrücklich bei Ihnen bedanken

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weihrauch!)

für das, was Sie in diesen sechseinhalb Jahren geleistet haben. Es ist eine stille Revolution zum Besseren in unseren Schulen und zum Besten für unsere Kinder im Land Hessen.

(Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann kommt bald der Verdienstorden!)

Auch die Kinderbetreuung will ich hervorheben. Die Förderung der Familien ist dieser Landesregierung ein ganz wichtiges Anliegen. Das zeigt sich wiederum deutlich am Haushaltsplan 2006.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Tankstelle breitet sich aus!)

Mit einer breit angelegten familienpolitischen Offensive beschleunigt die Landesregierung die Weiterentwicklung Hessens zu einem familien- und kinderfreundlichen Land. Im Vordergrund steht dabei das Ziel, Eltern mehr Möglichkeiten zur Vereinbarung von Familie und Beruf zu eröffnen, insbesondere durch den Ausbau von Kinderbetreuung und eine familienfreundliche Gestaltung der Arbeitswelt.

(Norbert Schmitt (SPD): Da sind Sie Experte!)

Hessen ist beim Ausbau des Kinderbetreuungsangebots zügig vorangekommen. Hier sprechen schon die nackten Zahlen eine deutliche Sprache. Mit über 244.000 Plätzen in Kindertageseinrichtungen steht heute ein differenzierteres Angebot für alle Altersgruppen zur Verfügung.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Mein Gott, 1 %!)

Meine Damen und Herren, im Kindergartenbereich ist eine Vollversorgung erreicht. Mehr als die Hälfte der Einrichtungen ist mittlerweile länger als acht Stunden geöffnet. Die Zahl der Plätze in Tageseinrichtungen mit Mittagsversorgung ist in Hessen auch im vergangenen Jahr wiederum deutlich gestiegen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Um 600! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch 34 Jahre!)

Bei der Integration behinderter Kinder liegt Hessen deutlich an der Spitze sämtlicher Bundesländer.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Selbsthypnose!)

Es ist uns gelungen, ein flächendeckendes Angebot bereitzustellen, das wohnortnahe Betreuung in einem Regelkindergarten auch für behinderte Kinder gewährleistet.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Landtagsfraktion hat auf ihrer Klausurtagung eine Erhöhung der Mittel für die familienpolitische Offensive beschlossen. Im Vergleich zu 2005 werden im nächsten Jahr statt 14 Millionen € 23,2 Millionen €, also 9,2 Millionen € mehr, zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Nachdem Sie den Kommunen 55 Millionen € genommen haben! Das ist nicht zu glauben! – Andrea Ypsilanti (SPD): Das ist wohl ein Witz, erst geraubt und dann zurückgegeben!)

Diese Mittel sollen vor allem für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren eingesetzt werden. Mit den Investitionen in diesem Schwerpunktbereich unserer Politik gehen wir unseren eingeschlagenen Weg kontinuierlich weiter.

(Norbert Schmitt (SPD): Sie klauen den Kommunen 55 Millionen €, geben jetzt nicht einmal die Hälfte zurück und wollen sich feiern lassen! Das ist unglaublich!)

Meine Damen und Herren, auch im kommenden Jahr werden wir in den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur investieren. Das Landesstraßenbauprogramm wird um 10 Millionen € auf nunmehr 75 Millionen € aufgestockt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben es ja!)

Selbst dann, wenn die Landesfinanzen günstiger sind, als sie sich heute darstellen, glaube ich nicht, dass sich jemals eine grüne Hand dafür heben wird, dass endlich im Sinne von Mobilität und damit von Lebensqualität von Menschen zusätzliche Straßen gebaut werden. Herr Al-Wazir, Sie werden noch mit 70 gegen Straßenbau kämpfen. In dieser Beziehung werden Sie weiterhin zu den Ewiggestrigen gehören.

(Beifall bei der CDU – Lachen des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ein Unfug!)

– Ich freue mich über Ihren heiteren Beifall.

Meine Damen und Herren, die herausragenden Projekte sind nach wie vor der Flughafenausbau in Frankfurt – auch ein besonderes Lieblingskind der GRÜNEN – und Kassel-Calden.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir werden uns noch durchsetzen!)

Der Flughafen Kassel-Calden ist und bleibt ein Leuchtturmprojekt für Nordhessen und ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für die gesamte Region.

(Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihr müsst Leuchttürme hinstellen, weil keine Flugzeuge kommen werden!)

Die Bedeutung des Flughafenausbau in Frankfurt wird, wie ich bereits sagte, inzwischen nur noch von den GRÜNEN infrage gestellt. Aber auch die grüne Taktik der Nadelstiche und der Verunsicherung der Bevölkerung kann dieses Vorhaben mit seiner ernormen Bedeutung für den

Wirtschaftsstandort Deutschland nicht ernsthaft gefährden. Herr Al-Wazir, das macht uns gelassen, auch im Hinblick auf Ihre Kritik, die nicht zieht, die nicht zukunftsorientiert ist und die an den Menschen und den Arbeitsplätzen unseres Landes völlig vorbeigeht.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schauen wir mal, Herr Kollege!)

Die Landesregierung hat auch hier gezeigt, dass sie mit Augenmaß vorgeht. Die Interessen der Anwohner finden ebenso ihre Berücksichtigung wie die Zukunftsfähigkeit der Rhein-Main-Region. Beides zu verbinden ist Ausdruck verantwortlichen Handels.

Meine Damen und Herren, soweit von den GRÜNEN und der SPD Vorschläge zum Haushalt bekannt geworden sind, offenbart sich darin nur eines: der Mangel eines geschlossenen Konzepts und große Hilflosigkeit.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sehr richtig! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben?)

Ich möchte nur ein Beispiel herausgreifen. Die SPD plädiert für Vermögensteuer.

(Norbert Schmitt (SPD): Na klar!)

Sie haben es heute nochmals vorgetragen, Herr Walter. Ich habe gar nicht geglaubt, dass Sie noch immer an dieser Klamotte festhalten.

(Jürgen Walter (SPD): Sie müssen richtig zuhören: regionale Vermögensteuer!)

Die SPD hat damit einen der ältesten ihrer Ladenhüter wieder hervorgeholt. Der Griff in die verteilungspolitische Mottenkiste vermag die Probleme in unserem Land nun wirklich nicht zu lösen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP) – Norbert Schmitt (SPD): Das war Ihr Antrag! – Andrea Ypsilanti (SPD): Ein Witz!)

Stattdessen gilt es, die eigenverantwortliche Vermögensbildung der Menschen zu unterstützen. Aus guten Gründen wird die Vermögensteuer in Deutschland seit 1997 nicht mehr erhoben, da sie durch eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts mit dem Gleichheitsgrundsatz für unvereinbar erklärt worden ist. Die Gründe, die zu dieser Entscheidung führten, haben immer noch Gültigkeit.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht Gleichheitsgrundsatz, Halbteilungsgrundsatz! – Norbert Schmitt (SPD): Das war auch so eine Erfindung von einem Professor aus Heidelberg!)

Diese Steuer ist eine reine Substanzsteuer, die eine Reduzierung des Vermögens herbeiführt und damit unmittelbar das private Eigentum gefährdet. Darüber hinaus – das wird häufig in der gesamten Diskussion vergessen – läuft die Vermögensteuer der Förderung der privaten Altersvorsorge grundlegend zuwider.

(Norbert Schmitt (SPD): Was für ein Quatsch!)

Da gibt es weitere Vorschläge. Ich habe wirklich gedacht, ich befinde mich in einer Diskussionslandschaft der hessischen Landespolitik der Neunzigerjahre. Die Grundwasserausbau wird wieder gefordert.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

Aber ich muss immerhin dem Sprecher der SPD einräumen – das war in diesem Fall Herr Schmitt –, dass er jedenfalls bei diesem völlig absurdem Vorschlag versucht hat, sich ein bisschen der Wahrheit zu nähern, indem er Folgendes gesagt hat: Für die Grundwasserabgabe kalkuliert die SPD 50 Millionen € ein, die vollständig in Waldsanierung, Wasser- und Bodenschutz fließen sollen. Schmitt räumte ein, dass der Betrag voraussichtlich auf die Wasserrechnungen aufgeschlagen werden müsste. – Vielen Dank für die Ehrlichkeit.

(Norbert Schmitt (SPD): Na klar! Ehrlichkeit unterscheidet uns von dieser Landesregierung!)

Ich sage, es ist nicht nur ein Aufschlagen auf die Wasserrechnung, es ist auch eine Verminderung der Wettbewerbsmöglichkeit Hessens im Vergleich zu anderen Bundesländern. Deshalb ist die Grundwasserabgabe ein weiterer Beitrag zu weiterer Arbeitslosigkeit. Auch das vergessen Sie in Ihrer Ideologie.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Das Gegenteil ist der Fall, weil sie Investitionen auslöst!

– Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 6.000 Arbeitsplätze hat sie geschaffen!)

Meine Damen und Herren, dann kommt der Höhepunkt. Die SPD-Fraktion sieht weitere Einsparmöglichkeiten. Weitere 42,6 Millionen € könne man bei der Ausstattung der Verwaltung mit Computerprogrammen kürzen.

(Norbert Schmitt (SPD): Sehr gut!)

Herr Schmitt, die SPD Hessen marschiert zurück in die Steinzeit. Wo leben Sie denn?

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): 800.000 € haben Sie allein für die CeBIT ausgegeben, so ein Stuss!)

Wir können unsere öffentliche Verwaltung und unsere Dienstleistungen für den Bürger überhaupt nur erbringen, wenn wir mit moderner Bürokommunikation ausgestattet vorgehen. Die SPD Hessen will dagegen zurück in die Steinzeit.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen. Neiddebatten nach alter Genossenmanier führen nicht zu mehr Gerechtigkeit, sondern heizen Verteilungskämpfe an und stiften gesellschaftlichen Unfrieden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir brauchen keine Neiddebatten. Wir dürfen auch Sozialpolitik nicht länger allein als staatliche Umverteilung definieren. Wir müssen unsere Bürger wieder in ihrer Verantwortung für sich und die Mitmenschen ernst nehmen und sie in dieser Selbstverantwortung stärken. In einer Bürgergesellschaft können Private oft vieles besser und effektiver als der Staat.

(Beifall bei der CDU – Jürgen Walter (SPD): Als diese Landesregierung jedenfalls! – Norbert Schmitt (SPD): Am besten, wir privatisieren die Landesregierung!)

Mit der Justizvollzugsanstalt Hünfeld und dem Universitätsklinikum Marburg-Gießen hat die Hessische Landesregierung Modellprojekte geschaffen, die dieser Einsicht folgen. Der Haushaltspan 2006 zeigt, Hessen wird auf diesem Weg in die Zukunft entschlossen weiter vorangehen. Die Bundeskanzlerin hat uns in ihrer Regierungserklärung zugerufen: „Mehr Freiheit wagen“. Lieber Jörg-Uwe Hahn, wenn man die Koalitionsvereinbarung der großen Koalition sieht, findet man darin ein ganzes Stück CDU

und damit ein ganzes Stück Freiheit. Ich will nur gern einräumen, dass in einer Koalitionsvereinbarung mit der FDP noch mehr an Freiheitsvorstellungen der CDU durchsetzbar gewesen wäre.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Aber hallo!)

In Hessen kann bereits besichtigt werden, dass sich dieses Wagnis der Freiheit lohnt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Um Gottes willen!)

So werden wir auch im kommenden Jahr unabirrt und mit Augenmaß den Weg der Freiheit und der Verantwortung beschreiten, auch als Vorbild und Ansporn für andere.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Er wirbt schon für eine große Koalition in Hessen! Das wird aber nichts, mit solchen Freunden!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Wagner. – Meine Damen und Herren, zum Einzelplan 02 gibt es keine Wortmeldungen mehr.

Wir hatten vereinbart, dass wir jetzt über die beiden vorliegenden Anträge, Drucks. 16/4951 und 16/4955, abstimmen.

Ich rufe zuerst den Dringlichen Antrag der Fraktion der FDP betreffend Haushaltsgesetz 2006 verfassungsgemäß ausgestalten, Drucks. 16/4951, auf. Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD, GRÜNE und FDP. Dagegen? – Die CDU. Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Dann rufe ich Punkt 58 der Tagesordnung auf: Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend Missachtung der Würde des Hessischen Staatsgerichtshofs durch die SPD-Fraktion, Drucks. 16/4955. Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP.

(Jürgen Walter (SPD): Mit der Meinungsfreiheit ist es bei der FDP auch nicht mehr weit her!)

Dagegen? – SPD und GRÜNE. Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zum

Einzelplan 03 – Hessisches Ministerium des Innern und für Sport –

Die erste Wortmeldung ist von unserem Kollegen Rudolph, SPD-Fraktion. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

(Unruhe)

– Meine Damen und Herren, darf ich Sie bitten, Platz zu nehmen, und diejenigen, die nicht Platz nehmen, bitten, nach draußen zu gehen? Ich bitte Sie jetzt um Aufmerksamkeit für unseren Kollegen Rudolph.

Günter Rudolph (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es war ein schlechtes Jahr für Hessens Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn durch die falschen Weichenstellungen der CDU-Politik gefährden Sie insbesondere auch die innere Sicherheit in Hessen. Es war aber auch ein schlechtes Jahr für Sie, Herr Innenminister Bouffier. Sie haben eine Vielzahl von Affären und Pannen bei der Polizei zu verantworten. Die Vorfälle haben sich in einer derartigen Weise gehäuft, dass viele gesagt haben, eine derartige Serie von Skandalen habe es in den letzten Jahren noch nie gegeben, und Recht haben die, die das behauptet haben.

(Beifall bei der SPD)

Ihre falschen Weichenstellungen aus der „Aktion düstere Zukunft“, nämlich bis 2008 360 Stellen bei der Vollzugspolizei und 608 Stellen im Tarifbereich zu streichen, werden leider auch im Haushalt 2006 nicht korrigiert. Durch die teilweise Schließung bzw. Reduzierung von Dienststellen auch im ländlichen Raum wird die Polizeipräsenz nicht zunehmen. Sie wird vielmehr deutlich eingeschränkt. Auch dies ist ein völlig falsches Signal.

(Norbert Schmitt (SPD): Leider ist es so!)

Herr Bouffier, es ist auch deswegen der falsche Ansatz, weil die Kriminalität in den letzten drei Jahren überdurchschnittlich – nämlich um fast 13 % – gestiegen ist. Hessen liegt beispielsweise bei der Aufklärung bundesweit nur auf Platz 11; das ist nicht besonders gut. Auch das ist ein Ergebnis Ihrer falschen Politik.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Minister Volker Bouffier: Das sind Zahlen!)

– Ja, das hat Ihnen Herr Walter heute Morgen auch schon gesagt: Das sind objektive Zahlen. Das hat nicht die böse Opposition erfunden, sondern das sind nachprüfbare Zahlen. Sie mögen Ihnen zwar nicht passen, aber sie sind leider traurige Realität und Beleg für die völlig falsche Politik im Bereich der inneren Sicherheit, Herr Innenminister.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

– Das können wir für Ihren „Wetzlar-Kurier“ leider nicht sagen; dafür ist die Angelegenheit viel zu traurig und viel zu schlimm, was dort an polemischer Politik weiterhin betrieben wird. Herr Irmer, Sie haben es gerade nötig, hier so aufzutreten.

Insbesondere die Zahl der Körperverletzungen ist stark angestiegen. Dabei ist eine zunehmende Neigung festzustellen, Konflikte mit körperlicher Gewalt auszutragen. Dies gilt leider insbesondere unter jungen Menschen.

Wir haben ebenso einen starken Anstieg von Wohnungseinbrüchen zu verzeichnen. Wie lautet die Antwort des Innenministers? – Es gibt zunächst einmal weniger Personal bei der Polizei. Damit ist klar: Es ist eine völlig falsche Weichenstellung.

Es gibt weniger Polizeibeamte vor Ort. Es gibt weniger Streifen und weniger effektive Kriminalitätsbekämpfung. Das ist der falsche Weg.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Innenminister, Sie neigen ohnehin zu Schönfärberei. Die „Polizeirundschau“ hat viele Bilder, und die „Bild“-Zeitung haben Sie dieses Jahr sogar noch getoppt. Da schreiben Sie immer, was Sie Tolles leisten. Dabei fragen wir uns doch, ob Sie die Realität vor Ort zur Kenntnis nehmen.

Es gibt schon heute eine riesige Arbeitsverdichtung durch die Personalkürzungen bei der Polizei. Zukünftig können die Aufgaben nur noch sehr eingeschränkt wahrgenommen werden.

Auch Ihre Alternativen – Einführung von Wachpolizei und freiwilliger Polizeidienst – werden nicht besser, je länger Sie sie machen. Dies gilt auch für Ihren freundlichen Hinweis auf sozialdemokratisch geführte Kommunen. Ich habe einmal ein paar SPD-Bürgermeister gefragt, warum sie es eigentlich machen. Sie sagen, sie täten es, weil das Land mit der Anzahl der Polizeistellen nicht hinterherkomme. Sie tun es also aus der puren Not heraus und nicht, weil sie es besonders toll finden, Herr Innenminister. Das ist die Wahrheit in Hessen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sind die falschen Antworten, die Sie auf die existierenden Fragen bei der Bedrohung der inneren Sicherheit geben. Wir brauchen eben nicht nur Amateure zur Gewährleistung und Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit. Wir brauchen mehr gut ausgebildete Polizeibeamtinnen und -beamte.

(Armin Klein (Wiesbaden) (CDU): Das haben Sie zehnmal gesagt, es stimmt beim elften Mal noch immer nicht!)

– Ja, Herr Klein, denn Sie haben es immer noch nicht verstanden. Das ist ganz einfach: Wo Polizei drinsteckt, muss auch Polizei draufstehen und umgekehrt. Das ist ganz einfach. Wir wollen keine Amateure, sondern Profis.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen aber auch eine Stärkung der Präventionsmittel. Sie ist mit eines der wirkungsvollsten Elemente der Kriminalitätsbekämpfung. Prävention dient aber auch der Erhaltung des sozialen Friedens. Herr Innenminister, was Sie so gerne als moderne Sicherheitsarchitektur bezeichnen, entpuppt sich leider immer mehr als eine Bauruine.

Wir haben deshalb in den Haushaltplanberatungen eingebracht, die 360 PVS-Vermerke aus den Stellenplänen für die Vollzugspolizei zu streichen; das ist ein richtiger Ansatz. Wir schlagen vor, 250 BAT-VIb-Stellen zu schaffen. Denn auf diesen Stellen werden Vollzugsbeamte geführt. Das ist der falsche Ansatz.

Wir brauchen wieder mehr gut ausgebildete Polizeibeamte, weil in den nächsten Jahren deutlich mehr Beamte aus Altersgründen ausscheiden. Sie ersetzen diese Anzahl nicht vollständig. Sie haben für 2005/2006 250 Stellen vorgesehen, aber wir haben einen höheren Bedarf an ausgebildeten Polizeibeamten in den nächsten Jahren. Deswegen sind unsere Ansätze gut und richtig.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Innenminister, Sie haben jetzt eine eigene Sportgruppe eingerichtet. 15 Stellen sind es jetzt, und 15 sollen es auch im nächsten Jahr sein. Ihr niedersächsischer Kollege macht das auch. Wahrscheinlich ist es ein Wettbewerb unter den Innenministern. Die Bundeswehr hält sich in Warendorf eine Sportgruppe.

Damit es einmal deutlich gesagt wird: Das kann man alles machen, aber was Sie machen, geht zulasten der normalen Polizeivollzugsbeamten. Dann müssen Sie zusätzliche Mittel bereitstellen. Es darf aber nicht zulasten des jetzigen Systems gehen, weil schon jetzt Stellen fehlen. Nur zur

Profilierung darf dies nicht geschehen, Herr Innenminister.

(Beifall bei der SPD)

Aber es ist klar: Sie wollen sich mit etwas Schönem sonnen, weil einiges in der Polizei in Hessen nicht stimmt.

Ihr Landespolizeipräsident Nedela versucht mit einem sehr zentralistischen System, alle Leute auf seine Linie zu bringen. Unterhalten Sie sich einmal mit vielen Leuten bei der Polizei – ob das Personalvertreter oder Gewerkschaftsvertreter sind. Wie Sie das tun, kann man auch Personalpolitik betreiben: alles zentral ausgerichtet auf Herrn Nedela.

So ist auch Ihre Personalpolitik angelegt, nämlich immer nach dem Motto: Was nützt mir das als Innenminister? – Das führt zu einer großen Verunsicherung, aber auch zu großen Verärgerungen in vielen Teilen der Polizei.

Meine Damen und Herren, deshalb versuchen Sie, mit vielen schönen Worten Ihre schlechte Politik im Bereich der inneren Sicherheit zu übertünchen. Das will ich am Schluss sehr deutlich sagen: Die hessischen Polizeibeamtinnen und -beamten leisten trotz dieses Innenministers eine großartige Arbeit, und deswegen gebührt ihnen von unserer Seite ein herzliches Dankeschön dafür.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sind als Innenminister aber auch für die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst zuständig, und da stellen Sie zum zweiten Male hintereinander einige 100.000 € für Rechtsgutachten und Rechtsanwaltskosten im Haushaltspolitik bereit.

Meine Damen und Herren, Hessen ist nach Berlin das einzige Bundesland, das die Tarifgemeinschaft der Länder verlassen hat. Bis zum heutigen Zeitpunkt sind Sie nicht bereit, konstruktive Gespräche mit den Gewerkschaften zu führen. Wir brauchen in schwierigen Haushaltsslagen eine vernünftige Gesprächsbasis mit Tarifpartnern im öffentlichen Dienst.

Es darf nicht Ihre Methode gelten, dass die Gewerkschaften das zu tun haben, was Sie wollen. Vielmehr ist ein gemeinsames Miteinander der richtige Weg. Dann brauchen Sie nicht Hunderttausende von Euro für Rechtsgutachten herauszuwerfen. Reden Sie vernünftig mit den Tarifpartnern. Dann gibt es unserer Auffassung nach vernünftige Lösungen auch und gerade im Tarifbereich des öffentlichen Dienstes, dem Sie sich verweigern.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben als Innenminister zu verantworten – bei der Einzelplanaussprache geht es um die politischen Schwerpunkte und nicht um einzelne Haushaltsstellen –, wie Sie mit den Kommunen umgehen. Da haben Sie im Sommer diesen tollen Erlass zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte herausgegeben. Da gab es wochenlang Empörung bis tief in Ihre eigenen Reihen. Einige sagen, der Innenminister sei weit zurückgerudert. Ich habe es Ihnen schon einmal gesagt: Ich teile nicht diese Auffassung, da ich Sie kenne. Sie sind selten bereit, zurückzurudern, selbst wenn Sie Fehler machen.

(Zuruf des Ministers Volker Bouffier)

– Ja, ich kenne Sie mittlerweile.

Sie haben eine kleine Modifikation vorgenommen. Im Kern heißt es allerdings, Sie gängeln weiterhin die kom-

munale Familie, und daran ist insbesondere auch die falsche Finanzpolitik dieser Landesregierung schuld.

(Beifall bei der SPD)

Von 21 Landkreisen können 20 ihre Haushalte nicht mehr ausgleichen. Sie fordern dann auch noch über die RPs eine Erhöhung der Kreisumlagen. Sie und diese Regierung legen zum fünften Mal einen verfassungswidrigen Haushalt vor und knebeln die Kommunen. Das ist Heuchelei pur, und die haben Sie als Innenminister zu verantworten, Herr Bouffier.

(Beifall bei der SPD)

Sie sind dann in dem Erlass so großzügig und sagen, die kommunale Ebene könne gänzlich auf die Erhebung von Kindergartengebühren verzichten – diese Geste ist ja sehr nobel –, aber sie muss gleichzeitig sagen, wie sie diese Beiträge einsparen will. Das ist eine Chuzpe hoch drei: Einseits wird den Kommunen aus der rechten Tasche das Geld entzogen, andererseits werden sie aufgefordert, aus der linken Tasche die Gelder zu kompensieren.

Die Haushaltsslage der 426 Kommunen ist dramatisch. Das hat vielerlei Ursachen, aber eine liegt auch an der mangelnden Finanzausstattung durch diese Landesregierung. Sie versuchen, das mit solch unsinnigen Erlassen, wie Sie sie in die Welt gebracht haben, zu lösen. Nein, Herr Innenminister, dieser Erlass ist nicht von dieser Welt.

Wissen Sie, das kennen wir ja aus den Beratungen zur Polizei. Es sind sehr konkrete Vorschläge, und da können wir einmal sehen, ob Sie diesen zustimmen. Sie sagen immer nur: Macht Vorschläge. – Dann machen wir Vorschläge, und diese werden mit Ihrer Mehrheit abgebürstet. Sie müssen sich schon entscheiden, was Sie wollen. Es gibt sinnvolle Vorschläge von SPD und GRÜNEN und auch der FDP in diesen Bereichen. Sie müssen sie einfach annehmen, Herr Innenminister.

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Rudolph, Sie hatten uns darum gebeten, dass wir Ihnen nach neun Minuten mitteilen, dass Ihre Redezeit abläuft. Das war der Hinweis.

Günter Rudolph (SPD):

Ich habe auch das im Griff. Vielen Dank, Herr Präsident.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Glauben Sie ja nicht, dass Sie noch einmal einen Hinweis bekommen.

Günter Rudolph (SPD):

Deswegen bleibt zum Schluss bei den Beratungen zum Einzelplan festzustellen: Die falsche Weichenstellung insbesondere im Bereich der inneren Sicherheit durch Sie, Herr Innenminister, geht konsequent weiter. Da belegen Sie konsequent die Spur. Auch wenn Sie in die falsche Richtung fahren, bleiben Sie unbeirrt.

Insofern sagen wir: Ihre Politik ist der falsche Ansatz. Es schadet den hessischen Bürgerinnen und Bürgern, und von daher ist es nur richtig und konsequent, dass wir diese

Politik als falsch bezeichnen. Wir haben Ihnen unsere Alternativen aufgezeigt. Es liegt an Ihnen. Nehmen Sie vernünftige Vorschläge an. Es tut allen in Hessen gut. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Rudolph, dass Sie einsichtig geworden sind.

(Gerhard Bökel (SPD): Wie war denn das zu verstehen?)

– Immer nur gut von mir. – Ich rufe jetzt Frau Kollegin Zeimetz-Lorz für die CDU-Fraktion auf.

Birgit Zeimetz-Lorz (CDU):

Die Einsichtsfähigkeit kann sich allerdings nur auf die Redezeit bezogen haben.

(Beifall bei der CDU)

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die innere Sicherheit war, ist und bleibt zentrales Anliegen der hessischen Christdemokraten und befindet sich, ganz im Gegensatz zu Ihren Äußerungen, Herr Kollege Rudolph, in bester Verfassung.

(Beifall bei der CDU – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein Blick in die Statistik sei empfohlen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und GRÜNEN, die hessische Polizei war, ist und bleibt die am besten ausgebildete, die am besten bezahlte und die am besten ausgestattete Polizei bundesweit.

(Beifall bei der CDU – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur bundesweit?)

Darauf sind wir alle stolz und danken unserer Polizei. Wir haben die höchste Aufklärungsquote, die es jemals in Hessen gegeben hat.

(Beifall bei der CDU)

Im vergangenen Jahr hat die hessische Polizei mehr als die Hälfte aller bekannt gewordenen Straftaten aufgeklärt. Herr Rudolph, Sie haben die Steigerung der Kriminalität angesprochen. Sie wissen es ganz genau und wir sowieso: Intensivierte Polizeiarbeit, verstärkte Kontrollen und Fahndungen, gezieltes Vorgehen gegen bestimmte Kriminalitätsformen, das wir alle wollen – beispielsweise bei häuslicher Gewalt oder Internetstraftaten – haben zu einer höheren Anzahl aufgedeckter Fälle geführt.

(Michael Denzin (FDP): Wir sind die Nummer eins in Afrika!)

Ich möchte ein weiteres Beispiel anfügen, für das es hoffentlich in Kürze eine vernünftige bundesrechtliche Regelung geben wird: das Thema Stalking. Das ärgert mich schon; denn ich bin mir sicher: Wenn wir es ordentlich unter Strafe stellen, werden wir mehr erfasste Straftaten in diesem Lande haben. Ich muss ganz offen sagen, ich hoffe sehr darauf. Ich habe gelesen, dass am 6. Dezember ein Stalker seine Exfrau erstochen hat. Ich möchte solche Fälle in diesem Land in Zukunft nicht mehr erleben. Ich hätte lieber mehr Fälle von Stalking in der Kriminalstatis-

tik und dafür weniger Fälle von Mord. Ich hätte gerne besseren Schutz für die Opfer von Stalkern.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Straftaten, die Bürgerinnen und Bürger in ihrem Sicherheitsgefühl besonders berühren, konnten deutlich zurückgedrängt werden. Um weitere personelle Spielräume für eine Steigerung der Polizeipräsenz zu schaffen, werden die Dienststellen neu organisiert, werden die „Schutzleute vor Ort“ eingesetzt.

Herr Rudolph, selbstverständlich wird die Schutzpolizei durch den Einsatz von Wachpolizistinnen und Wachpolizisten entlastet und nicht ersetzt, wie Sie immer wieder wahrheitswidrig behaupten. Die Wachpolizei übernimmt unter anderem Aufgaben in den Bereichen Objektschutz, Verkehrsüberwachung, Gefangenentransport, Abschiebungen oder ID-Behandlungen. Hinzu kommen noch die vielen freiwilligen Polizeihelfer in mittlerweile ca. 80 Kommunen landesweit. Wie ich gehört habe, gibt es 25 weitere Kommunen, die beabsichtigen, den freiwilligen Polizeidienst einzuführen. Meine Damen und Herren von SPD und GRÜNEN, auch wenn es Ihnen nicht passt, ist das ein hessisches Erfolgsmodell.

(Beifall bei der CDU)

Seit etwa einem Jahr haben wir in Hessen das modernste Polizeigesetz Deutschlands. Unsere technische Ausstattung für die Polizei ist bundesweit führend, und das soll auch in Zukunft so bleiben. Die Landesregierung und auch die Mehrheitsfraktion haben bei allen Einsparungsmaßnahmen stets darauf geachtet, dass sie nicht zulasten der inneren Sicherheit gehen. Dies spiegelt sich nach unserer Überzeugung auch im vorliegenden Haushaltsentwurf wider.

Seit 2002 verfügt die hessische Polizei über 11.000 moderne, vernetzte Computer. Ab 2007 werden etwa 10.000 der vorhanden POLAS/COMVOR-Arbeitsplätze ausgetauscht. Hessen hat rund 7 Millionen € in den ersten nachflugtauglichen Hubschrauber investiert. Damit haben sich die einsatztaktischen Möglichkeiten insbesondere bei Fahndungen nach Schwerkriminellen und bei Vermisstenfällen deutlich erhöht.

Zu Wasser kann die Polizei seit einigen Monaten mit der neuen „Hessen 4“ für mehr Sicherheit sorgen. Die CDU-Fraktion ist stolz darauf, dass die größte Fahrzeugmodernisierung in der Geschichte der hessischen Polizei auch in den nächsten Jahren fortgeführt werden wird.

(Beifall bei der CDU)

In diesem Jahr wurden rund 100 neue Streifenwagen und 20 neue Motorräder angeschafft. Für die in den Jahren 2006 bis 2008 anstehenden Ersatzbeschaffungen ist mit einer entsprechenden Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 18,7 Millionen € im Haushaltspanplan 2006 Vorsorge getroffen worden. Damit ist auch das Versprechen gehalten, dass die Wagen nach etwa fünf Jahren ersetzt werden sollen.

Meine Damen und Herren, lange schien es so, als würde der Mord an einem 13-jährigen Jungen aus Darmstadt niemals aufgeklärt werden.

(Axel Wintermeyer (CDU): Richtig!)

Doch endlich, nach sechs Jahren, identifizierte ein Zahncode den Täter. Ein in einem Berliner Gefängnis ein-

sitzender Einbrecher hatte freiwillig eine Speichelprobe abgegeben. Damit konnte der Mord an dem 13-jährigen Jungen aufgeklärt werden.

Die DNA-Analyse hat sich inzwischen zu einem unverzichtbaren und überaus effektiven Instrument zur Aufklärung von Straftaten erwiesen. Durch den Abgleich von DNA-Spuren der hessischen Polizei mit der beim BKA geführten DNA-Analysedatei konnten zwischen Januar 2001 und September 2005 insgesamt 4.026 Treffer erzielt werden. Damit war der Polizei die Zuordnung zu Spuren anderer Tatorte oder die Ermittlung der Täter bei 3.510 Diebstahlsdelikten, in 303 Fällen von Raub und Erpressung, bei 46 Tötungsdelikten – wie etwa an dem 13-jährigen Jungen aus Darmstadt –, bei 61 Fällen von Taten gegen die sexuelle Selbstbestimmung und 20 Fällen von Körperverletzung möglich.

Wegen der steigenden Bedeutung der DNA-Analyse sollen im Haushalt 2006 zusätzlich etwa 300.000 € bereitgestellt werden. Darüber hinaus – das ist uns sehr wichtig – wird der Personalbestand beim LKA für die DNA-Analytik von jetzt 20 auf insgesamt 40 Mitarbeiter verdoppelt werden.

(Beifall bei der CDU)

Damit das Landeskriminalamt auch weiterhin professionell und mit den modernsten kriminaltechnischen Methoden arbeiten kann, ist im Wirtschaftsplan des Hessischen Immobilienmanagements im Jahr 2006 der Ausbau des kriminalwissenschaftlichen und technischen Instituts vorgesehen.

Neben der Ersatzbeschaffung von Streifenfahrzeugen werden zur Fußballweltmeisterschaft rund 400 hochmoderne Multifunktionsstreifenfahrzeuge für die Sicherheit im Einsatz sein.

Die vor einigen Jahren begonnene Ausbildungsoffensive trägt nun Früchte. Im kommenden Jahr werden rund 500 Polizisten mehr ihre Ausbildung beendet haben, als altersbedingt Beamte ausscheiden werden. Meine Damen und Herren, lieber Herr Rudolph, das hat zur Folge, dass im Jahr 2006 erstmals in unserer Geschichte alle unbesetzten Planstellen des Polizeivollzugsdienstes besetzt sein werden.

(Beifall bei der CDU)

Damit ist die hessische Polizei auch personell super ausgestattet. Auch im kommenden Jahr werden wieder 250 Anwärter eingestellt werden – im Gegensatz zu anderen Bundesländern, die überhaupt nicht mehr ausbilden oder ihre ausgebildeten Anwärter nicht übernehmen. Da ärgert es mich schon, wenn Herr Rudolph hier behauptet, es würde abgebaut.

(Axel Wintermeyer (CDU): Sehr richtig!)

Ich will doch ein Stück weit in die Geschichte zurückgehen und Ihnen ins Stammbuch schreiben, dass es SPD und GRÜNE waren, die allein zwischen 1995 und 1999 bei der Vollzugspolizei 400 Planstellen abgebaut und die Anwärterzahlen dramatisch heruntergefahren haben.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Hört, hört! – Axel Wintermeyer (CDU): Das ist die Wahrheit!)

Wer so etwas „geleistet“ hat, sollte an dieser Stelle besser schweigen.

(Beifall bei der CDU)

Wegen der Fußballweltmeisterschaft wurde ein mit 3,3 Millionen € dotierter Verstärkungstitel eingerichtet, um die Mehrausgaben bei der Sportförderung, dem Katastrophenschutz und der Polizei zu decken. Im Einzelnen werden von dem Titel unter anderem Veranstaltungen im Sportbereich, Mehrbedarf bei der Polizei für die Unterbringung der Einsatzkräfte, Einsatzverpflegung und Aufwandsentschädigung für Ehrenamtliche bei den Hilfsorganisationen abgerechnet. Damit ist Hessen auch in finanzieller Hinsicht gut für das Großereignis Weltmeisterschaft gerüstet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kollegin Zeimetz-Lorz, achten Sie auf die Redezeit?

Birgit Zeimetz-Lorz (CDU):

Ich bin gleich fertig, Herr Präsident. Vielen Dank für den Hinweis. – Auch sonst wird die Sportförderung auf hohem Niveau fortgesetzt.

Herr Rudolph, Ihre Äußerungen haben mich sehr überrascht. Da die Oppositionsfraktionen insgesamt nur drei Änderungsanträge zum Einzelplan 03 gestellt hatten, war ich zu der Auffassung gekommen, dass sie mit dem Einzelplan 03 zufrieden sein müssten. Deswegen hat es mich erstaunt, dass sie doch nicht zufrieden sind. Sie sind nicht zufrieden zu stellen, jedenfalls kann ich nicht hoffen, dass sie dem Einzelplan 03 gerne zustimmen werden. Die CDU-Fraktion wird dies jedenfalls mit großer Freude tun. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Zeimetz-Lorz. – Das Wort hat Herr Abg. Frömmrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Jetzt kommt Freude auf! – Weitere Zurufe von der CDU)

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ja, Herr Kollege Irmer, wenn ich Sie anschau, muss ich lachen. Das ist in der Tat so.

(Beifall des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Zeimetz-Lorz, Sie haben wie jedes Jahr nett vorgetragen zur Situation der Polizei in Hessen. Sie haben wieder die Lobeshymne auf diese Landesregierung gebracht.

(Axel Wintermeyer (CDU): Das muss man auch!)

Aber, Frau Kollegin, mit der Realität hat das leider nichts zu tun, was Sie uns hier erzählen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

Sie gehen immer wieder darauf ein, wie es in der Vergangenheit war, wie die Lage seinerzeit bei Rot-Grün gewesen ist.

(Peter Beuth (CDU): Das war ja auch katastrophal!)

Sie verschweigen dabei aber, dass Rot-Grün seinerzeit eine Riesenkraftanstrengung unternommen hat.

(Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Wobei denn?)

Das gibt selbst der Minister manchmal zu. Rot-Grün hat eine Riesenkraftanstrengung nicht nur gemacht, sondern auch durchfinanziert. Das ist die Einführung der zweiteilten Laufbahn. Man muss der Ehrlichkeit halber sagen, Frau Kollegin Zeimetz-Lorz:

(Zuruf der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

Als wir die zweiteilte Laufbahn eingeführt haben, war Ihr ehemaliger Vorsitzender Manfred Kanther auf einem ganz anderen Weg. Er war seinerzeit noch dagegen. Das haben wir gegen den erbitterten Widerstand von Herrn Kanther eingeführt. So sehen die Realitäten in Hessen aus.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Armin Klein (Wiesbaden) (CDU))

Sie müssen sich an dem messen lassen, was Sie in Regierungsprogramme geschrieben haben. Im Regierungsprogramm steht – der Kollege Al-Wazir hat es vorhin schon gesagt – zum Bereich innere Sicherheit, dass die Kriminalitätsbelastung gesenkt werden soll. – Das ist die Vorgabe, die Sie ins Regierungsprogramm geschrieben haben.

(Fortgesetzte Zurufe der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

Die Realitäten im Lande sehen leider anders aus, Frau Kollegin Zeimetz-Lorz. Wir haben in den letzten drei Jahren eine Zunahme von 13 % bei der Kriminalität gehabt. Wir sind auf Platz 11 abgerutscht. Das ist die Realität im Lande Hessen.

(Axel Wintermeyer (CDU): Nicht bei der Aufklärungsquote! – Erneuter Zuruf der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

Mit Verlaub, Frau Kollegin Zeimetz-Lorz, Sie müssen sich an den Realitäten in Hessen messen lassen. Wir messen diesen Innenminister natürlich auch daran, wie er mit der Polizei umgeht, was er bei der Polizei macht.

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

Im letzten Jahr kann man das unter die Überschrift „Pleiten, Pannen und Skandale“ stellen. Das ist die Realität.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Es gibt die Vorkommnisse beim Präsidium für Technik, Logistik und Verwaltung. Dazu läuft ein Untersuchungsausschuss. Seit sechs Monaten warten wir auf die Akten, damit der Untersuchungsausschuss mit seiner Arbeit überhaupt anfangen kann. Das ist die Realität in Hessen.

(Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Die Akten sind längst da!)

Der Herr Minister hat die untergeordneten Behörden nicht im Griff. Er kennt sich mit der Aktenführung nicht aus. Die Sachbearbeiter wissen nicht, wer zeichnen darf.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Außerdem geht es um die Dokumentation von Vergabeverfahren. Frau Zeimetz-Lorz, so sieht es bei der inneren

Sicherheit in Hessen aus. Das, was Sie uns hier vormachen wollen, ist nicht die Realität.

(Zuruf der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

Was die Polizei in Hessen betrifft, so entspricht die Realität nicht dem, was in der „Polizeirundschau“ steht. Vielmehr deckt sich die Realität mit dem, worüber wir im Hessischen Landtag diskutiert haben und worüber andere berichten. Der Herr Minister veranstaltet mittlerweile einen Wettkampf mit dem ehemaligen Justizminister angesichts der Frage: Wer kommt am schnellsten in die „Bild“-Zeitung? Das ist die Realität in Hessen.

Die Großbazzia in Frankfurt war ein riesengroßer Skandal. Der Knöllchenbetrug hat 600.000 € Schaden verursacht. Das sind die Realitäten in unserem Land, und darüber können Sie nicht einfach hinweggehen.

Das trifft auch auf den Umgang mit dem Personal zu. Man muss fast dankbar sein – Herr Kollege Rudolph hat es gesagt –, dass die Polizistinnen und Polizisten trotz – nicht wegen – Ihrer Politik noch so motiviert sind. So sieht die Realität in diesem Land aus.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Günter Rudolph (SPD): Der Minister telefoniert gerade!)

Sie haben die Polizisten zur Mehrarbeit verpflichtet. Sie haben das Weihnachtsgeld und das Urlaubsgeld gestrichen. So sieht die Realität in diesem Land aus. Man muss wirklich sagen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter trotz Ihrer Politik in diesem Land so gut arbeiten.

(Günter Rudolph (SPD): Der Minister telefoniert da vorne! Das ist unglaublich!)

– Da der Minister sowieso nicht zuhört, kann ich es mir schenken, auf einen Punkt einzugehen, zu dem ich eigentlich etwas Versöhnliches sagen wollte. Es geht um die Innenministerkonferenz und den Vorschlag, den Sie dort zum Bleiberecht für ausländische Flüchtlinge gemacht haben.

Herr Innenminister, es hat mich sehr gewundert, dass ausgerechnet jemand, der jahrelang durchs Land gezogen ist und jede Verbesserung bei der Aufenthaltsgewährung für Ausländerinnen und Ausländer bekämpft hat, in der Innenministerkonferenz einen solchen Vorschlag unterbreitet. Wir haben Ihren Vorschlag sehr begrüßt, weil wir glauben, dass wir alle dafür Sorge tragen müssen, dass wir an diesem wichtigen Punkt zu einem Ergebnis kommen. Es geht nicht nur um den Aufenthalt von Erwachsenen, sondern wir müssen hier das Problem des Aufenthalts von Kindern lösen.

Nur, Herr Minister, auch dabei messen wir Sie an dem, was Sie tun, nicht aber an dem, was Sie ankündigen.

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen.

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, ich komme sofort zum Schluss. – Wenn Sie in der Innenministerkonferenz damit nicht durchkommen, erwarten wir von Ihnen, dass Sie im Hessischen Landtag einen eigenen Vorschlag einbringen. Das wäre ein zukunftsweisender Weg, der zeigen würde, wie es für die Betroffenen weitergehen könnte. Herr Minister, Sie

sollen nicht nur Ankündigungen machen, sondern wir werden Sie daran messen, wie Sie im Hessischen Landtag springen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Der nächste Redner ist Jörg-Uwe Hahn für die FDP-Fraktion.

Jörg-Uwe Hahn (FDP):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Fraktionsvorsitzende der FDP hat in der Generaldebatte gesagt, dass es bei den einzelnen Häusern immer Licht- und Schattenseiten gibt. Der innenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion kann das für das Innenministerium bestätigen.

Ich will mit den guten und lobenswerten Seiten beginnen. Wie mein Vorrredner Herr Frömmrich weise ich mit Freude darauf hin, dass der Innenminister – ob abgesprochen oder nicht – gemeinsam mit dem liberalen Innenminister von Nordrhein-Westfalen in der Innenministerkonferenz eine Initiative zu dem Thema Bleiberecht ergriffen hat. Ich bin sehr dankbar dafür. Dadurch wird nämlich deutlich, dass dies nicht nur für die SPD, die FDP usw. ein Thema ist, sondern dass sich auch die CDU-Innenminister damit beschäftigen.

Wir müssen uns wieder einmal darüber unterhalten – das ist alle fünf bis sechs Jahre auf der Tagesordnung –, aber auch Entscheidungen dazu treffen, wie wir mit den so genannten Altfällen unter den Zuwanderern umgehen. Es ist wieder an der Zeit.

Herr Bouffier, es ist schade, dass die Innenministerkonferenz zu dem Vorschlag, den Sie und der Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Herr Dr. Ingo Wolf, gemacht haben, keine Entscheidung getroffen, sondern ihn erst einmal an die Ausschüsse überwiesen hat. Der entsprechende Druck ist weiterhin vorhanden.

Auf der anderen Seite – das passt zu dem Thema Integration – finde ich das Verhalten der gesamten Landesregierung, aber auch das der CDU-Landtagsfraktion bei dem Thema „Wie geht man mit islamischen Organisationen um?“ falsch. Sie wissen, dass die IRH Ende Oktober/Anfang November zum Fastenbrechen eingeladen hat. Alle Fraktionsvorsitzenden wurden dazu eingeladen. Das ist eine Kontinuität. Auch der Landtagspräsident hat vor einigen Jahren einmal dort gesprochen. Ich rede von der IRH, nicht von irgendeinem anderen Verband der Muslime in Deutschland.

Nun hat aber die Union beschlossen, dass das nicht gut sei, und zwei Sachen gemacht, die sich nicht gehören. Zum einen ist es dem Kollegen Gotthardt zu verdanken, dass Tarek Al-Wazir, Jürgen Walter und ich in der „Bild“-Zeitung nach dem Motto „Wanted! Das sind die Verräter, die zur IRH gehen“ erwähnt wurden. Ich finde das unkollegial und sage das hier sehr bewusst noch einmal.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum anderen waren dort einige Präsidenten anwesend. Zum Beispiel haben auch Polizeipräsidenten an dieser Veranstaltung teilgenommen. Man hört aus gut unterrichteten Kreisen, z. B. aus der Friseurinnung, dass die Präsidenten sich anschließend dafür rechtfertigen und erklären

mussten, warum sie dorthin gegangen sind. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das geht so nicht.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir alle wissen – alle, die dort gesprochen haben, haben darauf hingewiesen –, dass die IRH vom Verfassungsschutz nicht nur beobachtet wird, sondern dort auch notiert ist. Wenn die IRH meint, das geschehe zu Unrecht, möge sie zum Verwaltungsgericht oder zum Verwaltungsgerichtshof gehen, die letztlich darüber entscheiden. Deshalb sind wir stolz darauf, dass Deutschland ein Rechtsstaat ist.

Aber dass die Menschen, die dort hingehen und dafür werben, dass die Grundwerte unserer Verfassung umgesetzt werden, stigmatisiert werden – seien es Kollegen aus dem Landtag oder Präsidenten der Polizeibehörden –, konterkariert die positiven Anmerkungen, die ich im Zusammenhang mit dem Vorschlag zum Bleiberecht gemacht habe.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben eine sehr gut ausgebildete und ausgestattete Polizei. Ich bin ein bisschen stolz darauf, nicht ganz unbedingt daran zu sein, dass dies in den Jahren von 1999 bis 2003 gemeinsam mit Volker Bouffier – teilweise gegen den Widerstand der Finanzpolitiker, heißen sie nun Karlheinz Weimar oder Roland von Hunnius – durchgesetzt wurde.

Aber wir haben nun einmal festgestellt, dass im Sommer dieses Jahres einige Punkte auf die Tagesordnung kamen, die in dieser Häufigkeit eigentlich nicht auf die Tagesordnung kommen dürften. Darüber haben wir hier schon diskutiert. Das eine Thema ist in einem Untersuchungsausschuss gut aufgehoben. Wie uns der Herr Innenminister in der Ausschusssitzung vorgetragen hat, werden auch die anderen Probleme in absehbarer Zeit gelöst sein. Ich meine z. B. das Thema: Wie begleitet man medial eine Durchsuchungsaktion

(Günter Rudolph (SPD): Eine Razzia!)

– eine Razzia –, wie sie z. B. im Frankfurter Bahnhofsviertel durchgeführt worden ist? Herr Kollege Rudolph, solange ich keinen Vorschuss zahlen muss, nehme ich alle Ihre Wortmeldungen auf.

Über das Thema Ballungsraum haben wir schon gestern diskutiert. Nach unserer liberalen Auffassung ist die Union dabei nicht weit genug gesprungen. Sie hat Angst vor der eigenen Courage und vor einigen Fürsten, die das auf der kommunalen Ebene im Rhein-Main-Gebiet offensichtlich anders sehen. Aber da jetzt der Oberfürst in der Regierung sitzt, könnte man eigentlich ein bisschen intensiver durchgreifen.

(Beifall bei der FDP)

Das Problem Landtagswahlkreise haben wir gemeinsam gelöst. Das war eine Beschäftigung, die sozusagen als Sahnehäubchen dazukam und im letzten Jahr einige innenpolitische Sprecher und andere zeitlich belastet hat. Ich werde nie verstehen, warum ich dafür so viel Zeit aufwenden musste. Aber es ist gut über die Rampe gegangen.

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist fast abgelaufen.

Jörg-Uwe Hahn (FDP):

Frau Präsidentin, das ist die Redezeit der FDP-Fraktion. Ich hoffe, dass es nicht auf Kosten derjenigen geht, die sich mit Wissenschaft und Kunst beschäftigen. – Das war ein Scherz.

Meine letzte Bemerkung bezieht sich noch einmal auf die Polizei. Herr Kollege Frömmrich, ich kann es nicht mehr hören, wenn Sie sich hierhin stellen und, obwohl Sie von nichts eine Ahnung haben, die zweigeteilte Laufbahn loben. In diesem Raum sitzen Menschen, die dabei waren. Sie können Ihnen sagen, wie das gelaufen ist. Die haben das schon mindestens zehnmal ins Protokoll diktieren. Auch Sozialdemokraten, z. B. Gerhard Bökel, haben das zu Protokoll gegeben.

Die ersten Papiere dazu wurden auf den Tisch gelegt, als der Innenminister Milde hieß. Man hat begonnen, es umzusetzen, als der Innenminister Dr. Günther hieß. Es wurde weiter umgesetzt, als der Innenminister Bökel hieß.

(Norbert Schmitt (SPD): Kanther hat es gestoppt!)

Unter Innenminister Gerhard Bökel wurde es aber nicht abgeschlossen. Dafür musste dann der Innenminister Bouffier sorgen. Hören wir doch auf, uns gegenseitig etwas auf die Backe zu schmieren. Das haben wir wirklich gemeinsam gemacht. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Für die Landesregierung hat Herr Staatsminister Bouffier das Wort.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es zeigt sich, dass das Innenressort ein weites Feld ist. Die Kolleginnen und Kollegen haben zum Teil ganz unterschiedliche Themen angerissen. Da aber auch die Mitglieder der Landesregierung gebeten worden sind, die Redezeit einzuhalten, bitte ich um Verständnis dafür, dass ich nicht auf jeden Sachverhalt, der von vier Kollegen angerissen wurde, so eingehen kann, wie ich es möchte. Wir werden an anderer Stelle noch genügend Gelegenheit haben, uns auszutauschen.

(Reinhard Kahl (SPD): Es gibt weitere Debatten!)

Das Thema Polizei und innere Sicherheit steht besonders im Mittelpunkt. Deshalb möchte ich dazu einige wenige Bemerkungen machen. Die hessische Polizei ist hervorragend aufgestellt. Sie leistet hervorragende Arbeit. Das gilt für die rund 20.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der hessischen Polizei, in besonderer Weise aber auch für das Landespolizeipräsidium und für den Landespolizeipräsidenten. Das will ich sehr deutlich sagen.

Wir haben jetzt in Hessen die beste Aufklärungsquote seit Bestehen dieses Landes zu verzeichnen. Frau Kollegin Zeimetz-Lorz hat darauf hingewiesen. Auf Kollege Rudolfs Hinweise hin, das sei nicht so berauschend, habe ich oft genug erklärt, dass wir dort weiter arbeiten wollen. Nach allem, was ich sehe, werden wir dort auch weiter arbeiten.

Herr Kollege Rudolph, ich finde es grandios, dass sich ein Repräsentant der Partei, die hier insgesamt fast 50 Jahre

regiert und ein solches Ergebnis nie auch nur ansatzweise erzielt hat, hierhin stellt und uns kritisiert.

(Beifall bei der CDU – Günter Rudolph (SPD): Ein bisschen bescheidener!)

Ich kann nur sagen, das ist das beste Ergebnis, das wir je hatten. Als Sie die Verantwortung getragen hatten, hatten wir auch nicht ansatzweise die Chance, über 50 % zu kommen.

(Beifall bei der CDU – Günter Rudolph (SPD): Ein bisschen mehr Demut!)

Die Zahl der Vollzugsbeamten ist entgegen allen Ihren Behauptungen nicht gesunken, sondern sogar gestiegen. Sie ist in den Jahren 2004 und 2005 gestiegen, und sie wird auch im Jahre 2006 steigen. Wir werden alle Polizeistellen besetzen.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Das hat es in meiner Erinnerung – ich kenne das Haus seit 1982 – noch nie gegeben. Auf diese Erfolge können wir gemeinsam stolz sein.

Das sind die Voraussetzungen, die notwendig sind. Die Herausforderungen – darüber hat keiner der Kollegen gesprochen, aber ich denke, das muss ich tun – an die Gewährleistung der inneren Sicherheit nehmen nicht ab.

(Günter Rudolph (SPD): Das habe ich schon gesagt!)

Wir sollten uns von den eingefahrenen Gleisen, wer was wann wo erzählt hat, verabschieden. Bei der allgemeinen Kriminalität gibt es von uns politisch zusätzlich gewollte Herausforderungen. Die Bekämpfung von Stalking ist ein Beispiel, die Bekämpfung der häuslichen Gewalt und die Bekämpfung von Graffiti sind weitere Beispiele. Das sind drei Bereiche, die vor wenigen Jahren nirgends verfolgt wurden, jedenfalls nicht in Hessen. Deshalb ist es töricht, nur mit dieser Statistik zu arbeiten. Denn das Ergebnis dieser statistischen Betrachtungen ist: Je weniger die Polizei macht, desto weniger wurde statistisch erfasst.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war auch 1997 schon so!)

Dann könnten wir Jubelstürme auslösen. – Herr Frömmrich, ich werbe dafür, dass Sie ein bisschen aus den ausgelatschten Gleisen dieser alten, völlig törichten Diskussion herauskommen.

(Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar, wenn es Ihnen passt!)

Wir sollten vergleichen, wie wir im Bundesdurchschnitt dastehen. Das halte ich schon für notwendig. Alle 110 Kollegen sollten ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern sagen: Hessen ist bei der Kriminalitätsbelastung deutlich unter dem Bundesdurchschnitt, obwohl wir einer der zentralen Punkte sind, wohin viele Menschen kommen und gehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das Rhein-Main-Gebiet ist der zentralste Platz in Deutschland mit einer Fülle von Kriminalität, die kommt und geht.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war 1997 auch schon so!)

Trotzdem sind wir deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Das kann niemand bezweifeln. Deshalb darf man es auch einmal sagen.

(Axel Wintermeyer (CDU): Das muss man lobend erwähnen! – Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Nächstes Beispiel. Die hessische Sicherheitsarchitektur, auf die wir gemeinsam stolz sind, ist heute ein Vorbild für viele andere Länder und nebenbei auch für den Bund. Ich erwähne nur zwei Beispiele. Ich bin froh, weil es heute niemand kritisch angemerkt hat. Deswegen unterstelle ich, hoffentlich nicht zu Unrecht, dass wir darüber nicht mehr diskutieren müssen. Heute ist die Einführung der Videoüberwachung in Deutschland Standard.

(Axel Wintermeyer (CDU): Richtig!)

Als wir das vor sechs Jahren eingeführt haben, war dieser Teil des Hauses der Auffassung, das könne überhaupt nicht in Betracht kommen.

(Horst Klee (CDU): Untergang des Abendlandes!
– Zuruf des Abg. Armin Klein (Wiesbaden)
(CDU))

Heute ist in der Bundesrepublik Deutschland eine Vielzahl dessen Standard, was als Erstes in diesem Bundesland gesetzlich geregelt und in die Praxis umgesetzt wurde,

(Günter Rudolph (SPD): Reden wir über die Erfolge der Videoüberwachung! – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie viele Erfolge haben Sie nachzuweisen? Nur ein Video laufen zu lassen, reicht nicht aus! – Günter Rudolph (SPD): Sie brauchen Personal!)

ob Sie das Kennzeichenlesegerät nehmen, ob Sie die IMSI-Catcher oder viele andere Dinge nehmen. – Herr Kollege Rudolph, der schönste Beleg dafür, dass Sie offenkundig weitestgehend zustimmen, ist, dass bei Ihren Anträgen praktisch kein einziger Antrag zu diesem Thema dabei ist.

(Günter Rudolph (SPD): Nein!)

Also könnte man davon ausgehen, dass Sie im Großen und Ganzen damit einverstanden sind. So billig mache ich es mir nicht.

(Günter Rudolph (SPD): Eieiei!)

Meine Damen und Herren, die hessische Sicherheitsarchitektur ist Vorbild, und wir arbeiten ständig an ihrer Verbesserung. Wenn das nun auch Ihre Zustimmung findet, bedanke ich mich ausdrücklich dafür. Wenn Sie noch nicht in allen Punkten zustimmen, so bin ich zuversichtlich, dass wir Sie auf Dauer davon überzeugen können.

Lassen Sie mich eine zweite Bemerkung machen. Ich kann sie sehr kurz halten, weil Frau Kollegin Zeimetz-Lorz das bereits angesprochen hat. Ich sage es im Stakkato. Die Ausbildungsoffensive geht weiter. Es werden zusätzlich 250 Anwärter eingestellt. Noch nie ist so viel gebaut worden. Das Bauinvestitionsvolumen bei der Polizei ist herausragend. Das wird niemand ernsthaft bestreiten. Die technische Ausstattung wird mit zig Millionen Euro kontinuierlich ersetzt. Der Fahrzeugpark wird kontinuierlich erneuert, und – auch das ist wichtig – wir sind bei den modernsten Entwicklungen in Deutschland mit vorne dabei. Was unser Landeskriminalamt bei der DNA-Analyse leistet, ist großartig. Dass wir dort das Personal verdopeln, ist nicht selbstverständlich. Deshalb denke ich, dass man darauf hinweisen darf.

Unter dem Strich: Die innere Sicherheit in Hessen ist in einer sehr guten Verfassung. Sie ist trotzdem eine Aufga-

benstellung, die uns täglich fordern wird. Sie wird uns in besonderer Weise auch im nächsten Jahr fordern. Wir gehen im nächsten Jahr auf die Fußballweltmeisterschaft zu. Das ist ein Ereignis, auf das wir uns alle sehr, sehr freuen, aber auch ein Ereignis, das für die nächsten 30 bis 40 Jahre das größte sein wird, das es in Deutschland jemals gab. Wir werden die Freude haben, die meisten Gäste in unserem Bundesland zu empfangen.

Wir werden die Aufgabe haben, dieses Ereignis „Zu Gast bei Freunden“ so zu gestalten, dass der sich als besonders willkommener Guest fühlen darf, der sich auch sicher fühlen darf. Es stellt sich eine Fülle von Fragen. Ich denke, wir sind gut vorbereitet. Wir arbeiten täglich daran. Aber es gibt keinen Anlass, sich entspannt zurückzulehnen. Ich sage heute: Es möge uns auch der gütige Gott begleiten, dass nicht das passiert, wofür wir jeden Tag üben, und dass nachher nicht das Geschwätz kommt, nach dem Motto, was wir vorher alles bedenken sollen. Niemand kann mit Sinn und Verstand eine hundertprozentige Garantie für die Sicherheit abgeben. Aber ich möchte ausdrücklich denen Danke sagen – das gilt für die Polizei; das gilt aber auch für die Feuerwehr; das gilt für die Hilfsverbände und für viele andere –, die bei diesen und anderen großen Ereignissen Hervorragendes leisten.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, es wird auch noch offiziell bestätigt. Ich weiß nicht, wer es mitbekommen hat: Es ist zumindest verkündet, dass die brasilianische Nationalmannschaft ihr Quartier in Hessen nimmt.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich finde, das ist eine sehr schöne Nachricht. Das sagt nichts darüber aus, wie das Turnier ausgehen wird. Aber es sagt etwas darüber aus, dass wir offenkundig so attraktiv sind, dass die weltattraktivste Mannschaft zu uns kommt. Das ist ein Anlass zur Freude.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Aber nicht in Lich!)

– Nein, Herr Kollege, wenn, dann Grünberg. In Grünberg ist die Landessportschule.

Lassen Sie mich zwei abschließende Bemerkungen machen, weil ich mich grob an die Zeitvorgabe halten will. Frau Kollegin Zeimetz-Lorz hat als Einzige – ich will das hier auch tun – das Thema Sport angesprochen. Das Land Hessen ist unbestritten das Land, das sowohl bei Investitionen als auch bei der Förderung in Deutschland Beispiele setzt. Wir sind das einzige Land in Deutschland, das seine Anstrengungen für den Sport Jahr für Jahr erhöht. Ich halte das ausdrücklich für richtig. Da die Opposition dies mit vornehmem Schweigen übergeht, will wenigstens ich es einmal sagen.

(Günter Rudolph (SPD): Was? Wir haben gar nicht so viel Zeit, alle negativen Dinge aufzuführen! – Axel Wintermeyer (CDU): Verbesserungsvorschläge?)

– Herr Rudolph, Sie sind für jedes Stichwort dankbar. – Die Sportförderung in Hessen ist kein Negativpunkt, sondern sie ist ein Glanzpunkt unseres Landes. Meine Damen und Herren, ich halte das für richtig.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Ich möchte – ich denke, da sind uns wieder alle einig –

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lenken Sie nicht ab!)

meinen Dank ausdrücklich dem Landessportbund und den 8.500 Sportvereinen sagen, die wir in Hessen haben. Das, was sie tagtäglich für diese Gesellschaft leisten, ist hervorragend.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist gut so!)

Deshalb sind unsere Förderung und unser Einsatz für den Sport auch richtig. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Heinrich Heidel (FDP) – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Nie mehr zweite Liga!)

Letzte Bemerkung. In der Debatte ist ein großer und wichtiger Bereich sowohl der Gefahrenabwehr als auch des gesellschaftlichen Zusammenlebens unseres Landes nicht angesprochen worden, nämlich der Brandschutz, der Katastrophenschutz und die Rettungsdienste. Über 80.000 Menschen leisten allein in Hessen ehrenamtlich ihren Dienst im Brandschutz. Ich denke, auch darüber müsste Einigkeit bestehen. Ihnen ebenso wie den Angehörigen der Hilfsverbände, also der Rettungsdienste und des Katastrophenschutzes, ausdrücklich Dank zu sagen und Anerkennung auszusprechen ist mir Verpflichtung. Meine Damen und Herren, das ist notwendig.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Ich hätte es vor drei Wochen nicht für möglich gehalten, dass es in der Bundesrepublik nicht zu schaffen ist, in vier Tagen ganze Gebiete an den Strom anzuschließen. Offenkundig müssen wir da umdenken. Aber ich bin sehr stolz, dass in der Nacht zum Samstag von Hessen über 700 Feuerwehrleute mit über 300 Aggregaten nach Nordrhein-Westfalen gefahren sind und dort wichtigen und unverzichtbaren Dienst geleistet haben. Das ist ein Beispiel herausragender praktischer Hilfe ohne Hauptamtliche. Das haben sie ehrenamtlich gemacht. Meine Damen und Herren, dafür bedanke ich mich.

(Beifall)

Kurzum: Bei der Feuerwehr und dem Katastrophenschutz haben wir eine hervorragende Zusammenarbeit. Dort ist nicht ein Cent gekürzt worden. Es ist eine Förderung auf höchstem Niveau. Sie ist richtig. Ich glaube, wir alle sind zu Dank verpflichtet.

Machen wir einen Strich darunter. Ich denke, zu dem Thema Ballungsraum und vielem anderen wird es Gelegenheit geben, sich an anderer Stelle zu äußern. Ich jedenfalls will mich herzlich bei all denen bedanken, die die wichtige Aufgabe der inneren Sicherheit unterstützen.

Der Kollege Hahn hat vorhin gesagt: Licht und Schatten. – Kein Minister freut sich über alle Artikel. Aber nicht alles, was in der Zeitung steht, ist auch zutreffend.

(Günter Rudolph (SPD): Das gab es früher auch schon! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Und die Friseuse!)

Wenn wir heute, nachdem sich der Rauch ein wenig verzogen hat, einmal gucken, was von diesem Getöse geblieben ist, dann erfreut es mich immer noch nicht, aber dann bleiben die Gewichte richtig: Die innere Sicherheit ist in Hessen in hervorragenden Händen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Meine Damen und Herren, damit liegen in zweiter Lesung zum Einzelplan 03 keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich rufe nun den

Einzelplan 05 – Hessisches Ministerium der Justiz –

auf. Ich gebe Frau Hofmann von der SPD-Fraktion als Erster das Wort. Sie haben zehn Minuten Redezeit angemeldet.

Heike Hofmann (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Einzelplan 05 wird der Bedeutung der Justiz, der dritten Gewalt und ihrem verfassungsgemäßen Auftrag nicht gerecht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir alle wissen, dass mit dem Haushalt 2006 der eingeleitete Stellenabbau in der Justiz – bis 2007/2008 sollen über 800 Stellen in der Justiz abgebaut werden – weiter vollzogen wird. Bereits in der Vergangenheit wurden 212,5 Stellen, wie es so schön heißt, in Abgang gebracht, davon allein 40 Stellen von Richtern und Staatsanwälten.

Hinzu kommen im zukünftigen Haushaltsvollzug 265,5 PVS-Vermerke und 82,5 Planstellen, die zum Wegfall vorgesehen sind und die wiederum mit Staatsanwälten und Richtern besetzt sind.

Hinzu kommen fehlende Landesmittel für Vertretungs- und Aushilfskräfte bzw. entsprechende Beschäftigungsentgelte, die gerade in den Serviceeinheiten nicht mehr zur Verfügung stehen.

Dabei ist doch unbestritten, dass die hessische Justiz für eine effektive Aufgabenerfüllung auch die erforderliche Personal- und Sachausstattung benötigt. Aber nicht nur das: Mit dem drastischen Personalabbau korrespondiert ein immenser Anstieg der Verfahren in den verschiedenen Bereichen, was sich den aktuellen Geschäftszahlen und der Erhöhung der Verfahrensausgaben im Haushalt um 21,75 Millionen € gegenüber dem Vorjahr entnehmen lässt.

Ich greife exemplarisch die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main heraus. Hier sind die Eingangszahlen von 147.404 im Jahr 2002 auf 164.810 im Jahr 2004 gestiegen. Noch eine andere Zahl aus dem Bereich der Amtsgerichte in Zivilprozesssachen: Im Jahr 2002 gab es da 108.948 Eingänge. Diese Zahl ist auf 116.946 im Jahr 2004 gestiegen. Das sind immense Zahlen.

(Norbert Schmitt (SPD): Sie ertrinken in Arbeit!)

Der drastische Personalabbau und der Anstieg der Eingangszahl in den unterschiedlichen Bereichen der Justiz müssen dazu führen – das müsste auch Ihnen, Herr Banz, bekannt sein –, dass die Prozesslaufzeiten zulasten der Bürgerinnen und Bürger länger werden.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Das wollen und können wir von der SPD im Sinne der Justiz eines effektiven Rechtsstaates nicht hinnehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Mit alldem wird das Oberziel des Einzelplans 05 – ich darf zitieren: „eine zeitnahe und qualitativ hochwertige Erledigung gerichtlicher und staatsanwaltschaftlicher Aufga-

ben“ – nicht nur massiv gefährdet, sondern geradezu konterkariert.

(Boris Rhein (CDU): Erzählen Sie doch keine Geschichten, Frau Hofmann! Das stimmt doch nicht!)

Ich möchte noch zwei Aspekte im Personalbereich benennen. Im Fall des Mutterschutzes – hier schreibt § 12 Abs. 3 des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes vor, dass da personeller Ersatz zu schaffen ist – stellt das Justizministerium keinen Ersatz zur Verfügung, sondern weist nur lapidar auf den so genannten Produktivitäts- bzw. Rationalisierungsgewinn hin, der durch die Arbeitszeitverlängerung und die Binnenmodernisierung der Justiz entstanden sei. Die Vertretungsaufgaben müssen in solchen Fällen von dem ohnehin schon stark belasteten Personal mit übernommen werden. Zum Teil müssen ganze Dezernate zeitweilig von anderen Personen mit übernommen werden. Das ist natürlich familien- und frauenfeindlich. Deswegen fordern wir in solchen Fällen vom Justizministerium zumindest eine sachbezogene Einzelfallprüfung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte einen zweiten Aspekt benennen. Wir wissen, die Ausbildungskapazitäten sind in den letzten Jahren zurückgefahren worden. Die Justiz entlässt, wenn sie noch ausbildet, ihr teuer und mit vielen Steuergeldern ausgebildetes Personal auf die Straße und hat dieses Fachpersonal nicht mehr, natürlich auch nicht für die Zukunft.

Ich möchte das exemplarisch am Fall des Amtsgerichts Darmstadt darstellen. Dort hat überhaupt nur ein Drittel des letzten Ausbildungsjahrgangs für Justizfachangestellte einen adäquaten Arbeitsplatz in der freien Wirtschaft gefunden. Deswegen fordern wir als SPD Sie auf, dass Justizfachangestellte, wenn sie nicht übernommen werden, zumindest einen befristeten Vertrag bekommen, damit sie wenigstens etwas Berufserfahrung in der Justiz sammeln können, die für den Arbeitsmarkt sehr wichtig ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, angesichts der desaströsen Haushaltsslage des Landes Hessen, die die CDU gerade durch ihre Ausgabenpolitik verursacht hat und die wir heute Vormittag bereits ausführlich diskutiert haben, haben wir keine Wunschliste vorgelegt – das werden Sie unseren Änderungsanträgen entnehmen –, sondern uns auf wenige Schwerpunkte konzentriert.

Ich möchte einen wichtigen Schwerpunkt benennen. Wir fordern mit unserem Änderungsantrag, dass der Personalstand bei den Staatsanwaltschaften und bei den Amtsgerichten zumindest auf den Iststand von 2003 zurückzuführen ist, weil wir eine effektive Strafverfolgung in Hessen sicherstellen wollen. Sie ist aus unserer Sicht nicht mehr gegeben. Schauen Sie sich allein die Kriminalitätsentwicklung an. Schauen Sie sich z. B. auch die entsprechenden Verfahrensabläufe bei der Staatsanwaltschaft in Darmstadt an. Was sich dort im Moment abzeichnet, ist wirklich desaströs.

Angesichts der Herausforderungen, vor denen die Justiz infolge der Sparzwänge der öffentlichen Haushalte steht, der zunehmenden Komplexität des materiellen Rechts, aber auch der Zunahme europarechtlicher Regelungen bedarf es auch struktureller Veränderungen innerhalb der Justiz. Ich möchte dafür vier Beispiele nennen.

Im Bereich der Betreuung haben wir durch die Reform des Betreuungsrechts zumindest erreicht, insbesondere was die Vergütung der Berufsbetreuer anbelangt, dass wir einen Trend, nämlich den stetigen Anstieg der Betreuungskosten, gestoppt haben. Gegenüber dem Ansatz von 39 Millionen € im Jahr 2005 ist für 2006 ein leichter Rückgang zu sehen.

Der zweite Punkt sind Insolvenzsachen. Da steigen die Zahlen im Haushalt immens an; sie liegen jetzt bei 1.800.000 €. Das korrespondiert natürlich mit dem Anstieg an Verbraucherinsolvenzverfahren. Deshalb fordern wir – das ist ja auf der Bundesebene schon eingeleitet worden – eine dringende Reform der Insolvenzordnung, etwa im Bereich der Verfahrensvereinfachung oder der Umgestaltung des Einigungsversuchs. Das ist dringend vonnöten.

Der dritte Punkt ist die große Justizreform, der wir im Prinzip auch in wesentlichen Punkten zustimmen, etwa im Bereich der funktionalen Zweizügigkeit oder auch im Bereich der Vereinheitlichung und Vereinfachung des Gerichtsverfassungs- und -verfahrensrechts.

Einen vierten Punkt haben wir auch bereits mehrfach stark kritisiert. In der hessischen Justiz hat es infolge Ihrer Politik, Herr Banzer, bzw. durch die Politik Ihres Amtsvorgängers einen starken Rückschritt im Bereich der außergerichtlichen Streitschlichtung gegeben.

(Boris Rhein (CDU): Ach, du liebe Güte!)

So wird die gerichtsnahe Mediation in Hessen nur sehr zögerlich umgesetzt. Die außergerichtliche Streitschlichtung wird durch Ihre Politik geschliffen. Erst in der letzten Plenarsitzung hat die CDU mit ihrer Mehrheit beschlossen, dass die vermögensrechtlichen Streitigkeiten bis 750 € nicht mehr der obligatorischen Streitschlichtung unterliegen.

(Boris Rhein (CDU): Nicht nur die CDU, sondern die überwiegenden Teile der Anzuhörenden!)

Sie beschreiten damit in Hessen einen Sonderweg, der vom Bund auf der Bundesebene nicht mitgetragen wird – im Übrigen auch von keinem anderen Bundesland.

Ich nenne ein weiteres Beispiel. Das Dritte Verwaltungsstrukturreformgesetz hat dazu geführt, dass in weiteren Bereichen die Widerspruchsverfahren abgeschafft worden sind, etwa im Baurecht oder im Immissionsschutzrecht. Daher verzeichnen die Verwaltungsgerichte in Zukunft einen Anstieg an Verfahren.

All diese Punkte tragen nicht zu einer Entlastung der Justiz, zur Herstellung von Rechtsfrieden und natürlich auch nicht zur Förderung einer neuen Streitkultur in unserem Lande bei.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich möchte zum Abschluss noch auf die JVA Hünfeld eingehen, die vorige Woche offiziell eingeweiht worden ist.

(Boris Rhein (CDU): Jetzt kommt einmal etwas Positives, Frau Hofmann, nicht?)

Der Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands hat in seiner Pressemitteilung zu der Einweihung geschrieben, die JVA Hünfeld sei zum Erfolg verdammt. In der Tat ist diese Einrichtung zum Erfolg verdammt. Ich frage mich nur: zu welchem Preis?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Landesregierung musste sich den Standort erst einmal teuer erkaufen. Die Stadt Hünfeld hat für ihre Standortzusage 5 Millionen € und weitere Vergünstigungen bekommen.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist in keiner Berechnung enthalten!)

Da fragt man sich, ob sich die Landesregierung problematische Infrastruktureinrichtungen wie Haftanstalten, psychiatrische Kliniken etc. und auch ihre Durchsetzung erkaufen will. Man fragt sich in der Tat: Ist das die Politik der Landesregierung?

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Frau Hofmann, die von Ihnen gewünschte Zeit ist abgelaufen.

Heike Hofmann (SPD):

Noch kurz zwei Aspekte. Hünfeld ist gegenüber anderen Anstalten privilegiert, was sich an der Belegung zeigt. Zu 50 % wird die Anstalt nur mit arbeitswilligen und arbeitsfähigen Erstverbüßtern belegt; Mörder, Totschläger und Sexualstraftäter werden dort nicht einsitzen. Das verändert natürlich die Belegungsstruktur in den anderen Haftanstalten negativ. Damit hat der Erfolg Hünfelds aus unserer Sicht einen weiteren hohen Preis.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Insgesamt bleibt festzuhalten, dass der Einzelplan der Justiz für das Haushaltsjahr 2006 einer modernen Justiz für Rechtsstaatlichkeit und Bürgernähe nicht gerecht wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Nächste Rednerin ist Frau Beer für die FDP-Fraktion. Sie hat fünf Minuten Redezeit angemeldet.

(Boris Rhein (CDU): Jetzt sag einmal etwas Nettes, Nicola!)

Nicola Beer (FDP):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Boris Rhein, man kann einige nette Kleinigkeiten über den Einzelplan 05 sagen – die Kollegin Hofmann hat das eben anders eingeschätzt –; aber, Herr Justizminister, auch dieser Einzelplan hat Licht und Schatten. Er ist, wenn ich einen Strich darunter ziehe, konzeptionslos, weil er zum Teil dumm kürzt, statt intelligent zu sparen, und weil er leider keine zukunftsweisenden Strukturveränderungen in Angriff nimmt.

Zunächst der freundliche Punkt, der vom Kollegen Rhein gewünscht war, das Licht. Das ist heute Vormittag auch schon kurz angesprochen worden. Zum einen schreitet die Modernisierung der Justiz weiter voran. Die 35 Millionen €, die wir hier investieren, sind gut angelegtes Geld für eine moderne und effektiv arbeitende Justiz, die auch ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entlastet.

Zum anderen ist in unseren Augen, Frau Kollegin Hofmann, die teilprivatisierte Justizvollzugsanstalt Hünfeld ein Erfolg. Sie ist schon ein Erfolg, weil wir, wie ich bei der

Abrechnung der Baukosten sehe, mit den Privaten um 5 Millionen € billiger gebaut haben, als das in staatlicher Obhut der Fall gewesen wäre. Ein Erfolg ist es aber auch, wenn jährlich 660.000 € Betriebskosten eingespart werden. Das ist für uns ein Erfolg. Das sind Einsparungen für die hessischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Es muss aber auch die Personalentwicklung im Auge behalten werden. Ich habe das beim Bund der Strafvollzugsbediensteten schon angekündigt. Hier werden wir keine Taschenspielertricks zulassen, Herr Minister. Hierauf wird das Augenmerk der FDP auch in Zukunft liegen. Schließlich sind diese beiden Projekte, die Modernisierung der Justiz und die JVA Hünfeld, bereits in der Regierungszeit von FDP und CDU auf den Weg gebracht worden und werden von der CDU lediglich weiterverfolgt.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, größer ist der Bereich, der Schatten wirft. Die Kürzungen bei den Richterinnen und Richtern sowie beim nicht richterlichen Personal ist schon angesprochen worden. Auch wir halten dies für dumm gespart statt intelligent gekürzt, denn bei steigenden Eingangszahlen und bei den großflächigen Streichungen der Widerspruchsverfahren bzw. der Abschaffung des Devolutiveffekts im Widerspruchsverfahren werden auf die Verwaltungsgerichte zusätzliche Verfahren zukommen. Hierfür ist in Ihrem Haushalt keinerlei Vorsorge getroffen worden, Herr Minister. Im Gegenteil, der Effekt wird sein, dass dies der Bürger mit längeren Verfahren bezahlen muss. Das heißt, er kommt später zu seinem Recht, will heißen, er kommt später zu seinem Geld.

(Beifall bei der FDP)

Leider werden keinerlei zukunftsweisende Strukturen geschaffen, obwohl wir als FDP-Fraktion schon mehrfach sofort umsetzbare Vorschläge hierzu gemacht haben. Der erste Punkt betrifft die Einführung eines zentralen elektronischen Schuldnerverzeichnisses. Ich frage Sie allen Ernstes, Herr Kollege Rhein: Wer kann etwas dagegen haben, endlich ein zentrales elektronisches Schuldnerverzeichnis in Hessen einzurichten, statt 46 Karteikästen an 46 Amtsgerichtsstandorten zu führen?

(Beifall bei der FDP)

Wir haben die Einrichtung eines solchen Verzeichnisses im Hessischen Landtag bereits im Jahr 2003 beschlossen, und zwar mit den Stimmen aller Fraktionen. Nun ist sogar die Justizministerkonferenz – siehe deren Beschluss vom November – so weit, unsere Position zu unterstützen. Trotzdem wird im Einzelplanentwurf keinerlei Vorsorge getroffen, dies in Hessen endlich umzusetzen. Wir werden Ihnen mit einem Änderungsantrag helfen. Ich hoffe sehr, dass die CDU-Fraktion die Größe hat, ihrem Justizminister hier unter die Arme zu greifen.

(Beifall bei der FDP)

Zweitens. Wir setzen uns nach wie vor für eine zügigere Vollstreckung rechtskräftiger Urteile ein, die mit einer Entlastung des Landeshaushalts in einer Größenordnung von ca. 20 Millionen € pro Jahr einhergehen kann. Ich nenne das Stichwort Privatisierung des Gerichtsvollzehwesens. Herr Minister, wir möchten, dass Sie diese Privatisierung im kommenden Jahr engagiert angehen und damit die Position, die mittlerweile von der Justizministerkonferenz unterstützt wird, entsprechend umsetzen.

(Beifall bei der FDP)

Wir werden einen Änderungsantrag einbringen, der diesen wichtigen Punkt auch in den Fachzielen verankert – quasi als Auftrag an Ihre Verwaltung, damit im Jahre 2006 die Umsetzung endlich erfolgt.

(Beifall bei der FDP)

Der dritte Punkt betrifft die Einrichtung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Wirtschaftsstrafsachen. Ich kann absolut nicht nachvollziehen, Herr Kollege Rhein, warum sich die CDU in diesem Land dem derart vehement widersetzt. Es geht darum, mit spezialisierten Staatsanwältinnen und Staatsanwälten zu zusätzlichen Vermögensabschöpfungen, zu zusätzlichen Geldbußen zu kommen. Wir haben Ihnen in einem sehr, sehr detaillierten Konzept vorgerechnet, dass es hier zu einer Nettomehrerstattung von 11 Millionen € im Jahr kommen könnte. Das können Sie mit Ihrer Eingreifreserve nicht leisten. Die ist nicht so spezialisiert, die wird in allen möglichen Bereichen eingesetzt, wo Not am Mann oder an der Frau ist. Von daher sagen wir nach wie vor: Es ist wichtig, auch die Weiße-Kragen-Kriminalität in Hessen effektiv zu verfolgen. Das ist wichtig für den Finanzstandort Hessen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Frau Beer, Sie müssten zum Ende kommen, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Nicola Beer (FDP):

Ich ziehe ein Fazit. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt viele Ansätze, den Einzelplan 05 strukturell besser aufzustellen. Sie werden aufgrund der Änderungsanträge der FDP-Fraktion Gelegenheit haben, das zu tun. Ergreifen Sie diese Chance – vor allem, um den Haushalt verfassungskonform zu machen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Nächster Redner ist Herr Rhein für die Fraktion der Union. Sie haben zehn Minuten Redezeit.

Boris Rhein (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem Justizhaushalt für das Jahr 2006 treten wir den Beweis an, dass die Justiz bei dieser Landesregierung und bei dieser CDU-Landtagsfraktion oberste Priorität genießt.

Frau Kollegin Hofmann, es wäre schon gut, wenn Sie die Grandezza besäßen, zumindest anzuerkennen, was wir für die Justiz leisten. Frau Beer hat wenigstens differenziert und gesagt, es gebe Licht und Schatten. Aber es gibt in diesem Entwurf natürlich mehr Licht. Das ist überhaupt keine Frage.

(Beifall bei der CDU)

Wir schaffen die zahlenmäßige Grundlage für eine Justizpolitik im Jahr 2006, die sich seit 1999 nachhaltig und grundlegend positiv entwickelt hat. Sie wurde von Minister Christean Wagner entwickelt und wird von Minister Jürgen Banzer positiv weitergeführt. Wir sollten die Kirche im Dorf lassen, liebe Kollegin Hofmann. In Ihrer Re-

gierungszeit hat die Justiz wirklich ein Schattendasein gefristet. Unter Ihrer Landesregierung war die Justiz bestenfalls ein Stiefkind.

(Beifall bei der CDU)

Frau Kollegin Hofmann, bei aller persönlichen Sympathie, die ich für Sie habe

(Zurufe: Oh!)

– das gilt im Übrigen auch für die vollzugspolitische Sprecherin Ihrer Fraktion, Frau Faeser; ich habe große Sympathien für Sie beide –

(Zurufe: Oh!)

bin ich schon ein bisschen erstaunt über die große Geste, mit der Sie Ihre Rede gehalten haben; denn die Anträge, die Sie vorgelegt haben, und das, was Sie zum Haushalt gesagt haben, waren substanziell. Es tut mir schrecklich Leid: Das waren Luftnummern, das waren Luftbuchungen.

(Zurufe von der SPD)

Die CDU-Landtagsfraktion und der CDU-Justizminister sind in Fragen des Justizvollzugs führend. Wir nehmen eine Vorreiterrolle bei der Modernisierung der Justiz ein. Wir sind Schrittmacher bei etlichen wegweisenden justizpolitischen Projekten, für die der Haushalt 2006 das Fundament gießt.

Wir haben mit einem finanziellen Kraftakt – Frau Kollegin Beer hat darauf hingewiesen – ein Projekt von Schwarz-Gelb fortgeführt. Die schwarz-gelbe Koalition war eine tolle Koalition. Wir haben im Rahmen eines Investitionsprogramms im Umfang von über 88 Millionen € in den vergangenen Jahren eine umfassende Modernisierung der Justiz durchgeführt – für mehr Bürgernähe, für schnellere Arbeitsabläufe, für bessere Arbeitsbedingungen. Wir werden diese Offensive mit dem neuen Haushalt bis Ende 2006 zum planmäßigen und erfolgreichen Abschluss führen.

Ich will nur einige Punkte aufzählen: einheitliches Dokumentenmanagement, elektronisches Grundbuch, elektronisches Handelsregister, Vereinsregister im Internet, Einsatz modernster Videotechnik und die Ausstattung von bislang 8.000 Arbeitsplätzen bei Gerichten, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsanstalten mit modernster EDV. Es handelt sich um eine Investitionssumme von bislang 50 Millionen €. Im Haushaltsplan für 2006 stehen für die weitere Modernisierung insgesamt über 8,7 Millionen € zur Verfügung.

Für die EDV-Ausstattung stehen 26 Millionen € zur Verfügung. Wir treiben die Verbesserung der EDV-Ausstattung mit einem Mittelvolumen von über 35 Millionen € auch im Jahre 2006 konsequent voran. Wir sind stolz darauf, dass wir das so gemacht haben und dass wir dieses Projekt gemeinsam mit der FDP begonnen haben. Wir sind darauf nicht nur stolz, sondern all denen in der Justiz dankbar, die das durch ihren wirklich tollen Einsatz erst möglich gemacht haben. Für diesen Einsatz sagt die CDU-Landtagsfraktion ein ganz herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Wir werden es im Vollzug des Haushalts 2006 schaffen, alle 120 hessischen Gerichte, Staatsanwaltschaften und Vollzugsanstalten mit vernetzter EDV sowie mit Fach- und Kommunikationssoftware auszustatten. Es handelt sich dabei um 12.000 Arbeitsplätze. Das muss man sich

einmal vorstellen. Das ist eine Herkulesaufgabe. Ich bin mir sicher, Frau Kollegin Hofmann, jetzt haben Sie die Grandezza, zu sagen: Dieses Erfolgsprojekt ist mit einem Namen verbunden, nämlich mit dem Namen des früheren Justizministers Dr. Christean Wagner. – Ich glaube, dass Sie das so sehen werden.

(Beifall bei der CDU – Reinhard Kahl (SPD): Weihrauch!)

Der Haushalt 2006 legt die Grundlage dafür, dass der hessische Justizvollzug auch weiterhin Maßstäbe setzt. Wir haben mit der Inbetriebnahme der JVA Hünfeld bundesweit Maßstäbe gesetzt. Das kann niemand ernsthaft bestreiten.

Wenn ich schon dabei bin – leider ist Jürgen Walter jetzt nicht da –: Wir müssen mit den Falschmeldungen, die er in seiner Rede eben abgelassen hat, aufräumen. Es ist doch Unsinn, was Jürgen Walter zum Thema Personal erzählt hat. Fakt ist doch, dass zu keiner Zeit in Hessen so viel Personal im Justizvollzug vorhanden war. Fakt ist, dass 2.057 Stellen zur Verfügung stehen. Fakt ist, dass im letzten Haushalt, den Rot-Grün zu verantworten hatte, 1.970 Stellen ausgewiesen waren.

(Zurufe von der SPD)

Fakt ist, Frau Kollegin Faeser – Sie haben die Falschmeldung mit produziert –, dass teilweise nur 1.750 Stellen besetzt waren. Ist das die Wahrheit, oder ist das nicht die Wahrheit, Frau Kollegin Faeser? – Es ist die Wahrheit.

(Zurufe von der SPD)

Das war der Fall – bei 1.000 Gefangenen mehr und 600 Haftplätzen weniger. Das ist die Wahrheit, Frau Kollegin Faeser. Ich bitte Sie – ich weiß, dass Sie dazu bereit sind –, zur Wahrheit zurückzukehren. Sie wissen, wie die Wirklichkeit aussieht.

Fakt ist darüber hinaus, dass Hessen beim Verhältnis der Zahl der Gefangenen zur Zahl der Vollzugsbediensteten im Jahr 2000 noch auf Platz neun im Bundesvergleich war und dass Hessen inzwischen auf Platz sieben ist. Daran können Sie ersehen, dass im Justizvollzug in diesem Lande viel passiert. Hören Sie also auf, den Leuten falsche Dinge zu erzählen, Falschmeldungen in die Gegend zu stellen. Es ist im Grunde genommen für Sie selbst demaskierend, was Sie tun. Deshalb bringt es auch nichts.

Jetzt will ich etwas zur Personalsituation in Hünfeld sagen. Für den Personalbedarf stehen 116 Planstellen mit einem Volumen von 3,6 Millionen € zur Verfügung. Zugemebenermaßen waren 2,2 Millionen € im Haushalt 2005 ausgewiesen, 1,4 Millionen € stehen in diesem Haushaltplanentwurf. Wir haben auch eine bedarfsgerechte Erhöhung der Mittel für die Betreibergesellschaft in diesem Haushalt vorgenommen. Damit steht dem hessischen Justizvollzug eine der modernsten und sichersten Justizvollzugsanstalten zur Verfügung, die in Fragen der Wirtschaftlichkeit deutschlandweit ihresgleichen sucht.

Mit Hünfeld haben wir ein zentrales Anliegen unserer Vollzugspolitik erfüllt. Mit Hünfeld ist endgültig Schluss mit den inakzeptablen Überbelegungszahlen, die Sie in Ihrer Regierungszeit verursacht haben. Das ist gut für die Sicherheit der Bevölkerung, der Bediensteten und auch der Insassen.

Nur an wenigen Stellen wird es derart plastisch, dass die Bürgerinnen und Bürger für ihr gutes Geld gute Politik bekommen. Denn der hessische Justizvollzug ist heute so sicher, wie er es nie zuvor in seiner Geschichte gewesen

ist. Das ist so, weil wir ein besonderes Augenmerk auf den Justizvollzug legen.

Wir haben den Justizvollzug in allen Belangen neu ausgerichtet, modern gemacht, sicher aufgestellt, indem wir ein einheitliches Vollzugskonzept erarbeitet haben, uns dem Jugendvollzug in besonderer Weise widmen und mehr Ausbildungs- und Qualifizierungslehrgänge anbieten. Ich habe es eben gesagt: Zu keiner Zeit stand in den Anstalten so viel Personal zur Verfügung. Weil das Geld für engmaschige Untersuchungen und Kontrollen zur Verfügung steht,

(Heike Hofmann (SPD): Das stimmt doch überhaupt nicht!)

gibt es so wenige Entweichungen,

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sehr gut!)

so wenig Lockerungsmissbrauch, so wenige Verdachtsfälle von Straftaten außerhalb der Anstalten und so viel Sicherheit im hessischen Justizvollzug wie nie zuvor.

(Beifall bei der CDU – Reinhard Kahl (SPD): Glauben Sie alles, was Sie da sagen?)

An dieser Stelle ist es mir schon sehr wichtig, meinem Kollegen Gerling, Frankfurt-Zeilsheim, ein ganz freundschaftliches und freundliches Dankeschön – Herr Kollege Gerling, hören Sie mich? – zuzurufen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Denn es ist natürlich auch die Arbeit unseres justizvollzugspolitischen Sprechers Alfons Gerling, die es erst möglich gemacht hat, dass der Justizvollzug so dasteht.

(Beifall bei der CDU – Reinhard Kahl (SPD): Jetzt müssten Sie sich aber noch selbst loben!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Ihre Haushaltspolitik besteht aus Taschenspielertricks. Unsere Maximen sind Seriosität und Machbarkeit. Wir versprechen nichts, was wir nicht halten können.

(Lachen des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

– Herr Kahl, das unterscheidet uns im Übrigen eklatant von Ihnen. Ich weiß, das macht Ihnen Freude, aber das unterscheidet uns eklatant.

(Reinhard Kahl (SPD): Nein, da müssen Sie selbst lachen!)

Aber wir sorgen dort, wo es notwendig ist, für Verbesserungen. Dazu möchte ich Ihnen drei Punkte nennen, auch wenn die Anträge, die wir eingebracht haben, erst in der dritten Lesung beraten werden.

Das betrifft erstens die Hebung von neun Geschäftsleiterstellen bei den Staatsanwaltschaften von A 12 auf A 13 – weil sich ihr Verantwortungs- und Aufgabenbereich erheblich verändert hat und weil ohne sie und ihre Arbeit die Modernisierung des Justizvollzugs nicht möglich ist.

Zweitens wissen Sie, dass wir bei den Sozialgerichten massive Eingangssteigerungen haben. Das Stichwort dazu ist natürlich „Hartz IV“. Hier werden wir dafür sorgen, dass zusätzlich vier R-1-Stellen nebst Servicepersonal in den Haushaltplan aufgenommen werden.

Schließlich brauchen die Arbeitsgerichte – sie leisten eine exzellente Arbeit –

(Wortmeldung der Abg. Nancy Faeser (SPD))

– Wenn Sie eine Kurzintervention machen wollen, Frau Kollegin Faeser, dann sollten Sie mir wenigstens jetzt noch zum Abschluss zuhören. Das bietet sich vielleicht an.

Ich war bei den Arbeitsgerichten stehen geblieben. – Ach so, Sie wollen keine Kurzintervention machen? Schade, darüber hätte ich mich gefreut.

Die Arbeitsgerichte haben eine exzellente Erledigungszahl, aber sie haben exorbitante Altbestände. Deswegen sagen wir, wir brauchen zusätzlich drei R-1-Stellen, auch hier nebst Servicepersonal.

Ich glaube, diese Anträge sind berechtigt. – Wunderbar, Frau Kollegin Faeser, ich freue mich schon auf diese – jedenfalls verbale – Auseinandersetzung mit Ihnen.

(Allgemeine Heiterkeit und Zurufe)

Ich hoffe, Sie springen jetzt über Ihren Schatten, korrigieren den Wortbeitrag der Kollegin Hofmann und teilen mit, dass Sie wenigstens dem Einzelplan 05 zustimmen werden. – Ich danke Ihnen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Meine Damen und Herren, einen Augenblick. Da die Geschäftsführer nichts anderes vereinbart haben, lasse ich diese Kurzintervention zu.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr gut!)

Frau Faeser, bitte sehr, Sie haben das Wort.

Nancy Faeser (SPD):

Frau Präsidentin, herzlichen Dank. – Lieber Herr Kollege Rhein, die Sympathie

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

– das sage ich ganz offen – teile ich ja. Doch gibt es ein großes Aber. Lieber Herr Kollege Rhein,

(Reinhard Kahl (SPD): Noch mal?)

Ihre Zahlen werden nicht dadurch besser, dass Sie sie ständig wiederholen.

(Beifall bei der SPD)

Ich nenne Ihnen die Zahlen. Sie reden immer von offiziellen 2.057 Stellen, die es im Justizvollzug angeblich gibt. Meine Damen und Herren, ausweislich der Zahlen aus Ihrem Hause

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Lächeln!)

gibt es 1.822 Stellen. Das wissen die Bediensteten draußen, und das wird nicht besser, wenn Sie hier ständig das Falsche behaupten. Das ist ein Schlag ins Gesicht aller Bediensteten, die im Moment mit der Unterbesetzung in den Justizvollzugsanstalten zu kämpfen haben.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Lächeln!)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Rhein, Sie haben das Wort zur Erwiderung.

Boris Rhein (CDU):

Frau Kollegin Faeser,

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Keine Liebeserklärung!)

auch diese Kurzintervention wird mein Verhältnis zu Ihnen nicht trüben.

(Allgemeine Heiterkeit – Beifall bei der CDU und der FDP)

Getrübt aber ist jedenfalls Ihr Verhältnis zu Zahlen, und deswegen will ich es nochmals vortragen. Das muss einfach ins Protokoll.

Ich sage nochmals: Fakt ist, wir hatten noch nie so viel Personal in den Justizvollzugsanstalten wie heute. Im Haushalt 2005 waren es 2.057 Stellen – hören Sie zu –, tatsächlich besetzt 1.922.

Im Haushalt 1998/99 waren es 1.970 Stellen, tatsächlich besetzt 1.750.

Natürlich ist eines richtig: Zu keiner Zeit sind sämtliche im Haushalt ausgebrachten Stellen besetzt.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das geht ja gar nicht!)

Das geht ja gar nicht, das müssen Sie als Juristin doch wissen. Denn aus rechtlichen Gründen – etwa wegen Erziehungsurlaub, Wehrdienst, Ausbildungszeiten oder Besetzungsverfahren – müssen Stellen freigehalten werden. Aber lassen Sie sich das nochmals auf der Zunge zergehen: Haushalt 2005, unser Haushalt: 2.057 Stellen, tatsächlich besetzt 1.922 Stellen; Haushalt 1998/99 – nur, damit es nochmals festgestellt wird –: 1.970 Stellen, davon tatsächlich besetzt 1.750 Stellen.

Ich sage auch das nochmals: das zu einem Zeitpunkt, als 1.000 Menschen mehr in den Gefängnissen waren und 600 Haftplätze weniger existierten. Das ist doch die Realität. Bitte schön, ich glaube, das sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

Darüber hinaus glaube ich, jetzt sind wir wieder freundlich miteinander. – Ich bedanke mich ganz herzlich.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Wir freuen uns ja alle über diese Dauernebenkoalition, das ist ja wunderbar, Herr Rhein.

Meine Damen und Herren, als Nächster hat für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Dr. Jürgens fünf Minuten Redezeit angemeldet.

Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Haushalt des Justizministers ist noch nicht vollständig als Produkthaushalt ausgewiesen. Aber Sie haben erstmals ein politisches Oberziel formuliert, und daran musste ich denken, als Herr Rhein gesagt hat, Sie wollten nichts versprechen, was Sie nicht halten können. Dort findet sich der bemerkenswerte Satz, den ich einmal zitieren möchte: „Die Voraussetzungen für eine zeitnahe und qualitativ hochwertige Erledigung gerichtlicher und staatsanwaltschaftlicher Aufgaben werden nachhaltig gesichert.“

Herr Rhein, das ist in der Tat ein Versprechen, das jedoch auf den nachfolgenden 250 Seiten des Haushalts nachhaltig gebrochen wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn die Justizbediensteten dies lesen, muss es ihnen wie Hohn in den Ohren klingen, da auf der einen Seite Personalabbau betrieben wird, auf der anderen Seite die Aufgaben immer weiter steigen. Das ist eine nachhaltige Gefährdung der Funktionsfähigkeit der Justiz, nichts anderes.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Das haben Sie als CDU-Fraktion zumindest in einem kleinen Teilbereich auch selbst mitbekommen und versuchen, jetzt die Notbremse zu ziehen. Denn Sie korrigieren bei der Sozial- und bei der Arbeitsgerichtsbarkeit den Stellenplan selbst. Sie haben also gesehen, das läuft in die falsche Richtung. Sie sollten hier nicht in Trippelschritten, sondern mutig vorangehen, damit die Funktionsfähigkeit der Justiz tatsächlich nachhaltig gesichert wird.

Es gibt verschiedene andere Dinge, die im Zusammenhang mit dem Produkthaushalt für die Gerichtsbarkeiten zumindest offen sind. Es sollen Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen ausgewiesen werden. Da stellt sich natürlich die Frage: Was soll das für die Justiz eigentlich sein?

Ist ein kurzer Prozess immer ein guter Prozess? – Ich glaube, nicht.

Was ist z. B. mit der Kundenzufriedenheit, die ausgewiesen werden soll? Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir die Kundenzufriedenheit an der Zufriedenheit des verurteilten Täters messen können – eher schon an der Genugtuung des Opfers; aber auch das ist immer nur die halbe Wahrheit. Wenn beispielsweise ein Gläubiger und ein Schuldner vor Gericht streiten, dann wird der eine mit dem Ergebnis zufrieden sein, der andere unzufrieden. Bei wem messen Sie dann die Kundenzufriedenheit?

Ich erwähne das deswegen, weil ich damit deutlich machen will, dass hier offenbar ein System übergestülpt wird, das für die Justiz wahrscheinlich nicht so gut geeignet ist.

In unseren Änderungsanträgen zum Einzelplan 05 haben wir Ihnen einige Vorschläge unterbreitet, von denen wir hoffen, dass sie auch Ihre Zustimmung finden. Nach der Rede von Frau Zeimetz-Lorz vorhin müsste ich eigentlich bei mindestens einem sicher sein können, dass Sie dem zustimmen können – es geht nämlich um das Thema Stalking.

In Sonntagsreden hat der bisherige Justizminister immer gesagt, es gehe um eine Verbesserung der Situation der Opfer von Stalking. Allerdings hat er in der Praxis in Hessen nichts dafür getan, damit sich dort tatsächlich etwas ändert. Das wollen wir jetzt vom Kopf auf die Füße stellen und dafür sorgen, dass tatsächlich in Hessen etwas geschieht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Zeimetz-Lorz hat den jüngsten Fall in Kempten angesprochen; dort wurde der Stalker verurteilt. Es war also nicht das Problem, dass das Strafrecht mangelhaft war. Das Strafrecht hat ausgereicht, ihn zu einer Freiheitsstrafe von 14 Monaten zu verurteilen. Allerdings hat ihn das nicht davon abgehalten – es war eine Bewährungsstrafe –, seine Frau hinterher umzubringen.

Das heißt, wir haben doch vor allem Probleme, in diesem Bereich zu erforschen, wie Menschen eigentlich zu Stalkern werden. Was geht in diesen Personen vor? Dann könnten wir gezielter darauf einwirken. Das ist das Hauptproblem. Und vor allem: Wie können wir die Fortbildung steigern, usw.?

Hier in Hessen gibt es in einem psychologischen Institut eine international anerkannte Arbeitsgruppe mit Prof. Voß, die sich mit genau diesem Thema beschäftigt. Wir wollen, dass auch das Land Hessen endlich seiner Verantwortung gerecht wird und dieses Institut entsprechend fördert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte noch einen zweiten Punkt ansprechen. Für uns endet Resozialisierung nicht an der Pforte des Gefängnisses, die sich hinter dem entlassenen Gefangenen schließt. Deswegen sind wir dafür, dass in Hessen eine Haftentlassenenhilfe tatsächlich wieder Chancen hat, zu wirken. In Hessen gibt es insgesamt 20 Einrichtungen, die sich darum kümmern und die bisher ohne jeglichen Landeszuschuss auskommen müssen, seit er ihnen in der „Operation düstere Zukunft“ gestrichen wurde.

Wir meinen, Haftentlassenenhilfe dient der Vermeidung von Rückfällen und damit der Sicherheit. In Hessen werden immer mehr Gefangene ohne ausreichende Vorbereitung entlassen. Wir wollen, dass wenigstens die nachsorgende Hilfe sie dann unterstützen kann, sich straffrei zu führen. Damit wird der Sicherheit der Bevölkerung gedient.

Das sind unsere Anträge, und wir bitten um Zustimmung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Vielen Dank, Herr Dr. Jürgens. – Nun hat Herr Staatsminister Banzer das Wort.

Jürgen Banzer, Minister der Justiz:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, ich bin gut beraten, in den ersten Tagen – Herr Walter, Sie sprachen von 100 Tagen – –

(Jürgen Walter (SPD): Hier sind es meistens weniger, Herr Banzer!)

– Ich merke, das geht hier schneller. Hier wird sogar daran gekürzt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir müssen sparen! – Heiterkeit)

Jetzt verstehe ich, was Sie unter „Aktion düstere Zukunft“ verstehen.

(Norbert Schmitt (SPD): Die Landesregierung hat in der Tat eine düstere Zukunft! – Gegenruf des Abg. Boris Rhein (CDU): Eine hellere als Sie!)

Da passt der Begriff wahrscheinlich. Ich dachte eher, Sie hätten an meine gedacht, aber da bin ich ganz optimistisch.

Ich denke, ich bin gut beraten, heute keine abschließende Würdigung oder eine Konzeption für das Justizministerium abzugeben. Aber was ich schon nach drei Wochen sagen kann, ist, dass ich auf sechs Jahre ideenreiche, verlässliche und innovative Justizpolitik in Hessen aufbauen

kann. Deswegen gibt es für mich allen Grund, mich bei meinem Vorgänger, Herrn Dr. Wagner, sehr herzlich zu bedanken.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weihrauch!)

Die Menschen in unserem Land werden die Justizpolitik der Hessischen Landesregierung auch in Zukunft an drei Grundlinien erkennen, zum Ersten an der kraftvollen Unterstützung einer selbstbewussten und unabhängigen Justiz, zum Zweiten an einem konsequenten, sicheren und gleichzeitig innovativen Justizvollzug und zum Dritten an einer sensiblen Rechtspolitik, die weiß, dass Rechtspolitik Gesellschaftspolitik ist.

Eine unabhängige kompetente und effektive dritte Gewalt ist eines der wichtigsten Rechtsgüter der staatlichen Gemeinschaft. Schutz und Förderung von Unabhängigkeit und Effektivität sind für die Hessische Landesregierung kein Lippenbekenntnis. Ich bin deswegen sehr froh, dass man hier von Anfang an darauf gesetzt hat, dass die Justiz darauf angewiesen ist, einen Modernitätsprozess erleben zu können und auch – das kann man inzwischen sagen – in die Zielgerade dieses Modernisierungskonzepts einzutreten. Die 35 Millionen €, die jetzt für das Jahr 2006 vorgesehen sind, werden den letzten Schub für diese Modernisierung ermöglichen. Was mich besonders gefreut hat, als ich die Zahlen zum ersten Mal anschaut, war auch, dass deutlich wird, dass dies keine einmalige Aktion ist, sondern ein nachhaltiges Modernisierungskonzept.

Ich glaube, dass es auch für das Selbstbewusstsein und Selbstverständnis der Justiz wichtig ist, dass sie auf gleicher Augenhöhe mit den freien Berufen und der Wirtschaft agieren kann. Das war nicht immer so. Früher war es doch die typische Erwartungshaltung, die man als Anwalt hatte, wenn man ins Gericht ging, dort noch die Technik anzutreffen, die man zehn Jahre vorher in der eigenen Kanzlei hatte. Jetzt sind die Richter mit entsprechenden Möglichkeiten ausgestattet. Das ist auch nicht selbstverständlich, aber bemerkenswert und zeigt, welcher Geist in der hessischen Justiz herrscht. Es wird auch von diesen Instrumenten und Möglichkeiten wie selbstverständlich Gebrauch gemacht. Die Zufriedenheit und auch schon ein bisschen Stolz über die Möglichkeiten, die dort bestehen, waren spürbar. Ich konnte ja die ersten Besuche bei den Gerichten machen und habe an dieser Stelle insbesondere viel Genugtuung und viel Selbstbewusstsein erlebt und habe auch die Versicherung bekommen, dass diese Instrumente wirkungsvoll eingesetzt werden. Ich glaube, dass das auch für den Landtag ein wichtiger Befund ist, dass das Geld, das von Ihnen bereitgestellt wurde, ganz offensichtlich vernünftig und sinnvoll eingesetzt wurde.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Auch wenn die Justiz eine besondere Rolle für das Funktionieren unserer Gesellschaft hat und es gerade in Zeiten, in denen so viel Bewegung ist, besonders darauf ankommt, dass die dritte Gewalt eine verlässliche Instanz für die Menschen ist, kann sie sich nicht von den Gesamtumständen unserer Gesellschaft frei machen. Es kann nicht einen Bereich geben, in dem keine finanziellen Probleme herrschen. Es ist auch klar, dass Justiz wie alle anderen kein Wunschkoncert ist.

Natürlich würde ich, wenn ich jeden Richter frage, ob er noch Stellen haben wolle und ob es nicht noch Aufgaben gäbe, in denen etwas sinnvoll wäre, eine bejahende Antwort bekommen, die selbstverständlich und nicht einmal

falsch ist. Aber es kommt darauf an, in Zeiten schwieriger Umstände so zu sparen, dass das Funktionieren des Systems nicht gefährdet ist und für alle Beteiligten eine Perspektive besteht. Auch dies konnte ich in den Gesprächen mit der Justiz feststellen: dass dort diese berechenbare Dimension der Personalbewirtschaftung sehr hoch angehoben und akzeptiert wird und dass man sich darauf einstellen kann.

Ich bin der CDU-Fraktion sehr dankbar, dass sie an Stellen, in denen es besonders schwierig ist – Arbeitsgerichtsbarkeit, Bereiche der Sozialgerichtsbarkeit –, durch ihre Anträge hilft. Die Arbeitsrichter haben in ihren Erledigungszahlen, bei denen sie in Deutschland mit an der Spitze liegen, nachgewiesen, dass sie leistungsbereit und leistungsfähig sind. Aber der Abbau der Vorbelastungen verlangt einfach, dass wir mehr Personalkapazitäten zur Verfügung stellen.

Zur Sozialgerichtsbarkeit muss man nicht viel sagen. Jeder weiß, was in den letzten Jahren hier geschehen ist. Dass sich das natürlich auch in entsprechenden Eingangszahlen niederschlagen muss, ist selbstverständlich. Ich war sehr beeindruckt – das darf ich an dieser Stelle auch sagen –, mit welch hoher Innovationsbereitschaft gerade die Sozialgerichte mit dem schweren Arbeitsanfall umgehen, wie sie auch ihre Erledigungszahlen gesteigert haben und wie aufgeschlossen sie sind, trotz dieser hohen Belastung innovative neue Konzepte zu verwirklichen. Ich glaube, dass gerade deswegen in diesem Bereich das Signal, neue Richterstellen zur Verfügung zu stellen, wenn der Landtag dies beschließt, als eine besondere Motivation verstanden wird und dass diese Stellen sehr vernünftig eingesetzt würden.

Natürlich wäre es schön, zusätzliche Staatsanwaltschaftsstellen zu bekommen. Auch da würde kein Staatsanwalt widersprechen. Wir sind aber eben eingebunden in eine Gesamtkonzeption. Deswegen glaube ich, dass es wichtiger ist, auch angemessen im Gesamtzusammenhang des Haushalts etwas im Bereich der Staatsanwälte zu tun. Wir sollten wieder beginnen, die Institution des Ersten Staatsanwalts einzurichten. Es ist auch ein wichtiges Zeichen, dass im Bereich der Geschäftsstellen der Staatsanwaltschaften etwas passiert. Gerade dort wird ein wesentlicher Teil des Geschäfts mitgetragen. Wenn dort die Abläufe optimiert werden können, hilft es allen, die in diesem Bereich tätig sind.

Besonders dankbar bin ich natürlich auch als neuer Justizminister, dass mit der Einweihung der Justizvollzugsanstalt Hünfeld insbesondere – das muss man an erster Stelle sagen – 502 neue Haftplätze geschaffen wurden. Das ist ja das Entscheidende.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

In Zeiten erheblicher finanzieller Schwierigkeiten ist diese Investition, die in der Dimension erheblich war, auch wenn sie günstiger wurde, als vorher kalkuliert wurde, die wichtigste Voraussetzung dafür, dass es in den Justizvollzugsanstalten so zugeht, wie wir das alle wollen. 502 Plätze führen dazu, dass 502 Überbelegungen abgebaut werden konnten. Wir nähern uns inzwischen dem, was Konzept der Hessischen Landesregierung war, nämlich zu einer hundertprozentigen – da muss man wissen, dass 100 % schwierig zu erreichen sind, weil es auch jeweils passen muss –, also zu einer entsprechenden Kapazität in diesem Bereich zu kommen. Wenn dies so geschieht, dass es unter allen wirtschaftlichen Kriterien als

besonders sparsam und als besonders erfolgreich angesehen werden kann, wenn uns andere Bundesländer darum beneiden, zu uns kommen und sich das anschauen, sogar Delegationen aus dem Ausland, können wir doch stolz darauf sein und müssen nicht wieder einmal in typisch deutscher Manier überlegen, was denn daran falsch sein könnte.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Die Besorgnisse, die vielleicht der eine oder andere hatte, dass bei den Funktionen des Staates dort, wo er gegenüber dem Gefangenen hoheitlich auftritt, irgendwelche Grenzen verwischt worden wären, kann man, wenn man sich mit der Sache genau beschäftigt, nicht aufrechterhalten.

(Nancy Faeser (SPD): Das werden wir sehen!)

Ich glaube, das ist ein wichtiges Prinzip. Das wollen wir auch einhalten. Darauf werde ich auch achten. Das ist wesentlich, weil natürlich der finanzielle Effekt nur einer der Effekte ist, um die es geht.

Jeder, der es sich anschauen konnte, musste ja dort nicht unbedingt übernachten. Mein Ergebnis zu dem Punkt war auch: Einmal und nie wieder; das reicht für alle Zeiten.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kann ja auch unfreiwillig passieren! – Heiterkeit)

– Ja. Sie sollten sich da nicht irgendwie positiv gestimmt dazu äußern. – Das ist alles nicht so unproblematisch. Auch da muss ich sagen: Das ist nicht komfortabel, aber auch nicht inhuman, sondern das ist dieser Aufgabe angemessen. Das wollten wir mit diesem Besuch auch deutlich machen. Das sollte kein Klamauk und keine Aktion sein, die falsch verstanden werden kann, sondern es ist – das haben auch die Journalisten, die dabei waren, bestätigt – eine dieser Aufgabe angemessene Konzeption. Auch insoweit bedanke ich mich für diese gute Idee, verehrter Herr Vorgänger, verehrter Herr Fraktionsvorsitzender.

Ich habe den Eindruck, dass das Justizministerium die Aufgaben in der Vergangenheit sehr umsichtig gelöst hat. Die Dinge, die jetzt neu auf uns zukommen werden, werden wir neu zu konzipieren haben. Ich freue mich auf diese Arbeit. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank, Herr Staatsminister Banzer. – Meine Damen und Herren, es liegen zum Einzelplan 05 keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist dieser Einzelplan verhandelt worden.

Ich rufe

Einzelplan 06 – Hessisches Ministerium der Finanzen –
in Verbindung mit

Einzelplan 17 – Allgemeine Finanzverwaltung – und
Einzelplan 18 – Staatliche Hochbaumaßnahmen –

auf. Hierzu rufe ich noch **Tagesordnungspunkt 29** auf:

Antrag der Fraktion der SDP betreffend Wiedereinführung der Vermögensteuer in Hessen – Drucks. 16/4867 –

Das Wort hat Herr Kollege Schmitt für die SPD-Fraktion.

Norbert Schmitt (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wenn ich Sie so bezeichnen darf! Normalerweise befassen wir uns in der zweiten Lesung mit den Änderungsanträgen, die von den Fraktionen eingereicht wurden. Aber in diesem Jahr ist alles anders. Wir haben gemeinsam entschieden, dass wir uns die Behandlung der Änderungsanträge für die dritte Lesung vornehmen. Der Haushalt wurde wegen der Bundestagswahl verschoben, aber verändert hat sich nichts. Das ist der deutliche Beleg dafür, dass die Strategie dahinter stand, die sehr schlechten, man muss fast sagen, miesen Zahlen nicht vor der Bundestagswahl veröffentlichen zu müssen. Geändert hat sich – wie gesagt – nichts. Vor allem hat sich an einer Stelle nichts geändert. Es bleibt bei der ungeheuer hohen Nettoneuverschuldung hier in Hessen.

(Beifall bei der SPD)

Diese hohe Nettoneuverschuldung ist eine ungeheure Belastung für künftige Generationen. Sollte in den Jahren 2006 bis 2009, wie es Ihr Finanzplan vorsieht, Herr Minister, jeweils die Verfassungsgrenze mit rund 700 Millionen € überschritten werden – ich rede nur von der Überschreitung der Verfassungsgrenze –, werden wir ab 2010 eine jährliche zusätzliche Zinsbelastung von etwa 120 Millionen € haben. Allein die Überschreitung der Verfassungsgrenze in diesen vier Haushaltsjahren führt dazu, dass wir eine Zinsbelastung von 120 Millionen € ab 2010 haben. Das kann man auch in Stellen übersetzen. Das wären z. B. 1.000 Lehrerstellen und 1.000 Polizeistellen. Das macht deutlich, dass es nicht nur eine Frage der Verfassungswidrigkeit ist, was hier angestrebt wird, sondern dass das künftige Haushalte ungeheuer einschränken wird.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen sage ich als finanzpolitischer Sprecher meinen Arbeitskreissprechern in der Fraktion: Seid sehr vorsichtig mit Versprechungen für die nächste Legislaturperiode; wir werden mindestens den ersten Teil der Legislaturperiode hart dafür kämpfen müssen, dass wir überhaupt die Verfassung einhalten können, weil es eine solche ungeheure verfassungswidrige Vorbelastung durch die Vorgängerregierung geben wird.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

– Kollege Milde, es ist noch schlimmer. Wenn Sie nur zusammenrechnen, welche Schulden Sie angehäuft haben, seit Sie regieren: Sie haben 10,6 Milliarden € Schulden in Ihrer Regierungszeit zugelegt. Rechnen Sie das einmal in Zinsen um. Das sind 400 Millionen € Zinsen jährlich, die Sie in Ihrer Regierungszeit aufgenommen haben. Das macht die Belastung deutlich. Das macht auch die Generationenbelastung deutlich.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Meine Damen und Herren, ich sage auch einen Satz zum Urteil des Staatsgerichtshofs. Wir haben die große Befürchtung, dass die Regierung das Urteil der Mehrheit des Staatsgerichtshofs zu Art. 141 als eine Aufforderung verstehen wird, noch einen draufzulegen und die Verschuldung in Hessen weiter zu steigern.

(Beifall bei der SPD)

Ein Journalist, der sich gestern verabschiedet hat – hochinteressant war übrigens, dass bis auf den Innenminister, der nur kurz da war,

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

kein anderer Minister durchgehalten hat, bis die Reden begonnen haben –, hat in der „FAZ“ vom 3. November 2001 geschrieben, sprunghaft, windig, wirr, unüberlegt und nicht ganz seriös sei die Finanzpolitik des Haushaltministers. Schauen wir uns das einmal genauer an. Windig – sicherlich. Wirr – sicherlich auch. Und nicht seriös – das stimmt alles. Aber sprunghaft? Ich weiß es nicht.

Ich glaube, hier tut Herr Kühn dem Finanzminister Unrecht. Seit fünf Jahren hat sich nämlich nichts geändert. Die Nettoneuverschuldung lag immer über der Verfassungsgrenze. Das soll bis 2009 weitergehen. So sieht das zumindest der Finanzplan vor. Deswegen sage ich Ihnen: Trotz Mehrwertsteuererhöhung, trotz Reduzierung und Veränderung von Steuersparmodellen sieht der Finanzplan vor, dass wir jährlich etwa 1,5 Milliarden € Nettoneuverschuldung haben werden und damit immer über der Verfassungsgrenze liegen werden. Bis Ende des Jahrzehnts liegen wir über der Verfassungsgrenze.

(Zurufe von der SPD und des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Jeder Haushalt soll über der Verfassungsgrenze liegen. Das ist wirklich nicht sprunghaft. Darauf kann man sich regelmäßig verlassen. Ein solch regelmäßiges Versagen ist auch eine besondere Form von Verlässlichkeit.

(Beifall bei der SPD)

Ich will mich kurz mit den Vorschlägen der anderen Fraktionen auseinander setzen. Die CDU hat sich einmal mehr als Reparaturbetrieb der Landesregierung verstanden. – Herr Klein, Sie kommen gerade. – Ich finde, bei den Staatsanwaltschaften und Gerichten ist das okay, aber das hätte die Regierung machen müssen. Das hat Kollegin Hofmann eben sehr gut ausgeführt. Da liegt vieles im Argen. Es ist auch von der FDP und von anderen Kollegen angesprochen worden, die Regierung müsste mehr im Bereich der Steuerfahndung, in Fragen der Wirtschaftskriminalität und Korruptionsbekämpfung tun. Hier liegt vieles in Hessen im Argen. Das Land Hessen würde auch mehr Geld bekommen, würden endlich die Straftäter verfolgt werden, die den höchsten Schaden anrichten.

(Beifall bei der SPD)

Ich will auf die Vorschläge der FDP eingehen. Die gipfeln eigentlich nur darin, mehr verkaufen zu wollen. Alles das, was wir noch an Vermögen haben, soll verkauft werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, aber es ist doch klar, Einmalerlöhne taugen nichts für eine dauerhafte Haushaltssanierung. Das sieht man doch an der Politik des Finanzministers. Er verkauft faktisch alles. Das löst doch nicht die Probleme. Man muss ironisch sagen: Die CDU macht in Hessen nachhaltige Haushaltspolitik. Das zeigt sich an den Immobilienverkäufen. Die Gebäude sind nachhaltig weg, und die Zinsen sind nachhaltig da. Das ist anscheinend eine neue Definition von Nachhaltigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Herr Boddenberg fordert unsere Vorschläge.

(Zurufe der Abg. Michael Boddenberg und Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Herr Boddenberg, ich komme gern zu unseren Vorschlägen, z. B. zu den Einsparungen von Sachkosten. Der Finanzminister wollte – das sah der Haushaltserlass vor – 2,5 % der bereinigten Gesamtausgaben nach Kürzung um

den LFA, KFA, Zinsausgaben, Investitionen usw. einsparen. Das wären etwa 270 Millionen € gewesen. An dieser Ecke sind wir bescheidener. Wir sagen: Wir sparen in den Sachausgaben etwa 226 Millionen € ein. Das ist erreichbar. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen. Das wird an der Frage der SAP-Mittel deutlich – weil Ihr heutiger Fraktionsvorsitzender gesagt hat, wir wollten zurück in die Steinzeit.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Ja!)

Keiner will zurück in die Steinzeit. Es gibt Ewiggestrige, aber es scheint auch ewig Moderne zu geben. An dem Beispiel SAP wird das deutlich. Wir wollen eine moderne Verwaltung. Wir wollen Verwaltungsvereinfachung. Wir wollen auch eine moderne Technik. Aber die Technik darf nicht am Ende dazu führen, dass die Verwaltung mehr als davor zu leisten hat und dass die Bürgerfreundlichkeit und Bürgernähe total verschlechtert werden.

(Beifall bei der SPD)

Was war denn bei der Polizei? Sie haben es zurückgeführt. Es war eine Belastung für die Polizei und keine Vereinfachung. Wenn dies das Ziel von Technikeinführung sein soll, dann haben Sie sich wirklich ganz schön vertan und verschnitten. Wer 800.000 € für die sieben Tage CeBIT ausgibt, der zeigt doch, dass wir genau in diesen Ansätzen Luft haben. Das ist völlig klar.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Wir brauchen kein Schloss Hansenberg, wie wir auch nicht die Folgekosten vom Schloss Erbach brauchen. Wir brauchen auch keinen teuren Rasen in der Berliner Landesvertretung. Wir brauchen keinen teuren Keller am Steinberg. Wir brauchen auch keine aufgeblähte Staatskanzlei. Deswegen sage ich Ihnen: Sie beklagen immer die Frage der zu geringen Einnahmen. Da ist auch etwas dran. Aber Sie haben es in der Hand. Darauf zielt unser Antrag. Stimmen Sie unserem Antrag, der übrigens einmal vor drei Jahren Ihrer war, zur Frage der Vermögensteuer zu. Dann können Sie entscheiden, ob die Länder eine Vermögensteuer einführen können oder nicht. Sie sagen, Sie machten es nicht. Wir sagen Ihnen, wenn wir regieren, werden wir es machen. Das ist übrigens auch ein Gebot der Steuergerechtigkeit.

(Beifall bei der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Ach ja!)

Dazu nur eine Zahl. 1 % der Bevölkerung besitzt 25 %, also ein Viertel allen Geldvermögens. Dann sagen wir den Menschen ganz bescheiden, es muss doch möglich sein, dass sie ihren Beitrag zur Finanzierung dieses Staates und gerade für Zukunftsinvestitionen leisten können.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen Immobilien und Geldvermögen mit 1 % belasten, wenn sie über 500.000 € – das ist die Freigrenze – liegen. Es gibt Berechnungen, dass damit über 1 Milliarde € für das Land Hessen erzielbar sind, Geld, was wir notwendig brauchen, um das zu tun, was wir übrigens alle gemeinsam wollen, nämlich mehr für Bildung und Betreuung tun und damit auch unsere Zukunft sichern.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Ich glaube, deswegen ist das der richtige Ansatz. Schauen Sie sich einmal den Haushalt an. Allein im Jahr 1996 – 1997 wurde die Vermögensteuer abgeschafft – haben wir in Hessen 500 Millionen € an Vermögensteuer erzielt.

Daran ist niemand zugrunde gegangen, aber wir haben notwendiges und wichtiges Geld in unserer Kasse gehabt.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege Schmitt, gestatten Sie Zwischenfragen?

Norbert Schmitt (SPD):

Herr Boddenberg, es ist wirklich schwierig. Ich will unsere Vorschläge einmal darstellen.

Wir wollen mit den Mitteln – wir haben dazu Vorschläge gemacht – ein gebührenfreies drittes Kindergartenjahr erreichen. Wir wollen zusätzliche Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren.

(Zuruf von der CDU)

– Zur Finanzierung habe ich eben doch auch etwas gesagt. – Wir wollen den Ausbau von echten Ganztagschulen und nicht Halbtagschulen mit Stüppchen hintendran. Wir wollen ein Ausbildungsprogramm für benachteiligte Jugendliche. Wir wollen auch ein Sozialbudget. Einen ganz wichtigen Punkt haben wir trotz Kürzungen im Haushalt, als Rot-Grün regiert hat, dargestellt und finanziell abgesichert. Wir wollen Planungssicherheit für Caritas, Diakonie, Arbeiterwohlfahrt und viele Initiativen in diesem Lande. Das scheint mir ein ganz wichtiger Bereich zu sein.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Norbert Schmitt (SPD):

Ich komme zum Schluss meiner Rede. – Diese Landesregierung belastet mit ihrer Politik die zukünftigen Generationen. Das ist sehr schlimm. Mit jedem Tag, den diese Landesregierung weiterhin regiert, wird es für künftige Landesregierungen und künftige Generationen immer schwieriger werden. Deswegen sagen wir: Diese Landesregierung muss möglichst schnell weg.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Frank-Peter Kaufmann und Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Frau Kollegin Erfurth für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte die Debatte über den Haushalt des Finanzministers dafür nutzen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Dank zu sagen, die in der für die Einnahmen zuständigen Verwaltung tätig sind.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der CDU und der FDP)

Diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Finanzämtern haben allgemein eigentlich keinen sehr guten Ruf.

Aber sie sorgen dafür, dass das Geld eingenommen wird, das wir hier alle miteinander ausgeben wollen.

Diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter machen ihre Arbeit, obwohl sie unter der „Operation düstere Zukunft“ sehr zu leiden hatten und obwohl die Landesregierung auch ihnen ihr Scherflein abgefördert hat. Wider besseres Wissen hat die Landesregierung auch da den Motivationskiller eingesetzt.

Der Herr Ministerpräsident hat vorhin in der Generaldebatte ausgeführt, dass die Steuereinnahmen auf Bundesebene seit dem Jahr 2002 um 90 Milliarden € eingebrochen bzw. zurückgegangen sind, und zwar ohne weiteres Zutun. Da frage ich mich: Warum wurde da eigentlich nichts getan? Warum haben der Ministerpräsident oder diese Landesregierung nicht dafür gesorgt, dass der Einbruch bei den Steuereinnahmen abgemildert wurde? Warum hat man untätig dagesessen und die Vorschläge, die auf dem Tisch lagen und die dazu geführt hätten, dass die Steuereinnahmen erhöht worden wären, nicht aufgegriffen? Man hätte dadurch dafür sorgen können, dass Schäden vom Land Hessen abgewendet worden wären.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will die Vorschläge noch einmal kurz erwähnen. Es ging dabei z. B. um die Eigenheimzulage. Das ist der größte Subventionstatbestand, den der Bundeshaushalt hat. Die Eigenheimzulage ist ökologisch und ökonomisch unsinnig. Aber Sie haben sich in der CDU --

(Michael Boddenberg (CDU): Das entscheiden Sie?)

– Genau, das entscheiden wir.

(Michael Boddenberg (CDU): Okay, ich wollte das nur wissen!)

Sicherlich gibt es andere Meinungen dazu. Herr Boddenberg, Sie sollten sich aber einmal im Lande umschauen. Hinsichtlich der Wohnungen gibt es kein Problem. Es gibt eher das Problem, dass Wohnungen leer stehen. Deswegen ist es in der Tat unsinnig, dafür zu sorgen, dass weiterer Leerstand geschaffen wird. Das Ganze soll dann auch noch aus Steuermitteln finanziert werden. Ich denke, wir waren auf dem richtigen Weg, als wir gesagt haben: Die Eigenheimzulage muss abgeschafft werden. – Aber Sie, meine Damen und Herren der CDU, haben das verhindert. Sie haben damit dafür gesorgt, dass es nicht zu den Steuereinnahmen gekommen ist, die uns auch in Hessen gut getan hätten.

Jetzt haben Sie sich wieder auf den Pfad der Tugend begaben. Sie haben dafür gesorgt, dass wir jetzt endlich auf den richtigen Weg kommen.

Herr Boddenberg, wir hätten aber schon weiter sein können. Wenn schon vor drei Jahren entsprechend diesem Modell umgesteuert worden wäre, könnten wir jetzt von einem sukzessiven Ansteigen der Einnahmen profitieren. Wir könnten da also längst ein Stück weiter sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Jürgen Walter und Norbert Schmitt (SPD))

Wir könnten auch auf anderen Feldern schon weiter sein. Die Entfernungspauschale ist, ökologisch gesehen, unsinnig hoch. Ihre Verringerung hätte schon im Jahr 2006 wirksam werden können.

Auf die anderen Vorschläge, die Ihnen mein Fraktionsvorsitzender heute Morgen vorgestellt hat, will ich jetzt nicht weiter eingehen.

Wie sieht denn die Einnahmebeschaffung bei der CDU aus? Das Modell von Herrn Koch und Herrn Weimar soll fortgeführt werden. „Leo“ soll weitere Ableger bekommen. Der Verkauf der Landesimmobilien wird fortgesetzt werden.

Meine Damen und Herren der CDU, Sie sollten dabei aber etwas bedenken: „Leo“ lässt sich nicht beliebig oft klonen.

(Beifall der Abg. Norbert Schmitt und Petra Fuhrmann (SPD))

Die Möglichkeiten, so etwas wie „Leo“ zu machen, sind begrenzt. Auch das Landesvermögen ist begrenzt. Wenn Sie das letzte Ministerium verkauft haben, dann wird uns nach dem Regierungswechsel im Jahre 2008 möglicherweise nicht einmal mehr der berühmte Koffer bleiben, sondern nur noch diese Wiese in Berlin.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Norbert Schmitt (SPD): Wir können dann den Landtag beleihen!)

Ohne die für das Jahr 2006 vorgesehenen Verkäufe würde die nach der Verfassung zulässige Neuverschuldung um weitere 770 Millionen € überschritten werden. Ich finde das eine beeindruckende Zahl, die viel darüber aussagt, in welchem Umfang diese Landesregierung Schulden aufhäuft.

Für das Projekt „Neue Verwaltungssteuerung“ sind im Haushaltsentwurf 2006 insgesamt 56,7 Millionen € veranschlagt. Bisher sind für dieses Projekt insgesamt Kosten in einer Höhe von rund 340 Millionen € aufgelaufen. Aus Sicht der GRÜNEN könnten wir mit weniger finanziellem Aufwand, aber mit mehr Augenmaß und einem effizienteren Einsatz der Mittel die Ziele erreichen, die wir alle mit diesen neuen Steuerungsmitteln erreichen wollen. Wir sollten da aber mit etwas weniger Aufwand herangehen. Entsprechende Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf haben wir gestellt.

In dem Entwurf des Haushaltsplans befinden sich infolge der neuen Verwaltungssteuerung etliche Produkthaushalte. Ich denke, das ist ein guter Zeitpunkt, eine kleine Zwischenbilanz vorzunehmen. Die meisten von uns wissen, dass die doppelte Buchführung, die kurz auch Doppik genannt wird und die aus dem kaufmännischen Rechnungswesen für Unternehmen stammt, nicht so ohne weiteres auf die öffentliche Verwaltung, die öffentlichen Haushalte und das übertragen werden kann, was damit zu besorgen ist. Das ergibt sich allein schon aus dem unterschiedlichen Zweck, der mit den beiden Verfahren verfolgt werden soll, die wir mit der uns eigenen deutschen Gründlichkeit entwickelt haben.

Das kaufmännische Rechnungswesen dient vor allem dazu, die im Unternehmen stattgefundenen Geschäftsvorfälle im Nachhinein lückenlos zu dokumentieren. Es hilft auch, diese Geschäftsvorfälle abzuwickeln. Der durch die doppelte Buchführung errechnete Gewinn ist ein Parameter für das Unternehmen und für die Besteuerung des Unternehmens. Wer sich Bücher zum Steuer- und Handelsrecht angeguckt hat, weiß, dass es rund um diese Ermittlungen viele rechtliche Vorschriften gibt.

Der Haushaltplan ist ein Planungsinstrument. Das besagt schon allein das Wort „Plan“. Damit soll in die Zukunft

geplant und nicht das Vergangene abgebildet werden. Sobald wir die Doppik aus dem kaufmännischen Rechnungswesen und unsere Instrumente zur Haushaltspflege zusammenfügen wollen, merken wir sehr schnell, dass das nicht so richtig zusammenpasst. Man braucht da andere Prozesse, die sicherstellen, dass der politische Wille des Parlaments nachher auch im Haushaltspflege deutlich sichtbar wird.

Ich finde, da haben wir noch ein Stück Arbeit zu leisten. Wir haben ein Stück des Wegs bereits zurückgelegt. Mit der Vorlage des Haushaltspfleges haben wir auch einige Vorschläge des Finanzministeriums dazu bekommen. Das reicht aber längst noch nicht aus.

Ich möchte ein paar Schlaglichter dazu aufzeigen. Anfangen möchte ich mit den Oberzielen und den Fachzielen. Sie sind im Haushaltspflege – so möchte ich es sagen – schulbuchmäßig festgehalten. Wenn man sich die aber einmal ansieht, so kann man erkennen, dass für die Ober- und Fachziele der Grundsatz Pate gestanden hat: allen Wohl und keinem Weh.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Ich möchte nur ein Fachziel herausgreifen. Als Beispiel möchte ich das Fachziel 1 nennen. Dabei geht es um den Landeshaushalt und die Finanzpolitik. Dazu heißt es:

Eine solide Finanzpolitik in der Verantwortung gegenüber den heutigen und kommenden Generationen gestalten

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Das steht in unserem Regierungsprogramm!)

Daran ist nichts falsch. Das ist ein Satz, den jede und jeder unterschreiben kann. Jede und jeder kann sich dann aber entsprechend seiner politischen Ausrichtung das herausgreifen, was er oder sie als richtig erachtet. Das ist Rosinenpickerei. Das ist nicht besonders hilfreich. Das hat für mich mit dem Begriff „Ziel“ nicht sehr viel zu tun. Wenn ich ein Ziel erreichen will, brauche ich etwas, was mir vorgibt, worauf ich mich ausrichten soll. Ich brauche also genaue Vorgaben und kein Delta, auf das ich mich zubewegen kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Kollegen der FDP haben mit ihren Änderungsanträgen ein wenig versucht, an diesem Problem zu arbeiten.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Sie versuchen es noch!)

– Herr Milde, genau, sie versuchen das noch. – Ich meine, die Diskussion über die genaue Formulierung der Fach- und Oberziele dürfen wir nicht so einfach nebenbei während der Haushaltseratungen führen. Das ist eine Aufgabe der Fachausschüsse. In den Fachausschüssen muss man sich mit der Frage auseinander setzen, was die Ziele sind. Das muss man dann auch politisch bewerten. Das ist bisher nicht passiert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Definitionen wurden bisher in den Ausschüssen nicht besprochen.

Genauso verhält es sich hinsichtlich der Kennzahlen. Herr Kollege Milde, Sie sollten sich einmal die Kennzahlen anschauen, mit denen das festgehalten werden soll. Eine Kennzahl ist z. B. die Anzahl der Zugriffe auf die Homepage. Damit soll die Kundenzufriedenheit gemessen wer-

den. Es handelt sich dabei um das Produkt Nr. 1 in Kapitel 06 01.

Ich frage Sie: Was sollen wir mit einem solchen Parameter anfangen? Wie sollen die Mitglieder des Parlaments damit arbeiten? Wir müssen also noch taugliche Parameter entwickeln, damit sich die Produkthaushalte zu einem tauglichen Instrument zur Gestaltung der Politik entwickeln. Ich glaube, da besteht noch ein großer Bedarf, daran weiterzuarbeiten.

Ich möchte noch auf zwei andere Aspekte eingehen. Herr Weimar, bisher sind die Haushalte nur deswegen nicht aus dem Ruder gelaufen, weil das Zinsniveau so niedrig ist. Im Haushaltsplan haben Sie einen leichten Anstieg für Zinszahlungen eingeplant. Ich frage Sie: Wird das ausreichen? – Es gibt ernst zu nehmende Tendenzen, denen zufolge sich das Zinsniveau auf dem Markt nach oben entwickeln wird. Wenn das so eintreten würde – ich gehe im Moment davon aus, dass es so kommt –, dann wäre Ihre Glückssträhne vorbei. Die Zinsen werden dann steigen. Das ist dann ein neuer Keim für das weitere Anwachsen der Verschuldung. Ich denke, damit wird die Dramatik dieses Haushalts noch einmal doppelt klar.

Ich möchte noch auf das Finanzausgleichsgesetz zu sprechen kommen.

Präsident Norbert Kartmann:

Die Redezeit für Ihre Fraktion ist abgelaufen.

Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme gleich zum Schluss meiner Rede. – Mit dem Finanzausgleichsänderungsgesetz wollen Sie den Versuch unternehmen, die kommunale Familie nicht allzu sehr zu verschrecken. Hinsichtlich der Analyse sind wir uns noch einig. Wenn es aber um die Details geht, dann entsteht bei uns der Eindruck, dass sich da keiner so richtig bewegen will. Denn da möchte keiner etwas falsch machen. Das ist ein Ansatz, der auf halber Strecke stecken geblieben ist. Das werden wir so nicht mittragen.

Den Kolleginnen und Kollegen der SPD möchte ich noch etwas hinsichtlich der Frage sagen, ob die Vermögensteuer wieder eingeführt werden soll. Wir hegen große Sympathie für Dinge, die die Gerechtigkeit betreffen. Wir denken, die Vermögensteuer hat da einen sehr hohen symbolischen Wert.

Aber man muss der Ehrlichkeit halber hinzufügen, Herr Schmitt: Die Vermögensteuer war in alter Prägung nicht sonderlich ergiebig.

(Norbert Schmitt (SPD): 500 Millionen € für Hessen!)

Man muss der Ehrlichkeit halber auch sagen: Der Verwaltungsaufwand für die Erhebung ist nicht unbedeutlich, und da müssen wir – so habe ich Sie heute Morgen auch verstanden, Herr Walter – genau schauen, dass da die Hitze nicht mit dem Rauch aufgeht und dass wir ein vernünftiges und ergiebiges Instrument für Hessen gestalten. Dann haben Sie uns auf Ihrer Seite. – Danke.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jürgen Walter (SPD): Nur wenn wir selbst bestimmen, können wir es garantieren!)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat der Abg. von Hunnius für die Fraktion der FDP.

Roland von Hunnius (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Opas Haushaltsberatung ist tot, auch wenn das mancher noch nicht gemerkt haben wird. Denn mit der neuen Verwaltungssteuerung haben wir die Gelegenheit, nicht nur die Verwaltung zu steuern, sondern auch die Politik zu steuern und zu gestalten. Deshalb haben wir einen kompletten Umbruch in der – –

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Das ist ein persönlicher Angriff, Opas Haushaltsberatung!)

– Das ist kein Fauxpas. Wir wollen die Politik gestalten. Es tut mit Leid, Herr Kollege, wenn ich mit Opa auch den Kollegen Finanzsprecher der CDU-Fraktion gemeint haben könnte. Aber auch Ihre Diskussion ist sicherlich überholt, Herr Kollege. Insofern hat die Ausführung hohen Symbolgehalt.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das ist ein neuer Opa!)

Wir können Politik gestalten. Denn wir haben über Jahrzehnte hinweg immer nur Ausgaben und Einnahmen geplant, uns über Veränderungen unterhalten und mit der Illusion gelebt, dass mehr Ausgabe mehr Wirkung heißt und dass weniger Ausgabe weniger Wirkung heißt. Mehr Einnahme ist erfreulich, weniger Einnahme ist unerfreulich. Das war die simple Philosophie, die wir bisher hatten. Um die Funktion, was wirklich mit einer Ausgabe erzielt wird, haben wir uns – wenn wir ehrlich sind – nicht recht gekümmert.

Jetzt geht es um einen ganz anderen Ansatz. Es geht darum, gemeinsam über Ziele und Produkte zu sprechen. Ich muss sagen: In dieser Zieldiskussion ist die Frage, die aus den Reihen der zweiten Gewalt gestellt wird – jetzt fangen wir schon an, die Gewalten zu nummerieren –, was gespart werden solle, nicht mehr zeitgemäß. Denn wir diskutieren Ziele, und diese Ziele sind von der Administration auszuführen. Wie sie das macht, ist dann weitgehend ihr Problem.

Es gilt deshalb, von den Symptomen der Politik in der Haushaltsberatung zu den Inhalten der Politik vorzustossen. Das ist im Kern unsere Aufgabe bei der neuen Haushaltsgestaltung.

(Beifall der Abg. Nicola Beer und Heinrich Heidel (FDP))

Also sprechen wir über Ziele. Ich sage es noch einmal: Die Politik setzt die Ziele, die Verwaltung setzt sie um. Das ist die Arbeitsteilung im NVS-Zeitalter.

Wir kommen zu den Fachzielen; diese sind von Frau Kollegin Erfurth freundlicherweise bereits skizziert worden. Das Fachziel 1 ist vergleichsweise bescheiden und sagt nichts über die Einhaltung der Verfassungsgrenze aus; das hat schon der Kollege Hahn ausführlich kommentiert. Das kann so nicht sein. Unser Vorschlag ist natürlich, die Verfassungsgrenze hier einzubeziehen. Etwas anderes kann gar keinen Sinn machen.

(Beifall der Abg. Nicola Beer und Heinrich Heidel (FDP))

Aber dass die Verfassungsgrenze nicht drinsteht, ist schon bezeichnend. Es ist bezeichnend, dass man sie nicht erwähnt.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Das steht schon in der Verfassung!)

– Na gut, die Verfassung gilt für alles. Aber wie man sie einhalten will, ist eine ganz andere Frage, Herr Kollege Milde. Wir haben vielmehr das Gefühl, dass hier Placeboziele hineingeschrieben worden sind, um sozusagen als Platzhalter zu dienen, weil da etwas stehen musste. Aber es ist unserer Meinung nach gar nicht ernsthaft diskutiert worden.

(Zuruf der Abg. Nicola Beer (FDP))

Bei dem Fachziel 2, Steuergesetzgebung, reicht es uns nicht aus, einfach zu sagen, dass wir eine Steuergesetzgebung haben wollen. Wir möchten vielmehr ein paar weitere Nebenbedingungen fixiert wissen, nämlich die Vereinfachung des Steuersystems und die Wettbewerbsfähigkeit mit internationalen Steuersystemen. Das sind ganz entscheidende Nebenbedingungen dafür.

(Beifall der Abg. Nicola Beer (FDP))

Beim Fachziel 3, Personalvermittlungsstelle, meinen wir, die Pflicht einbauen zu sollen, dass wir eine bürgernahe Verwaltung schaffen wollen. Wofür ist denn die PVS da? – Sie soll doch dazu dienen, die Verwaltung effizienter zu gestalten.

Es geht weiter mit dem Fachziel 4. Hier heißt es in dem Originaltext:

Mit einer auf Doppik beruhenden ergebnisorientierten Haushaltssteuerung eine für den Bürger transparente Haushaltspolitik umsetzen und das Personalmanagement modernisieren

Das ist richtig, aber es reicht nicht aus. Wir wollen die Doppik und die Kosten-/Leistungsrechnung, die damit zusammenhängt, dazu nutzen, Effizienzreserven aufzuspüren und Effektivität zum Kriterium von Entscheidungen zu machen. Es darf nicht mehr die simple Regel gelten: mehr Geld, mehr Wirkung.

Wir wollen eine Personalstrategie hiermit mittelfristig einbezogen haben.

(Beifall der Abg. Nicola Beer und Heinrich Heidel (FDP))

Das Fachziel 5 beinhaltet, das Landesvermögen zukunftsorientiert zu nutzen und Bauinvestitionen zu optimieren. Optimieren heißt, bestmöglich zu gestalten, und das ist für jede Art von Interpretation völlig offen. Ist es schon optimal? Wird es noch optimal? Wird es in zwei Jahren optimal? – Jeder will alles in seinem Leben optimieren. Das ist uns hier wirklich etwas zu einfach. Hier verlangen wir ein Beteiligungskonzept der Landesregierung, aus dem hervorgeht, welche Beteiligungen nötig bzw. nicht nötig sind und was wir mit den nicht benötigten Beteiligungen machen. In welcher Frist machen wir etwas mit den nicht benötigten Beteiligungen? Und wie gestalten wir die Rentabilität unserer Beteiligungen? – Das gehört entscheidend mit hinein.

Das Fachziel 6 beinhaltet den Kommunalen Finanzausgleich. Hier wird nur gesagt, den KFA für die Gemeinden und Gemeindeverbände solide zu gestalten. Solide ist wichtig und gut. Solide ist immer wichtig. Weil wir wissen, dass im kommenden Jahr der KFA von der Landesregierung neu überdacht wird, möchten wir erreichen, dass der

KFA vereinfacht und transparent wird. Leistungsanreize müssen verstärkt enthalten sein, und wir wollen vor allen Dingen von den besonderen zu den allgemeinen Finanzzuweisungen übergehen, also die Anzahl der Töpfe verringern oder – anders gesagt – den goldenen Zügel, mit dem die Landesregierung die Kommunen im Augenblick führt und steuert, lockerer lassen.

Das wäre unser Ansatz für die Fachziele im Bereich des Einzelplans 06. Dabei muss die nächste Stufe natürlich darin bestehen, diese Fachziele nicht nur verbal zu definieren, sondern sie auch zu quantifizieren. Erst wenn ich quantitative Ziele für ein Haushaltsjahr habe, bin ich in der Lage, die Zielerreichung zu überprüfen. Das ist notwendig damit verbunden.

(Beifall bei der FDP)

Wie es im Augenblick formuliert ist, ist es für die Landesregierung eigentlich fast unmöglich, das Ziel zu verfehlen. Es ist so allgemein formuliert worden, dass man sagen könnte: Ich bin dafür, dass am nächsten Tag die Sonne scheint. – Hier aber etwas zu unterschreiben und die Verantwortung dafür festzustellen ist vergleichsweise schwierig.

Lassen Sie mich noch hinzufügen, dass eine Haushaltsberatung, die an die neue Verwaltungssteuerung anknüpft, natürlich anders ablaufen muss. Denn es kann nicht sein, dass wir in einem einzigen Paket zum gleichen Zeitpunkt Ziele, Produkte und alle Mengen und Werte gereicht bekommen. Sinnvollerweise muss es doch vielmehr so sein, dass wir einen Beratungsvorlauf haben, in dem es um die Ziele geht. Da werden die Ziele verabschiedet, und dann wird nach diesen Zielen der Haushalt gestaltet.

(Beifall bei der FDP)

Alles andere macht keinen Sinn. Denn sonst kommen wir in eine ganz gefährliche Zwickmühle, meine Damen und Herren. Wir kommen in die große Schwierigkeit hinein, dass wir mit der neuen Verwaltungssteuerung in erheblichem Umfang Kompetenzen, Zahlen und Einzelverantwortung der Verwaltung überreichen. Im Gegenzug erhalten wir aber nicht die Entscheidung über diese Ziele, sondern diese werden uns ebenfalls vorgegeben. Das heißt, dann ist das Parlament nicht mehr in der Lage, Haushaltsentscheidungen zu treffen, aber gerade das ist unsere ureigenste Aufgabe und unsere wichtigste Kompetenz.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege, die Fraktionszeit ist abgelaufen.

Roland von Hunnius (FDP):

Vielen Dank, Herr Präsident. Ich habe mit einigen Kollegen gesprochen. Sie wollen freundlicherweise noch etwas über die Vermögensteuer hören. Auch dazu möchte ich gern noch Stellung nehmen.

(Michael Denzin (FDP): Das tun wir sehr gerne!)

– Das freut mich, Herr Kollege Denzin.

Wir haben einen schönen Antrag von der SPD-Fraktion vorliegen. Statt den schwierigen Weg zu gehen und sich zu überlegen, wie wir strukturell die Aufgaben reduzieren können – da gebe ich Ihnen Recht, Herr Kollege Schmitt,

der Verkauf von Landesvermögen ist nur eine kurzfristige Lösung, und wir müssen die Ausgaben strukturell senken –, gehen Sie den einfachen Weg und fordern, die Einnahmen zu erhöhen. Und da fällt der SPD-Fraktion die gute alte Vermögensteuer ein.

(Zuruf von der CDU: Ja!)

Das kann man rechtlich sehen. Sie haben das entsprechende BVG-Urteil in Ihrem Antrag nur zur Hälfte zitiert. Denn in dem Urteil steht auch etwas zum Übermaßverbot; das haben Sie erst gar nicht erwähnt. Man kann es aber auch ökonomisch sehen. Ich möchte es ökonomisch sehen, und da komme ich auf den früheren Bundeskanzler zu sprechen. Der frühere Bundeskanzler Schröder – viele von Ihnen werden sich seiner noch erinnern – hat schon im Jahr 2002 gesagt: Die Debatte um die Vermögensteuer ist beendet.

(Heinrich Heidel (FDP): Ach!)

Schröder hat sich damals an seine eigenen Genossen gewandt und ausgeführt, die Ministerpräsidenten hätten allen Anlass, sich seinem Weg anzuschließen. Und er hat im Jahr 2002 in einer Fernsehdebatte deutlich gemacht, die Vermögensteuer sei aus guten Gründen abgeschafft worden, weil sie eine Substanzsteuer und sehr aufwendig zu erheben sei. Dabei müsse es aus seiner Sicht bleiben.

(Beifall des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Meine Damen und Herren, in diesem Punkt hat Gerhard Schröder voll und ganz Recht gehabt.

(Norbert Schmitt (SPD): Sie werden noch zum Schröder-Fan!)

– Nur in diesem Punkt, Herr Kollege. Damals hat er einen lichten Augenblick gehabt.

Die Vermögensteuer darf nicht wiederkommen – weder bundeseinheitlich noch in einzelnen Ländern und schon gar nicht in Hessen.

(Beifall bei der FDP – Jürgen Walter (SPD): Schröder hatte nämlich nichts von der Vermögensteuer! Er ist ein schlauer Mann!)

Denn die Vermögensteuer ist mittelstandsfeindlich. Sie ist wettbewerbswidrig. Sie ist leistungsfeindlich. Sie ist eine Substanzbesteuerung. Wenn jemand besteuertes Vermögen anhäuft, dann wird er zum Schluss noch einmal durch eine weitere Entnahme durch den Staat dafür bestraft, dass er es gemacht hat. Sie ist in der Erhebung aufwendig, und sie ist vom Ertrag her relativ gering.

(Norbert Schmitt (SPD): Jede Zinssteuer ist sozusagen eine Substanzsteuer!)

Es ist weniger als 1 % des gesamten Steueraufkommens durch die Vermögensteuer erzielt worden. Also lassen wir dieses Experiment weg. Kapital ist wie ein flüchtiges Tier.

(Jürgen Walter (SPD): Reh!)

Sie wissen es: Der Effekt, dass Vermögen ins Ausland geht, ist wesentlich höher einzuschätzen und für uns wesentlich gravierender und schädigender als eine vermeintliche Gerechtigkeit, an der man weiß Gott stark zweifeln kann. Nein, aus Überzeugung und mit Entschlossenheit sagen wir: Diesem Antrag der SPD-Fraktion können wir nicht zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Ich werde vielleicht noch vor der dritten Lesung Gelegenheit haben, etwas zum KFA zu sagen. Es bleibt für

diese Punkte, die ich besprochen habe, nur der saubere und konsequente Weg übrig: klare Ziele definieren, Aufgaben kritisieren, runter mit den Staatsausgaben, und das muss nachhaltig gelten. Dieser Weg ist schwer, aber er ist der einzige Erfolg versprechende, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat der Abg. Milde für die Fraktion der CDU.

Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Den Ausführungen des Kollegen von Hunnius zur Vermögensteuer möchte ich mich ausdrücklich auch im Namen des Kollegen Clemens Reif und des Kollegen Michael Boddenberg anschließen.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Das war doch euer eigener Antrag!)

Ich komme noch einmal zu diesem Thema zurück.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, es ist zum Ritual geworden – – Wir reden nachher noch über das Thema. Ich glaube, der Kollege kann sich darauf verlassen.

(Norbert Schmitt (SPD): Herr Kollege Reif hat mit seinem Zwischenruf gefragt, wie lange er sich darauf verlassen kann! Nur, damit das im Protokoll steht!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieses Jahr wurde eine merkwürdige Diskussion geführt über die Frage: Hätten wir den Haushalt vor der Bundestagswahl einbringen müssen, oder haben wir das nicht gemacht, weil wir Angst hatten, dadurch vielleicht die Bundestagswahl zu verlieren? – Als ob das davon abhinge, ob wir in Hessen mehr oder weniger Schulden machen, wie unser Haushalt rauf- und runtergerechnet aussieht.

Der Ansatz des Finanzministers – das war mit der CDU-Fraktion besprochen –, vor der Bundestagswahl keinen Haushalt vorzulegen, war absolut richtig.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Nein!)

Wenn man sich die Entwicklung der Zahlen anschaut, wenn man sich insbesondere den Nachtragshaushalt anschaut, stellt man fest, es war absolut richtig, dass man zunächst abwartet, welche politischen Weichenstellungen in Berlin passieren,

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Das konnte doch gar nicht bis Oktober passieren!)

um dann zu sehen, welche Steuerentwicklungen sich daraus ergeben. Deswegen war es richtig, dass wir den Haushalt nach der Bundestagswahl eingebracht haben. Wir können jetzt in aller Ruhe über ihn diskutieren. Die Welt geht nicht dadurch unter, dass wir am Jahresende den neuen Haushalt noch nicht beschlossen haben.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Dann hätten wir ihn auch im Juni haben können!)

Der alte Haushalt gilt weiter. Er ist genauso gut wie der neue. Deshalb verschlechtert sich im Lande nichts. Ich glaube, wir können darüber ganz zufrieden sein.

Was war gewesen? Noch im Mai gab es eine Steuerschätzung, die uns gesagt hat, im Jahr 2006 fallen weitere 720 Millionen € Steuereinnahmen weg. Also war von diesem Moment an klar, dass ohne Weichenstellungen, die in Berlin passieren, ein Haushalt in Bezug auf die Verschuldung nicht mehr korrigierbar ist, zumindest dass bei den Einnahmen nichts zu machen war. Daran hat sich bis zum September, als die Bundestagswahl war, leider nicht geändert. Doch nach der Bundestagswahl hatten wir ein Ergebnis, das so schnell nicht einkalkulierbar war. Wir sind gemeinschaftlich zu der Erkenntnis gekommen, in gewisser Weise auch als Druckmittel für die politischen Entscheidungen, die in Berlin noch kommen, dass vom schlechtest anzunehmenden Fall ausgegangen wird. Entsprechend wurden die höchsten anzunehmenden Verschuldungszahlen in den Haushalt eingestellt, übrigens auch in die mittelfristige Finanzplanung.

Es ist bedauerlich – da teile ich die Auffassung einiger Kollegen –, dass man eine solche mittelfristige Finanzplanung im Laufe der Haushaltsberatungen nicht anpassen kann. Denn die Entwicklung, die gerade in Berlin stattfindet und dort insbesondere auch durch die Hessische Landesregierung angestoßen wurde, wird selbstverständlich dazu führen, dass sich die mittelfristige Finanzplanung für das Land Hessen deutlich verbessern wird. Insofern haben wir, wenn im Haushalt eine Neuverschuldung von 1,675 Milliarden € steht, durchaus erheblich Luft, das nach unten zu drücken.

(Lachen des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Das ist natürlich das Ziel. Aber das ist nur zu schaffen – das will ich deutlich machen – über eine Verbesserung der Einnahmesituation, über eine Verbesserung der Steuereinnahmen, über Verschärfungen bei Abschreibungen.

(Norbert Schmitt (SPD): Meinen Vorschlag lehnen Sie ab! – Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Über eine Reduktion der Ausgaben!)

Meine Damen und Herren, genau das geschieht im Moment. Genau das – wir werden einmal sehen, wie weit die Entscheidungen sind, wie weit die Steuerschätzungen sind – wird bis zur dritten Lesung passieren. Was ich sehr beachtlich finde: Wir müssen gerade für das nächste Haushaltsjahr ein bisschen dafür büßen, dass wir uns in diesem Jahr verbessern. Alle Einnahmen, die wir jetzt, im letzten Quartal, zusätzlich haben, führen zu einer Verschlechterung der Situation beim Länderfinanzausgleich. Wir zahlen als Land Hessen unsere Steuern im nächsten Jahr quasi für das letzte Quartal mit.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Deshalb müssen Sie die Ausgaben reduzieren!)

Deswegen, Frau Kollegin Wagner, müssen wir natürlich mit diesen höheren Zahlungen in den Länderfinanzausgleich eine gewisse Einnahmereduzierung einkalkulieren.

Allerdings sind auf jeden Fall die Kommunen Gewinner des Haushalts 2006. Die Kommunen haben eine Erhöhung ihrer Einnahmen um 79,3 Millionen €. Das ist immerhin 3,2 % mehr Geld für die Kommunen.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Dazu kommen weitere 28,2 Millionen € aus den für das Jahr 2004 zu hoch ausgefallenen Beiträgen zu den Folgekosten der deutschen Einheit, sodass die Kommunen über 100 Millionen € mehr zur Verfügung haben. Die Kommunen sind die Gewinner des Haushalts 2006.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Kommen wir zu dem Thema Sonderstatusstädte, das die gesamte Anhörung der Kommunalen Spitzenverbände durch den Haushaltssausschuss dominiert hat. Die Lösung, die wir jetzt mit den Landkreisen und dem StädteTag gefunden haben, besteht darin, dass wir für 2006 einen Änderungsantrag zum Finanzausgleichsänderungsgesetz eingebracht haben. Dabei geht es um eine Nettolösung. Das heißt, die Sonderstatusstädte zahlen nur so viel an ihre Landkreise, wie nach dem Kommunalen Finanzausgleich, der kompliziert genug ist, dort verbleibt.

Damit sind eigentlich alle zufrieden. Der StädteTag sagt, er hätte diese Lösung gerne für das Jahr 2007 festgeschrieben. Der Landkreistag hätte das Geld am liebsten sofort gehabt. Also ist dieser Kompromiss in der Mitte relativ gut. Hinter vorgehaltener Hand sind auch alle damit zufrieden.

Wir haben auch gesagt, wir werden uns die Entwicklung im Jahr 2006 anschauen – ob uns der Landesrechnungshof oder wer auch immer Zahlen dazu liefert – und überlegen, wie 2007 die Verteilung der Finanzen zwischen Sonderstatusstädten und Landkreisen sein wird.

(Beifall der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Das Thema lassen wir bewusst offen. Dazu stehen wir als CDU-Fraktion.

Meine Damen und Herren, was Einsparvorschläge und Verbesserungsvorschläge für den Haushalt angeht, waren sich zumindest alle drei Oppositionsfraktionen in einem einig. Denn echte Einsparvorschläge – der Kollege Boddenberg hat es mehrmals zwischengerufen – in einer Größenordnung des vom Kollegen Walter heute Morgen dargestellten Defizits von 2,5 Milliarden € kann ich bei keinem der Vorschläge der Oppositionsfraktionen erkennen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Da maßt es sich schon friedlich an, wenn der Kollege Schmitt als sachlichen Einsparvorschlag die 800.000 € nennt, die das Land Hessen bei der Präsentation auf der CeBIT benötigt hat. Genau dort macht das Land Werbung, um später Geld einzunehmen,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kann man auch anders machen!)

mit genau den Softwareprogrammen, die wir in den letzten Jahren mit den Kenntnissen des Landes entwickelt und in den Markt gebracht haben und die wir später verkaufen können.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hör auf! – Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Das ist also eine Investition in die Zukunft. – Dann kommt das Thema Vermögensteuer. Ich habe dem Kollegen Reif versprochen, dass ich zwischen der Eingangsberichtigung und dem Aufruf des Themas die Meinung nicht ändere.

(Heiterkeit der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Das kann ich dem Kollegen Reif auch definitiv zusagen. Wir haben als CDU-Fraktion immer gesagt, dass die Vermögensteuer eine völlig unsinnige Steuer ist. Selbst wenn man von dem Gerechtigkeitsprinzip und davon ausgeht, dass es Personen gibt, die mehr bezahlen könnten, wird es in der Praxis nicht dazu führen. Finanzminister Eichel hat es einmal ausrechnen lassen. Bei einer Freibetragsgrenze von 250.000 €, die noch viel niedriger ist als die in Ihrem

Vorschlag, bei der also mehr Geld hereinkommen müsste, würden bundesweit brutto 7 Milliarden € hereinkommen. Darauf gab es einen Aufschrei aller Parteien, die gesagt haben: Nie im Leben kommt das zusammen. – Eichel hat daraufhin nachgerechnet, und dann waren es nur noch 3,5 Milliarden €, die da bundesweit zusammenkommen sollten.

(Michael Denzin (FDP): Bei einem hohen Erhebungsaufwand!)

Außerdem ist nachgewiesen, dass ein Erhebungsaufwand in etwa der gleichen Höhe besteht. Dabei ist noch nicht eingerechnet, dass diejenigen, die Vermögen in Deutschland haben und das Vermögen einsetzen, um Arbeitsplätze zu schaffen, dann möglicherweise ihr Geld nehmen und ins Ausland gehen. Damit würde unterm Strich ein volkswirtschaftlicher Schaden entstehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deswegen werden Sie mit uns niemals eine Vermögensteuer durchbringen.

(Clemens Reif (CDU): Dann müsste man die Erbschaftsteuer natürlich auch abschaffen!)

Dazu gab es auch niemals einen Vorschlag von uns. Ähnlich werden wir auch keine Veränderung hinsichtlich einer Erhöhung der Erbschaftsteuer mitmachen.

Lassen Sie sich noch einmal deutlich sagen: Die Substanzbesteuerung bei der Vermögensteuer führt dazu, dass ein Unternehmen, in dem Vermögen steckt, möglicherweise veräußert werden muss, sodass im Prinzip Arbeitsplätze abgebaut werden müssen, damit man in der Lage ist, die Vermögensteuer zu bezahlen. Insofern muss Vermögen verkauft werden, um es als Vermögensteuer wieder einzubezahlen.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Reif?

Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):

Eine kleine Sekunde. – Diese Vermögensteuer ist fiskal-politischer Unsinn, ist volkswirtschaftlicher Blödsinn und eine reine Neidsteuer.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Völlig unlogisch argumentiert, Herr Kollege!)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Reif, bitte.

Clemens Reif (CDU):

Ausgehend von Ihrer Theorie, dass die Vermögensteuer nicht erhoben werden muss, weil der Aufwand ähnlich hoch ist wie der Ertrag: Gehen Sie mit mir einig, dass man dann auch die Erbschaftsteuer abschaffen müsste? Denn der Aufwand zur Erhebung der Erbschaftsteuer liegt bei etwa 2,8 Milliarden €, und das Aufkommen aus der Erbschaftsteuer liegt bei etwa 3 Milliarden €.

(Norbert Schmitt (SPD): Und das aus den eigenen Reihen! – Heiterkeit)

Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):

Das ist als innerparteilicher Demokratieprozess etwas überraschend für die Opposition.

(Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da sehen Sie einmal, wie bei uns innerparteilich diskutiert wird. Ich finde, diese Frage hat durchaus eine Berechtigung. Selbst wenn es zuträfe, dass wir nur 200 € Gewinn daran haben würden, wäre es richtig. Die Erbschaftsteuer und die Vermögensteuer kann man nicht miteinander vergleichen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt jetzt nicht!)

Dann ist es auch so, dass gerade mithilfe des Finanzministers Maßnahmen getroffen wurden, die die Erhebung der Erbschaftsteuer erheblich vereinfacht haben, sodass der Verwaltungsaufwand im Verhältnis zur Erhebung der Erbschaftsteuer immer niedriger wird. Mit der Vermögensteuer hat es eine ganz andere Bewandtnis, da sämtliche Vermögen hinzugezogen werden müssen und nicht nur Immobilien. – Erbschaftsteuer und Vermögensteuer miteinander zu vergleichen ist an dieser Stelle absolut falsch.

(Zurufe der Abg. Jürgen Walter (SPD) und Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Norbert Schmitt (SPD): Ich bedanke mich bei Herrn Reif!)

Meine Damen und Herren, ich möchte auf jeden Fall noch das Thema SAP ansprechen, weil es zu einem Ihrer Lieblingsthemen geworden ist.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Es ist nicht ganz so, wie der Fraktionsvorsitzende Wagner heute Morgen gesagt hat, dass die SPD alle EDV abschaffen wolle. Aber ein bisschen in diese Richtung zielt ihr Ansinnen durchaus, die SAP-Kosten zu senken. Erstens müssen wir festhalten, es war der parlamentarische Wille aller Fraktionen, SAP einzuführen. Die frühere rot-grüne Landesregierung hatte das schon beschlossen. Dann gab es eine Debatte darüber, ob es in jedem Einzelressort eingeführt werden muss. Dazu muss ich sagen: Natürlich muss es in jedem einzelnen Ressort angewendet werden, weil sonst ein Haushalt in der Form, wie wir ihn heute mit der Doppik vorbildlich vorlegen, gar nicht möglich wäre, wenn es unterschiedliche Bezugsquellen gäbe.

Außerdem möchte ich Ihnen sagen, dass mit Einführung von SAP die Verwaltung für die Abgeordneten, für die Politik, aber auch untereinander so transparent wird, dass es endlich möglich ist, nicht nur strukturelle, sondern auch punktuelle Einsparungen vorzunehmen.

Das heißt, SAP ist die Grundlage dafür, dass wir dauerhaft Einsparungen vornehmen können. Es ist das modernste Instrument, das einer Landesverwaltung in Deutschland zur Verfügung steht. In allen anderen Bundesländern schaut man darauf, was wir damit machen. Die Verwendung von SAP von heute auf morgen einzustellen würde z. B. bedeuten, dass keine Löhne und Gehälter mehr ausgezahlt werden könnten.

Diese Einsparvorschläge sind einfach nicht von dieser Welt. Sie sind völlig unrealistisch. Im Übrigen bewegen sie sich auch nicht annähernd in einer Größenordnung, wie es nötig wäre, um uns davon zu befreien, neue Schulden zu machen.

Deswegen können Sie unter dem Strich froh sein, dass nicht Sie regieren, sondern dass wir an der Regierung sind und die Probleme dieses Landes lösen. Wir lösen sie dank dieser Landesregierung und dank der starken CDU-Fraktion. Wir werden Ihnen eine mittelfristige Finanzplanung vorlegen, die weit über das Jahr 2008 hinausgeht. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Wir sind froh und dankbar!)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat der Herr Minister der Finanzen.

Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte jetzt wirklich einige Bemerkungen zum Haushaltspanentwurf machen;

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege Milde hat das nicht getan!)

denn hier ist viel von der Vermögensteuer und von andrem gesprochen worden. Vergessen Sie all das. Wir wissen, dass allein die Grundstücksbewertung zehn Jahre in Anspruch nehmen würde. Zehn Jahre würde es dauern, bis wir alle Grundstücke bewertet hätten und eine Vermögensteuer erheben könnten.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Wenn Sie das mit SAP machen, sicherlich!)

Gerade die Idee, dass wir wieder in die Grundstücksbewertung einsteigen müssten, ist wahnsinnig. Schon die Kosten im ersten Jahr würden alles auffressen, was in den nächsten Jahren an bescheidenen Eingängen zu verzeichnen wäre. Aber das Thema eignet sich gut für einen solchen Vorschlag.

Ich möchte einige wenige Bemerkungen machen. Die Auffassung, dass sich durch eine Verschiebung des Haushaltspans nichts geändert habe, ist falsch. Es hat sich viel verändert. Der Herr Ministerpräsident hat meine Zahlen heute Morgen weitergegeben. Ich will sie hier noch einmal bestätigen.

Gegenüber dem, was wir im Haushaltspan 2005 angenommen haben, werden wir im Jahre 2005 eine deutliche Reduzierung der Verschuldung haben. Wohl bemerkt: gegenüber dem, was wir zu Jahresbeginn veranschlagt hatten. Zum ersten Mal seit vielen Jahren wird der Haushaltspansatz deutlich unterschritten. Wir gehen derzeit davon aus, dass wir statt 1.130.000.000 € Schulden nur noch 960 Millionen € Schulden haben werden.

Ich sage Ihnen heute schon voraus, dass dies nicht das Ende sein wird. Aber wir sind im Moment noch etwas vorsichtig. Mein interner Optimismus – „Licht am Ende des Tunnels“ habe ich gesagt – lässt mich annehmen, dass es nach menschlichem Ermessen noch ein Stück besser wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Weniger schlecht!)

Bei allem Streit in diesem Land ist es doch eine schöne Botschaft, wenn man sagen kann, dass das, was wir uns zu Jahresbeginn vorgenommen haben – was schon ehrgeizig genug war; zwischenzeitlich hatten wir Sorgen, ob wir das Ziel erreichen würden –, nicht nur erreicht wird, sondern

dass wir die Grenze sogar deutlich unterschreiten. Das ist ein Stück der Arbeit, die wir an dieser Stelle geleistet haben.

Lassen Sie mich deswegen kurz den Nachtragshaushalt 2005 gegenüber 2004 erläutern. Es wird nämlich immer gesagt, hier werde viel Geld ausgegeben. Die Gesamtausgaben, bereinigt – ohne Länderfinanzausgleich, der verzerrt immer –, werden von 2004 auf 2005 um etwa 150 Millionen € steigen. Wenn am Jahresende Kassenschluss gemacht wird, werden wir wahrscheinlich feststellen, dass es weniger ist.

(Norbert Schmitt (SPD): Das sind fast 100 %!)

– Langsam, ich bin noch nicht fertig. – Am Jahresende, wenn Kassenschluss gemacht wird, wissen wir, dass es immer noch ein ganzes Stück heruntergeht. Bleiben wir bei den 150 Millionen €. Sehen wir uns an, woraus die Steigerung resultiert. Die Investitionsausgaben sind um 110 Millionen € gestiegen. In den KFA sind 53 Millionen € mehr geflossen. Ansonsten haben wir nichts anderes gemacht, als die Investitionen zu erhöhen – was in dieser Zeit richtig ist – und den Kommunen das Geld, das ihnen zusteht, zu geben. Darüber hinaus sind in unserem Haushalt keine Steigerungen zu verzeichnen, und das bei allgemein steigenden Kosten und bei den gesetzlichen Leistungen, die wir zu erbringen haben. Faktisch haben wir das Niveau des Landeshaushalts erneut abgesenkt.

Ich bitte Sie, das einmal zur Kenntnis zu nehmen und hier nicht immer den Unsinn zu erzählen, wir würden die Ausgaben erhöhen. Wir gehen bei den Ausgaben nicht nach oben – von einem Punkt abgesehen, und dazu stehe ich. Wir haben im Rahmen der „Operation sichere Zukunft“ gesagt, dass wir die Investitionen in diesem Land kontinuierlich erhöhen wollen. Das werden wir auch tun. Im Moment sind wir dabei. Im nächsten Jahr, 2006, werden die Investitionen noch einmal steigen.

Damit das klar ist: Diese Landesregierung gibt im Vergleich zu früheren Landesregierungen das Geld, das sie Anfang des Jahres für Investitionen eingestellt hat, weitgehend aus. Früher dagegen blieben riesengroße Haushaltsreste übrig. Was hat es uns denn unter Rot-Grün genutzt, dass Sie bei den Investitionen riesengroße Haushaltssätze hatten, aber dann große Reste übrig geblieben sind, weil das Geld nicht ausgegeben worden ist? Wir steigern die Investitionen und geben das Geld aus. Darauf lege ich Wert; denn dies bringt das Land in struktureller Hinsicht weiter nach vorne.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte einen weiteren Punkt erwähnen, über den gar nicht gesprochen wird. Wir wollen bei der Finanzverwaltung nächstes Jahr wieder etwa 200 junge Mitarbeiter einstellen. Das ist eine Größenordnung, die früher absolut nicht üblich war. Wie schon in den letzten Jahren kümmern wir uns intensiv um diesen Bereich und ernten jetzt die Früchte unserer Arbeit: Wir haben seit 2002 über 200 junge Anwärter eingestellt, die jetzt, nach drei Jahren, in der Finanzverwaltung beschäftigt werden. Das heißt, wir lösen auf diese Weise das Problem, dass in der Finanzverwaltung aufgrund der neuen Gesetze und des Arbeitsaufwands zusätzliches Personal benötigt wird. Ich bitte Sie, zu beachten, dass das Personal in der Finanzverwaltung trotz der „Operation sichere Zukunft“ aufgestockt wird.

In den nächsten Jahren werden wir die Zahl der Prüfer um 170 erhöhen. Somit wird auch das, was wir angestrebt haben, nämlich eine Intensität der Prüfung und mehr Steu-

ergerechtigkeit, erfüllt. Im nächsten Jahr werden wir an allen Finanzämtern in Hessen – vielleicht kann es an ein oder zwei Stellen ein kleines bauliches Problem geben – Finanzinformationsstellen haben. Das wird die Annahmestelle in dem jeweiligen Finanzamt sein. Für die Bürger und für die Arbeit in der Finanzverwaltung wird das ein großer Qualitätssprung sein.

Nachdem Herr Starzacher in Darmstadt eine Dienststelle modellhaft eingerichtet hat, habe ich es geschafft, dass bis Ende 2006 sämtliche hessischen Finanzämter mit Finanzservicestellen ausgestattet sein werden. Finanziell war das eine große Leistung. Diese große Leistung kommt auch der Finanzverwaltung zugute, da es dann dort wesentlich bessere Arbeitsbedingungen geben wird. Den Bürgern werden dort sehr gute Dienstleistungen angeboten. Das wissen wir aus Umfragen, bei denen Zufriedenheitsgrade von weit über 90 % erreicht wurden. Ich bin stolz darauf, dass wir all das gemacht haben, um diese Finanzdienstleistungen voranzubringen.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Das stimmt! Aber das ist keine Erfindung von Ihnen!)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Herr Minister, ein kurzer Hinweis: Die vereinbarte Redezeit ist bereits abgelaufen.

Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:

Ich werde meine Ausführungen sofort beenden. – Ich werde noch einen Punkt ansprechen. Außerdem will ich noch sagen, dass die Kommunen im nächsten Jahr 107 Millionen € mehr bekommen werden. Natürlich werden wir uns ansehen – Gott sei Dank haben wir noch eine dritte Lesung des Haushaltsentwurfs mit den entsprechenden Anträgen –, wie die Steuererwartungen im nächsten Jahr tatsächlich ausfallen. Wir werden sie unter dem Gesichtspunkt einschätzen, was wir in diesem Jahr sehen.

Seien Sie ein bisschen zurückhaltend. Auch die mittelfristige Finanzplanung basiert auf einer Momentaufnahme aus dem September letzten Jahres. Natürlich hat sich die mittelfristige Finanzplanung aufgrund der Entwicklung in den letzten Monaten verändert. Das ist zahlenmäßig aber noch nicht umgesetzt worden.

(Norbert Schmitt (SPD): Machen Sie das einmal!)

Tun Sie mir deshalb den Gefallen, nicht die alten Zahlen zu nehmen. Es ist nämlich üblich, einmal eine Momentaufnahme zu machen und die ihr zugrunde liegenden Zahlen im laufenden Verfahren nicht zu ändern. Wenn es an der Zeit ist – im Frühjahr –, werde ich Ihnen sicherlich die eine oder andere zusätzliche Information zukommen lassen. Aber die Entwicklung nach der Bundestagswahl – das sage ich auch in Richtung SPD –, die darin besteht, dass es klare Beschlüsse gibt und die Leute zwar mit den Beschlüssen insgesamt sicherlich nicht zufrieden sind, aber wissen, wohin es geht, führt nach meiner festen Überzeugung dazu, dass sich im Moment alles deutlich stabilisiert. Wir werden das gemeinsam zu beobachten haben. Aber es ist meine feste Überzeugung, dass sich das finanziell niederschlagen wird.

Deswegen bitte ich Sie, in den nächsten Tagen nicht so laut zu rufen. Wir werden uns Tag für Tag mit den Zahlen für 2005 beschäftigen. Anfang nächsten Jahres sehen wir uns die Zahlen für 2006 und die folgenden Jahre an. Ich glaube, wir werden die eine oder andere positive Überra-

schung erleben. Das wäre natürlich insgesamt erfreulich, wäre vielleicht aber auch ein Hinweis darauf, dass sich die Tonlage hier ein bisschen ändern sollte.

Ganz besonders erfreulich ist, dass wir im nächsten Jahr auch in die Universitäten in erheblichem Umfang investieren werden. In Frankfurt werden wir am Campus Westend und am Niederurseler Hang investieren. Wir werden in Gießen und Marburg weiter investieren. Sie kennen das. Wir haben bei den Fachhochschulen verschiedene Maßnahmen in Angriff genommen, die weiter umgesetzt werden. Insbesondere die Hochschullandschaft profitiert von unseren enormen Anstrengungen bei den Investitionen. Ich lege Wert darauf, festzustellen, dass es für eine künftige gute Ausbildung an den Universitäten wichtig ist, ein Ambiente zu schaffen, in dem sich die jungen Leute wohl fühlen.

Frau Wagner, wir haben lange Zeit darüber diskutiert, dass man Hochschullehrer zur Verfügung stellen und ihnen Geld geben muss, damit sie ihre Forschungen betreiben können. Wenn sie ihren Unterricht aber in alten Buden abhalten müssen, kommt nicht so viel dabei heraus. Mehr kommt dabei heraus, wenn wir das Investitionsprogramm, mit dem wir 1999/2000 begonnen haben, weiterhin kraftvoll durchsetzen. Ich sage Ihnen an der Stelle, dass Sie einen Finanzminister haben, der persönlich daran interessiert ist, dass dieser Punkt besonders in den Vordergrund gestellt wird.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Wir tun etwas für die Konjunktur. Das, was wir angepackt haben, macht sich auf der Ausgabenseite langsam bezahlt. Diese Maßnahmen waren nicht von heute auf morgen wirksam. So, wie es im Moment aussieht, kann man vielleicht sagen:

(Norbert Schmitt (SPD): Es kann nur noch besser werden!)

Es könnte ein bisschen besser werden, als wir gedacht haben. Das ist ein schöner Tag für einen Finanzminister. Ich fühle mich im Moment ausgesprochen gut. Wenn es so weitergeht, haben wir bald wieder Boden unter den Füßen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Minister. – Zum Einzelplan 06 – Hessisches Ministerium der Finanzen –, in Verbindung mit den Einzelplänen 17 und 18, liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Beratung über

Einzelplan 07 – Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung –

In Verbindung damit rufe ich **Tagesordnungspunkt 28** auf:

Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Regionalisierungsmittel des Bundes ausschließlich für ÖPNV verwenden – Drucks. 16/4866 –

sowie **Tagesordnungspunkt 60:**

Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Landesregierung muss Finanzierung des ÖPNV langfristig sicherstellen – Drucks. 16/4967 –

Als erster Redner hat Herr Kollege Frankenberger für die SPD-Fraktion das Wort.

Uwe Frankenberger (SPD):

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die Vorlage des Einzelplans 07 des hessischen Wirtschaftsministers ist Beleg dafür, wie wenig engagiert Herr Dr. Rhiel sein Ressort vertritt.

(Beifall bei der SPD – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Was?)

Bei diesem Entwurf handelt es sich lediglich um eine ideenlose Fortschreibung der Zahlen des Jahres 2005. Dem hessischen Wirtschaftsminister gelingt es wieder einmal nicht, seine wirtschaftspolitischen Schwerpunkte deutlich zu machen. Wahrscheinlich hat er gar keine. Meine Damen und Herren, der Einzelplan 07 ist völlig ambitionslos. Das ist Pech für Hessen, denn bei den Wirtschaftsdaten befindet sich Hessen auf dem Abstieg.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Hessen hat unter dieser Landesregierung seinen Spitzenplatz verloren. Hessen ist nicht mehr vorn. Hessen ist längst Mittelmaß. Hessen droht unter dieser Landesregierung mit diesem Wirtschaftsminister weiter abzurutschen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Rüdiger Hermanns (CDU))

Mit einem Wachstum von 0,7 % im Jahr 2005 liegt Hessen unter dem Bundesdurchschnitt. Der Rückstand ist durch die massive Schwäche des produzierenden Gewerbes verursacht, und anders als in früheren Jahren konnte die in Hessen sonst so dynamische Dienstleistungsbranche dies nicht ausreichend kompensieren. Die Landesregierung hat in der Vergangenheit einseitig auf den Dienstleistungssektor gesetzt und das verarbeitende Gewerbe vernachlässigt. Das rächt sich nun. Der Wirtschaftsminister hat darauf keine Antworten.

Beim Ranking und Rating gab es eine Abwertung nach der anderen. Im Dynamik-Ranking der „Wirtschaftswoche“ vom Oktober 2005 ist Hessen von Platz 9 auf Platz 12 abgefallen, während sich unser Nachbar Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren konsequent nach vorne gearbeitet hat. Rheinland-Pfalz steht jetzt auf Platz 2, zehn Plätze besser als Hessen. Beim Arbeitsmarkt sind die Zahlen noch schlechter. Hessen ist von Platz 7 auf Platz 12 abgerutscht. Auch hier ist unser Nachbar wieder deutlich besser. Rheinland-Pfalz kann mit Platz 3 neun Plätze besser als Hessen punkten.

Besonders Besorgnis erregend ist weiterhin, dass die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze in Hessen kontinuierlich sinkt. Vergleicht man die Arbeitslosenzahlen mit denen des Vorjahresmonats, ist immer noch ein Anstieg um 18 % zu verzeichnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Insbesondere bei den Jugendlichen ist fast ein Viertel mehr ohne Beschäftigung als im November 2004. Wir haben das gestern schon ausgiebig thematisiert. Auf dem Arbeitsmarkt in Hessen ist nach Expertenmeinung keine Trendwende erkennbar. Die jüngste Abwertung Hessens erfolgte durch die Agentur Standard & Poor's von AA+ auf AA. Meine Damen und Herren, damit hat sich Hessens Stellung auf dem Kreditmarkt verschlechtert. Das wird teuer für uns alle, denn wir bezahlen die höheren Zinsen mit.

(Beifall bei der SPD)

Das wird aber auch für diejenigen teuer, die in Hessen investieren wollen. Meine Damen und Herren, Investitionen werden in Hessen zukünftig teurer, weil diese Landesregierung ihre Aufgaben schlecht erledigt. Wenn das so weitergeht, werden eines Tages unsere Geldgeber über die Politik in Hessen bestimmen und nicht die gewählten Abgeordneten des Hessischen Landtags.

In jeder Rede und in jeder Pressemitteilung betont die Landesregierung die besondere Bedeutung des Mittelstandes für den Standort Hessen, und wie sehr ihr das alles am Herzen liegt. Schauen wir einmal genau hin, ob sich mittelstandspolitische Schwerpunkte im Kernthema einer Landespolitik, in der Wirtschaftspolitik, im Haushalt niederschlagen. Auch hier: Fehlanzeige. Im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern, die Gesetze zur Förderung des Mittelstandes beschlossen und weiterentwickelt haben, weil sie wissen, wie wichtig die kleinen und mittleren Unternehmen für die Wirtschaft und für die Schaffung von Arbeitsplätzen in einem Bundesland sind, arbeitet der hessische Wirtschaftsminister an der Abschaffung des bestehenden Mittelstandsgesetzes. Meine Damen und Herren, das zeugt von einer unglaublichen Ignoranz gegenüber den tatsächlichen Bedürfnissen der kleinen und mittleren Unternehmen in Hessen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Diese Unternehmen haben bei dieser Landesregierung eben keine Lobby. Die SPD hat deshalb im Mai einen Antrag vorgelegt, mit dem wir vehement die Modernisierung des Hessischen Mittelstandsförderungsgesetzes verlangt haben. Wir wollten damals für Hessen das, was in anderen Bundesländern bereits besteht und auf Drängen der SPD jetzt auch in der großen Koalition im Bund angegangen wird: die Mittelstandsförderung aus einer Hand. – Meine Damen und Herren, hier in Hessen: weiterhin Fehlanzeige.

(Beifall bei der SPD)

Hessen ist mit der Gründung der Hessen Agentur und der Trennung in monetäre und nicht monetäre Förderung einen Weg gegangen, der für die Betroffenen, für die Existenzgründer, ein großes Ärgernis ist. Eines kann man für die Hessen Agentur jedenfalls schon feststellen: Diese Hessen Agentur wird, wenn es um Auslandsdelegationen geht, von dem hessischen Wirtschaftsminister ignoriert, denn er weigert sich konsequent, die Bedeutung der Außenwirtschaft für die Arbeitsplätze in Hessen anzuerkennen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Ministers Dr. Alois Rhiel)

Meine Damen und Herren, es ist für das Ansehen der hessischen Wirtschaft beschämend und schädlich, dass sich der hessische Wirtschaftsminister konsequent weigert, das Land Hessen im Ausland zu vertreten, und die Hessen Agentur für Imagekampagnen für die weiteren politischen Ziele des Ministerpräsidenten missbrauchen lässt. Die Landesregierung wird diese Fehlentscheidung bezüglich der Mittelstandsförderung längerfristig nicht durchhalten können. Wir fordern Sie hiermit erneut auf, so schnell wie möglich Einsicht zu zeigen und Beratung und finanzielle Förderung wieder in eine Hand zu legen, und zwar in die Hände derjenigen, die dafür die Kompetenz haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ein weiterer Schlag in das Gesicht der kleinen und mittleren hessischen Unternehmen ist der ungezügelte Aktionsismus des hessischen Wirtschaftsministers zur Aufweichung des Dreisäulensystems im Bankensektor.

(Beifall der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

Die neuen Pläne zur Zukunft der hessischen Sparkassen werden langfristig den Konzentrationsprozess in diesem Bereich beschleunigen und den Rückzug der Sparkassen aus der Fläche zur Folge haben. Mit der eingeleiteten Entwicklung gefährden Sie massiv die Versorgung der Privatkunden und der kleinen und mittleren Unternehmen auf dem Lande.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Mit der Frage, woher ein Handwerksmeister, der Mittel für eine Investition braucht, sein Geld bekommt, hat sich der Wirtschaftsminister bisher noch nicht auseinander gesetzt. Die Filialleiter der Sparkassen kennen ihre Klientel vor Ort. Die Bankangestellten in einer Zentrale in Frankfurt kennen sie nicht. Es ist schierer Hohn, wenn die Landesregierung in einer Pressemitteilung schreibt:

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Die Landesregierung will kundennahe, leistungsfähige und regional verankerte Sparkassen überall in Hessen erhalten.

Meine Damen und Herren, daraufhin titelte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, die der SPD nicht unbedingt nahe steht, am 09.12.05:

(Michael Boddenberg (CDU): Wer hat es geschrieben?)

„Die Zahl der Gegner Rhiels wächst“. Zu diesen Gegnern zählt auch der Hessische Städtetag, weil die Kommunen wissen, wie wichtig eine handlungsfähige, leistungsfähige Sparkasse vor Ort für die Zukunft einer Region ist.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Zerstören Sie nicht das langfristig aufgebaute Vertrauen zwischen den Kunden und der Hausbank, der Sparkasse. 80 % aller Mittelständler sind Kunde bei einer Sparkasse, Genossenschaftsbank oder Landesbank. Hören Sie auf die Experten. Mit der Politik, die Sie betreiben, schaden Sie dem Mittelstand in diesem Lande massiv.

(Beifall bei der SPD – Rüdiger Hermanns (CDU): Na, na, na!)

Meine Damen und Herren, die Zukunft unseres Landes hängt auch sehr davon ab, wie wir die Mobilitätsprobleme, die in den nächsten Jahren zweifellos noch anwachsen werden, lösen werden. Es wird nicht reichen, sich einseitig auf die Straße zu konzentrieren.

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Auch der ÖPNV wird mit diesem Haushalt nicht angemessen bedient. Im Gegenteil, wie durch ein Wunder verschwinden im Haushalt des Herrn Rhiel die vom Bund für den ÖPNV zur Verfügung gestellten Regionalisierungsmittel.

(Beifall der Abg. Hildegard Pfaff (SPD) – Petra Fuhrmann (SPD): Das ist unglaublich!)

Sie werden vom Land nicht dem Zwecke entsprechend weitergegeben. Das sind 30 bis 40 Millionen €. Es ist nicht ersichtlich, wo die Bundesmittel hingeflossen sind, die das

Land Hessen vom Bund für den ÖPNV bekommen hat. Meine Damen und Herren, diese Praxis muss aufhören, denn der ÖPNV muss erhalten, was ihm vom Bund zu steht.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren von der CDU, seit Sie den SPD-Antrag abgelehnt haben, der ausdrücklich die Ziele des Berliner Koalitionsvertrags zum Inhalt hatte, wissen wir im Hause ganz genau, welchen Stellenwert der ÖPNV bei der CDU in Hessen hat, nämlich gar keinen. Während sich der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Kurt Beck, auch gegenüber dem Bund energisch für einen leistungsstarken ÖPNV einsetzt, bleibt der Hessische Ministerpräsident stumm.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Herr Kollege, die vereinbarte Redezeit ist auch bei Ihnen abgelaufen.

Uwe Frankenberger (SPD):

Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss. – Wir wissen, wie sich Roland Koch in Zukunft Mobilität vorstellt. Wir wissen dies spätestens, seitdem er für das Jahr 2015 in seinem Buch Vorfahrt für zahlungskräftige Autobahnnutzer favorisiert hat. Freie Fahrt für zahlungskräftige Autofahrer, das ist nicht unser Mobilitätskonzept für die Zukunft. Da passt es ins Bild, dass der Wirtschaftsminister dafür Verantwortung trägt, dass die Mitglieder der Landesregierung auf Hessens Straßen ungestraft rasen und ungestört falsch parken können.

(Volker Hoff (CDU): Bei euch ist Stillstand!)

Dadurch, dass Herr Dr. Rhiel ungestraft mit Tempo 200 über die Autobahn rasen darf, bekommt man die Mobilitätsprobleme in Hessen nicht in den Griff.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Rüdiger Hermanns (CDU))

Dieser Entwurf, für den der Wirtschaftsminister Verantwortung trägt, zeigt keine Perspektiven auf. Der Entwurf ist wie die Wirtschaftspolitik im Lande Hessen: einfallslos und ideenlos. Noch nie hat das Land Hessen einen solchen Wirtschaftsminister gehabt, der sein Ressort so verwaltet hat wie der jetzige: emotionslos und ziellos. – Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank. – Als nächste Rednerin hat Frau Hölldobler-Heumüller für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

(Rüdiger Hermanns (CDU): Es kann nur noch besser werden!)

Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe mich schon gestern in der Lehrstellendebatte ener-

gisch gewundert, dass die CDU anscheinend denkt, dass sie das getan hat, was die Wirtschaft getan hat.

(Michael Boddenberg (CDU): Wie geht das: ener-
gisch wundern?)

– Das haben Sie, Herr Boddenberg, bei meiner Antwort auf Ihre Kurzintervention gestern erlebt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Auf Sie wollte ich noch kommen. Nach zehn Minuten Rede von mir mussten Sie gestehen, dass das Problem an einem intelligenten Menschen wie Ihnen leider vorbeigegangen war. Das finde ich äußerst bedauerlich. Ich habe mir darüber Gedanken gemacht und habe mir gedacht: Die Mitglieder der CDU in diesem Hause scheinen zu denken, die Mitgliedschaft in der CDU bedeute automatisch Wirtschaftskompetenz. Ich kann Ihnen glaubhaft versichern: An dieser Stelle irren Sie, und die fatale und bedauerliche Folge ist, dass Sie dadurch an Wahrnehmungsschwierigkeiten und Beratungsresistenz leiden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Die Steigerung des Ganzen hatten wir heute in der Generaldebatte, als der Kollege Walter davon sprach, wie problematisch es für den Standort Hessen ist, dass das Problem der Haushaltskonsolidierung nicht ernsthaft angegangen wird. Ich war auch entsetzt, muss ich ernsthaft sagen, dass, angefangen beim Ministerpräsidenten über den Finanzminister bis in die Fraktion, alle herhaft am Lachen waren. Das kann doch nicht wahr sein.

(Volker Hoff (CDU): Wissen Sie, wie viele Auszubildende ich beschäftige und wie viele ich in den letzten zehn Jahren ausgebildet habe? Ich lasse mir von Ihnen nichts sagen!)

Denn Sie können bei allen Instituten nachlesen, und zwar bei Instituten, die den GRÜNEN durchaus nicht nahe stehen, wie der Bertelsmann Stiftung – es steht auch in den Papieren der VhU –, dass es ein Problem für den Standort Hessen ist, dass Hessen seine Haushaltsslage nicht in den Griff bekommt. Das können Sie nachlesen; denn hören tun Sie ja nicht so gerne.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hessen verspielt seinen Handlungsspielraum, und das können wir uns nicht leisten.

Ein weiterer Standortfaktor, der zu Ihren Lieblingsthemen gehört und der in den Studien ebenfalls zur Abwertung führte, ist das Thema der inneren Sicherheit. Sie heften sich immer großartig auf die Brust und erzählen reflexartig, wie großartig Sie da sind. Ich kann Ihnen nur sagen: Lesen Sie das in der Bertelsmann-Studie nach. Das ist ein Faktor, der im Erfolgsindex zu einer Abwertung führte. Dort steht: Schwachpunkt ist die innere Sicherheit. Hessen liegt dort allenfalls im Mittelfeld, die Tendenz ist sinkend.

Bei den Standortfaktoren des Instituts der deutschen Wirtschaft – auch das ist nicht gerade eine den GRÜNEN nahe Stiftung – liegt Hessen unter allen Bundesländern auf Platz 14. Selbst wenn die Rankings manchmal mit Vorsicht zu genießen sind, kann ich nur sagen: Einen kleinen Denkprozess könnte das auch in den Reihen der CDU und beim Wirtschaftsminister in Gang setzen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein weiteres Thema ist der drohende Fachkräftemangel, die Frage von gut Ausgebildeten, die die Wirtschaft stärken können. Da aber erweist sich das Familienbild der Hessischen Landesregierung als schlichte Katastrophe. Wir haben davon heute Vormittag in der Haushaltssrede des Kollegen Al-Wazir gehört. Wir haben aber die Hoffnung, dass zumindest seine Enkelin einmal eine Kinderbetreuung vorfindet, die auf dem Stand ist, der jetzt für erforderlich gehalten wird. Herzlichen Glückwunsch. Aber als Standortfaktor ist das eine Katastrophe.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man über das Ressort von Wirtschaftsminister Dr. Rhiel spricht, muss man natürlich auch über die Umstrukturierung der Wirtschaftsförderung sprechen. Gegen die Hessen Agentur, die Idee, dass dort alles aus einer Hand kommt, wehren wir uns nicht. Ob der Tourismus dort angesiedelt sein muss, stellen wir noch infrage. Aber wir fragen uns, Herr Minister: Warum erzählen Sie im Ausschuss nicht, wie der ganze Prozess weiterläuft? Sie haben irgendwann einmal die grobe Linie vorgestellt, und es gab Anträge der Fraktionen zu dem Thema. Von Ihrer Seite aber gab es wenig. Die Frage ist also: Wie läuft das, wie geht es weiter, welches sind die Perspektiven? Als Einziges wissen wir: Da musste Geld – 2 Millionen € – nachgeschossen werden. Also scheint die Umstrukturierung immer noch irgendwie im Gange zu sein.

Ich komme zu dem Thema Sparkassengesetz. 2003 kam ein Gesetzentwurf der FDP-Fraktion. Seitdem wurde immer wieder gesagt: Es kommt etwas, es kommt etwas. – Die vorletzte Ankündigung sagte, im Januar; die letzte Ankündigung sagte, im Frühjahr. Man hat das Gefühl, der Minister ist samt dem Gesetz auf Tauchstation gegangen. Von da schickt er immer wieder einmal Blasen hoch, einmal größere, einmal kleinere. Die letzte war größer und hat für erhebliche Aufregung im Land gesorgt.

Mir geht es so: Ich hätte den Gesetzentwurf allmählich gern schwarz auf weiß; denn wir wissen, die Landesregierung ist immer in der Lage, alle möglichen Haken zu schlagen und Kehrtwendungen zu vollziehen.

Wir wollen, dass für den Mittelstand die Hausbanken erhalten bleiben, und wir wollen, dass nicht die kleinen Institute im Land die Zeche für große Zusammenschlüsse im Ballungsraum zahlen.

Zum Nord-Süd-Gefälle in Hessen. Man könnte denken, ein Minister, der ein klein wenig im ländlichen Raum unterwegs gewesen ist, kennt sich dort aus. Aber Sie beugen sich brav dem Dogma nach dem Motto: Ein Leuchtturm verkauft sich am allerbesten, und deswegen bleiben wir dabei. Wir kippen für zwei Projekte Beton in die Landschaft. Das ist eine marketingtechnisch geschickte Strategie. Das müssen wir Ihnen neidvoll zugestehen, weil wir vonseiten der GRÜNEN immer das Problem haben, dass wir andere Vorstellungen haben, wie die Wirtschaft aussieht, nämlich kleinteilig und nachhaltig. Dazu aber braucht es wesentlich mehr Erklärungen. Das ist aber auch der einzige Punkt, bei dem wir Sie beneiden, weil wir glauben, wir haben da die besseren Ideen.

Die Wirtschaft sollte auf viele Standbeine und Schultern verteilt werden, gerade im ländlichen Raum. Wir werden nicht müde zu erklären, dass auch die Ökologie eine wichtige Rolle spielt und dass der Wechselrichter für Solaranlagen in Nordhessen nach wie vor viermal so viele Arbeitsplätze geschaffen hat wie der Transrapid.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben noch über das EEG geschimpft, als die Installateure und die Klempner das zum Glück längst als Chance erkannt und sich danach gerichtet haben.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es bleibt festzuhalten: Das Wirtschaftsministerium ist die fleißigste Hochglanzbroschüren-Druckabteilung der Hessischen Landesregierung. Es geht davon aus, die Wirtschaft wird es schon irgendwie richten. Dabei vernachlässigt es die Aufgabe der Politik, dafür den Rahmen zu schaffen. Das Tempo ist zu langsam. Es erinnert an einen schwerfälligen Tanker. Ich möchte ja nicht schwarz malen, aber ich möchte mahnen: Bis Tanker ihre Richtung ändern, dauert es eine Weile.

Momentan geht die Tendenz abwärts. Das Bruttoinlandsprodukt in Hessen ist nur noch um 0,3 % gestiegen; der Bundesschnitt liegt bei 0,8 %. Die Arbeitslosenzahlen liegen gerade noch im bundesdeutschen Schnitt. Das lässt sich nicht mehr als eine günstige wirtschaftliche Entwicklung für Hessen darstellen. Dabei hat Hessen – das liegt weder an Ihnen noch an uns – insgesamt günstigste äußere Voraussetzungen durch seine zentrale Lage, und weil es als rohstoffarmes Land schon immer dienstleistungsorientiert war. 75 % des Bruttoinlandsprodukts werden im Dienstleistungsbereich erwirtschaftet. Verspielen Sie diese Chancen nicht, indem Sie sich weigern, die Realitäten wahrzunehmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Frau Hölldobler-Heumüller. – Als nächster Redner hat Herr Boddenberg für die CDU-Fraktion das Wort.

Michael Boddenberg (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Von Herrn Frankenberger und Frau Hölldobler-Heumüller wurde vorgeschlagen, wir sollten irgendwann einmal überlegen, wie wir es mit den Statistiken halten. Ich schlage vor: Wenn wir Statistiken erwähnen, erwähnen wir sie alle. Aber ich will dem Spielchen jetzt ein Ende machen und nur sagen: Ich könnte Ihnen zu jeder einzelnen Statistik, die Sie hier vorgetragen haben, die weiteren Teile dieser Statistiken nennen.

Ich könnte Ihnen sagen, dass Hessen bei der Bewertung der Infrastruktur durch Ernst & Young auf Platz eins steht, dass Hessen bei der Bewertung der Wirtschaftsförderung durch die auch von Ihnen zitierte Bertelsmann Stiftung auf Platz eins steht, dass Hessen bei den Gewerbeanmeldungen auf Platz eins steht und dass Hessen bei der Schaffung von Selbstständigen ganz vorne steht. Ich könnte all das tun, glaube aber, dass das keinen Sinn macht, weil wir in einigen Problembeschreibungen und Analysen gar nicht so weit voneinander entfernt sind.

Die Wirtschaftspolitik hat die Aufgabe, zunächst einmal für einige Voraussetzungen zu sorgen, die Wirtschaften und Prosperierendes in der Wirtschaft möglich machen. Das heißt, wir haben die Voraussetzungen der Landespolitik dafür zu schaffen, dass eine verkehrliche Infrastruktur und eine Bildungsinfrastruktur entwickelt und weiter-

entwickelt werden. Wir haben aber auch die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich Investitionen in neue Technologien entwickeln können. Wir haben diese teilweise auch mit anzuschließen, aber nicht auf Dauer zu finanzieren.

Wir können eine gute Wirtschaftspolitik auch außerhalb von Haushaltsfragen an vielen anderen Stellen machen, indem wir beispielsweise Regulierungen oder Bürokratie insgesamt abbauen und indem wir dafür sorgen, dass Märkte funktionieren, dass am Ende der Kapitalmarkt genauso funktioniert wie beispielsweise der Wettbewerb in allen anderen Bereichen.

Ich will vorweg sagen: Was dieser Wirtschaftsminister im Bereich des Wettbewerbs und der Forcierung von Wettbewerb zum Nutzen der Unternehmer in diesem Land, aber auch zum Nutzen der Verbraucher in diesem Land geleistet hat, ist beispiellos.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Insofern kann ich das aufgreifen, was Sie angesprochen haben. Denn ein gutes Beispiel ist der öffentliche Personennahverkehr. Meine Damen und Herren, wir haben die Rituale im letzten Plenum wieder erlebt. Nachdem heute sehr viel über das Sparen gesprochen worden ist, vonseiten der Opposition, zumindest von Rot-Grün, aber meiner Wahrnehmung nach nicht ein einziger ernsthafter Einsparvorschlag gekommen ist,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihre Wahrnehmung ist gestört, Herr Kollege!)

stelle ich fest, dass sich das beim Thema ÖPNV unmittelbar fortsetzt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch da ist die Wahrnehmung gestört!)

Nachdem die neue Bundesregierung vor wenigen Wochen einige Schwerpunkte der Haushaltskonsolidierung besprochen hat und sich daraus weitere Konkretisierungen – auch im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs – ergeben haben, hat es keine zwei Minuten gedauert, bis alle Oppositionsfraktionen im Hessischen Landtag nichts Besseres zu tun hatten, als Anträge zu formulieren und zu stellen, das doch bitte nicht zu tun.

Das heißt, immer dann, wenn es konkret wird, lässt sich das mit der Opposition relativ einfach an. Aber wir sind in der Regierungsverantwortung und gehen insofern auch mit möglichen Änderungen im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs seriös und so um, dass wir das gegenüber denen vertreten, die zumindest in der mittel- und langfristigen Perspektive konsolidierte Haushalte einfordern, aber auch gegenüber denen, die am Ende davon betroffen sind, nämlich den Bürgerinnen und Bürgern.

Wenn wir schon beim Thema Wettbewerb sind, meine Damen und Herren, sage ich Ihnen: Dieser Minister hat im Bereich der Energiekosten Gewaltiges geleistet und war sich auch nicht zu schade, sich mit kommunalen Unternehmen und den politischen Vertretern auf dieser Ebene auseinander zu setzen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was heißt denn das?)

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die zwölf Kartellverfahren im Bereich der Gasversorgung genauso wie

daran, dass beispielsweise eine ganze Reihe beantragter Strompreiserhöhungen vom Wirtschaftsminister mit Blick auf Verbraucherinteressen, aber auch im Blick auf Interessen des Wirtschaftsstandortes und der Unternehmen in diesem Lande abgelehnt worden sind.

Meine Damen und Herren, es ist nicht nur der Wettbewerb, der durch diesen Minister, die Landesregierung und die CDU-Fraktion als wesentliches Element der Wirtschaftspolitik weiterhin gefördert wird, sondern es gibt noch viele andere konkrete Projekte. Die haben wiederum mit Geld zu tun. Ich erinnere an den Landesstraßenbau, wo wir die Mittel in den letzten Jahren verdreifacht haben. Ich erinnere daran, Herr Kaufmann, dass wir eben nicht nur Beton gießen, wenn wir über das Projekt „Staufreies Hessen“ reden, sondern dass wir intelligente Lösungen schaffen müssen, damit die Ressourcen, die wir im Bereich des Verkehrs haben, produktiv genutzt werden können. Wer daran etwas Negatives findet, der hat entweder grundsätzlich etwas gegen Mobilität und gegen Individualität durch Mobilität, oder er sagt bewusst die Unwahrheit, wenn es darum geht, wie wir das Ziel, Hessen staufrei zu machen, erreichen wollen.

Herr Kaufmann, ich könnte damit fortführen, dass wir durch relative einfache Regelungen die Autobahnen besser und den Verkehr auf den Autobahnen schneller gemacht haben. Wir haben nämlich an verschiedenen Stellen, wo es Engpässe gab, dem Verkehr die Randstreifen zu Verfügung gestellt. All das sind Maßnahmen, die dazu geführt haben, dass das Kernland der Mobilität in Deutschland, Hessen, mobil bleibt und in dieser Hinsicht noch besser wird – auch und gerade im Hinblick auf die geringeren Mittel, die wir zur Verfügung haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, zur Mobilität gehört das Luftdrehkreuz Frankfurt am Main. Ich freue mich sehr darüber, dass Fraport vermelden kann, dass in diesem Jahr die Passagierzahl auf wahrscheinlich 52 Millionen ansteigen wird. Damit ist all das widerlegt, was die GRÜNEN wider besseres Wissen behauptet haben, nämlich dass die prognostizierte Entwicklung am Frankfurter Flughafen nicht eintreten würde.

(Beifall bei der CDU)

Das ist für uns ein gutes Zeichen für die Wirtschaftspolitik. Für Sie ist es möglicherweise nach wie vor eine Angelegenheit, bei der Sie am Ende verantworten müssen, dass Sie die Schaffung von zigtausend neuen Arbeitsplätzen mit Ihrer politischen Haltung verhindern wollten.

Meine Damen und Herren, es geht aber nicht nur um den Verkehr, sondern auch um die Zukunftstechnologien. Wir sind in Hessen in vielen Bereichen mittlerweile führend. Ich freue mich darüber, dass es Wirtschaftsminister Rhiel bei den neuen Technologien, z. B. Biotechnologie und Nanotechnologie, ohne ständige Erfüllung der Finanzierungswünsche der Wirtschaft durch klar gesetzte Ziele und durch partnerschaftliches Handeln mit den Unternehmen schafft, dass wir uns in diesen Fragen enorm etablieren konnten. In diesem Zusammenhang möchte ich den Herrn Wissenschaftsminister ansprechen, weil die Kooperation zwischen der Wirtschaft, der Wissenschaft und den Hochschulen in diesem Bereich hervorragend funktioniert.

(Beifall bei der CDU)

Gerade eben ist der Finanzplatz Frankfurt so skizziert worden, als gebe es dort nur den Banken-Moloch. Herr

Frankenberger, wenn jemand die hessischen Sparkassen stärken will und dieses Ziel durch eine Änderung des Gesetzes zu erreichen versucht, dann ist das die hessische CDU, dann ist das diese Landesregierung. Herr Frankenberger, Sie wissen offensichtlich noch nicht, dass es neben einer ganzen Reihe von sehr gut funktionierenden Unternehmen im Sparkassenwesen eine ganze Reihe von Unternehmen gibt, die zukünftig oder schon jetzt in großen Schwierigkeiten sind. Denen wollen wir die Chance eröffnen, sich durch eine Stärkung im Verbund, im Sparkassensystem, für die Zukunft so zu rüsten, dass sie das bleiben, was sie nach unserem Wunsch bleiben sollen, nämlich Teile der dezentrale Struktur der Sparkassen als Angebot für die Mittelständler vor Ort.

(Beifall bei der CDU)

Da Sie das im Zusammenhang mit dem Finanzplatz Frankfurt erwähnt haben, will ich Ihnen sagen: Dieser Finanzplatz ist uns sehr viel wert, und er ist sehr wichtig. Herr Frankenberger, Sie haben auch erlebt, dass wir in den letzten Jahren immer wieder neue, auch auf nationaler Ebene wichtige Projekte in der Gesetzgebung umgesetzt haben. Wenn Sie die Koalitionsvereinbarung lesen, die Ihre und meine Partei unterschrieben haben, dann finden Sie eine Menge hessischer Vorschläge, unter anderem im Bereich der Immobilienfinanzierung und der Handelbarkeit von Immobilien. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Ein Blick in die Tageszeitung mahnt uns, durchaus zu Recht, dass wir an der Stelle besser werden müssen, dass wir im Handel mit Immobilienwerten in dieser Gesellschaft wesentlich besser und flexibler werden müssen.

Meine Damen und Herren, Roland Koch hat heute Morgen gesagt: Überall dort, wo wir unmittelbar, sehr schnell und flexibel mittels unserer Politik wirken können, gelingt das auf hervorragende Weise. – Ich will die Dinge, die heute Morgen von Roland Koch angesprochen worden sind, mit Zahlen belegen.

Schauen Sie sich die Entwicklung in Nordhessen an. In keiner Region hat es so viele unmittelbar wirkende politische Entscheidungen und Umsetzungen gegeben wie dort. Wir hatten dort in den letzten 15 Jahren eine Entwicklung des Arbeitsmarktes, der die Statistik für Hessen deutlich positiv beeinflusst. Wir hatten in Nordhessen einen Rückgang der Arbeitslosigkeit innerhalb weniger Jahren um 8 %. Das ist zwar nicht zufriedenstellend, aber es ist ein deutlicher Rückgang, Herr Frankenberger. Wenn Sie sehen, dass die Nachbarregionen – ob das die Region Detmold, die Region Arnsberg oder die Region Braunschweig ist – eine Zunahme der Zahl der Arbeitslosen um bis zu 20 oder 30 % zu verzeichnen haben, dann ist die Entwicklung in Nordhessen ein Zeichen dafür, dass wir hier sehr gut aufgestellt sind. Ich will Herrn Posch hier ausdrücklich einbeziehen, denn vieles von dem, was wir heute dort machen, ist in der letzten Legislaturperiode auf den Weg gebracht worden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deshalb können die GRÜNEN ruhig bei ihrer Floskel bleiben, dass wir nur Beton gießen und meinen, das sei Wirtschaftspolitik.

Ich komme zum Flughafen Kassel-Calden. Für uns ist der Flughafen Kassel-Calden ein wesentlicher Bestandteil der Strukturpolitik, der eine wichtige psychologische Wirkung auf den gesamten nordhessischen Raum hat.

(Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Herr Wagner, das würden auch Sie merken, wenn Sie dort einmal hingehen

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich war schon da!)

und zuhören würden. Dann wüssten Sie, dass die Zahlen, die ich eben genannt habe, ein Beleg dafür sind, dass das genau die richtige Politik ist. – Das gilt ebenso für die Bundesfernstraßen, für die Landesstraßen und für die Landesmittel, die ich schon angesprochen habe und die in Nordhessen an vielen Stellen wirken.

Ich möchte mich abschließend kurz zwei Themen zuwenden, die von Herrn Kollegen Walter heute Morgen angesprochen worden sind.

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Herr Kollege, die vereinbarte Redezeit ist abgelaufen.

Michael Boddenberg (CDU):

Ich bin gleich fertig. Ich nehme nur noch einen wesentlichen Punkt auf, nämlich das Thema Arbeitsmarkt. – Ich will ausdrücklich sagen, dass niemand mit der gegenwärtigen Entwicklung auch nur halbwegs zufrieden sein kann. Ich will ausdrücklich sagen, dass wir sehr wohl wissen, dass Hessen aufgrund seiner wirtschaftlichen Struktur an der Stelle besondere Probleme, aber auch Aufgabenstellungen hat. Es ist nun einmal so, dass wir viele Unternehmen haben, die im internationalen, aber auch arbeitsintensiven Wettbewerb stehen.

Ich will aber eines feststellen – das muss man als Hesse mit ein bisschen Stolz tun, wozu ich auch die Oppositionsfraktionen auffordere –: Wenn Sie sich anschauen, wie viele, die in Hessen arbeiten, in Nachbarbundesländern wohnen, dann kommen Sie auf einen für Hessen positiven Saldo von 90.000 Beschäftigten. Das Bundesland Hessen beschäftigt also 90.000 Menschen, die aus anderen Bundesländern kommen. Sie können sich die Zahlen im Einzelnen anschauen. Sie werden feststellen, dass, alleine bezogen auf Rheinland-Pfalz – die Zahl will ich Ihnen noch nennen –, der positive Saldo bei 50.000 Beschäftigten liegt. Das sind 50.000 Menschen, die die Statistik von Herrn Beck entlasten und die hessische Statistik, wenn Sie so wollen, rechnerisch belasten.

Das zum Thema Arbeitsmarktstatistik. Die hat sich für das Bundesland Hessen positiv entwickelt – zugunsten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auch wenn sie aus anderen Bundesländern kommen. Das ist ein deutliches Zeichen dafür, dass wir auf einem hervorragenden Weg sind.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Boddenberg. – Als nächster Redner hat Herr Denzin für die FDP-Fraktion das Wort.

Michael Denzin (FDP):

Meine Damen und Herren! Denen, die es nicht hören konnten, will ich sagen: Der Herr Regierungssprecher hat eben gemeint, ich könne mich dem anschließen, was Herr Boddenberg gesagt hat. Darauf habe ich geantwortet:

Nicht in allem. – Dann habe ich mich korrigiert und gesagt: In vielem nicht.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, der Befund bezüglich der hessischen Wirtschaftspolitik ist der gleiche wie der bezüglich der Wirtschaft im Land insgesamt: Es fehlt beiden an Dynamik. Das ist das Ergebnis Ihrer Arbeit, Herr Minister Rhiel. Die Vorredner haben das bereits zutreffend angesprochen. Sie fahren das fort, was angelegt war, Sie sind aber nicht in der Lage, den sich wandelnden Anforderungen gerecht zu werden, sei es bei Förderprogrammen oder in der Ausgestaltung dessen, was man als Wirtschaftsminister politisch bewegen kann. Da ist nichts zu erkennen.

Wenn wir uns den Haushalt des Wirtschaftsministers einmal genau ansehen, dann sehen wir meine Aussage darin belegt. Es handelt sich durchweg um Programme, die auf Lothar Klemm oder Dieter Posch zurückgehen oder die von der EU oder vom Bund gesteuert werden.

Jetzt müssen wir uns eine generelle Frage stellen. Hierzu gibt es ganz interessante Ausführungen von Herrn Hirschel in der „FAZ“ – das ist schon eine gewisse Zeit her. Er schreibt unter anderem:

Nach Gründung der Europäischen Währungsunion haben deutsche Regierungen nur noch ein einziges konjunkturpolitisches Instrument: die Finanzpolitik. Ihre strategische Ausrichtung besteht wesentlich über die wirtschaftliche Zukunft dieses Landes.

Damit hat er zweifellos Recht. Das heißt, wenn schon die Wirtschaftspolitik des Bundes nur so wenige Gestaltungsmöglichkeiten hat, dann kann die Wirtschaftspolitik eines Landes natürlich nicht sehr viel bewegen.

(Beifall bei der FDP)

Trotzdem gibt es die schon angesprochenen Unterschiede. Herr Boddenberg, es ist nicht so, wie Sie sagen. Es ist zwar schön, wenn Mainzer und Rheinland-Pfälzer nach Hessen kommen und unsere Wirtschaft insoweit stärken, dass sie ihre Arbeitskraft in Hessen anbieten. Darüber können wir uns eigentlich nur freuen. Ich würde mich aber noch mehr freuen, wenn wir im unteren Rheingau eine zusätzliche Brücke hätten, auf der die Menschen vom einem in das andere Bundesland kommen könnten und Handel und Wandel besser funktionieren würden, als es in diesem Randgebiet der Fall ist.

(Beifall bei der FDP)

Herr Wirtschaftsminister, wenn wir über Strukturprobleme reden, reden wir meist über Nordhessen. Der ländliche Raum ist bei Ihnen aber nicht erkennbar im Fokus – weder von den Programmansätzen her noch in irgendeiner anderen Form. Die Zuständigkeit für den ländlichen Raum ist ja auch fälschlicherweise auf den Landwirtschaftsminister übertragen worden. Ich habe schon damals zu dieser Ressortabgrenzung gesagt: Wir können, wenn wir wirtschaftliche Maßnahmen und Entwicklungen im Auge haben, diese nicht nach den Ministern einteilen, sondern wir müssen das ganze Land sehen. Wir tragen Verantwortung für das ganze Land. Dazu gehört der ländliche Raum genauso wie der Finanzplatz Frankfurt.

(Beifall bei der FDP)

Mein lieber Kollege Boddenberg, damit kommen wir zum Finanzplatz Frankfurt. Ich hatte schon bei der kurdischen Lesung – Herr Frankenberger wird sich daran erinnern – das Vergnügen, dazu eine Nachfrage zu stellen: Was

geschieht denn bei dieser Landesregierung konkret mit dem Finanzplatz Frankfurt? – Und siehe da, es gibt im Haushalt einen Ansatz dafür. Ich habe ihn gerade aufgeschlagen. Da steht im Haushaltsentwurf Einzelplan 07 auf Seite 67:

Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 11: Finanzplatz Frankfurt/Main ... Gesamtkosten: 34.000 €.

(Michael Boddenberg (CDU): Wissen Sie, was das ist?)

– Ja. – Da heißt es weiter:

Bezug zu politischen Zielen

Attraktivität Hessens für Unternehmer und Verbraucher durch eine moderne und dienstleistungsorientierte Verwaltung auf der Basis einer effizienten Wirtschaftsordnung und den Abbau von Bürokratie stärken.

Das ist das Oberziel, das sich immer wiederholt.

Mein lieber Kollege Boddenberg, dann kommen wir zu diesem speziellen Punkt:

Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistung)

Vorgabe: Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes Frankfurt – Anzahl der Projekte (2)

34.000 € – das ist natürlich eine gewaltige Anstrengung, die das Land hier, in Geld ausgedrückt, erkennen lässt.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

34.000 €, zwei Projekte – ein einziger Ansatz in diesem gesamten Plan, an dem etwas zum Finanzplatz Frankfurt drinsteht.

(Beifall bei der FDP – Michael Boddenberg (CDU): Das ist die neue FDP-Wirtschaftspolitik von Michael Denzin!)

– Mein lieber Kollege Boddenberg, Sie haben das doch hier angesprochen.

(Michael Boddenberg (CDU): Ich habe von etwas anderem gesprochen!)

Dann legen Sie doch einmal Finanzmarktgesetze vor. Es kommt doch nichts.

(Beifall bei der FDP und der Abg. Lothar Klemm und Hildegard Pfaff (SPD))

Frau Hölldobler-Heumüller hat doch zu Recht schon bei der Diskussion zum Sparkassengesetz darauf hingewiesen: Unseren Entwurf haben Sie vor zwei Jahren abgelehnt, und dann haben Sie zwei Jahre gebraucht, um einen kleinen Aufguss davon wieder neu vorzulegen.

(Beifall bei der FDP)

Den Entwurf für die anderen Finanzmarktregelungen, die ausstehen, und von denen Sie allgemein gesprochen haben, haben Sie hier nicht konkret angekündigt. Wann gehen wir denn REITs an? Schaffen Sie doch die Voraussetzungen dafür in der großen Koalition in Berlin, damit wir hier endlich weiterkommen.

(Beifall bei der FDP)

Hier sind wir doch wesentlich abhängiger als alle anderen Bundesländer, und als es die Bundesregierung – die ist ja auch noch sehr neu – bisher sehen kann.

Herr Minister, im Grunde genommen können wir quer durch alle Aufgabenbereiche Ihres Hauses gehen: Was sich bewährt hat, was funktioniert, stammt aus der Vergangenheit oder kommt von Europa. Einige Programme kommen vom Bund. Aber es fehlen mir wirklich die Initiativen, die erkennbar eine Handschrift des Wirtschaftsministers Rhiel oder der absoluten Mehrheit der CDU zeigen.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

In diesem ganzen Bereich ist nichts erkennbar. Wenn aber etwas angekündigt ist, dann stehen hier die Ziele aus dem Regierungsprogramm: „Bündelung der Wirtschaftsförderungsaktivitäten des Landes“, „Übertragung von operativen Förderaktivitäten auf die IBH“ usw. Wohlgemerkt, das ist nicht mehr das Regierungsprogramm von 1999, mit dem wir alles eingeleitet haben, sondern das stammt aus dem Regierungsprogramm 2003.

Herr Minister, jedes Jahr fragen wir zu den Haushaltseratungen nach dem Stand der Arbeitsfähigkeit und der Leistung der Hessen Agentur. Bis heute haben wir darauf noch keine definitive Auskunft von Ihnen erhalten.

(Florian Rentsch (FDP): Welche Auskunft soll er auch geben?)

Wir wollen wissen, wie die Programme in der operativen Umsetzung gefahren werden, wie Programme laufen, wo man vielleicht Änderungen vornehmen muss. Zum Beispiel wollen wir wissen: Wie geht es denn mit der Trennung der monetären und nicht monetären Wirtschaftsförderung? Wie gestaltet sich die Abgrenzung z. B. der demnächst umzuwendelnden Landestreuhandstelle bei der Helaba und der Aufgabenbereiche der IBH? Wie sieht das alles im Einzelnen aus? Wo ist denn Ihr Konzept, das dahinter steht?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Oder sind das Eigenentwicklungen aus den jeweiligen Instituten heraus, die Sie schlicht und einfach entgegennehmen?

Herr Minister, noch ein weiterer Punkt. Wie steht es um die Diskrepanz zwischen Ihren öffentlichen Bekundungen in Sachen Wirtschaftspolitik und Ihrem Handeln? Wenn man Sie hört – Herr Hahn hat das heute Morgen schon angesprochen –, dann sind Sie ein ziemlich liberaler Wirtschaftspolitiker.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was soll das denn heißen?)

Wenn man jetzt aber von Entstaatlichung spricht – Sie sprechen von Entstaatlichung –, wenn man z. B. schaut, was Sie in diesem Bereich tun – Herr Boddenberg sagte eben, Sie seien der Minister, der den Wettbewerb überall und allenthalben fördere –, dann finden wir den Bereich Kataster. Hier beißen sich zwei Interessenlagen: die öffentliche Verwaltung und das, was die öffentlich bestellten privaten Ingenieure leisten können. In Übereinstimmung mit der Union haben wir in der Zusammenarbeit bei Dieter Posch einen Umstrukturierungsprozess eingeleitet, der schon relativ weit gediehen war. Sie können das an der Anzahl der abgebauten Stellen in diesem Verwaltungsreich nachvollziehen. Jetzt aber dreht dieser liberale Wirtschaftsminister das Ding wieder um. Die Schlussvermessungen im Straßenbau waren voll an die Privaten gegangen – das dreht er jetzt gerade wieder um, das hat er jetzt gerade wieder korrigiert.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Dafür gibt es im Haushalt einen sehr schönen Beleg. Im Haushaltsentwurf sind die Einnahmen für diesen Bereich um 1 Million € erhöht worden – mit der Maßgabe, der Finanzminister habe gesagt: Hier müsst ihr mehr Geld reinholen.

Das hat zwei Folgen. Zum einen werden hier wieder Aufträge öffentlich wahrgenommen, die vorher schon zu einem Teil an Private ausgelagert waren. Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist: Wir müssen uns einmal die Gebühren betrachten, die Gebührenentwicklung. Herr Minister, vielleicht können Sie gleich noch darauf eingehen und meine Frage beantworten, auf welcher Rechtsgrundlage Sie derzeit diese Gebühren dort in Rechnung stellen. Soweit ich informiert bin, gibt es im Moment überhaupt keine Rechtsgrundlage dafür.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir können das abkürzen. Herr Minister Rhiel, ich würde mich freuen, wenn ich hier einmal eine ganz andere Haushaltsrede halten könnte.

(Michael Boddenberg (CDU): Machs doch einmal!)

Aber Sie geben dazu keinen Anlass. Ich kann nur sagen – und wiederhole damit einen meiner Vorrredner –: Es ist eigentlich viel zu schade für dieses Land, mit dieser Kraft, diesen Möglichkeiten und in dieser Lage, in der wir uns befinden – auch dank des Frankfurter Flughafens, ihr lieben GRÜNEN –, welche Dynamik da ausgeblieben ist, gerade in der wirtschaftlichen Entwicklung oder in der begleitenden Politik.

Genauso, wie die Union mit ihrer absoluten Mehrheit insgesamt am Einschlafen ist, spiegelt sich das im Einzelplan 07 wider.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Kollege Denzin. – Zu einer Kurzintervention hat sich Herr Kollege Boddenberg zu Wort gemeldet.

Michael Boddenberg (CDU):

Herr Kollege Denzin, ich bin schon ein bisschen enttäuscht und – ich habe auch dazwischengerufen – fast entsetzt über das, was Sie unter Wirtschaftspolitik verstehen: dass wir die von Ihnen genannten Mittel für den Finanzplatz Frankfurt in die Hand nähmen.

Damit die Verhältnisse hier klar werden: Wir reden beim Finanzplatz Frankfurt wahrscheinlich über eine Bilanzsumme von kumuliert 2.000 oder 2.500 Milliarden €. Mit 30.000 € an finanziellen Zuwendungen können Sie da bei diesem Thema genauso wenig anrichten wie mit 5 Millionen €. – Ich möchte nur die Verhältnisse gerade rücken.

Ich bin ein bisschen sauer, denn Kollege Denzin hat mich bewusst falsch verstehen wollen: Ich habe davon gesprochen, dass sich diese Landesregierung dem Thema Finanzplatz Frankfurt zugewandt und dort agiert hat wie keine andere Landesregierung zuvor und wie auch keine andere Landesregierung in der Bundesrepublik Deutschland. Sie haben das Thema REITs angesprochen. Das ist von uns im Koalitionsvertrag verhandelt worden, genauso wie viele andere Themen, beispielsweise wie wir zukünftig mit der BaFin umgehen. Alles, was im Koalitionsvertrag

steht, wird von den Bankern in Frankfurt ausdrücklich und ausnahmslos begrüßt.

Die hessische CDU unterhält seit zweieinhalb Jahren einen Zukunftsfonds Finanzplatz Frankfurt mit allen wesentlichen Beteiligten aus dem Sparkassenwesen, dem Genossenschaftswesen und dem privaten Sektor. Dort arbeiten wir zusammen an deren zukünftiger Unternehmenspolitik und Ausrichtung und erwarten dafür ein bisschen mehr Rückendeckung, auch von Liberalen – ohne dass ich jetzt hören muss, dass das mit Haushaltssmitteln des Landes Hessen bewegt werden soll.

Ich kann weitere Beispiele nennen: House of Finance in Frankfurt – eine tolle Entwicklung –, Anerkennung der Hochschule für Bankwirtschaft als Universität. Mittlerweile gibt es dort eine ganze Reihe von Promotionen, die es dort vor zwei Jahren noch nicht gegeben hat. Ich meine mich daran zu erinnern, dass Frau Kollegin Wagner mit dieser Entscheidung des hessischen Wissenschaftsministers nicht so ganz einverstanden war.

Meine Damen und Herren, ich will damit nur sagen: Es geht hier nicht nur ums Geld. Es geht hier darum, Dinge auf den Weg zu bringen. Im Koalitionsvertrag steht eine ganze Reihe von Punkten – bis hin dazu, dass wir gesagt haben, wir brauchen neue Finanzierungsmodelle, insbesondere für den Mittelstand, Stichwort: stille Einlagen über Private-Equity-Systeme.

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Herr Kollege, Sie müssen jetzt zum Schluss kommen.

Michael Boddenberg (CDU):

Dazu werden wir in Berlin ein Gesetz verabschieden. Meine Damen und Herren, ich glaube, wir müssen uns hier wirklich nicht etwas von einem Abgeordneten vor machen lassen, der die Verhältnisse offensichtlich ein bisschen umgedreht hat oder umdrehen wollte,

(Widerspruch bei der FDP)

indem er hier über einen Haushaltsansatz von 34.000 € geredet hat, der sich ausschließlich mit einer Person beschäftigt, die die Dinge in Frankfurt für den hessischen Finanzminister und den hessischen Wirtschaftsminister koordiniert. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Als nächster Redner hat sich Herr Kollege Wagner für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Wort gemeldet.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will noch ein paar Ausführungen zum verkehrspolitischen Teil machen, den Herr Minister Rhiel zu verantworten hat. Ich will einmal ungewöhnlich, mit dem Positiven anfangen, und zwar möchte ich mich zuerst bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Ihres Hauses, Herr Minister Rhiel, für die Unterstützung bei der kurSORischen Lesung bedanken. Das war in diesem Jahr wirklich sehr angenehm und positiv. Das soll auch einmal gesagt werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU und der FDP)

Positiv ist auch, dass in diesem Landshaushalt 2006 das geht, was im Landshaushalt 2005 noch nicht ging, wo uns die CDU gesagt hat, dass das, was wir GRÜNEN schon für den Haushalt 2005 und den Haushalt 2004 beantragt hatten, nämlich für den Bereich der Radwege 1 Million € mehr an Landesmitteln auszugeben, jetzt im Haushalt 2006 gehe. Ich sehe, der Einfluss der Opposition ist vorhanden. Es dauert bei Ihnen nur etwas länger, bis Sie erkennen, was man eigentlich machen sollte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber es soll anerkannt werden, dass das jetzt geschehen ist.

Ich möchte auch anerkennen, dass dieser Haushaltspunkt im Vergleich zum letzten Jahr handwerklich durchaus wesentlich besser gemacht ist. Ich finde es sehr bemerkenswert, dass ausgerechnet das Wirtschaftsministerium bei der Umstellung auf die kaufmännische Buchführung so große Probleme hat. Aber es ist dieses Jahr schon wesentlich besser geworden als letztes Jahr. Da war ja gerade im Bereich der Straßen- und Verkehrsverwaltung im Haushalt 2005 ein heilloses Chaos vom Handwerklichen her. Wir sehen das auch daran, dass Sie im Haushalt 2006 jetzt gerade mal wieder 14 der Produkte abgeschafft haben, die Sie im Haushalt 2005 eingeführt hatten. Ich finde es schon sehr bemerkenswert für ein Wirtschaftsministerium, dass man sich mit der kaufmännischen Buchführung so schwer tut. Aber auch das wird besser. Das soll auch anerkannt sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte auch begrüßen, dass Sie ein Förderprodukt ÖPNV eingerichtet haben, in dem alle Leistungen, die die hessischen Verkehrsverbünde im Rahmen des ÖPNV bekommen, gebündelt sind. Ich möchte Ihnen deshalb dafür danken, weil damit endlich klar ist, wie die Prioritäten dieser Landesregierung sind und was die Landesregierung im ÖPNV in Hessen macht. Sie macht nämlich exakt das, was sie machen muss, und kein Jota mehr. Es gibt keine eigene landespolitische Anstrengung in diesem Bereich. Was machen Sie für Busse und Bahnen in Hessen? Sie geben die Regionalisierungsmittel teilweise an die hessischen Verkehrsverbünde weiter. Ansonsten steuern Sie das bei, was Sie gesetzlich müssen, nämlich die Mittel nach § 45a für die Schülerbeförderung. Aber ansonsten wird kein einziger Cent aus dem Landshaushalt für Busse und Bahnen in Hessen ausgegeben. Das ist eine falsche Prioritätensetzung in der Verkehrspolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da sagt Herr Kollege Boddenberg bei den Regionalisierungsmitteln, die für Sie die wesentliche Stütze sind, weil Sie nicht bereit sind, originäre Landesmittel für Busse und Bahnen in Hessen aufzuwenden, ja, die Regionalisierungsmittel könne man schon kürzen, und es müssten alle ihren Sparbeitrag bringen. Herr Kollege Boddenberg, komisch ist, dass das für die Straßeninvestitionen nicht gilt. Bei den Straßeninvestitionen sind sowohl im Bundeshaushalt wie im Landshaushalt massive Zuwächse zu verzeichnen. Das zeigt, dass es Ihnen in der Verkehrspolitik nicht um Haushaltkskonsolidierung und nicht um Effizienz geht, sondern um eine Verschiebung der Prioritäten weg von Bussen und Bahnen, hin zur Straße. Diese Verschiebung finden wir falsch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da gibt es eine ganz klare Alternative. Sie sagen in diesem Haushalt, Sie wollten ein Sonderprogramm Straßenbau. Wir sagen, wir wollen ein Sonderprogramm für Busse und Bahnen in diesem Land. Das ist eine ganz klare Alternative. Das, was Sie an Geld für das Sonderprogramm Straßenbau ausgeben, würden wir gern den hessischen Verkehrsverbünden zur Verfügung stellen, damit diese innovative Programme auf den Weg bringen können, damit sie ihr Programm ausweiten können und damit wir es endlich schaffen, ein Projekt wie das Schülerticket in unserem Land zu verwirklichen, mit dem alle Schülerinnen und Schüler an 365 Tagen im Jahr zu einem günstigen Preis mit öffentlichen Verkehrsmitteln mobil sein können.

Das sind unterschiedliche Prioritäten, die gesetzt werden. Aus unserer Sicht setzen Sie die falschen, nämlich einseitig auf das Auto, aber wir bräuchten eine Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir bräuchten vor allem eine Landesregierung, die, wenn sie schon nicht bereit ist, originäre Landesmittel für Busse und Bahnen zu investieren, wenigstens um die Mittel kämpft, die vom Bund dem Land Hessen zur Verfügung gestellt werden, nämlich die Regionalisierungsmittel. Wir bräuchten eine Regierung, die, wie die in Bayern oder in Rheinland-Pfalz für ihre Interessen, für hessische Interessen kämpft, die für die Beibehaltung der Regionalisierungsmittel kämpft. Auch hier ist völlige Fehlanzeige. Weder Herr Koch noch Herr Rhiel setzen sich dafür ein, dass die Regionalisierungsmittel für Hessen nicht gekürzt werden. Hier vernachlässigen Sie die Interessen des Landes und gefallen sich als Merkels und Münteferings Musterschüler, Herr Minister Rhiel.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da sehen Sie, wie weit es mit Ihnen gekommen ist, Herr Minister Rhiel, und was Sie da abdecken.

Problematisch ist das auch, wenn man Sie an Ihren eigenen Maßstäben misst. Sie haben ja das Ziel „Staufreies Hessen“ ausgegeben, groß angekündigt, Leuchtturm.

(Michael Boddenberg (CDU): Haben Sie einmal auf das Datum geschaut? Jetzt oder morgen, oder übermorgen?)

Wir reden gerade über den Einzelplan 07 und über das staufreie Hessen. Darüber reden wir. Wie wichtig Ihnen dieses Projekt ist, zeigt sich schon daran, dass Ihr Staatssekretär in der kurorischen Lesung überhaupt nicht in der Lage war, den Umfang dieses Programms zu benennen. Das zeigt schon, wie wichtig Ihnen dieses Thema ist.

Meine Damen und Herren, viel wichtiger als die Unzulänglichkeit des Staatssekretärs ist, dass Sie dieses Ziel eines staufreien Hessens überhaupt nicht erreichen können, wenn das, was Sie in Berlin mit der Kürzung der Regionalisierungsmittel vorhaben, tatsächlich Realität wird. Wenn Ihnen weite Teile des ÖPNV in Hessen wegbrechen, weil wir die Mittel vom Bund dafür nicht mehr bekommen, können Sie Ihr Projekt „Staufreies Hessen“ gerade so, wie es ist, in die Tonne klopfen, Herr Minister Rhiel. Das ist der grundsätzlich falsche Ansatz Ihrer Verkehrspolitik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Herr Kollege Boddenberg hat Kassel-Calden angeprochen. Da wird die Argumentation immer interessanter. Die ursprüngliche Argumentation zu Kassel-Calden

war: Wir gießen da Beton in die Wüste, geben 150 Millionen € aus,

(Unruhe und Zurufe)

dann gibt es da blühende Landschaften, und dann werden da zahlreiche Arbeitsplätze entstehen. Dann kam der zweite Schritt der Argumentation. Der Geschäftsführer des Flughafens sagt, es ginge ja beim Flughafen gar nicht so sehr um das Fliegen, sondern um das, was man rund um den Flughafen ansiedle. Das war also der erste Rückzug. Jetzt kommt Kollege Boddenberg und erklärt dem stauenden Auditorium hier, es gehe nur noch um ein psychologisches Signal. Herr Kollege Boddenberg, ich finde 150 Millionen € für Ihre Therapeutencouch, ehrlich gesagt, viel zu teuer.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Herr Kollege Wagner, die vereinbarte Redezeit ist abgelaufen.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, herzlichen Dank für den Hinweis.

Es gäbe noch vieles zu sagen. Ich habe an einigen Beispielen aufgezeigt, wo wir GRÜNEN in diesem Haushaltsplan andere Akzente setzen würden. Wir laden insbesondere unsere Freunde von den Sozialdemokraten ein, auch bei der Förderung von Bussen und Bahnen wieder auf den einstmals gemeinsam als richtig erkannten Weg der Tugend zurückzukehren. Dann können wir ab 2008 in Hessen in der Verkehrspolitik wieder etwas voranbringen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank Herr Wagner. – Zu einer Kurzintervention hat sich Herr Kollege Dr. Lübcke zu Wort gemeldet.

Dr. Walter Lübcke (CDU):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte auf das Schärfste die Äußerungen des Kollegen Wagner zurückweisen, wenn er von dieser aufstrebenden Region in Nordhessen, wo wir einen besonderen Schwerpunkt gesetzt haben, von „Wüste“ redet. Herr Wagner, es kann nicht sein, dass Sie mit geschlossenen Augen durch die Landschaft gehen.

(Beifall bei der CDU – Dieter Posch (FDP): Wenn er weiß, dass die Wüste lebt!)

Ich finde das eine Frechheit, gerade auch den Menschen in dieser Region gegenüber, die seit sechs Jahren merken, dass hier eine aufstrebende Region wächst, in der Chancen bestehen, gerade im Logistikbereich. Mir ist allerdings vollkommen klar, dass Sie mit der Logistik Probleme haben. Aber hier besteht eine Chance für diese Region, und wenn Sie in diesem Zusammenhang von Wüste reden, finde ich das eine Beleidigung einer ganzen Region und von Menschen. Sie sollten aufpassen, wenn Sie dorthin kommen und den Menschen begegnen und dieses äußern.

(Heiterkeit)

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank Herr Kollege Dr. Lübcke. – Zur Antwort hat Herr Wagner die Gelegenheit.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege Lübcke, mit der Bezeichnung „Wüste“ war natürlich nicht die nordhessische Region gemeint.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

– Nein, das war nicht gemeint. Nehmen Sie es zur Kenntnis. – Ich habe über den Flughafen Kassel-Calden geredet und gesagt, dass das, was im Moment an diesem Flughafen Kassel-Calden vorhanden ist, keine blühende Landschaft ist. Das werden selbst Sie nicht bestreiten. Ich habe über diesen kleinen Teil des wunderschönen Nordhessen gesprochen und nicht über die gesamte Region. Wir GRÜNEN wollen, dass Nordhessen, dass diese Region ihre Chance nutzen kann. Deshalb hilft es eben nicht, Leuchttürme und Beton in die Landschaft zu setzen, sondern es würde helfen, Herr Kollege Boddenberg, wenn man die Stärken der Region nutzte. Es würde helfen, wenn Nordhessen im Bereich der erneuerbaren Energien endlich seine Chancen voll entfalten könnte. Das verhindern Sie bislang, Herr Kollege Boddenberg, dass da die Potenziale wirklich genutzt werden, um nur ein Beispiel zu nennen.

Also, ich habe gesagt, worum es mir mit der Bezeichnung „Wüste“ ging, nämlich ausdrücklich nur um den Verkehrslandeplatz in Calden, nicht um die nordhessische Region. Wir wollen Nordhessen voranbringen, aber das geht eben nicht mit Großprojekten, sondern da muss man sich schon ein paar Gedanken mehr machen, Herr Kollege Boddenberg.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Wagner. – Als nächster Redner hat sich Herr Kollege Posch für die FDP-Fraktion zu Wort gemeldet.

Dieter Posch (FDP):

Herr Kollege Wagner, es hilft Ihnen alles nichts, auch wenn Sie den Begriff „Wüste“ jetzt regional lokalisieren und damit etwas verkleinert haben, indem Sie das nur auf den Raum Calden beziehen. Das ändert nichts an der Tatsache, dass auch da keine Wüste vorhanden ist. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Weil ich gerade bei Ihnen bin, verehrter Herr Wagner, sage ich: Ich werfe der Landesregierung vor, dass sie in vielen Bereichen der Wirtschafts- und Verkehrspolitik die Backen zu sehr aufbläst und etwas propagiert und positiv darstellt, was der Realität nicht ganz entspricht. Sehen Sie, wir haben einen Sanierungsbedarf allein im Landesstraßenbau von über 350 Millionen €

(Zuruf von der CDU: 450 Millionen €!)

und haben tatsächlich nur 65 Millionen €. Dann will ich an Ihre Adresse sagen: Auch Busse brauchen Landesstraßen.

(Beifall bei der FDP)

Also tun Sie nicht so, als würden Sie gerechtfertigterweise das eine gegen das andere ausspielen können. Das ist nicht der Fall.

Sie versuchen, einen Gegensatz herzustellen, wo er realistischerweise nicht herstellbar ist. Deswegen bin ich gleichwohl beim Thema ÖPNV. Herr Kollege Boddenberg, ich finde es nicht ganz in Ordnung, was Sie gemacht haben. Sie haben gesagt, die drei Oppositionsfraktionen hätten mit dem üblichen Ritual begonnen. Das haben Sie gesagt. Das hat aber mit einem üblichen Ritual nichts zu tun.

Wenn auf einmal Regionalisierungsmittel um 3,1 Milliarden € von Schwarz und Rot in Berlin reduziert werden, dann ist das nicht kompensationsfähig durch Wettbewerb. Das ist das Problem. Wir können darüber diskutieren, ob wir an diesem Punkt Regionalisierungsmittel zur Verfügung stellen können oder ob wir überhaupt reduzieren können. Aber 3,1 Milliarden € auf Bundesebene bedeuten, dass wir möglicherweise eine 10-prozentige Erhöhung der Fahrpreise oder Streckenstilllegungen haben. Das kann es nicht sein. Wir müssen mit einem realistischen Maß diskutieren. Das hat nichts mit einem Ritual zu tun, Herr Boddenberg.

(Michael Boddenberg (CDU): Sie reden doch dauernd von Subventionsabbau! – Demonstrativer Beifall bei der CDU)

– Verehrter Herr Boddenberg, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, was Sie in der Koalition als Erstes vereinbart haben. Beim ÖPNV handelt es sich nicht um Subventionen. Der Auffassung bin ich auch. Es geht um Maßnahmen der Daseinsvorsorge, die sicherzustellen sind. Sie können nicht in dem Umfang kürzen, wie Sie es gemacht haben. Das ist das Thema.

(Beifall bei der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Was geht denn hier ab? Was ist denn hier los?)

Herr Boddenberg, noch ein Wort zum Finanzplatz Frankfurt – weil Kollege Denzin zu Recht darauf verzichtet hat, zu antworten. Diese Haushaltsstelle, die Kollege Denzin genannt hat, steht doch symbolisch für die Frage, was man für den Finanzplatz macht. Darum geht es. Ich will Ihnen Folgendes sagen. Es geht um zwei Punkte. Was ist mit der Staatsanwaltschaft für Wirtschaftsstrafsachen? Eine Initiative, die wir versucht haben, in der letzten Legislaturperiode zu realisieren. Nichts tun Sie.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Sie haben die Chance, in Berlin etwas zu vereinbaren. Dazu ist nichts geschehen. Nehmen Sie das Stichwort „Börsenaufsicht“. Wir brauchen eine Stärkung der Börsenaufsicht. Wir hatten seinerzeit überlegt, so etwas in Frankfurt anzubieten.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Darum geht es, wenn es sich darum dreht, den Finanzplatz Frankfurt zu stärken.

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Herr Posch, ein ganz kurzer Hinweis: Die vereinbarte Redezeit ist abgelaufen.

Dieter Posch (FDP):

Ein letzter Satz. Damit komme ich zu dem, was ich eingangs gesagt habe. Zur Verkehrspolitik hatten wir in der letzten Plenarsitzung eine ausgiebige Diskussion im Rahmen der Regierungserklärung. Das, was hier gemacht wird, wird von uns anerkannt. Es ist aber maximal Pflicht und nicht Kür. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank Herr Kollege Posch. – Für die Landesregierung hat nun Herr Wirtschaftsminister Rhiel das Wort.

Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will versuchen, in der mir zur Verfügung stehenden Zeit auf all die vielen Punkte, die hier angesprochen worden sind, zu antworten. Zunächst möchte ich feststellen, dass sich das Land Hessen, gemessen an allen anderen Bundesländern, in einer hervorragenden ökonomischen Position befindet.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Dies lässt sich an vielen Eckpunkten festmachen. Wer etwas von Ökonomie und Wirtschaften versteht, weiß, dass in der Wirtschaft zunächst einmal konzipiert und investiert werden muss, dass sich dann die Erfolge einstellen und dass am Ende gerade auf dem Arbeitsmarkt positive Wirkungen zu erkennen sind. Wenn wir heute in Hessen im Vergleich der Arbeitsmarktdaten „nur“ auf Platz 4 stehen, dann ist dies der Landesregierung nicht genug. Aber durch diese Wirkungskette, die ich eben angesprochen habe, zahlen wir heute die Zeche für die Versäumnisse, die in Jahren und Jahrzehnten zuvor begangen worden sind.

(Beifall bei der CDU – Jürgen Walter (SPD): Das Gegenteil ist der Fall! Sie zehren von unserer Arbeit!)

Deswegen kommt es darauf an – das ist an allen Stellen sichtbar –, dass wir jetzt den Boden bereiten, damit das wachsen, blühen und gedeihen kann, was wir uns in unserer Zielvorstellung vorgenommen haben. Wir haben bereits genügend Anlass, dankbar und zufrieden zu sein, aber uns nicht auszuruhen, sondern mit dem erzielten Erfolg angespornt zu neuen Ufern zu gelangen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenige Zahlen, denn Sie sind im Gegensatz zu dem, was hier manchmal sehr emotional auch zwischen den Zeilen gesagt worden ist, objektiv und nachprüfbar. Dass Land Hessen hat in den Jahren von 2000 bis 2003 eine Wachstumsquote, die es mit Bayern und Baden-Württemberg weit über dem Durchschnitt liegen lässt.

Ich will eine zweite Zahl nennen. Ich nenne den Produktivitätsindikator, ein wichtiger Gradmesser für die wirtschaftliche Leistungskraft. Hier liegt das Land Hessen bei dem Verhältnis Bruttoinlandsprodukt zu Beschäftigten mit 61.000 € pro Jahr und Erwerbstätigen 17 % über den Bundesdurchschnitt und damit weit an erster Stelle aller Flächenländer in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der CDU)

Das kommt den Menschen insgesamt zugute. Das schlägt sich beim so genannten Wohlstandsindikator nieder. Wenn man das Bruttoinlandsprodukt in Hessen ins Verhältnis zu allen Einwohnern setzt, dann ist das Bundesland Hessen mit 23 % über dem Bundesdurchschnitt seit dem Jahre 2000 an erster Stelle aller Flächenländer in Deutschland. Das kommt nicht von ungefähr.

(Beifall bei der CDU)

Das liegt insbesondere daran, dass es uns gelungen ist, in den Bereichen der Wirtschaft, die wir heute als Zukunfts- oder als Schlüsseltechnologien bezeichnen, weit nach vorne zu rücken. Lassen Sie mich dazu wenige Belege bringen. Erster Beleg ist eine Studie, die übrigens der Landesrechnungshof und das Statistische Landesamt Baden-Württemberg, wo gerade die Wirtschaftsministerkonferenz stattgefunden hat, erstellt haben. – In einer Analyse von 73 Innovations- und Technologieregionen in Europa landet Hessen ganz weit vorn, nämlich von diesen 73 auf einem hervorragenden Platz 7.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das kommt nicht von ungefähr, denn Sie kennen die Ziele des Lissabon-Prozesses und der Strategie der Europäischen Union. Hier kommt es insbesondere darauf an, die Forschungs- und Entwicklungsausgaben sowohl von staatlicher Seite als auch vor allem seitens der Unternehmen zu forcieren und mindestens die Zielmarke von 3 % zu erreichen. Die Hessen haben, gemessen an allen anderen Regionen in Deutschland, die höchste personelle Dichte im Bezug auf Forschung und Entwicklung

(Lothar Klemm (SPD): Seit wann, Herr Minister?)

mit 4,7 % der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe. – Diese Statistik reicht in das Jahr 2000 zurück, Herr Klemm.

(Lothar Klemm (SPD): Seit wann, Herr Minister? Wie lange vor 2000 war das schon?)

4,7 % der Beschäftigten in Hessen sind in Forschung und Entwicklung beschäftigt, und damit steht Hessen an der Spitze in Deutschland.

(Beifall des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Das lässt sich an ganz konkreten Branchen ableiten und dort verifizieren – Stichwort: Nano- und Materialtechnologie, ein Markt, der unglaublich wachsen wird. Neueste Studien gehen davon aus, dass die Nachfrage im Jahr 2015 weltweit 1 Milliarde Dollar betragen wird. Schauen wir uns an, wo die Nanotechnologieunternehmen in Deutschland und Europa zu Hause sind: 1.000 Nanotechnologieunternehmen in Europa, die Hälfte davon in der Bundesrepublik Deutschland und davon sage und schreibe 20 % allein in Hessen – damit sind wir in diesem Bereich führend. Dies wird sich in der konkreten Beschäftigung auszahlen.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen dürfen wir, bezogen auf den Arbeitsmarkt, sehr zuversichtlich nach vorne schauen. Biotechnologie, die von Rot-Grün jahrzehntelang bekämpft wurde, ist in Hessen ein blühender Standort mit 62.500 Beschäftigten im Bio- und Chemiesektor,

(Norbert Schmitt (SPD): Blühender Unsinn!)

konkret 17.000 Beschäftigte allein in der Biotechnologie in 250 Unternehmen, die 2,8 Milliarden € Umsatz Jahr für Jahr generieren. Hessen vorne in den wichtigen Berei-

chen, und dafür steht diese Regierung. Wir haben die Weichen gestellt.

(Beifall bei der CDU)

Zur Umwelttechnologie. Auch hier 70.000 Beschäftigte, rund 12,4 Milliarden € Umsatz, und das in 2.400 mittelständischen Betrieben.

(Norbert Schmitt (SPD): Das Erneuerbare-Energie-Gesetz haben Sie immer bekämpft!)

Ich will auf diese Phantomdiskussion Auslandsreisen nicht im Einzelnen eingehen. Sehr geehrter Herr Walter, sehr verehrter Herr Frankenberger, fragen Sie Ihre Frau Kollegin Pfaff. Sie war auf Delegationsreisen – Herr Posch war dabei, andere waren dabei, Frau Schulz-Asche war dabei – und dort vor allen Dingen in Mittel-Osteuropa.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Hingeflogen!)

– Nicht hingelaufen, sonder hingeflogen, Herr Kollege Wagner. – Dort haben wir speziell mit mittelständischen Unternehmen aus dem Bereich der Umwelttechnologie Aufträge generieren können. Wir tun das, was notwendig ist. Aber im Export sind wir eh sehr stark. Schauen Sie sich den Konjunkturindikator der IHK Frankfurt an. Dort sehen Sie, dass wir gerade in der exportorientierten Wirtschaft Wachstumserwartungen für das nächste Jahr von sage und schreibe 24 % haben. So wichtig der Export ist – wir fördern ihn –, aber die wesentlicheren und wichtigeren Aufgaben sind hier zu Hause zu lösen. Das eine tun, und das andere nicht lassen – das ist meine Devise.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen müssen wir uns gerade in Hessen um die mittelständischen Unternehmen kümmern.

Nun will ich Ihnen, weil Sie gefragt haben, wo die Strategie und wo der neue Ansatz sind, genau auf diesen Punkt eine Antwort geben. Herr Frankenberger, der wirtschaftspolitische Ansatz dieser Landesregierung und mein persönlicher konkreter Ansatz stehen in einem positiven Gegensatz zu dem, was wir aus Ihrer Regierungszeit erleben mussten.

Meine Damen und Herren, Sie haben es in zwei wesentlichen Bereichen versäumt, etwas zu unternehmen. Sie haben in zwei wesentlichen Bereichen das unterlassen, was die Wirtschaft, insbesondere die mittelständische Wirtschaft, braucht.

Punkt eins. Die Wirtschaft braucht Innovationen. Denn nur Innovationen schaffen Wachstum. Nur Wachstum schafft Arbeitsplätze. Das ist die entsprechende Deduktion. Was haben Sie damals ideologieverbrämt gemacht?

(Armin Klein (Wiesbaden) (CDU): Jawohl!)

Während Ihrer Regierungszeit durfte kein Professor einer Fachhochschule oder einer Universität mit Unternehmen konkret zusammenarbeiten. Das war verpönt. Sie haben für den Elfenbeinturm arbeiten lassen und nicht für die Wirtschaft.

(Beifall bei der CDU)

Das hat sich geändert, seitdem diese Landesregierung amtiert. Das spüren Sie doch am Klima. Das spüren Sie an den Hochschulen.

(Norbert Schmitt (SPD): Wir spüren vor allem an der Arbeitslosenquote, was Sie treiben!)

Das spüren Sie an der Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Betrieben.

Wir haben etwas geändert. Herr Kollege Corts treibt die Entwicklung an den Hochschulen mustergültig voran. An den Hochschulen kommt es im klassischen Sinne zu Erfindungen. Schumpeter sprach dabei von Inventionen. Wir tragen durch den Technologietransfer und durch die Zusammenarbeit dazu bei, dass gerade auch die mittelständischen Unternehmen und die kleinen Familienunternehmen Zugang zu diesen Ressourcen haben, damit sie diese Inventionen in Wachstum umsetzen können. Das können Sie draußen im Lande mit Händen greifen. Diesen Weg werden wir auch innovativ weiterhin beschreiten.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Herr Minister, ich darf Ihnen einen freundlichen Hinweis geben: Die vereinbarte Redezeit ist abgelaufen.

Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Ich danke für den freundlichen Hinweis. Ich muss aber noch weiterfahren.

(Norbert Schmitt (SPD): Solange er nicht fliegt!)

Ich komme zu Punkt zwei. Was braucht die Wirtschaft? Die Wirtschaft braucht eine gute Infrastruktur und hier vor allem eine gute Verkehrsinfrastruktur.

(Norbert Schmitt (SPD): Dann geben Sie doch die Regionalisierungsmittel weiter!)

Herr Posch ist jetzt aus dem Saal gegangen. – Aber es ist doch kein Zufall, dass er gesagt hat, der Zustand der Landesstraßen sei desolat. Während Ihrer Regierungsverantwortung haben Sie die Gelder für die Renovierung dieser Straßen auf 27 Millionen € heruntergefahren. Gerade einmal 27 Millionen € standen dafür pro Jahr zur Verfügung.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben eine Trendwende eingeleitet.

Ich möchte Herrn Posch noch etwas sagen. Denn er hat gerade eben etwas kritisch gesagt, wir würden mit vollen Backen das vortragen, was wir hinsichtlich der Verkehrsinfrastruktur leisteten. – Lieber Herr Kollege Posch, leider war es während Ihrer Amtszeit doch so – ich werfe Ihnen das nicht persönlich vor –, dass Sie sich hingestellt haben und gesagt haben: Heute unterschreibe ich den Planfeststellungsbeschluss, und morgen rücken die Bagger an.

(Günter Rudolph (SPD): Jawohl, das haben sie gemacht!)

Das war das, was die Menschen erwarteten. Inzwischen wissen wir, dass nach dem neuen Planungsrecht dazwischen noch die Umweltverträglichkeitsstudie erfolgen muss. Herr Posch arbeitet jetzt intensiv mit daran, dass sich dies ändert. Deswegen wurden diese Maßnahmen durch Klage gestoppt.

Was tun wir?

(Norbert Schmitt (SPD): Das fragen wir uns auch!)

Wir haben die Bremsen gelöst. Der erste Bauabschnitt ist fertig.

(Beifall bei der CDU)

Nächste Woche werde ich den zweiten Planfeststellungsbeschluss für den Weiterbau der A 44 unterschreiben. Wir haben eine Lösung für die Trasse durch den Herrenwald gefunden. Wir haben für das nächste Jahr ein Straßenbauinvestitionsprogramm in Rekordhöhe vorgesehen. Es wird ein Volumen haben, das man im Land Hessen noch nie erlebt hat. Es ist mit weit über 550 Millionen € ausgestattet.

(Beifall bei der CDU)

Damit schaffen wir die Voraussetzungen, die die Wirtschaft braucht.

Jetzt wird sich natürlich Herr Wagner wieder sofort zu Wort melden und sagen: Ihr seid auf einem Auge blind, ihr setzt auf die Straße und nicht auf die Schiene.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie das schon sagen, muss ich es nicht mehr tun!)

Ich habe gerade eben gesagt, dass wir für Bau und Unterhaltung von Straßen die Rekordsumme von 550 Millionen € vorsehen. Ich bin Herrn Wagner jetzt aber auch schuldig, den Betrag zu nennen, den wir für den ÖPNV ausgeben bzw. an ihn weitergeben. Dem Entwurf des Haushaltsplans für das Jahr 2006 kann man entnehmen, dass das Land für den ÖPNV in Hessen Mittel in Höhe von 668.351.200 € weitergibt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wenn man das mit der Summe für das Jahr 2005 vergleicht, kann man feststellen, dass rund 100 Millionen € mehr für die Schiene zur Verfügung gestellt werden. Wir halten das für richtig. Wir haben damit auch Erfolg. Denn die Investitionen tragen Früchte. Die Zahl der Fahrgäste im Rhein-Main-Verkehrsverbund wurde um 10 % gesteigert. Auf diese Bilanz kann man stolz sein. Diesen Weg werden wir weiterhin beschreiten.

Ich möchte jetzt auf den Antrag zu sprechen kommen, der sich mit den Regionalisierungsmitteln beschäftigt. Ich möchte mich dabei insbesondere an die Kollegen der SPD wenden, mit denen wir in Berlin eine Koalition haben. Eigentlich ist das eine Selbstverständlichkeit. Wir sollten nüchtern und deutlich die Interessen des Landes, aber auch die verkehrspolitischen Interessen vertreten. Allerdings halte ich überhaupt nichts davon, Panik zu erzeugen. Es ist unverantwortlich, den Menschen draußen im Lande zu sagen, heute oder morgen werde diese oder jene Zugverbindung eingestellt. Das ist unverantwortlich, und zwar aus folgendem Grund: Momentan muss überhaupt keine Verbindung eingestellt werden. – Ich denke, auch in Zukunft wird das nicht erfolgen müssen.

Man muss da auch ehrlich sein. Ich wollte das eigentlich Herrn Posch sagen. Herr Posch hat davon gesprochen, es gehe dabei um 3,5 Milliarden €. Das ist nicht ehrlich. Er muss wenigstens dazu sagen, auf welchen Zeitraum er sich dabei bezieht.

Das Gespräch mit der Bundesregierung, das aktuell im Rahmen der Wirtschaftsministerkonferenz geführt wurde, hat Folgendes ergeben. Es wurde ein Sparpotenzial festgelegt. In der Spalte soll es das Jahr 2009 betreffen. Dieses Einsparpotenzial soll bei 1,4 Milliarden € liegen.

Da schon Zahlen genannt wurden, die sich mit der Einsparung pro Jahr beschäftigen, wollte ich den höchsten Wert nennen, der dafür ins Auge gefasst wird. Aber darü-

ber ist noch nichts beschlossen worden. Warum ist das noch nicht geschehen? Denn dieses Einsparpotenzial bezieht sich allein auf drei Bereiche. In meinem Ressort bezieht sich das auf die Regionalisierungsmittel. Außerdem bezieht es sich auf die Mittel, die für die Gemeinschaftsaufgabe zur Verfügung stehen. Außerdem bezieht es sich auf das Ressort, dem Herr Kollege Wilhelm Dietzel vorsteht, also auf die Landwirtschaft. Ob sich das in dieser Höhe niederschlagen wird, wenn es tatsächlich realisiert wird, werden wir sehen.

Wir haben hinsichtlich des ÖPNV auch insofern gute Karten, als diese Gelder auf der Basis des Regionalisierungsgesetzes gezahlt werden, bei dessen Veränderung wir als Land im Bundesrat mitwirken würden. Ich sage Ihnen: Wir werden im Bundesrat die Interessen des Landes Hessen massiv vertreten.

(Norbert Schmitt (SPD): Dann geben Sie die Mittel weiter!)

Das wollen wir gerade auch im Sinne des ÖPNV machen.

Meine Damen und Herren, ich komme nun endlich zum Schluss meiner Rede.

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der SPD)

– Ja, meine Rede können Sie nicht gut ertragen. – Da Sie mich jetzt schon provoziert haben, will ich zu Herrn Frankenberger noch etwas sagen. Das betrifft seine Kritik an dem Sparkassengesetz, dessen Entwurf noch nicht vorgelegt wurde. Es sind schon erste Entwürfe da, es gibt aber noch keine echte Vorlage.

Uns geht es darum, die Sparkassen zu stärken. Uns geht es darum, bei der bundesweit aktuell geführten Diskussion hinsichtlich des Drei-Säulen-Modells deutlich etwas zu sagen. Wir wollen in dem Gesetzesvorhaben noch einmal festschreiben, dass wir an dem Drei-Säulen-Prinzip festhalten wollen. Wir werden dafür kämpfen, dass die Sparkassen ihren öffentlich-rechtlichen Charakter behalten.

(Beifall bei der CDU)

Das ist die positive Aussage, die wir treffen können. Aber die Sparkassen werden nicht umhinkommen, zu erkennen, dass der Wettbewerb schärfter werden wird. Es gibt Direktbanken. Es gibt die Unicredit. Das ist die auf dem deutschen Markt neue Bank, die aus Italien kommt. Es gibt die DG HYP. All das erleben wir zurzeit. Wenn wir uns das anschauen, können wir sehen, dass die Sparkassen wissen müssen, dass sie sich für die Zukunft rüsten müssen. Dafür wollen wir ihnen eine weitere Möglichkeit eröffnen, von der die Sparkassen Gebrauch machen können. Wir wollen nicht mehr, aber auch nicht weniger machen.

Ich befinde mich dabei in voller Übereinstimmung mit Herrn Kollegen Frankenberger. Ich beziehe mich dabei nicht auf die Worte, die er heute gesagt hat. Vielmehr beziehe ich mich auf seine Worte, die er in einer der vorherigen Sitzungen des Landtags sprach, als wir über die Sparkassen debattierten. Ich möchte das zitieren. Herr Frankenberger sagte in dieser Debatte:

Wir

– er meinte damit die Sozialdemokraten –

haben bereits darauf hingewiesen, dass vertikale Zusammenschlüsse für uns kein Tabuthema sind.

Damit geht er fast weiter als wir. Dazu kann man nur sagen: Hört, hört.

Heute stellt er sich hin und äußert sich zu alldem kritisch. Er urteilt, die Bildung von Stammkapital sei der Tod der Sparkassen. Damals hat er gesagt, dass sogar in vertikaler Richtung Zusammenschlüsse möglich sein sollten. So weit wollen wir nicht gehen.

Lassen Sie uns in Ruhe darüber sprechen. Dabei sollten wir die Polemik außen vor lassen.

Abschließend möchte ich noch etwas sagen. Diese Landesregierung sorgt mit den von ihr eingeleiteten Maßnahmen und einer abgestimmten, in sich schlüssigen Landespolitik dafür, dass der Wirtschaftsstandort Hessen weiter vorankommt. – Meine Damen und Herren, ich freue mich darauf, mit Ihnen gemeinsam diesen Weg zu gehen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Herr Minister Rhiel, vielen Dank. – Zu einer Kurzintervention hat sich Herr Kollege Walter zu Wort gemeldet.

Jürgen Walter (SPD):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Wirtschaftsminister, zunächst einmal möchte ich Folgendes sagen: Lautstarkes Vortragen ersetzt nicht das eigene Gestalten der Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU: Oh!)

Ich habe nur zwei Minuten Redezeit. Auch wenn Sie sich selbst Mut zuklatschen wollen, wird das nicht helfen.

Ich möchte Ihnen zwei Zahlen nennen. Denn ich glaube, das gehört zur Ehrenrettung der Sozialdemokraten und zur Achtung des guten Wirtschaftsministers, den die Sozialdemokraten gestellt haben, hinzu.

Sie reden von einer positiv gestalteten Wirtschaftspolitik. Sie schwadronieren über Innovationen und tolle Ergebnisse.

Ich stelle dazu Folgendes fest: Erstens. Während des Zeitraums von 2002 bis 2004 ist in keinem anderen Bundesland mit Ausnahme Mecklenburg-Vorpommerns die Arbeitslosigkeit stärker als in Hessen gestiegen.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Zweitens. Wenn man die Zahlen des Novembers dieses Jahres mit den Zahlen des Novembers des letzten Jahres vergleicht, stellt man fest, dass es in keinem anderen Flächenland eine höhere Steigerung der Arbeitslosigkeit gegeben hat.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Sie regieren seit sieben Jahren dieses Land. Seit sieben Jahren führt die CDU diese Landesregierung an. Herr Minister Rhiel, finden Sie es nicht ein wenig peinlich, dass Sie sich immer noch hierhin stellen und sagen, die Probleme, die es heute gebe, habe Lothar Klemm verursacht?

(Beifall bei der SPD und der Abg. Frank-Peter Kaufmann und Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir und die Menschen erkennen keine Wirtschaftspolitik von Ihnen, die in diesem Lande wirkt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wegen der Kürze der Zeit widme ich mich dem zweiten Punkt; diesbezüglich wurde ich zitiert. Es geht um die Außenwirtschaft. Sie müssten hier einmal offen reden. Ihr Problem mit der Hessen Agentur besteht doch darin, dass Sie eigentlich überhaupt keinen Kontakt mit der Hessen Agentur haben. Die Hessen Agentur ist vom Wirtschaftsministerium organisatorisch völlig getrennt.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Kein Mensch in Ihrem Ministerium weiß, was da passiert, obwohl die Hessen Agentur eigentlich Dienstleisterin für Sie sein sollte. Tatsächlich vollbringt sie Dienstleistungen für die Staatskanzlei.

Herr Minister, weil es in der Zeitung stand, nenne ich Ihnen zwei Beispiele.

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Herr Kollege Walter, bevor Sie mit den zwei Beispielen anfangen, möchte ich Sie darauf hinweisen, dass Ihre Redezeit gleich abgelaufen ist.

Jürgen Walter (SPD):

In China war der Wirtschaftsminister nicht dabei; das ist ein Problem. Vor kurzem hat er den Staatssekretär in den Iran geschickt. Das bedeutet, dass Sie auch dort nur den Staatssekretär als Gesprächspartner bekommen. Dies bedeutet, Herr Minister, dass Sie Ihre Aufgabe nicht wahrnehmen, und dies geht zum Nachteil unseres Landes.

(Widerspruch bei Abgeordneten der CDU)

Dies ist der eigentliche Grund für die hohe Arbeitslosigkeit in unserem Lande.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Der Minister hat Gelegenheit zur Antwort.

Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Ich möchte mich auf diese – ich sage es ruhig – Albertheiten nicht einlassen, wer wann wo war, meine Damen und Herren. Nur: Als der Staatssekretär mit der Delegation im Iran war, musste ich an dem Abend in Brüssel antreten, um für Galileo zu kämpfen. Dabei haben wir einen großen Erfolg für Darmstadt erzielt, und ich denke, es hat sich gelohnt.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Mir liegen nun keine Wortmeldungen mehr zum Einzelplan 07 vor. – Ich rufe daher den

Einzelplan 08 – Hessisches Sozialministerium –

auf. In Verbindung damit rufe ich **Tagesordnungspunkt 23** auf:

Antrag der Fraktion der FDP betreffend Vorsorgemaßnahmen und gesundheitspolitische Aktivitäten der Landesregierung gegen die drohende Vogelgrippe in Hessen – Drucks. 16/4646 –

Als erste Rednerin hat sich Frau Kollegin Fuhrmann für die SPD-Fraktion zu Wort gemeldet. – Ich darf vorsorglich um ein bisschen mehr Ruhe bitten.

Petra Fuhrmann (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Viele Menschen, viele soziale Gruppen, die Kirchen, die Gewerkschaften, die Sozialverbände und andere Organisationen in Hessen haben sich nach dem brutalen Kahlschlag und den Streichungen durch die „Operation düstere Zukunft“ gefragt, wie um Himmels willen diese CDU-Landesregierung dem Verfassungsauftrag eines sozialen Hessens gerecht werden wolle. Sie haben sich gefragt, wie Sie eine gute Zukunft für alle Menschen in Hessen gewährleisten wollen. Wir fragen uns das auch seit Jahren, aber auch in diesem Jahr gibt der Haushalt darauf überhaupt keine Antwort.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das soziale Netz hat große Löcher bekommen. Diese werden wieder nicht gestopft. Nicht Sie, Frau Lautenschläger, sondern Ministerpräsident Koch oder Herr Weimar bestimmen, was Sozialpolitik in Hessen überhaupt noch leisten darf.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ihre Politik ist völlig verantwortungslos. Präventive Sozialpolitik garantiert nicht nur den sozialen Frieden – das sollte man nicht belächeln; das ist ein hohes Gut in unserem Land –, sondern verhindert auch enorme Belastungen für die kommenden Generationen.

Es ist schlimm, dass immer mehr Geld für Zinsen ausgegeben werden muss, aber im Landeshaushalt nicht ein einziger Cent mehr in Programme und Projekte gesteckt wird, die soziale Folgekosten zu vermeiden helfen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Sozialministerin, Ihr Verfassungsauftrag lautet nicht, Erfüllungsgehilfin des Finanzministers zu sein, sondern möglichst gleiche Lebensbedingungen für alle soziale Gruppen in Hessen zu schaffen, und da versagen Sie völlig.

(Beifall bei der SPD)

Kinder, Jugendliche, Alleinerziehende, Pflegebedürftige, Behinderte, Arme, Obdachlose – all diese Menschen bräuchten Sie dringend als Anwältin ihrer Interessen in Hessen und nicht als Vollstreckerin gegen sie oder als gleichgültige Verwalterin.

Wann zieht die CDU-Fraktion endlich die Notbremse? – Ihre beiden Haushaltsanträge zur Ausbildung von Altenpflegekräften bzw. zur Schwangerschaftskonfliktberatung sind dringend erforderlich, weil Urteile drohen bzw. ansonsten überplanmäßige Ausgaben getätigt werden müssen. Das sind aber nicht etwa Maßnahmen, um diese gleichgültige Hinnahme der zerstörten sozialen Infrastruktur zu korrigieren.

Sie entledigen sich der Sozialpolitik in Hessen. Sie nehmen nur gesetzliche Aufgaben wahr, oder dort, wo Bundes- oder EU-Mittel in den Haushalt fließen, tun Sie etwas. Die Privatisierungen der Uniklinika oder der Haft-

anstalten sind erkennbar die Fortsetzung der „Operation düstere Zukunft“ mit anderen Mitteln.

(Beifall bei der SPD – Florian Rentsch (FDP): Das ist Unsinn, Frau Kollegin! Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Der Kindergartenerlass des Innenministers hat deutlich gezeigt, dass Sie die Politik im Prinzip auf allen Ebenen nach Kassenlage durchsetzen wollen. Und da sage ich Ihnen: Das geht so nicht.

(Beifall bei der SPD – Norbert Schmitt (SPD): Dass die Sozialministerin das toleriert, ist das Schlimme!)

Aufgaben der Daseinsvorsorge, die staatlichen Schutzfunktionen für Schwache, Kranke, Pflegebedürftige und Behinderte dürfen nicht so vernachlässigt werden, wie Sie das tun. Damit versagen Sie vor Ihrer ureigensten Aufgabe als Hessische Sozialministerin.

(Günter Rudolph (SPD): So ist das! – Unruhe)

Ich muss ganz ehrlich sagen: Nach diesem überlangen Redebitrag des Herrn Rhiel fände ich es ganz schön, wenn Sie wenigstens versuchen würden, auch bei den Reden der Oppositionsfraktionen ein bisschen zuzuhören.

Meine Damen und Herren, wir gehen den Haushalt im Detail an. Wie verhält es sich denn mit den sieben im Haushalt aufgelisteten Fachzielen?

Fachziel 1 lautet Chanceengleichheit. Im Haushaltsentwurf finden sich für die Umsetzung dieses so wichtigen Ziels genau 148.000 €. Meine Damen und Herren, mit dieser „riesigen“ Summe versuchen Sie zu kompensieren, was Sie mit Ihrem Kahlschlag angerichtet haben: Streichung der Mittel für Orientierungskurse für Frauen in Höhe von 1,4 Millionen €, Streichung der Mittel für Frauenbildungsprojekte in Höhe von 370.000 €. Dafür gibt es auch in diesem Haushalt erneut keine Kompensation.

Die Verschlechterung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes, die Verlängerung der Arbeitszeit, die PVS-Meldung von Frauen sind weitere Steine, die Sie den Frauen Hessens in den Weg rollen, Frau Ministerin. Da sage ich nur: Sie haben Fachziel 1 nicht erreicht.

(Beifall des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Zum Fachziel 2: Familienland Hessen. Da sage ich nur: Auflösung des Landesjugendamtes und der Jugendbildungsstätten. Familien mit Problemen werden im Stich gelassen. Kinder sind nach wie vor und gerade in Hessen ein Armutsrisiko. Mit der Streichung der Zuschüsse für Schuldnerberatung sowie Kürzungen bei Eltern- und Familienberatung haben Sie wertvolle Strukturen Hessens zerstört,

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

statt das Netzwerk zu erhalten und den Familien Zukunftschancen und Perspektiven zu geben.

Hessen solle Familienland werden, sagen Sie. Die Wahrheit sieht so aus: Streichung des Titels „Kinderfreundlichkeit der Kommunen“ – das sind 51.000 € –, Streichung des Programms „Soziale Stadt“; das waren 500.000 € im Jahr 2004.

(Ministerin Silke Lautenschläger: Das ist vorbei!)

– Ja, das ist vorbei, Frau Ministerin. Aber Sie kompensieren es erneut nicht.

Nehmen wir den Bereich der Kinderbetreuung hinzu, dann kann vom Familienland erst recht nicht die Rede sein.

In den Kindertagesstätten Hessens fehlen massiv Plätze für Kinder unter drei Jahren. Bei Krippenplätzen beträgt der Gesamtversorgungsgrad 3,9 %. Ihre Aufstockungen bei den Mitteln der Offensive für Kinderbetreuung sind ein Placebo angesichts der Größe der Aufgaben.

(Beifall bei der SPD)

Durch die jahrelange Vernachlässigung der Kinderbetreuung, durch die Streichung von 50 Millionen € Jahr für Jahr seit Ihrem Regierungsantritt sind bei den Kommunen mittlerweile 300 Millionen € weniger gelandet, die sie dringend für den Ausbau und den Unterhalt von Kindertagesplätzen brauchen. Ganztagsplätze sind in Hessen Mangelware und werden es auch bleiben, wenn Sie weiter regieren, wenn dazu weiterhin der politische Wille fehlt und wenn die Mittel zum Ausbau der Kinderbetreuung nicht zur Verfügung gestellt werden.

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Frau Kollegin Fuhrmann, eine ganz kurze Unterbrechung. – Es ist sehr laut und sehr unruhig hier im Saal. Ich möchte Sie bitten, entweder Ihre Gespräche einzustellen oder diese außerhalb dieses Raumes fortzusetzen. Vielen Dank.

Petra Fuhrmann (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Wir haben in Hessen einen Versorgungsgrad mit Ganztagsplätzen von 2,1 % im Krippenbereich, von 18 % im Kindergartenbereich und von 4,1 % bei den Kinderhorten.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist sensationell!)

Ich kann Ihnen sagen: Das ist unterster Level, Frau Ministerin. Sie haben das Fachziel Familienland also nicht erreicht.

(Beifall bei der SPD)

Zum Fachziel 3: aktive Bürgergesellschaft. Die Ausgaben für bürgerschaftliches Engagement sind nach der „Operation düstere Zukunft“ inzwischen fast wieder auf dem alten Niveau gelandet. Das finde ich eine absolut tolle Leistung.

Fachziel 4: Arbeits- und Gesundheitsschutz. Wer hätte schon gedacht, dass wir in Hessen so gut sind, dass wir einen so hohen Standard erreicht haben, dass wir überhaupt keine Förderung mehr brauchen? Aufwendungen für den betrieblichen Arbeitsschutz und soziale Arbeitsbeziehungen? – Meine Damen und Herren, das Land leistet es nicht mehr. Plankosten: null. Das entlarvt im Übrigen auch sehr deutlich die Lächerlichkeit Ihrer Planziele.

(Norbert Schmitt (SPD): Ja!)

Fachziel 5: Arbeit und Ausbildung. Das ist ein ganz wesentliches Ziel. Obwohl „Arbeit statt Sozialhilfe“ inzwischen HARA und jetzt PiA heißt, lässt der Erfolg der hessischen Arbeits- und Ausbildungsprogramme doch stark zu wünschen übrig.

(Ministerin Silke Lautenschläger: PiA ist kein Ausbildungsprogramm!)

Wir haben die schlechteste Bilanz aller westdeutschen Flächenländer in der Ausbildungssstatistik und verzeichnen den höchsten Anstieg der Arbeitslosigkeit; unser Fraktionsvorsitzender hat es heute Morgen schon gesagt. Mit einer Arbeitslosenquote von 9,4 % lagen wir im November deutlich über dem Trend des Vorjahres mit 7,9 %. Eine generelle Trendwende auf dem Arbeitsmarkt ist absolut nicht in Sicht.

Die Ausbildungssituation gibt weiter Anlass zu größter Sorge. In Hessen kamen im September noch fünf Bewerberinnen und Bewerber auf einen offenen Ausbildungssplatz. Damit standen wir am Ende aller westdeutschen Flächenländer und sogar noch hinter Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern. Ich sage Ihnen: Das ist ein Skandal für ein solches Land wie Hessen.

(Beifall bei der SPD)

Fast alle so genannten Landesprogramme in diesem Bereich sind eigentlich vom Land nur ein bisschen mitfinanziert. Sie sind teilweise mitfinanziert oder sogar komplett finanziert aus EU-Mitteln. PiA erhält beispielsweise 5 Millionen € ESF-Mittel von insgesamt 10 Millionen €, und für das Ausbildungsprogramm für Benachteiligte werden 5,8 von 12 Millionen € zur Verfügung gestellt. Also auch hier wird das Fachziel nicht erreicht.

Beim Fachziel Integration gibt es Sprachfördermaßnahmen, ansonsten keine Impulse.

Beim Fachziel 7, Gesundheit, sind Ihre Verfügungsmittel verstärkt worden, aber die Drogenhilfe ist von 6 Millionen € auf 1,2 Millionen € zusammengekürzt worden. – Meine Damen und Herren, Prävention kann mit solchen Minimalmitteln nicht mehr geleistet werden.

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Frau Kollegin, die vereinbarte Redezeit ist gleich abgelaufen.

Petra Fuhrmann (SPD):

Kurzum, Ihre Fachziele sind hehre Ziele. Mit der Wirklichkeit Ihrer realen Politik haben sie nichts, aber auch absolut nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Wir setzen dem ein beitragsfreies letztes Kindergartenjahr entgegen. Wir setzen dem ein Sozialbudget in Höhe von 30 Millionen € entgegen. Wir setzen dem ein Benachteiligtenprogramm für Jugendliche ohne Hauptschulabschluss entgegen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich einen CeBIT-Werbestand für 800.000 € leisten, wenn Sie sich im Ministerium 12.000 € für Veranstaltungen und Empfänge leisten,

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

dann kann man dazu nur zusammenfassend sagen: Im Sozialhaushalt 2006 ist kein Gestaltungswille erkennbar. Es gibt keine Schwerpunktsetzung, keine sozialpolitische Power, und wir haben in Hessen die schlechteste Sozialministerin seit 60 Jahren.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Frau Kollegin Fuhrmann. – Als nächste Rednerin hat Frau Kollegin Schulz-Asche für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bitte stellen Sie sich einen Schweizer Käse vor, dessen Löcher immer weiter wachsen. Irgendwann gibt es dann nur noch Löcher. „Loch an Loch und hält doch“ gilt vielleicht für einen kleinen familiären Haushalt und bestimmte Waren, aber nicht für einen Sozialhaushalt – und das zeigt das hessische Beispiel deutlich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit den Vorlagen zum Einzelplan 08 zeigt diese Landesregierung schon seit Jahren, dass sie über kein sozialpolitisches Konzept verfügt oder verfügen will. Nach jahrelangen Kürzungen wurde mit der Streichung von 35 % der freiwilligen Leistungen im Haushalt von 2004 in der so genannten „Operation düstere Zukunft“ die Zerschlagung der sozialen Landschaft in Hessen beschleunigt, und der Entwurf für 2006 zeigt keinerlei Versuch auf, diesem Verfall entgegenzuwirken.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, dieser Entwurf gibt keinerlei Antworten auf die wesentlichen Herausforderungen, die wir in unserer Gesellschaft haben: des demographischen Wandels, der sich verändernden gesellschaftlichen Strukturen und deren sozialpolitischer Auswirkungen. Sozialpolitik muss heute definieren, welche Leistungen direkt vor Ort erbracht werden können, aber auch welche Unterstützung bei Qualitätssicherung und Qualitätsstandards dieser Angebote – darunter die Aus- und Weiterbildung sowie die Vernetzung – seitens des Landes geleistet werden muss. Diese Unterstützungen bleibt der Entwurf des Einzelplans wiederum schuldig. Deshalb fordern wir nicht nur, wie es die SPD gemacht hat, ein wie auch immer geartetes Sozialbudget in Höhe von 30 Millionen €, sondern wir bieten der sozialen Landschaft in Hessen und Ihnen hier im Hause ein ausgearbeitetes grünes Sozialbudget an, das alle diese Antworten enthält – vielleicht nicht vollständig, aber es versucht zumindest, Antworten zu geben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der Tradition des rot-grünen Sozialbudgets geben wir einen konzeptionellen finanziellen Rahmen mit dem Ziel vor, dass die Verantwortung des Landes übernommen wird und dass die Träger und die Menschen im Land Hessen Vertrauen, Rechtssicherheit und Innovation in der Sozialpolitik wieder finden. Die von der Landesregierung formulierten Ziele, von den Haushältern als das neue Nonplusultra tituliert, sind nichts als Plättitüden. Deshalb beginnt unser grünes Sozialbudget mit dem Änderungsantrag Drucks. 16/4813, der bereits das Oberziel der Landesregierung verbessert.

Unser Ziel einer modernen Sozialpolitik ist eine gerechte Gesellschaft, an der sich die hessischen Bürgerinnen und Bürger aktiv beteiligen können. Die geförderten Maßnahmen sollen dazu dienen, die Selbstverantwortung zu stärken. Aber jeder Mensch soll auch darauf vertrauen können, dass er unabhängig von Alter, von Herkunft, von Geschlecht oder Behinderung solidarische Hilfe erhält

und seine Teilhabe am öffentlichen Leben gewährleistet ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Unruhe)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, darf ich noch einmal um ein bisschen mehr Aufmerksamkeit für die Rednerin bitten? Das betrifft diesmal insbesondere die Regierungsbank. Ich bitte um etwas mehr Ruhe oder darum, die Gespräche draußen fortzuführen. – Ich danke Ihnen.

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Nicht nur für die Regierungsbank,

(Beifall des Abg. Florian Rentsch (FDP))

sondern auch für die moderne Sozialpolitik gilt: Nachhaltigkeit, Teilhabegerechtigkeit, Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit sind die Fragen, die hier auf der Tagesordnung stehen. Im Mittelpunkt einer solchen Politik steht eine kinderfreundliche Gestaltung der Gesellschaft, und es ist kaum noch bestritten, dass ein früher und gerechter Zugang zu altersgerechten Bildungsangeboten dabei wesentlich ist.

Auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, und zwar für Väter und für Mütter, wird nur Realität mit dem Ausbau von Betreuungsangeboten von hoher Qualität. Den ständig steigenden Anforderungen, denen sich Eltern und Familien ausgesetzt sehen, kann nur durch ein leicht zugängliches Netz von Hilfsangeboten begegnet werden.

Meine Damen und Herren, auch die zunehmende Zahl älterer Mitbürger erfordert neue Konzepte, die die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen und die unseren älteren Mitbürgern die Solidarität der jüngeren Generationen tatsächlich versichern.

Die Mittelerhöhung bei der Altenpflege ist bereits erwähnt worden. Ich möchte aber noch auf einen anderen Bereich eingehen, gerade weil Sie in der „Operation düstere Zukunft“ die Mittel für die psychosozialen Beratungsstellen gestrichen haben. Wir fordern in unserem Sozialbudget z. B. für die psychosoziale Betreuung von alten Menschen in Altersheimen neue Mittel, weil wir das für eine ganz wesentliche Herausforderung einer gerechten Gesellschaft halten. Ich bitte Sie, sich gerade diesen Punkt genauer zu betrachten. Sie können natürlich auch unser gesamtes Sozialbudget bei uns erhalten, wenn Sie es anfordern.

Eine gerechte Gesellschaft stärkt die Selbstverantwortung, schafft auch die Rahmenbedingungen für ein gesundes Leben und ein langes Leben. Dazu wird der Ausbau von Prävention und Gesundheitsförderung sehr viel notwendiger, als wir es heute sehen, gerade auch was die Gesunderhaltung von älteren Menschen angeht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wenn wir ernsthaft über Prävention und Gesundheitsförderung reden – das habe ich an dieser Stelle schon gesagt –, dann kann es nicht allein die Aufgabe von gesetzlichen Kassen sein, die Finanzierung dieser Leistungen zu übernehmen. Auch das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Es ist die Pflicht des Landes, nicht nur Geld hineinzugeben, sondern auch vor Ort Moderationsprozesse einzuleiten, damit sich die pri-

vaten Kassen an der Finanzierung solcher Leistungen beteiligen.

Außerdem brauchen die Eltern aufgrund der Komplexität der Anforderungen, die sich in diesem Bereich ergeben, zusätzliche Unterstützung. Wir haben erst vor kurzem bei der Beantwortung der Großen Anfrage gesehen, wie sich das Krankheitsspektrum bei Kindern verändert hat und wie wenig das Gesundheitssystem heute in der Lage ist, darauf zu reagieren. Auch hierzu haben wir entsprechende Vorschläge gemacht.

Eine gestaltende Sozialpolitik befasst sich auch damit, die Qualität von Arbeit und von Arbeitsbedingungen ständig zu verbessern. Wesentlich ist dabei auch die Integration von bestimmten Bevölkerungsgruppen in den Arbeitsmarkt. Wir haben in den letzten Wochen vermehrt auf unsere Initiative hin über die Notwendigkeit geredet, mehr in das Fördern von arbeitslosen Menschen zu investieren, als ständig über das Fordern zu reden. Ich denke, hier ist deutlich geworden, dass in den Optionskommunen, aber natürlich auch in den Arbeitsgemeinschaftskommunen einiger Bedarf besteht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir über Integration in den Arbeitsmarkt reden, dann seien hier beispielhaft die wesentlichsten Bevölkerungsgruppen erwähnt. Wir brauchen dringend eine Erhöhung der Frauenerwerbsquote. Ich glaube, das ist gar nicht umstritten. Es ist nur umstritten, auf welchem Wege dies zu geschehen hat. Die Qualifizierung von Jugendlichen und älteren Arbeitnehmern ist notwendig. Gerade gestern oder heute Morgen haben wir noch darüber diskutiert. Die Beschäftigung von Behinderten ist ebenfalls wichtig. Ich denke, das sind die wesentlichsten Gruppen, die bei der Integration in den Arbeitsmarkt genannt werden müssen.

Meine Damen und Herren, der Haushaltsentwurf der Landesregierung vernachlässigt in einem zunehmend erschreckenden Ausmaß Aktivitäten zur Integration von Bürgerinnen und Bürgern aus anderen Ländern und Kulturen. Integration besteht nicht nur aus Sprachförderung, sondern sie besteht aus einem ganzen Strauß von Maßnahmen, oder sie müsste aus einem ganzen Strauß von Maßnahmen bestehen: vom Zugang zu früher Bildung bis hin zur dauerhaften Integration in den Arbeitsmarkt, wie bereits gesagt. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist aber auch – das sollten wir aufgrund der Äußerungen heute Morgen besonders betrachten – die Akzeptanz von kultureller Vielfalt, wie das Leben in allen Bereichen und das Leben in den Kommunen organisiert werden kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit unserem Sozialbudget als Entwurf für eine besonders moderne und umfassende Sozialpolitik mussten wir den gesamten Bereich der sozialen Dienstleistungen völlig neu formulieren, der sich mit sozialen Dienstleistungen im Rahmen der Armutsbekämpfungen, insbesondere im Rahmen der Bekämpfung von Kinderarmut, befasst. In der „Operation düstere Zukunft“ ist im Prinzip der gesamte Förderanteil des Landes auf null gestrichen worden.

Das können Sie bei unserem Sozialbudget sehr gut sehen, da wir immer die Gegenüberstellung machen zwischen dem, was die Landesregierung ursprünglich einmal ausgetragen oder geplant hatte und dann gestrichen hat, und der sozialpolitischen Leere, die heute bei Ihnen herrscht.

Meine Damen und Herren, die Bekämpfung von Armut und Kinderarmut kommt bei Ihnen im Haushalt überhaupt nicht vor.

(Clemens Reif (CDU): Das ist gar nicht wahr!)

Hier hat sich die Landesregierung völlig aus ihrer Verantwortung verabschiedet.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Zu den konkreten Maßnahmen gehört natürlich der Versuch, die soziale Brennpunktarbeit viel stärker als bisher zu vernetzen und dafür zu sorgen, dass die vielen Modelle und Aktivitäten, die trotz der „Operation düstere Zukunft“ vor Ort laufen, konzentriert und in Netzwerken zusammengefasst werden.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Geben Sie zu, dass die Projekte immer noch laufen?)

– Ich gebe zu, dass es einige Projekte gibt, die noch laufen. Ich weiß aber auch, dass sie jetzt zum Teil endgültig vor dem Aus stehen. Wenn die Kommunen nicht einschreiten, werden ganz viele Maßnahmen, die über die letzten Jahre gerettet werden konnten, endgültig gestorben sein. Herr Walter hat heute Morgen richtigerweise gesagt, die Initiativen sind am Sterben, aber die Menschen, die von ihnen unterstützt werden, sind alle noch da.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Sie haben wirklich einen Einschnitt in die soziale Landschaft gemacht. Der Begriff „Wüste“ ist hier angebracht. In den sozialen Brennpunkten gibt es praktisch überhaupt keine Dienstleistungen mehr, an deren Finanzierung das Land mit einem nennenswerten Betrag beteiligt ist.

Deswegen haben wir uns ein Oberziel gesetzt, in dem der Anspruch, dass sich die Sozialpolitik für die Menschen, die auf Unterstützung und Hilfe angewiesen sind, wirklich verantwortlich fühlt, verlässlich formuliert wird. Ausgehend von diesem Oberziel haben wir zehn Fachziele, einschließlich der Fachzieldefinitionen, entwickelt, die Inhalte verdeutlichen, statt, wie bei Ihnen, Leerformeln zu enthalten, die die Messung von Erfolgen und Misserfolgen erlauben – auch das ist ein Kernziel einer modernen Sozialpolitik – und es vor allem ermöglichen, dass aus der Analyse der Maßnahmen im Hinblick auf ihre Wirksamkeit tatsächlich Lehren gezogen werden und dann entsprechend eine Umstrukturierung des Sozialbudgets erfolgen kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da wir all das durchgerechnet haben und auch gegenfinanzieren wollen, kommen wir nicht auf eine beliebige Zahl, sondern haben festgestellt, dass wir genau 17 Millionen € mehr als die Landesregierung benötigen, um dieser modernen Sozialpolitik gerecht werden zu können. Wir machen damit nicht nur völlig kontraproduktive Streichungen rückgängig, sondern versuchen auch, durch präventive Hilfe und den Aufbau von Netzwerken für die Menschen in Hessen das Eintreten von Krisen zu verhindern bzw. den Menschen, so sie denn in eine Krise geraten sind, wieder herauszuhelfen. Das ist eine auch in fiskalischer Hinsicht nachhaltige Sozialpolitik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im grünen Sozialbudget befindet sich auch die von der Landesregierung viel beschworene Offensive für Kinderbetreuung. Die Mittel dafür wurden um 4,2 Millionen € erhöht. Wir begrüßen das durchaus. Vor kurzem haben wir

bei der Beratung über unseren Gesetzentwurf zur Betreuung für unter Dreijährige darauf hingewiesen, dass die Offensive für Kinderbetreuung nach wie vor ein Schulkinderprogramm ist; denn 80 % der geförderten Plätze stehen für ältere Kinder zu Verfügung.

(Unruhe)

– Herr Metz, ich weiß nicht, auf welcher Grundlage Sie immer Ihre Presseerklärungen schreiben. Vielleicht nutzt es Ihnen etwas, wenn Sie einmal den Rednern der Opposition zuhören.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich unterhalte mich gerne mit Ihnen, aber am besten nach meiner Rede.

(Zuruf)

– Dafür brauche ich keinen Ältestenrat. Das lös ich direkt.

(Staatssekretär Dirk Metz: Ui!)

– Ja, Herr Metz, passen Sie auf.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Die Offensive für Kinderbetreuung ist nach wie vor ein Schulkinderprogramm. Deswegen sehen wir es als sehr problematisch an, dass Herr Metz in seinen Presseerklärungen den Eindruck zu erwecken versucht, mit der Offensive für Kinderbetreuung würden Sie ein Kleinkinderprogramm fahren.

Da Sie das nicht machen, haben wir Ihnen einen Stufenplan zur Verwirklichung einer Betreuungsgarantie vorgelegt, mit dem bis zum Ende der Legislaturperiode pro Jahr 4.000 neue Plätze geschaffen werden. Damit erreichen Sie auch das Ziel, dass 20 % der unter Dreijährigen betreut werden.

Wenn Sie dem Antrag zustimmen, würden Sie dem zustimmen, was in Ihrem eigenen Parteiprogramm steht. Aber wenn Sie weiterhin nur 500 bis 700 neue Plätze pro Jahr schaffen, wie es in der Vergangenheit der Fall war, brauchen Sie 34 Jahre, um die 20%-Quote zu erfüllen.

Deswegen muss sich die Landespolitik heute entscheiden, welche Prioritäten eigentlich gesetzt werden sollen. Wir machen Ihnen einen guten Vorschlag, dem Sie ohne Bedenken zustimmen können. Der Landtag wird sich auch weiterhin mit der Qualität der Betreuung von Kleinkindern befassen. Unser Vorschlag bedeutet, dass im ersten Haushaltsjahr eine anteilige Finanzierung des Landes in Höhe von einem Drittel des notwendigen Finanzvolumens bei ungefähr 19,5 Millionen € liegen würde. Das dient der Entlastung der Kommunen und der Eltern in Hessen.

Dies wäre ein weiser politischer Beschluss, denn wir sind uns alle einig, dass nicht nur die Zahl der Angebote, sondern auch ihre Qualität ausschlaggebend dafür ist, allen hessischen Kindern, egal aus welcher Schicht oder Kultur sie kommen, einen frühen und gerechten Zugang zur Bildung zu ermöglichen. Deshalb bitte ich Sie um Zustimmung zu unseren Änderungsanträgen zum Einzelplan 08.

– Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Für die Fraktion der FDP hat Herr Kollege Rentsch das Wort. 15 Minuten Redezeit sind angemeldet.

Florian Rentsch (FDP):

Damit ich sehen kann, ob ich ordentlich behandelt werde, werde ich die Stoppuhr zur Sicherheit auf null stellen.

(Gerhard Bökel (SPD): Wenn das die Frau Präsidentin gehört hätte! – Zurufe: Oh!)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Ich habe das nicht gehört.

Florian Rentsch (FDP):

Das ist auch gut so. Ich freue mich, dass um diese Uhrzeit noch so viel Leben in diesem Parlament ist. Das ist ein gutes Zeichen und dem Thema auch angemessen.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Fuhrmann – Frau Kollegin Schulz-Asche, für Sie gilt das etwas weniger –, ich muss sagen, die Aufgabe der Opposition ist es natürlich, auf Fehler hinzuweisen. Das ist völlig richtig. Wir müssen auf das hinweisen, was eine Landesregierung – eine Regierung überhaupt – falsch macht.

Aber ein solch explizites Schwarzweißmalen nach dem Motto „Alles ist schlecht“ kann ich nicht mitmachen. Draußen glaubt uns das kein Mensch. Deswegen sollten wir uns auf die Themen konzentrieren, bei denen wirklich etwas schief läuft. Ich glaube, da gibt es durchaus einige Punkte. Aber es gibt auch Bereiche, in denen die Landesregierung gut arbeitet. Das muss ich an dieser Stelle anerkennen. Es ist die Aufgabe einer konstruktiven Opposition, auch so etwas anzuerkennen.

Frau Kollegin Schulz-Asche hat gesagt, wir müssten heute handeln und über eine neue Sozialpolitik sprechen. In dem Punkt bin ich relativ nah bei ihr. Ich glaube nämlich, dass dieser Haushaltssatz eine gute Möglichkeit bietet, um die Sozialpolitik neu auszurichten und einen neuen Weg zu gehen. Die Definition von Zielen – die neue Verwaltungssteuerung – ist meines Erachtens wirklich ein Einstieg in eine neue Gesellschafts- und Sozialpolitik. Es geht darum, zu definieren: Wozu ist Sozialpolitik überhaupt da? Was wollen wir mit Sozialpolitik erreichen?

Ich bin der festen Überzeugung, dass das, was wir als Landespolitiker zu tun haben, ein ganz wichtiger Beitrag in dem Dreiklang von Land, Bund und kommunaler Sozialpolitik ist. Das Land hat eine ganz wichtige Funktion. Diese Funktion müssen wir auch erfüllen. Als Beispiel werde ich Ihnen gleich einige Bereiche nennen, in denen wir, wie ich es formulieren will, Ausbaubedarf haben.

Aber ich will auch eines sagen: Es ist gut und richtig, dass wir im Rahmen dieser Haushaltsberatungen Ziele definieren und zum ersten Mal im politischen Diskurs festlegen, was Sozialpolitik eigentlich bewirken soll.

(Michael Denzin (FDP): Zum ersten Mal weiß man, was man will!)

– Herr Kollege Denzin sagte gerade, zum ersten Mal weiß man, was man will. Ich wusste schon, was ich wollte, Herr Kollege Denzin. Ich freue mich aber darüber, dass der Kollege Denzin so aufmerksam zuhört, was für ihn um diese Uhrzeit nicht ganz selbstverständlich ist.

(Heiterkeit und Beifall – Zurufe)

– Es ist jetzt schwierig, wieder auf das Thema zu sprechen zu kommen. Ich habe gerade von der parlamentarischen Geschäftsführerin meiner Fraktion gehört, dass mir eine Minute mehr Redezeit zur Verfügung steht. Die wollte ich eigentlich nicht damit verbringen, dass ich dem Kollegen Denzin gut zuredete. Mittels Selbstsuggestion macht er das normalerweise alleine.

(Heiterkeit)

Der Haushaltssatz der Landesregierung ist von 565 Millionen € auf 579 Millionen € erhöht worden. Das sagt eigentlich relativ wenig darüber aus, was in Hessen in der Sozialpolitik gemacht wird. Frau Kollegin Schulz-Asche, Frau Kollegin Fuhrmann, wir wollen und sollen uns zunächst einmal darüber klar werden, wie wir die Sozialpolitik eigentlich anlegen und wo wir einen Steuerungsbedarf haben. Für mich ist das jedenfalls die Grundsatzfrage.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schauen Sie sich doch die Sozialpolitik an!)

– Das ist gar nicht konträr zu Ihrer Auffassung. – Es geht nicht darum, dass wir begrüßen oder nicht begrüßen, dass an einer Stelle mehr Geld oder weniger Geld ausgegeben wird. Es kann nicht der Sinn dieser Debatte sein, etwas zu begrüßen oder zu sagen: Es ist schlecht, dass an dieser Stelle gespart wird. – Fakt ist, dass das Land in jeder Hinsicht über seine Verhältnisse lebt. Das kommt in allen Haushaltssätzen zum Ausdruck. Das müssen wir konstatieren. Wir müssen uns überlegen, wo wir das Geld des Landes sinnvoll ausgeben und wo wir gefragt sind.

Ich glaube, dass die Sozialpolitik den Menschen die Chance geben muss, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, und dass sie in Notsituationen Hilfe leisten muss. Sie muss diese Chancen herstellen. Mehr kann Sozialpolitik meines Erachtens nicht tun.

(Beifall des Abg. Michael Denzin (FDP))

Dem, was Frau Fuhrmann gesagt hat, stimme ich zum Teil zu. Ich glaube nämlich, dass das, was in diesem Haushaltssatz als Fachziel formuliert wird, relativ auslegungsfähig ist. Es ist nicht sehr konkret, und es gibt viele Interpretationsmöglichkeiten.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Frau Ministerin, ich glaube, wir sollten eine Debatte über das führen, was wir in den einzelnen Bereichen wollen. Nur in den Haushaltssatz zu schreiben: „Wir machen etwas und geben Geld dafür aus“, kann nicht der Ansatzpunkt für eine moderne Sozialpolitik sein.

(Beifall bei der FDP)

Bei der Frage, wie wir Sozialpolitik und Gesellschaftspolitik in Hessen neu strukturieren, ist das Stichwort Kommunalisierung sehr wichtig, weil wir gerade mithilfe des Kommunalisierungsprozesses versuchen, Sozialpolitik und Gesellschaftspolitik gemeinsam mit den Kommunen zu gestalten und ihnen die Möglichkeit zu geben, langfristige Planungen vorzunehmen. Mit der Planungssicherheit geben wir den Kommunen die Möglichkeit, direkt auf die Bedürfnisse einzugehen und dort etwas zu machen, wo die Menschen ihrer Meinung nach eine Antwort von der Politik brauchen.

Von der SPD wird das immer „kalte Kommunalisierung“ genannt. Frau Ministerin, Fakt ist, dass einige Bereiche weggefallen sind, die wir eigentlich gemeinsam geplant haben. Sie waren anders geplant. Man muss schon sagen,

dass die Kommunen jetzt einerseits vom Land ein Budget für die Wahrnehmung bestimmter Aufgaben bekommen – das halten wir für richtig –, andererseits bestimmte Aufgaben übernommen haben und selbstständig behandeln, weil sie diesen Bereich nicht wegfallen lassen wollen.

Frau Fuhrmann hat die Frauenhäuser angesprochen. Wir haben jetzt in Hessen keine schlechtere Versorgung als früher. Aber das liegt nicht daran, dass das Land die Verantwortung intelligent gesteuert hat, sondern daran, dass die Kommunen die Verantwortung übernommen haben. Die Vertreter der Kommunen haben gesagt: Dieses Thema ist uns wichtig.

(Beifall bei der FDP)

Frau Ministerin – ich glaube, das kann man an dieser Stelle sagen –, Sie haben ein Stück weit darauf spekuliert, dass die Kommunen dieses Thema nicht brachliegen lassen, sondern in diesem Bereich aktiv werden.

(Petra Fuhrmann (SPD): Natürlich!)

Das haben die Kommunen in Hessen verantwortungsvoll getan. Meine Damen und Herren, irgendwann sind die Kommunen aber bei dem, was sie noch an Aufgaben übernehmen können, an ihrer Grenze angelangt.

(Zurufe der Abg. Petra Fuhrmann und Heike Hofmann (SPD))

Deshalb wird der Kommunalisierungsprozess von uns unterstützt. Sie wissen, dass die FDP immer für die Kommunalisierung sozialer Hilfen war. Aber es ist ein ganz wichtiger Punkt, wie wir als Land die Steuerungsfunktion wahrnehmen können und wie wir dafür sorgen können,

(Zuruf des Abg. Gernot Grumbach (SPD))

dass der Bedarf und die Situation vor Ort evaluiert werden und dass wirkungsorientiert gesteuert werden kann. Ich weiß, dass hier die Steuerungsgruppe Kommunalisierung gute Arbeit macht. Aber, Frau Ministerin, wichtig ist, dass wir auf diesem Gebiet das Land langfristig nicht aus der Verantwortung nehmen. Das Land muss hier seine Aufgabe wahrnehmen, weil das Land sonst bald überflüssig ist. Dann brauchen wir das Land an dieser Stelle nicht mehr.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Dann müssen wir uns ganz ehrlich fragen: Brauchen wir überhaupt noch eine Landespolitik, wenn wir alles auf die Kommunen übertragen? Wir sind der Auffassung, dass das Land eine wichtige Steuerungsfunktion hat. Es hat dafür zu sorgen, dort, wo es Bedarf gibt, nachzusteuern und möglicherweise mehr Geld zur Verfügung zu stellen und dort, wo es andere Entwicklungen gibt, auch etwas weg zunehmen. Deshalb sind wir sehr gespannt auf diesen Prozess der Steuerung und darauf, wie diese Steuerung angelegt werden wird. Ich glaube, dass das eine riesige Chance für das Land Hessen ist, die wir konstruktiv begleiten werden; das ist keine Frage. Aber da müssen Sie meines Erachtens noch einiges vorlegen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich habe es eingangs gesagt: Wenn wir den Haushalt des Landes Hessen in den Griff bekommen wollen, müssen wir uns im gesamten Haushalt Gedanken machen, wie wir die Ausgaben den Einnahmen anpassen. Mein Fraktionsvorsitzender hat es heute Morgen zu Recht ausgeführt: Es geht darum, die schwierige Einnahmesituation mit der Ausgabesituation in Einklang zu bringen. Das geht nicht dadurch, dass man die Ausga-

ben so lässt, wie sie sind, und die Einnahmen durch Schulden anpasst. Wir wollen dort neue Wege gehen. Wir glauben, dass man über Themen diskutieren muss, die so möglicherweise bis jetzt nicht auf der Tagesordnung gestanden haben.

Frau Ministerin, im Haushaltspunkt sieht man z. B., dass die Ausgaben für den Maßregelvollzug regelmäßig steigen, sowohl die Investitionskosten als auch die Verwaltungskostenpauschale. Daher werden wir auch an dieser Stelle nicht darum herumkommen, darüber nachzudenken, ob eine Privatisierung des Maßregelvollzuges eine Möglichkeit ist. Diese Diskussion werden wir auf jeden Fall mit Ihnen führen. In Sachsen-Anhalt ist das gemacht worden.

(Ministerin Silke Lautenschläger: In Schleswig-Holstein hat es die FDP abgelehnt!)

– Frau Ministerin, ich kann nicht für Schleswig-Holstein sprechen. Ich sitze immer noch in Hessen. Wir sind hier in Wiesbaden, im sehr schönen Rathaus. Schleswig-Holstein hat auch seine Reize, aber, wie gesagt, wir müssen hier über das reden, was wir vor Ort vorfinden.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Meines Erachtens kommt auch beim LWV viel Konstruktives. Das wird von der SPD nicht immer nur positiv aufgenommen. Darum müssen wir uns nicht unbedingt kümmern. Es geht darum, dass es beim LWV nach vorne geht,

(Michael Siebel (SPD): Wenn es doch so wäre!)

dass die Angebote, die der LWV macht, bei den Menschen richtig ankommen. Dann werden wir auch die Frage nach der Zukunft des Maßregelvollzugs stellen. Denn ich glaube, dass das Problem in anderen Ländern gelöst worden ist. Nehmen Sie das Beispiel Sachsen-Anhalt. Dort gibt es einen FDP-Sozialminister, mit dem die Bevölkerung sehr zufrieden ist.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Meine Damen und Herren, das sollte man an der Stelle auch erwähnen: Dort hat der Asklepios-Verbund die Steuerung des Maßregelvollzuges übernommen. Ich glaube, dass es in Hessen auch hier noch Bereiche gibt, wo wir weiter nach vorne kommen können. Hünfeld war ein Anfang, aber es gibt noch weitere Stellen, wo wir nachlegen können. Darüber werden wir mit Ihnen in die Diskussion einsteigen.

(Beifall bei der FDP)

Ich habe mir eine Notiz gemacht. Ich habe gesehen, dass schon zehn Minuten um sind.

Frau Ministerin, beim Arbeitsmarkt haben Sie unsere Unterstützung. Ich glaube, dass das, was Sie dort machen, sehr vernünftig und sehr gut ist. Dass Sie jetzt beim Thema Option ein bisschen hinter Ihre eigene Position zurückgehen – das hatten wir im letzten Plenum schon diskutiert –, ist nachvollziehbar, weil die SPD als starke Regierungsfaktion in Berlin Druck ausübt. Dafür haben wir Verständnis. Schade ist es trotzdem. – Frau Fuhrmann, Sie stellen auch einen Minister, habe ich gehört.

(Petra Fuhrmann (SPD): Wir stellen den Arbeitsminister, so viel Zeit muss sein! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Arbeitsverwaltungsminister!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zu einem ganz zentralen Punkt kommen, an dem, wie ich glaube, dieser Haushalt ein Defizit hat: zum Thema Gesundheit. – Frau

Ministerin, ich will einige Punkte aufzählen, wo ich der Auffassung bin, dass die jetzige Situation besser ist als die, die wir vorgefunden haben.

Fangen wir mit dem Thema Krebsregister an. Ich finde, dass es ein unverantwortlicher Zustand ist, wie das Krebsregister in Hessen organisiert ist. Frau Oppermann hört aufmerksam zu.

(Beifall der Abg. Nicola Beer (FDP) und Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir haben damals gemeinsam als CDU und FDP ein Gesetz zum Krebsregister gemacht. Darin haben wir gesagt, dass wir das für einen Teil Hessens, für Südhessen, modelhaft probieren und schauen wollen, wie sich die Datenlage entwickelt. Frau Ministerin, die Datenlage entwickelt sich ganz wunderbar. Ich habe mich auch in Dillenburg angekündigt, ich werde mir das selbst angucken. Nachdem ich dort komischerweise dreimal keinen Termin bekommen habe, versuche ich es noch einmal. Wir wollen sehen, wie sich Landesinstitutionen bewähren.

Frau Oppermann, wenn man es mit dem Krebsregister ernst meint, kann man es nicht auf Südhessen konzentrieren. Wenn es effektiv sein soll und wenn es repräsentativ für das ganze Land sein soll, dann müssen Sie es für das ganze Land machen, wie es alle anderen Bundesländer machen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das sagen wir seit Jahren!)

Das machen Sie nicht. Das ist nicht in Ordnung. Wir haben dazu auch einen Antrag vorgelegt, weil wir der Auffassung sind, dass man mit einer solchen Krankheit, die einen solch großen Teil der Bevölkerung betrifft, nicht so umgehen kann, wie Sie das tun. Wir glauben und wir hoffen, dass Sie an dieser Stelle nachbessern.

Ein weiterer Punkt ist das Thema Notfallversorgung. Wir, CDU und FDP, haben in der Regierungszeit von 1999 bis 2003 gemeinsam ein Hessisches Krankenhausgesetz auf den Weg gebracht. Wir wollten versuchen, den Bettenüberhang, der, wie ich glaube, parteiübergreifend anerkannt ist, abzubauen. Das ist diesem Hessischen Krankenhausgesetz auch gelungen. Der Abbau findet statt. Aber wir müssen aufpassen, dass wir nicht über das Ziel hinausschießen.

Wer die Verhandlungen zum Thema Baserate/Fallpauschale sieht, weiß, dass die Krankenhäuser aufgrund der wirtschaftlich schwierigen Struktur zurzeit erhebliche Probleme haben. Frau Ministerin, wir müssen aufpassen, dass aufgrund des Gesetzes und der Entwicklung im wirtschaftlichen Bereich nicht mehr Krankenhäuser schließen, als wir das wollen. Ich glaube, dass es an der Stelle gilt, den Notfallversorgungsauftrag sicherzustellen, den das Land Hessen hat. Dieser Auftrag ist auch gesetzlich festgeschrieben. Ich muss sagen, dass mir die Entwicklung, die wir zurzeit in Hessen haben, nicht gefällt. Wir müssen dringend aufpassen, dass wir in den Krankenhäusern weiterhin eine ordentliche Versorgung für das Land sicherstellen können. Gerade in der Fläche werden wir Probleme bekommen, wenn sich der Trend weiter fortsetzen wird.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Punkt ist das Thema Vogelgrippe. Wir haben den Antrag hierzu heute mit der Lesung des Einzelplans aufgerufen, weil wir der Meinung sind, dass das Thema so wichtig ist, dass wir die hessische Bevölkerung darüber informieren müssen. Es ist kein Thema, das sich eignet, um Panik zu machen. An-

dererseits – Frau Kollegin Schulz-Asche, ich bin dankbar, dass Sie mir so aufmerksam zuhören – ist es auch kein Thema, das man in den Hintergrund drängen kann. Wir wissen, dass Deutschland eine Pandemie bekommen wird. Das sagen die Experten. Dr. Kaplan von der Bayerischen Landesärztekammer hat es letzte Woche noch einmal in einem großen Interview gesagt: Es ist nicht die Frage, ob die Pandemie, es ist die Frage, wann die Pandemie kommt.

– Meine Damen und Herren, ich würde mir wünschen, dass das Land – deshalb haben wir diesen Antrag auch gestellt – mehr macht, als Pressemitteilungen herauszugeben, nach dem Motto: In Hessen ist alles in Ordnung.

Meine Damen und Herren, wenn wir die Details ansehen, stellen wir fest, dass in Hessen nicht alles in Ordnung ist. Es gibt einerseits ein Problem der Zuständigkeit, weil es in Deutschland einen Zuständigkeitschungel zwischen Bund und Ländern bei dieser Versorgung gibt, der Unsinn ist. Das müssen wir auflösen. Auch wenn Sie kritisch gucken, glaube ich, dass es sinnvoll ist, dies aufzulösen.

Zweitens haben wir ein Problem bei der Versorgung mit dem Impfstoff. Klar ist: Erst dann, wenn die Pandemie da ist, können wir einen Impfstoff entwickeln. Experten gehen davon aus, dass es drei bis fünf Monate dauern wird, bis der Impfstoff vorliegt.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Zwei Monate!)

– Herr Kollege Milde, weil Sie der Experte bei Impfstoffen sind, kann ich Ihnen gerne diese Unterlagen zur Verfügung stellen. Wir können uns gerne dazu austauschen.

(Ministerin Silke Lautenschläger: Ich bin auf den Vorschlag gespannt!)

– Frau Ministerin, das werde ich Ihnen gleich sagen. An der Dauer bis zur Herstellung des Impfstoffes können wir nichts ändern. Das ist völlig richtig. Da haben Sie Recht. Aber es geht auch darum, Produktionskapazitäten bei den großen Firmen sicherzustellen, die diese Impfstoffe herstellen werden.

(Ministerin Silke Lautenschläger: Das ist alles ländereübergreifend geklärt, Herr Rentsch!)

Andere europäische Länder haben schon längst Produktionskapazitäten reserviert. Deutschland hinkt deutlich hinterher. Auch Hessen hinkt deutlich hinterher. Ich weiß, dass es überregional organisiert wird.

(Ministerin Silke Lautenschläger: Das ist falsch!)

Nichtsdestotrotz macht es die Situation nicht besser.

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Kollege Rentsch, unsere Uhr sagt: Die 15 Minuten sind um.

Florian Rentsch (FDP):

Da ich gehört habe, dass ich eine weitere Minute von meiner Geschäftsführerin bekommen habe

(Zuruf von der FDP: Nein!)

– doch –, werde ich diese Minute noch abarbeiten.

(Heiterkeit bei der FDP – Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das ist mir gesagt worden. Ich beeile mich, bevor der Ältestenrat einberufen wird.

Frau Ministerin, wir können das hier austragen. Ich bin auf Ihre Ausführungen sehr gespannt. In den ersten Monaten einer Pandemie können die Menschen nur mit antiviralen Medikamenten behandelt werden. Der Pandemieplan der WHO sieht eindeutig vor, dass wir einen Versorgungsgrad von 20 % der Bevölkerung haben sollen.

Wenn ich mich recht an die Pressemitteilung des Ministeriums erinnere, hat Hessen eine Größenordnung von 8 bis 10 %. Ist das richtig? – Ich sehe kein Nicken, also akzeptiere ich es.

(Beifall des Abg. Michael Denzin (FDP))

Wenn Hessen in diesem Bereich so wenig vorbereitet ist, kommt auf uns ein Problem zu. Ich glaube schon, dass es bei einem solch ernsthaften Problem wie einer Vogelgrippe, einer wirklich gefährlichen Situation für dieses Land, wichtig wäre, erstens das Parlament und damit die Bevölkerung in Hessen zu informieren und zweitens in diesem Bereich auch mehr zu machen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Meine Damen und Herren, mit Toleranz meines Schriftführers Wagner: sechzehneinhalb Minuten und vielleicht ein bisschen, auf jeden Fall war es in Ordnung.

Jetzt hat Frau Oppermann für die Union das Wort. Frau Oppermann, als Redezeit sind zehn Minuten angemeldet.

Anne Oppermann (CDU):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich muss gucken, wo ich anfange, was meine Vorförderinnen und Vorförder gesagt haben. Herr Rentsch, ich fange mit Ihnen an. Erstens. Die Krankenhausversorgung ist auch in der Fläche weiterhin gesichert.

Jetzt komme ich zum Thema Vogelgrippe.

(Demonstrativer Beifall der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie haben wahrscheinlich in der Übersicht des Finanzministeriums, die in den vergangenen Tagen in den Fächern lag, gelesen, dass eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 4,985 Millionen € zur Vorratsbeschaffung antiviraler Medikamente nach dem vom Bund und den Ländern verabschiedeten Influenza-Pandemieplan in den Haushalt eingestellt ist.

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Herr Kollege Rentsch, weiterhin werden Sie im Haushalt 2006 wahrscheinlich auch gelesen haben, dass dort 6 Millionen € stehen, unter anderem für das BSL-4-Labor in Marburg, das modernste Hochsicherheitslabor, das in Deutschland gebaut wird.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Rentsch, die 8 %, von denen Sie eben gesprochen haben, sind die 8 %, auf die sich der Bund und die Länder verständigt haben. Diese 8 % haben alle Bundesländer.

(Florian Rentsch (FDP): Das macht es nicht besser, Frau Kollegin Oppermann!)

Alle Bundesländer haben diese 8 %.

Zu Beginn möchte ich auf das eingehen, was Frau Fuhrmann gesagt hat. Frau Fuhrmann, Sie haben gesagt, für die Sozialpolitik sei kein einziger Cent mehr ausgegeben worden.

(Petra Fuhrmann (SPD): Kleine Detailkorrekturen!)

Ich werde Ihnen das gleich im Detail aufzeigen. Es sind nicht kleine Korrekturen. Ich habe die herzliche Bitte: Hören Sie einfach zu, und seien Sie bereit, auch einmal Fakten zur Kenntnis zu nehmen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Ich kenne die Stellen!)

Sie haben zum Schluss gesagt, Sie setzen 30 Millionen € dagegen. Das ist richtig. Sie setzen 30 Millionen € dagegen, haben Sie gesagt. Was machen Sie? Sie wollen die Vermögensteuer wieder einführen, von der wir alle wissen, dass sie gerichtlich gestoppt worden ist. Sie wollen die Grundwasserabgabe wieder einführen, was unter anderem dazu führen würde, dass sozial Schwache und Kleinverdiener höhere Wasserrechnungen hätten.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was für ein Schwachsinn!)

Wo das sozial sein soll, erschließt sich mir leider nicht.

(Beifall bei der CDU – Michael Boddenberg (CDU): Wer zahlt denn die Wasserrechnung?)

Meine Damen und Herren, die Sozialpolitik ist auch im Jahr 2006 weiterhin ein Schwerpunkt der Landesregierung. Trotz angespannter Haushaltssituation werden für die Kinderbetreuung 9,2 Millionen € mehr ausgegeben. Die Familienpolitik ist und bleibt unser Schwerpunkt. Da können Sie so oft das Gegenteil behaupten, wie Sie wollen; die Menschen draußen im Land wissen es besser.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Woher?)

Meine Damen und Herren, die Offensive für Kinderbetreuung wird von 14 Millionen € im Jahr 2005 auf 18,2 Millionen € und dann nochmals auf 23,2 Millionen € erhöht. Das sind 9,2 Millionen € mehr. Das ist kein Pappenstiel, und, Frau Kollegin Fuhrmann, das ist auch kein Placebo.

(Petra Fuhrmann (SPD): 30 Millionen € gekürzt! Dann sind das Placebos!)

Das ist eine enorme Kraftanstrengung, zeigt aber auch, dass wir Wort halten.

Meine Damen und Herren, das Kinderbetreuungsangebot hat sich unter dieser Landesregierung enorm verbessert und wird sich weiter verbessern. Wir haben unser Ziel „Hessen wird Familienland“ fest im Auge. Schauen Sie sich die vom Bundesfamilienministerium in Auftrag gegebene Studie der Prognos AG an, die Hessen bundesweit eine Spitzenposition bei der Familienfreundlichkeit bescheinigt. Die Daten zeigen auch eine eindeutig positive Bilanz.

Im Jahr 2004 standen 243.336 Plätze in insgesamt 3.732 Kindertageseinrichtungen zur Verfügung. Seit 2001 haben wir eine Steigerung der Zahl der Plätze in Kindergärten, Horten, Kinderkrippen und altersstufenübergreifenden Einrichtungen von 11.600 Plätzen.

(Dr. Judith Pauly-Bender (SPD): Das ist wenig!)

– Warten Sie einmal. Betrachtet man nur die Zahl der Krippenplätze und die Zahl der altersübergreifenden Gruppen, liegt die Zahl derzeit bei 9.795. Wenn wir die Betreuung durch Tagesmütter mit dazunehmen, haben wir in Hessen 13.795 Betreuungsplätze für unter Dreijährige.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das ist extrem wenig, Frau Kollegin!)

Frau Kollegin Fuhrmann, das ist ein Versorgungsgrad von 8,4 %. Damit liegen wir in Hessen an der Spitze.

(Petra Fuhrmann (SPD): Ich lache mich tot! – Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Mit der Steigerung von 14 auf 18,2 Millionen € werden 3.832 neue Krippenplätze geschaffen, und bei einer weiteren Erhöhung um 5 Millionen € erfolgt eine Steigerung auf 8.157. Frau Schulz-Asche, das sind nicht nur ein paar Hundert Plätze, die dort geschaffen werden; das ist ein enormes Mehr. Das entspricht einem Versorgungsgrad von 11 %. Wenn wir die Tagesmütter einbeziehen, sind wir bei 13,5 %. Meine Damen und Herren, auf diese Zahlen sind wir stolz. Das Kinderbetreuungsangebot wird stetig ausgebaut.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich darf Sie daran erinnern: Als CDU und FDP im Jahr 1999 die Regierung von Rot-Grün übernahmen, waren in Hessen ganze 2.619 Krippenplätze vorhanden. Das war unterster Level, Frau Kollegin Fuhrmann.

(Petra Fuhrmann (SPD): 6.000 Plätze für 26.000 Kinder !)

Ich komme zum Thema Altenpflege.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Frau Kollegin Schulz-Asche, ich bin jetzt beim Thema Altenpflege.

Unter Ihrer Regierungsverantwortung hat die Altenpflegeausbildung ein Schattendasein gefristet. Diese Landesregierung hat die Ausbildung wieder in Ordnung gebracht und etabliert. Die Pflegekampagne, die durchgeführt wurde, war ein Erfolg und war ein Erfolgsschlager. Das war auch im Haushalt 2005 ablesbar. Dort wurden 1,9 Millionen € mehr eingestellt.

(Petra Fuhrmann (SPD): Wir sind uns einig, dass das richtig ist!)

Ich weiß, dass Sie von der Opposition ungern Zahlen und Fakten hören. Ich weiß auch, dass Sachwissen oftmals eine gescheite Entscheidung verhindert. Aber wenige Zahlen will ich doch nennen.

2002 gab es 1.400 Plätze. In diesem Jahr liegt die Zahl der Landesplätze bei 2.300. Das Land hat die Mittel ausgebaut, und parallel hat der Bund unter Rot-Grün die Maßnahmen für Umschüler gestrichen. Das ist doch der eigentliche Skandal, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die 38 Bildungsgutscheine, die von der BA ausgestellt wurden, sind so gut wie nichts. Unterhalten Sie sich doch einmal mit Altenpflegeschulen und Pflegeheimen vor Ort darüber, was es bedeutet, wenn Umschüler ausfallen, was es bedeutet, wenn nicht mehr mitfinanziert wird, und was es bedeutet, diese Ausbildung nicht mehr zu ermöglichen.

So haben wir jetzt den Antrag eingebracht, die Landesmittel um 1,1 auf 8,5 Millionen € zu erhöhen. Wir verstärken somit in erheblichem Umfang die Landesmittel zur Beibehaltung des Ausbildungsbereichs in der Erstausbildung aufgrund der Einstellung der Förderung durch die Bundesagentur für Arbeit, weil ein Abbau von Ausbildungsbereichen in der Altenpflege das absolute falsche Signal ist.

(Petra Fuhrmann (SPD): Stimmt!)

Ich komme zu dem weiteren Antrag betreffend Leistungen an Flüchtlinge. Hier erweitern wir die Produktbeschreibung. Das Land trägt die Kosten für Opfer von Menschenhändlern. Die Kommunen bekommen ihre Aufwendungen erstattet, und die Unterbringungskosten für Frauen, die in einem Strafverfahren wegen Menschenhandels zur Aussage bereit sind, werden übernommen.

Bei dem Thema Schwangerschaftskonfliktberatung sieht unser Antrag eine Erhöhung um 2 Millionen € vor. Die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts im Jahr 2004 hatte eine Umstellung der Förderung zur Folge, die allerdings bei den Trägern zu wenig Akzeptanz gefunden hat. Ich bin zuversichtlich, dass es im kommenden Jahr zu einer einvernehmlichen Neuregelung der Förderung kommen wird.

Meine Damen und Herren, ich habe jetzt noch nichts zu dem großen Teil „Integration in Arbeit und Ausbildung“ und zur Teilhabe der Menschen mit Behinderung gesagt. Ob es der Bereich der Ausbildung für Benachteiligte, die Ausbildungsvorbereitung für Benachteiligte oder die berufliche Qualifizierung für behinderte junge Menschen ist, überall in diesen Bereichen sind im Haushalt 2006 die Mittel erhöht worden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Frau Oppermann, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Anne Oppermann (CDU):

Ich komme zum Schluss. – Bei der Sprachförderung im Kindergartenalter und bei der Förderung von Integrationsmaßnahmen sind die Mittel auf hohem Niveau gehalten worden. Von Rot-Grün hätte ich mir gewünscht, dass auch unter ihrer Regierungsverantwortung etwas zur Sprachförderung getan worden wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, trotz angespannter Haushaltssituation ist die Sozialpolitik weiterhin ein Schwerpunkt. Ich sage Ihnen eines: So schmerhaft die „Operation sichere Zukunft“ war, heute zeigt sich im Haushalt 2006, dass das der richtige Weg war, um Hessen in eine moderne und sichere Zukunft zu führen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Frau Staatsministerin Lautenschläger hat das Wort.

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Haushalt im Bereich Soziales macht die Schwer-

punkte „Kinder und Familie“, „Integration“ und „Arbeitsmarkt“ auch für das Jahr 2006 deutlich.

Wenn wir uns bei „Kinder und Familie“ die großen Linien betrachten, stehen auf der einen Seite die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Erhöhung der Anzahl von Betreuungsplätzen und auf der anderen Seite die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplanes, seine Erprobung unter dem Gesichtspunkt „Bildung von Anfang an“ sowie die Verzahnung zwischen Krippe, Kindergarten und Grundschule im Vordergrund.

Diese zwei Punkte sind im Bereich von Kindern und Familie allein deswegen von außerordentlicher Bedeutung, weil wir nicht nur die Betreuung betrachten, sondern in Hessen genauso den Weg mit der Erprobung in den Kindertageseinrichtungen in Verbindung mit Familientagesstätten, Grundschulen, Tagesmüttern und Ausbildungsstätten für Erzieherinnen gehen, um tatsächlich bei einer frühen Bildung anzusetzen, um Kinder früh zu fördern. Denn ein Großteil – weit über 90 % – besucht schon den Kindergarten.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist wie in den vergangenen Jahren selbstverständlich der Ausbau der Betreuung der unter Dreijährigen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will schon noch einmal deutlich machen, dass wir gerade beim Ausbau der Plätze für unter Dreijährige in der Vergangenheit deutlich weitergekommen sind und das Ziel, bis 2010 ein bedarfsgerechtes Angebot von rund 20 % – ich glaube, davon war heute Vormittag schon einmal die Rede –, also ca. 30.000 Plätzen, die dort benötigt werden, aus unserer Sicht gut erreichen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben im Rahmen der Offensive, die wir bereits im letzten Haushalt um 4,2 Millionen € aufgestockt haben, Mittel für rund 7.000 zusätzliche Plätze in den Kinderkrippen zur Verfügung, wenn der Änderungsantrag, den die CDU-Fraktion angekündigt hat, angenommen wird.

Hinzu kommen – das ist schon in der Vergangenheit einer der ganz wichtigen Bereiche gewesen – die altersübergreifenden Gruppen, die noch überhaupt nicht eingerechnet sind. Sie haben in der Vergangenheit zu einem deutlichen Ausbau der Zahl der Plätze für Kinder unter drei Jahren beigetragen. Gerade im ländlichen Raum führt das dazu – man mag den Rückgang der Kinderzahlen beklagen –, dass in altersübergreifenden Gruppen Plätze für Krippenkinder, also für unter Dreijährige, geschaffen werden. Auch das ist ein ganz wichtiger Punkt, weil wir dadurch die Möglichkeit haben, schneller zu einem bedarfdeckenden Angebot zu kommen. Hinzu kommt der Einsatz von Tagesmüttern.

Liebe Kolleginnen von der SPD-Fraktion, diese Ziele sind bis zum Jahr 2010 mit den vorgeschlagenen Mittelerhöhungen zu erreichen. Das bleibt das Ziel der Landesregierung. Nicht ohne Grund wurde der Versorgungsgrad von knapp über 3 % schon in diesem Jahr auf über 8 % gesteigert. Mit der Aufstockung der Mittel wird es möglich werden, schon vor dem Jahr 2010 eine Bedarfsdeckung in diesem Bereich von durchschnittlich 20 % zu erreichen. Sie wissen so gut wie ich, dass wir im Rhein-Main-Gebiet zwar schon heute eine wesentlich größere Nachfrage als in vielen ländlichen Bereichen haben, die Mittel aber dafür zur Verfügung stehen, dass möglichst schnell ein bedarfsgerechtes flächendeckendes Angebot vorhanden ist.

Das ist ein ganz wichtiger Schritt unter dem Gesichtspunkt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir werden genau diese Linie weiterverfolgen. Wir werden darauf

achten, gute Bildungsmöglichkeiten für die Kinder genauso im Auge zu behalten wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Diesen Weg werden wir auch im Jahr 2006 fortsetzen.

(Beifall bei der CDU – Petra Fuhrmann (SPD): Das sind alles nur Behauptungen!)

Das zweite ganz wichtige Thema ist die Integrationspolitik. Ich wundere mich, dass es gerade von der Opposition fast überhaupt nicht angesprochen wurde.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das stimmt nicht! Sie haben nicht zugehört!)

– Deshalb habe ich sehr bewusst „fast überhaupt nicht“ gesagt.

Das Thema Integration spielt eine der entscheidenden Rollen, wenn Sie Bildungschancen für Kinder schon vor der Schule eröffnen wollen. Deshalb bleibt es bei dem gelgenden Schlüssel. Das ist völlig unstrittig. Es scheint nach wie vor nur in der SPD-Fraktion strittig zu sein. Schwerpunkt der Integrationsbemühungen bleibt die Förderung der Beherrschung der deutschen Sprache.

(Beifall bei der CDU – Petra Fuhrmann (SPD): Sie haben nicht zugehört!)

Das ist die entscheidende Frage, für die wir auch in Zukunft die Mittel in diesem Bereich einsetzen werden. Zum Thema Integration gehört natürlich viel mehr. Das ist die große Linie, die wir seit 1999 aufgebaut haben – mit dem Integrationsbeirat, mit der Verzahnung vieler Projekte vor Ort, die darauf ausgerichtet sind, Sprachförderung bei den Kindern zu betreiben, mit zusätzlichen Sprachförderangeboten – über die vom Bund im Zuge der Gesetzesänderung gemachten Angebote hinaus – für diejenigen, die schon länger in Deutschland leben. Wir wissen nämlich genau, dass es nach wie vor hohe Sprachbarrieren und Integrationsprobleme gibt.

Wir müssen insbesondere Sprachkurse für ausländische Mütter anbieten. Diese niedrigschwelligen Angebote setzen wir auch in den nächsten Jahren um, weil über Sprachangebote und über Information über die Bildungssysteme in unserem Land ein Zugang für ausländische Mütter zu unserer Gesellschaft an vielen Stellen erst eröffnet wird. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Es geht um Teilhabe. Wir müssen Bedingungen schaffen, dass Sprachbarrieren nicht dazu führen, dass in Deutschland lebende Menschen nicht an unserer Gesellschaft teilhaben können. Erst dann haben sie überhaupt Chancen – für ihre Kinder und für ihre eigene Teilnahme am Arbeitsmarkt.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Mich verwundert es schon ein bisschen, wenn Sie beim Thema Sozialpolitik nach wie vor nur darüber reden, ob die Mittel für diesen Bereich aufgestockt worden sind.

(Petra Fuhrmann (SPD): Nein, Sie haben die Gelder gestrichen!)

Für das Thema Integration ist Geld vorhanden. Noch viel wichtiger ist aber, sehr konsequent zu werben – mit dem Integrationsbeirat, mit vielen anderen Gruppen, mit der Vergabe von Preisen für Projekte, die funktionieren, mit dem Projekt „Kommune und Land“, mit dem Integrationskompass und vielen weiteren Projekten –, Aufmerksamkeit zu schaffen, an manchen Stellen wachzurütteln,

denn wir wollen die Entwicklung von Parallelgesellschaften verhindern und Integration betreiben. Wir wollen miteinander reden, miteinander leben und auch Frauen mit Migrationshintergrund eine gleichberechtigte Teilhabe verschaffen. Das wird eines der ganz wichtigen Themen der nächsten Jahre sein.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Das sind die Punkte, die in der Vergangenheit unter Rot-Grün vernachlässigt worden sind. Frau Kollegin Fuhrmann, Sie vertreten nach wie vor die alte Vorstellung: Sie schaffen eine Ausländersozialberatung, und damit sind ausländische Frauen und Männer in Deutschland integriert. – Das ist Quatsch, Frau Kollegin Fuhrmann.

(Beifall bei der CDU – Petra Fuhrmann (SPD): Nein, Sie machen nichts!)

Wir müssen weiter dafür streiten, dass Frauen mit Migrationshintergrund eine Chance auf Integration haben – über die deutsche Sprache, über die Teilhabe am Berufsleben und über Ausbildung. Junge Mädchen, die hier aufgewachsen sind, sollen die Chance haben, tatsächlich akzeptiert zu werden und nicht anderen Einflüssen ausgesetzt zu sein. Deswegen gehen wir mit dem Integrationsbeirat zu den Religionsgemeinschaften, führen intensive Gespräche und wollen die Betroffenen für die Themen sensibilisieren. Wir gehen in die Vereine und werden diese Arbeit fortsetzen, denn dort gibt es beim Thema Integration nach wie vor Probleme. Wir werden es nur über den Schlüssel der Sprache und des Miteinander-Lebens schaffen, zu verhindern, dass sich in Deutschland Verhältnisse wie in anderen Ländern entwickeln.

(Beifall bei der CDU)

Der letzte ganz wichtige Punkt, den ich noch ansprechen will, betrifft den Arbeitsmarkt, Hartz IV und die Frage, wie wir es schaffen, Menschen besser in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln. Wir müssen in Hessen darauf schauen, wie die Optionskommunen und die Arbeitsgemeinschaften in den nächsten Jahren im Wettbewerb miteinander arbeiten. Wir sind das Referenzland. Das ist spannend, weil bei uns die Arbeitsgemeinschaften besonders gut aufgestellt und genauso angespornt sind wie die Optionskommunen, gute Ergebnisse zu liefern.

Ich bedauere es sehr, dass wir nicht mehr Optionen bekommen haben, weil wir nach wie vor dieses Modell vertreten. Die Arbeitsgemeinschaften brauchen aber genauso eine Chance. Wir haben sie ihnen von Anfang an geboten, obwohl wir das andere Modell für das richtige halten. Das Spannende ist, dass gerade in Hessen, wo wir viele optierende Kommunen haben, alle darauf setzen, dass auch die Arbeitsgemeinschaften möglichst kommunal geführt werden. Es ist inzwischen völlig unstreitig und wird von der Regionaldirektion auch so vertreten: Wenn die Arbeitsgemeinschaften unter kommunale Führung kommen, dann werden sie eine einfachere Führungsstruktur haben und schneller und besser entscheiden können.

Wir haben aber auch die Mittel für die Integration von Arbeitslosengeld-II-Empfängern in den Arbeitsmarkt weiter aufgestockt. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Ich bitte die Kollegen, auch Herrn Rentsch, noch einmal zu prüfen, was man mit den Mitteln für die Integration in den Arbeitsmarkt tatsächlich tun kann.

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Frau Ministerin, die Redezeit der Fraktionen ist abgelaufen.

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Ich werde mich bemühen, das noch ganz kurz darzustellen, denn das Thema Integration von Arbeitslosengeld-II-Empfängern in den Arbeitsmarkt fängt beim Thema Kinderbetreuung an und führt über die Schuldnerberatung zu ganz verschiedenen Programmen, für die wir in den letzten Jahren die Mittel weiter aufgestockt haben, z. B. die Mittel für die Integration behinderter Menschen in den Arbeitsmarkt.

Das eigentliche Problem, das wir in den nächsten Jahren bewältigen müssen, ist, dass die Mittel für diese Programme tatsächlich abgerufen werden. Es ist nicht so, dass wir zu wenig Mittel zur Verfügung stellen. Entscheidend ist nun, dass sowohl unsere Mittel als auch die Bundesmittel tatsächlich abgerufen und für die Integration dieser Menschen in den Arbeitsmarkt eingesetzt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das macht insgesamt sehr deutlich, dass es eine ganz klare Linie in der Sozialpolitik gibt: Auf der einen Seite die Familienpolitik, auf der anderen Seite die Unterstützung von Menschen, wo dies im Bereich des Arbeitsmarktes notwendig ist. Wir geben den Kommunen im nächsten Jahr über die Kommunalisierung erstmals die Freiheit und in Form von Budgets die Mittel für in eigener Verantwortung durchzuführende Sozialprogramme. Wir werden eine Sozialberichterstattung zwischen den Kommunen, der Liga und dem Land aufbauen, um damit deutlich zu machen, dass wir in Hessen neue Wege der Steuerung gehen. Die Kommunen, das Land und die Liga gehen gemeinsam den Weg der Sozialberichterstattung. Auch dafür stellen wir mehr Mittel zur Verfügung, als im vergangenen Jahr vertraglich zugesichert wurde.

Ich kann nur sagen: Dieser Weg wird von der Landesregierung konsequent weiterhin beschritten werden. Wir werden mit unseren Partnern die Sozialpolitik gemeinsam umsetzen, Kindern und Familien die Priorität geben, aber genauso die Unterstützung der Kommunen und die Integration der Hilfeempfänger in den Arbeitsmarkt forcieren.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Der Einzelplan 08 und der Antrag Drucks. 16/4646 sind damit behandelt.

Ich rufe nun auf:

Einzelplan 09 – Hessisches Ministerium für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz –

in Verbindung mit **Tagesordnungspunkt 34:**

Antrag der Fraktion der FDP betreffend Sicherstellung der Koordination bei Fleischkontrollen in Hessen – Drucks. 16/4875 –

und **Tagesordnungspunkt 39:**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Konsequenzen aus dem Fleischskandal: umfas-

sende Verbraucherinformation und bessere Kontrollen – Drucks. 16/4882 –

(Reinhard Kahl (SPD): Und Tagesordnungspunkt 59!)

Meine Damen und Herren, angemeldet wurden folgende Redezeiten: für die CDU zehn Minuten, für die SPD zehn Minuten, für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zweimal zehn Minuten, für die FDP-Fraktion 15 Minuten. Nach unserer Rechnung bedeutet das eine gute Stunde.

Als ersten Redner rufe ich nun Herrn Grumbach für die Fraktion der SPD auf.

(Reinhard Kahl (SPD): Tagesordnungspunkt 59!)

Für Sie sind zehn Minuten Redezeit angemeldet. – Herr Kahl?

Reinhard Kahl (SPD):

Tagesordnungspunkt 59.

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Kahl, was ist das?

Reinhard Kahl (SPD):

Das ist der Dringliche Antrag der Fraktion der SPD betreffend Vorlage der Jahresabschlüsse 2003 und 2004 des Landesbetriebes Hessen-Forst, Drucks. 16/4956.

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Das müssen wir jetzt mit aufrufen. Dann ist dieser **Tagesordnungspunkt 59** mit aufgerufen:

Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Vorlage der Jahresabschlüsse 2003 und 2004 des Landesbetriebes Hessen-Forst – Drucks. 16/4956 –

Vielen Dank. – Herr Grumbach, Sie haben das Wort.

Gernot Grumbach (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Manchmal hat man es als Oppositionsabgeordneter wirklich nicht leicht.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das stimmt!)

Denn ich hätte so gerne mit dem Minister darüber geredet, welche großen Projekte er in Angriff nimmt, ihm erklärt, dass sie vielleicht auf den richtigen Weg gebracht werden müssen – und vielleicht mit ihm darüber geredet, wie man es besser machen kann. Das Problem ist aber: Die Projekte finden nicht statt.

(Beifall bei der FDP und der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Aber der Minister ist da!)

Dieser Haushalt ist das Langweiligste, was ich je an Haushalten gefunden habe – das tut mir wirklich Leid. – Ja, der Minister ist da, Personalfrage geklärt. Aber bei Inhaltsfragen muss man noch ein bisschen arbeiten.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Wir haben es wenigstens versucht!)

– Lieber Herr Hahn, wir reden noch einmal darüber, wie die FDP-Geschichte war.

Wir finden also die alten Geschichten. Die kann man auch in jeder Plenardebatte wiederholen. Da gibt es diese berühmte Internationale Süddeutsche Reaktorkommission. Ich bin sehr für Beschäftigungsprogramme. Aber, ehrlich gesagt, finde ich es immer noch hinausgeschmissenes Geld, wenn Gutachten, die fünf- oder zehnmal in der Welt existieren, von einer Kommission ein dreizehntes oder vierzehntes oder fünfzehntes Mal gemacht werden. Beschäftigungsprogramme für Wissenschaftler kann man billiger finanzieren als durch diese Kommission. Insofern könnte man die wirklich streichen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Hauptproblem aber ist: Dieser Haushalt ist Verwaltung, nicht Gestaltung. Am besten sehen Sie das, wenn Sie einmal die Vorteile der neuen Haushaltssystematik nutzen. Machen Sie sich doch einmal das Vergnügen, nehmen Sie den Einzelplan 09, und lesen Sie einmal, was dabei herauskommt, wenn eine Verwaltung einen Haushalt plant.

Schauen Sie sich einmal die Kennzahl an, die da lautet: „Kennzahl zur Leistungswirkung (Effektivität)“. Die größte Kennzahl in diesem Bereich ist die Anzahl der Bevolligungen, die nächstgrößte ist die Anzahl der Broschüren; dann kommen die Anzahl der geförderten Vorhaben, die Anzahl der Verfahren.

Ich sage das einmal sehr deutlich: Daran merkt man, wenn Bürokratie von Wirkung redet, meint sie die Art und Weise, wie sie beschäftigt wird. – Wenn wir Sozialdemokraten von Wirkung reden, dann meinen wir, wie es den Menschen im Land besser geht. Das wären Kennzahlen, die in diesen Haushalt gehören, und da muss noch viel getan werden.

(Beifall bei der SPD)

So viel Langeweile im Umweltressort muss natürlich kompensiert werden. Spannend wird es dann im Zweijahresvergleich. Da gibt es nämlich die berühmten Mittel für Veröffentlichungen. Deren Höhe betrug vor zwei Jahren 131.000 €. Jetzt sind es 301.000 €.

(Petra Fuhrmann (SPD): Oh, das ist eine spannende Zahl!)

Das heißt, wer keine Politik macht, muss mehr reden, damit er überhaupt in die Lage versetzt wird, irgendetwas nach außen darzustellen.

(Zuruf der Abg. Elisabeth Apel (CDU))

Ich glaube, an dieser Stelle müssen wir diesen Landtag ein bisschen antreiben, damit Politik gemacht wird.

Ich will eine Ausnahme nennen. Herr Minister, ich habe mir natürlich Mühe gegeben, eine zu finden. Die wird sich in diesem Haushalt allerdings nicht so richtig niederschlagen, denn es ist Ihr neues Abwasserprogramm. Dort erleichtern Sie den Kommunen sozusagen den letzten Schritt. Ich habe diese Ausnahme gefunden und will sie gerne auch extra hervorheben.

Aber gehen wir einmal zu Ihren Fachzielen. Sie haben das Fachziel „Naturschutzland Hessen stärken“. Ich muss schon sagen, dort haben Sie eine Form der kreativen Finanzierung gefunden. Aber die Konsequenzen dieser Finanzierung – Sie haben das schon einmal gehört – müssen Sie sich einmal überlegen. Denn Sie haben sich mit Ihrer

neuen Kompensationsverordnung eine Geldquelle erschlossen, mit der Sie Dinge, die früher das Land finanzieren musste – wie Fischtreppen, Renaturierung usw. –, sozusagen aus dem Ausgleich für Eingriffe finanzieren.

Aber welche Konsequenzen hat das?

(Petra Fuhrmann (SPD): Hört, hört!)

Früher war das so: Der Ausgleich für Eingriffe hat den Status quo erhalten und das wieder hergestellt, was verändert worden ist – und die Landesregierung hat Geld dafür eingesetzt, dass bessere Dinge gemacht worden sind, über den Ausgleich des Status quo hinaus.

Jetzt wird der Ausgleich für den Status quo benutzt, um das zu erledigen, was die Landesregierung früher gemacht hat. Das heißt, im besten Fall wird erreicht, dass alles so bleibt, wie es war, im schlechteren Fall geht es abwärts. Das ist eine Form der Entlastung des Landes, die ist zwar trickreich, aber sie ist keine Stärkung des Naturschutzes in Hessen, sondern dessen Schwächung.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Geradewegs zum Ausgleich dazu – und das passt zusammen – haben Sie mit Ihren Kollegen den nächsten Schritt getan: nämlich die Beteiligungsrechte wieder beschnitten. Der erste Schritt erfolgte vor ein paar Jahren, jetzt der nächste Schritt: die Beteiligungsrechte für ehrenamtliche Naturschützer.

Ich finde das schon ein Grundbeispiel dafür, wie diese Landesregierung mit dem Ehrenamt umgeht. Die dürfen die Arbeit machen, sie werden in Reden gelobt – aber mitreden dürfen sie nicht.

(Reinhard Kahl (SPD): Außer im Bauernverband!)

Wer ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in vielen Bereichen nur zu stummen Arbeitsmenschendem macht, der soll sich die Sonntagsreden über Ehrenamtliche sparen. Das haben die nicht verdient, die sollen mitreden dürfen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Spannend wird es, wenn Sie mit jemandem reden. Ich fand Ihre Antworten zu unserem Berichtsantrag, wie es mit dem Bodenschutz in Hessen eigentlich weitergeht, sehr erhellend. Da haben Sie ausgeführt, dass es diesen Altlastenfonds, den Sie einmal mit der Industrie angestrebt haben, deswegen nicht gibt, weil sich die Industrie daran nicht beteiligt. Wer nun ein gutes Gedächtnis und die Debatte, die damals gelaufen ist, noch in Erinnerung hat, der weiß, dass die Industrie gesagt hat: Liebe Landesregierung, befreie uns einmal von dieser Grundwasserabgabe, dann machen wir auch mit beim Altlastenfonds. – Sie haben darauf gehört und die Grundwasserabgabe abgeschafft. Die Industrie hat nicht geliefert, und Sie machen darauf – gar nichts.

Das ist nicht Kooperation. Ich bin für Kooperation. Das ist Politikverzicht. Dafür aber ist eine Landesregierung nicht da.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nächstes Beispiel – auch das wiederholt sich von Plenum zu Plenum, von Haushalt zu Haushalt – ist das Thema Verbraucherschutz. Wenn Sie über den Verbraucherschutz reden, reden Sie im Wesentlichen über die Verwaltung. Dass

aber diejenigen, die Beratung brauchen – der mündige Verbraucher, der mündige Bürger –, diese Beratung auch erhalten müssen, das ist kein Bestandteil Ihres Konzeptes. Ihre Finanzpolitik seit der „Aktion düstere Zukunft“ treibt die Verbraucherzentralen in den Ruin. Das ist nicht akzeptabel. Denn mit dieser Finanzierung stärken Sie nicht die Hilfen für die Verbraucherinnen und Verbraucher, sondern Sie schwächen sie. Dazu haben wir einen Antrag gestellt, denn wir glauben, es geht nicht darum, mehr Bürokraten zu schaffen, die irgendwelche Kontrollen machen, sondern darum – da müssen eigentlich alle Liberalen mitstimmen –, den Menschen, die die Kraft haben, ihre Verbraucherentscheidung bewusst zu treffen, die gegen Betrug und Täuschung Hilfe suchen, einen Rat zu geben. Dazu braucht es mehr Mittel für die Verbraucherzentralen. Ich denke, das kann man so machen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wie sieht die Zukunft aus? Ich will das jetzt nicht weiter ausführen, das wäre noch eine Extradebatte. Aber ich finde es ganz spannend, dass die Frage, wie es mit HEKUL weitergeht, völlig ungeklärt ist. Dort werden keine Anträge mehr entgegengenommen. Vielleicht müssen Sie einmal ein bisschen darüber reden, in welche Richtung Sie mit der Landwirtschaft wollen, ob Sie die Ökologisierung noch wollen oder nicht.

Ich komme noch zu einem Punkt, bei dem es um Vermögen geht, nämlich zu dem Thema Wald. Sie haben die Forstverwaltung nun umstrukturiert. Sie sollte effektiver werden. Wir haben nicht ohne Grund den Antrag vorgelegt, der schon in der Fragestunde eine Rolle gespielt hat: Wenn sie denn effektiver werden soll, muss sie bitte schön auch berichten können, was sie tut. Wenn sie das nicht kann, ist das das Gegenteil von Effektivierung. Hier müssen Sie noch nacharbeiten. Ich glaube, an dieser Stelle müssen wir als Landtag darauf bestehen, dass das Mindestmaß dessen, was wir in der Haushaltsrechnung haben, auch bei der neuen Organisationsform durch Abschlussberichte möglich ist, und zwar zeitnah.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber es geht noch weiter. Während die Forstbeamten und die Walddarbeiter im wesentlichen Holz hacken, verliert das Land Jahr für Jahr Vermögen. Ich glaube, an dieser Stelle muss man auch einmal darüber reden, wie das mit der Verantwortung für dieses Vermögen ist. Wer – wie wir – in den vergangenen Jahren durch die Wälder in Südhessen gefahren ist, hat festgestellt, wie diese Wälder – der Staatswald, der Kommunalwald und auch der Privatwald – Schritt für Schritt zusammenbrechen, wie sie von Engerlingen und anderem geplagt sind. Wer da nichts tut, der wird hinterher bei null anfangen müssen.

Deswegen haben wir gesagt, wir brauchen ein Waldsanierungsprogramm, das dafür sorgt, dass wir nicht in ganz Südhessen anfangen müssen, Wälder von null an aufzubauen, wie das unsere Vorfahren getan haben, sondern dass wir das, was wir im Bestand haben, so stabilisieren, dass es bestehen bleiben kann und die Menschen, die nach uns kommen, auch noch Landesvermögen dieser Art wieder finden. Ich denke, da haben Sie etwas zu tun, da haben Sie versagt.

(Beifall bei der SPD)

Weil es heute nicht so lange dauern soll, komme ich zu meinem letzten Beispiel, dem Klimaschutz. Das ist schon

ganz spannend. In allen Zeitungen wird dieses Thema auf Seite 1 abgehandelt und gilt als das wichtigste Thema der Umweltpolitik. In den Zielbestimmungen des Landeshaushaltes aber ist es ein kleines Unterziel des Ziels Umweltschutz.

Die SPD hat es im Moment leicht – mit einem gewissen barocken Anklang ist uns jetzt der Erzengel Gabriel zur Seite gegeben, um ordentlich Klimaschutz zu betreiben.

(Reinhard Kahl (SPD): Sehr gut!)

Aber das wird in Hessen nicht helfen. Nehmen wir einmal die nachwachsenden Rohstoffe. Ich habe ein sehr entspanntes Verhältnis zum Bauernverband – im Gegensatz zu manchen Debatten früherer Jahre. Aber ich hätte es mir nicht träumen lassen, dass ich im Hessischen Landtag den Hessischen Bauernverband einmal dafür loben muss, dass er die Landesregierung anschiebt. Immer dann, wenn der Bauernverband entdeckt hat, dass es nachwachsende Rohstoffe gibt, die ihm eine Verdienstmöglichkeit eröffnen, setzt er die Landesregierung in Bewegung und macht etwas.

Das finde ich ja gut. Aber dazu brauchen wir eigentlich den Bauernverband nicht – das müsste die Landesregierung von alleine tun. Da hat sie versagt. Ich glaube, da haben wir noch etwas nachzuholen.

(Beifall bei der SPD)

Die Landwirte haben besser begriffen, wo ihre und unsere Zukunft liegt. Wenn Sie einmal anschauen, was die Landesregierung macht: Sie hat mit diesem alten Hessentender eine Spielwiese geschaffen, immer wieder nette Kongresse veranstaltet – der eine oder andere von uns war dort. Sie hat dort ein paar kleine Projekte gemacht – beispielsweise das HeRo. Wir haben die Kolleginnen und Kollegen vom HeRo gestern erlebt. Im Prinzip ist dieses kleine Beutelchen

(Der Redner hält einen Beutel Holzpellets hoch.)

ein gutes Symbol für das, was die Landesregierung macht: Der Inhalt dieses Beutelchens reicht für eine große Portion heiße Luft. Für einen ordentlichen Fortschritt reicht das nicht – das gilt für den ganzen Haushalt.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Hammann das Wort.

Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! „The same procedure as last year – the same procedure as every year“, über diesen Dialog, der Ihnen sicherlich bekannt ist, kann ich jedes Jahr aufs Neue lachen. Aber für das, was wir mit dem Haushalt 2006 vorgelegt bekommen, habe ich leider nur ein Kopfschütteln übrig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist eine große Ignoranz gegenüber den wirklich wichtigen Themen unserer Zeit feststellbar: Klimaschutz und Energiepolitik. Dazu zählt auch, wie man unsere nachfolgenden Generationen mit sauberem, klarem Wasser versorgen kann. Dazu zählt eine nachhaltige Umweltpolitik, die auch den Naturschutz einschließt. Das kann ich in dem Haushalt, den die Landesregierung vorgelegt hat, eben

nicht feststellen, und das ist unsere Kritik, die wir an diesem Haushalt ganz massiv üben.

(Beifall der Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Reinhard Kahl (SPD))

Meine Damen und Herren, wir brauchen eine engagierte Umwelt- und Naturschutzpolitik, um die Lebensbedingungen für die Menschen zu erhalten. Wir brauchen keine Propagandapolitik, das sage ich ganz deutlich. Denn wir wissen auch, wohin die Mittel fließen. Sie fließen eben in Veröffentlichungen und Broschüren. Aber wenn man schaut, was an tatsächlichen Leistungen der Landesregierung wieder zu finden ist, dann findet man so gut wie nichts, und das ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Elisabeth Apel (CDU): Sie können nicht lesen!)

Meine Damen und Herren, für uns sind drei Themen von besonderer Wichtigkeit; ich habe es vorhin schon angeprochen. Der eine Themenbereich ist Klimaschutz und Energiepolitik. Wir wissen, dass seit 1999 gerade dieser Bereich ein Stiefkind dieser Hessischen Landesregierung ist. Wir müssen feststellen: kaum Mittel, wenig Engagement, ein paar Pilotprojekte. Wenn es wirklich einmal eine Veranstaltung gibt, die wichtig ist, z. B. das 9. Klimaschutzforum, dann muss man feststellen, dass dieses Forum missbraucht wird. Ich sage das so deutlich, weil man dort versuchte, über falsche Annahmen die Atomkraft hoffähig zu machen. Das ist der falsche Weg. Statt sich Gedanken zu machen, wie wir in Hessen eine zukunftsfähige Energiepolitik unterstützen können, wie wir die CO₂-Emissionen verringern können, wird auf Placebo gesetzt, und man missbraucht eine wirklich gute Veranstaltung, die dazu hätte dienen können, wegweisende Möglichkeiten aufzuzeigen, wie man CO₂-Minderungsmaßnahmen in Hessen umsetzen kann.

Für uns ist es wichtig, dass in diesem Bereich mehr Mittel und mehr Engagement zur Verfügung gestellt werden. Uns reichen die Mittel, die Sie eingestellt haben, eben nicht aus. Auch hier muss ein deutliches Zeichen gesetzt werden. Wir wollen über 20 Millionen € mehr für diesen Bereich ausgeben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen, dass die Hessen-Energie zurückgekauft wird; denn wir brauchen diese Plattform für die Förderprogramme, für eine Vernetzung der Akteure. Wir brauchen diese Institution, um Energiepolitik in Hessen wieder vorwärts zu bringen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das macht doch jetzt die OVAG!)

Dazu brauchen wir aber auch ein Anreizprogramm. Auch da sieht es bei dieser Landesregierung absolut mau aus. Wir wissen doch alle, dass wir den Strom- und Energieverbrauch, den Wärmeverbrauch weiter senken müssen. Das heißt, wir müssen gegenüber den Bürgern, der Wirtschaft und der öffentlichen Hand Hilfestellung geben, und das wollen wir mit unserem Anreizprogramm forcieren.

Weiterhin brauchen wir Mittel, um die Ausbildung und die Weiterbildung gerade der Architekten, Ingenieure und Handwerker zu fördern. Es kann doch nicht sein, wenn man heute einen Malermeister bestellt, dass er sich nur die Außenfassade anschaut und nicht darüber nachdenkt, wie man das mit einer wärmotechnischen Sanierung verbinden kann. Das heißt, es muss ein vernetzteres

Denken stattfinden. Dadurch haben wir mehr Chancen, gerade Wärmeenergie zu sparen, und das ist absolut vorteilhaft im Hinblick auf die Nebenkosten, die die Mieterinnen und Mieter heute schon zu tragen haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Energiepolitik ist ein Stiefkind dieser Landesregierung. Ich bemängle erneut, dass einseitig nur auf die Biomasse und nur auf den Ausbau und Weiterbetrieb der Atomkraft gesetzt wird. Wir haben in Hessen die Geothermiepotenziale, aber sie werden unzureichend genutzt. Andere Bundesländer handeln in diesem Bereich fortschrittlicher. Nur ein Beispiel möchte ich an dieser Stelle nennen. In Unterhaching ist zurzeit ein Geothermie-Heizkraftwerk in Bau, es soll 2007 in Betrieb gehen. Es wird künftig 10.000 Haushalte mit Strom und 4.000 Haushalte mit Wärme versorgen. In Hessen war die Geothermie noch nicht einmal Bestandteil Ihres Energieberichts. So setzen Sie auf Potenziale, die wir auch in Hessen hätten.

Ich komme zu einem weiteren Punkt, das ist der Gewässerschutz. Wir brauchen für die nachfolgenden Generationen sauberes Trinkwasser. Ja, Sie haben ein Sofortprogramm für Kläranlagen aufgelegt, meine Damen und Herren von der CDU. Sie wissen aber auch, es kam viel zu spät, man hätte in diesem Bereich schon viel mehr tun müssen.

(Lachen bei der CDU)

– Sie brauchen gar nicht zu lachen, Frau Apel. Sie wissen es nämlich besser.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nicht nur im Straßenverkehr, sondern auch bei Flüssen und Gewässern setzen Sie leider immer noch auf die Betonpolitik. Wir wollen die Gewässer aus den Betonröhren befreien. Dass das machbar ist, wissen Sie selbst. Sie brauchen nur einmal auf das Projekt in Darmstadt zu schauen. Dort wird der Darmbach von seinem Betonkorsett befreit, und dadurch wird auch eine Attraktivität im innerstädtischen Raum geschaffen werden können.

Ich komme zu einem Punkt, der uns genauso wichtig ist, das ist der Bereich Naturschutz und Landschaft. Kollege Grumbach hat es vorhin schon angesprochen: Das Fachziel 2 heißt „Naturschutzland Hessen stärken“. Wo haben wir denn das Stärken dieses Naturschutzlandes Hessen? Nichts, da steckt wirklich nur laue Luft dahinter. Was Sie tun, ist, die Abwärtsspirale im Naturschutz fortzusetzen, die Sie 1999 begonnen haben. Das ist unglaublich, da wir doch wissen, welche Naturzerstörung tagein, tagaus immer noch festzustellen ist.

Meine Damen und Herren, nicht nur kleine Scheibchen schneiden Sie dem Naturschutz ab. Nein, dicke, fette Scheiben schneiden Sie seit 1999 ab. Der nächste Angriff ist bei uns doch schon wieder in Bearbeitung. Wir wissen, was Sie jetzt schon wieder vorhaben. Nicht nur die Mitwirkungsrechte der Ehrenamtlichen, die dort tätig sind, haben Sie schon über das Verwaltungsstrukturreformgesetz reduziert, sondern jetzt versuchen Sie auch noch, in die besonders schützenswerten Biotope hineinzugehen. Das können wir nicht akzeptieren, weil Sie die Notwendigkeiten des Naturschutzes offensichtlich nicht erkannt haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zu Ihrem Glanzprojekt, dem Nationalpark Kellerwald – etwas, was wir immer gewollt haben, immer

unterstützt haben, und das tun wir auch weiterhin. Deshalb sage ich auch ganz deutlich, das Manko, das dieser Haushalt im Bereich des Nationalparks Kellerwald wieder aufzuweisen scheint, muss offen dargestellt werden. Es kann doch nicht sein, wenn wir in der kuriosischen Lesung danach fragen, aus welchen Haushaltstöpfen welche Mittel für welche Projekte kommen, dass es bis heute noch nicht gelungen ist, eine Auflistung der von uns nachgefragten Projekte zu bekommen. Ich finde das wirklich sehr arm. Wenn man ein Leuchtturmprojekt wie den Nationalpark Kellerwald hat, dann muss man auch darstellen, wie dieses Leuchtturmprojekt zum Leuchten gebracht werden kann.

Eine Summe einzusetzen und zu sagen, wir bauen ein tolles Naturparkhaus, ohne zu wissen, was letztendlich im Nationalpark Kellerwald und in der Region landen wird, ist für mich ein Offenbarungseid. Denn Sie wissen offensichtlich nicht, wie Sie das Ganze finanzieren wollen; sonst hätten Sie uns die Zahlen doch schon längst geben können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben mit unserem Haushaltsantrag deutlich gemacht, dass wir hier eine massive Aufstockung der Mittel haben wollen. Wir wollen auch, dass dies der Region zugute kommt. Denn wir wissen, dass Naturschutz und Tourismus Hand in Hand gehen können. Das heißt, auch die ländliche Regionalentwicklung wird damit vorankommen. Die Mittel, die wir für Naturschutz und Landschaftspflege einstellen wollen, bedeuten ein Mehr von 12 Millionen €. Denn wir sind uns gewiss, Naturschutz ist eine Zukunftsaufgabe, und auch da ist das Geld sehr gut angelegt.

Weiterhin sind wir der Überzeugung, dass das Naturschutzzentrum Hessen finanziell wieder auf bessere Beine gestellt werden muss.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Judith Lannert (CDU))

Auch da haben Sie in den letzten Jahren, seit Sie in der Verantwortung sind, ständig den Rotstift angesetzt. Das kann doch nicht sein. Das ist die Umweltakademie, die wir in Hessen haben. Hier müssen die Mittel fließen, sodass dieses unabhängige Institut seine gute Arbeit weiter verrichten kann.

Meine Damen und Herren, wir brauchen auch weiterhin eine gentechnikfreie Landwirtschaft. All dies subsumieren wir unter den 12 Millionen €, die wir an Mehr für Naturschutz und Landschaftspflege haben wollen.

Ich glaube, wir können mit unseren Haushaltsanträgen zeigen, dass wir der Zukunft offen gegenüberstehen und wissen, wo zu handeln ist – im Gegensatz zu Ihnen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Kaufmann ruft den Wettbewerb der Uhren aus, die er vor sich liegen hat. – Meine Damen und Herren, als nächster Redner ist Herr Heidel für die FDP-Fraktion aufgerufen. Herr Kollege, Sie haben 15 Minuten angemeldet.

(Zurufe: Heinrich!)

Heinrich Heidel (FDP):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kollegen! Lassen Sie mich am Ende eines Tages sehr interessanter Diskussionen zum Landeshaushalt etwas zu dem von der Fläche und vom Umfang her größten Einzelplan sagen. Denn das Spektrum, das dieses Ministerium abdeckt, ist sehr breit. Von daher war es ein bisschen enttäuschend, dass weder der Ministerpräsident noch andere Redner der Fraktionen auf irgendwelche Themen aus diesem Bereich eingegangen sind. Herr Minister, wir müssen ein wenig aufpassen, dass dieses Ministerium nicht trotz seiner Größe an den Rand gedrängt wird, dass es nicht das fünfte Rad am Wagen wird. Auch der Wirtschaftsminister hat vorhin einen Anlauf unternommen und die Gesamtkonzeption des ländlichen Raums infrage gestellt.

Ich denke, mit diesem Zuschnitt des Ministeriums ist der ländliche Raum in seiner Gesamtheit angesprochen. Daraum geht es auch. Wir sollten bei der Haushaltsslage debattieren dürfen, die Lebensqualität und Lebensbedingungen in den ländlichen Räumen für die Zukunft zu sichern.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Michael Denzin (FDP))

Ich sage das auch vor dem Hintergrund des demographischen Wandels, der immer wieder durch alle Politikgrenzen geistert. Ich denke schon, dass wir uns Gedanken darüber machen müssen, was in Zukunft in den ländlichen Räumen stattfindet, was wir für eine Entwicklung haben wollen, wie sich unsere Dörfer und unsere Städte im ländlichen Raum weiterentwickeln sollen, wie das Instrument Dorferneuerung in Zukunft aussehen wird, wie wir mit dem Thema Zersiedlung der Landschaft umgehen, wie es uns gelingt, wieder die Ortskerne – wir haben gestern über die Innenstädte diskutiert – der Dörfer in Zukunft zu erhalten, was wir helfend tun können

(Michael Denzin (FDP): Und die Denkmalpflege!) und inwieweit Denkmalpflege gefragt ist.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das heißt dann DINGE, Denkmalpflege und INGE!)

Herr Minister, inwieweit ist hier Denkmalpflege gefragt?

(Beifall bei der FDP)

Herr Minister, letztendlich ist auch das Thema Infrastruktur eines, das in dem breiten Spektrum Ihres Ministeriums mit gesehen werden muss. Zu diesem Thema Infrastruktur gehört eine Verkehrsanbindung für den ländlichen Raum. Ich glaube, hier ist in Zukunft ein erheblicher Abstimmungsbedarf mit dem Herrn Kollegen Wirtschaftsminister vonnöten.

(Beifall bei der FDP)

Die konzipierten Ziele im Haushalt lassen sich sicherlich an der einen oder anderen Stelle viel genauer und zielgerichtet definieren. Aber ich bin der Auffassung, dass diese Fachziele – wir gehen zum ersten Mal in diesem Haushalt mit Fachzielen um – so gestaltet sind, dass sie in diesem Bereich Ihres Ministeriums akzeptabel sind. Deshalb meine ich, dass es richtig ist, auf den vorhandenen Strukturen, die es im seinerzeitigen Umweltministerium gab, aufzubauen und den Haushaltsplan so aufzustellen, wie es dann geschehen ist.

Herr Kollege Grumbach, nicht immer ist Veränderung gut. Hier ist relativ wenig Veränderung, hier ist relative

Konstanz drin. Das hat auch einen Vorteil. Ich glaube, dass es uns in den weiteren Beratungen über die Haushaltsträge gelingt, den einen oder anderen Schwerpunkt weiter auszuarbeiten. Damit bin ich bei dem von Ihnen zum Schluss angesprochenen Thema Biomasse.

Wir haben jetzt eine Biomassestudie vorliegen. Das ist gut so. Aber daraus müssen auch Schlussfolgerungen gezogen werden. Daraus muss das Land auch eine Konzeption entwickeln und sagen: Das will ich haben. HeRo allein – das haben wir in dem Zeitraum des Bestehens gemerkt, der Ansatz ist richtig – wird es so nicht schaffen.

(Beifall bei der FDP)

Der Ansatz, viele andere Institutionen, die im ländlichen Raum tätig sind, in diesen Bereich einzubinden, ist richtig und wichtig. Ich habe bloß ein Problem, wenn ich an der Stelle eine Initiative, wie wir sie in Hessen intensiv aufgegriffen haben, mit Biodiesel anspreche. Die Diskussion, die derzeit in Berlin geführt wird

(Michael Denzin (FDP): Große Koalition!)

– Herr Kollege Denzin, der großen Koalition, das ist richtig – mit der Besteuerung von Biodiesel, wird auf einen Schlag ca. 1.600 Biotankstellen wegrasieren.

(Zuruf des Abg. Michael Denzin (FDP))

Diesem von uns gewollten Instrument und dem auch aus umweltpolitischer Sicht hervorragenden Kraftstoff könnte mit diesen Beschlüssen der großen Koalition, wenn sie so umgesetzt werden, der Garaus gemacht werden. Herr Kollege Grumbach, von daher bitte ich Sie, darauf einzugehen

(Beifall bei der FDP und des Abg. Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

und in Berlin Ihre entsprechenden Gespräche zu führen. Es kann nicht nur dann um Vertrauenschutz gehen, wenn es um die Einspeisevergütung bei Strom geht, sondern es geht auch um Vertrauenschutz für diejenigen, die auf Biodiesel gesetzt haben.

(Beifall bei der FDP – Michael Denzin (FDP): Das war sehr gut!)

Um das mit einer Zahl deutlich zu machen: Allein im Landkreis Waldeck-Frankenberg werden 3.800.000 kg Biogas produziert und verarbeitet. Das schafft eine Wertschöpfung von etwa 1,9 Millionen €. Dieses zu zerschlagen ist auch ein Verlust für den ganzen ländlichen Raum.

(Beifall bei der FDP)

Ich will an der Stelle gleich die Grundwasserabgabe ansprechen. Es war sachlich richtig und geboten, im Zuge der Wettbewerbsfähigkeit, auch der heimischen Unternehmen, die Grundwasserabgabe seinerzeit abzuschaffen. Frau Hammann, es ist auf jeden Fall das falsche Signal, darüber zu diskutieren, so etwas wieder einzuführen. Ich bin in der Diskussion über den Klimaschutz sehr nahe bei Ihnen. Diese Diskussion werden wir in Zukunft verstärkt führen. Das findet nicht nur in Kyoto und jetzt in Montreal statt, sondern ich glaube, diese Diskussion muss auch hier vor Ort angeregt und intensiviert werden.

Herr Minister, wir werden uns bei den Anträgen mit Ihnen darüber zu unterhalten haben, ob es gelingen kann, einen Klimaschutzpreis einzuführen, den es schon in anderen europäischen Ländern gibt und der auch in anderen Bundesländern schon zum Zuge kommt. Das Programm soll so aufgelegt werden, dass die Kommunen die Potenzi-

ale zur Steigerung der Energieeffizienz bei sich ausmachen, dass das unterstützt und gefördert wird, dass dieser Wettbewerb untereinander ausgefochten wird und dann zu den besten Programmen gefunden wird, wie wir alle Klimaschutzziele am besten erreichen können. Hier kündige ich für die FDP-Fraktion einen entsprechenden Antrag für die weiteren Haushaltsberatungen an.

(Beifall bei der FDP – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da kriegt man ja Angst!)

Lassen Sie mich zu den Ansätzen im Landwirtschaftsbereich zwei kurze Bemerkungen machen. Wir haben EU-Programme umzusetzen. Das geschieht zum einen in bewährter Weise. Zum anderen finde ich es lobenswert, dass das Förderprodukt jetzt „wettbewerbsfähige Landwirtschaft“ heißt. Das begrüße ich ausdrücklich, weil wir wissen, dass die Landwirtschaft in einem internationalen Wettbewerb steht. Wenn wir die gleichen Startchancen und Bedingungen haben, habe ich keine Angst, dass sich auch die hessische Landwirtschaft in diesem internationalen Wettbewerb behaupten kann. Das sollten wir auch dokumentieren. Deshalb ist diese Formulierung an der Stelle richtig.

Bevor ich zum Verbraucherschutz komme, will ich zu unserem Antrag einige Anmerkungen machen. Wir hatten uns in der letzten Ausschusssitzung schon einmal mit dem Thema Fleischkontrollen und Koordination auf Landesebene unterhalten. Es gibt von Herrn Seehofer ein so genanntes 10-Punkte-Programm, was er gedenkt, umzusetzen. Aber in diesem Programm wird davon gesprochen, man müsse mit den Ländern koordinieren. Wir haben in Hessen aus meiner Sicht einen ganz anderen Punkt und ein ganz anderes Problem. Das ist das Thema Kommunalisierung.

Ich bin auf Ihre Antwort gespannt, wie Sie sicherstellen wollen, dass nach der Kommunalisierung der Fleischkontrollen hessenweit das, was an Kontrollen möglich ist, stattfindet, und zwar nach gleichen Kriterien und gleichen Richtlinien, und dass nicht der eine Landrat das so und der andere Landrat das so regelt. Diese Gefahr ist im Moment gegeben.

(Michael Denzin (FDP): Das, was man aus den Landkreisen hört!)

Bei der Thematik hören wir das, wenn wir landauf und landab fahren, auch von den dafür zuständigen Mitarbeitern. Hier besteht dringend ein Regelungsbedarf. Ausdrücklich muss klar sein, dass dieser Kontrollauftrag ein ganzheitlicher sein muss. Es kann nicht angehen, dass wir als Landwirte alles dokumentieren, bis die Tiere aus dem Stall gehen – bis ins kleinste i-Tüpfelchen ist alles dokumentiert; jede Eisenkapsel, die ein Ferkel erhält, muss im so genannten Medikamentenbuch dokumentiert werden –, dass aber ab dem Zeitpunkt, ab dem das Fleisch oder das Tier abgegeben ist, Wildwuchs angesagt ist.

Ich bin mir absolut sicher, dass es sich zwar um schwarze Schafe und um kriminelle Energie handelt, die dort freigesetzt wird. Dennoch müssen wir den Anspruch haben, dass dort genauso intensiv dokumentiert und kontrolliert wird, wie es in dem Bereich der Landwirtschaft bis dahin gemacht wird.

(Zurufe von der FDP: Schwarze Schafe oder schwarze Schweine?)

Der nächste Punkt ist das Thema Verbraucheraufklärung. Wir haben Markenzeichen, und wir brauchen eine Ver-

braucheraufklärung. Wir brauchen diese Aufklärung für den Verbraucher vor dem Hintergrund, dass der Verbraucher das Vertrauen in die Nahrungsmittel wieder gewinnen muss, die hier auf dem Markt sind. Das hängt vielfach mit Öffentlichkeitsarbeit und Informationen zusammen. Aber es hängt auch damit zusammen, was ich an Proben auf dem Markt darstellen kann.

(Beifall der Abg. Florian Rentsch (FDP) und Hugo Klein (Freigericht) (CDU))

Ich habe schon einmal in dem Zusammenhang das Thema Fleischskandal angesprochen, der in Hessen bis dato Gott sei Dank kein Skandal ist. Wenn das dann in Zusammenhang mit Marktfleischprogrammen gebracht wird, so muss ich unterstellen, dass böser Wille im Spiel war. Dies war – das sage ich ganz deutlich – bei der Verbraucherzentrale Hessen der Fall, als die sich mit dem Marktfleischprogramm auseinander gesetzt hat.

Dies kann so von uns nicht hingenommen werden. Wir müssen klar und deutlich darstellen – das ist auch Aufgabe der Politik –, es gibt für uns null Toleranz. Wir müssen die kriminellen Machenschaften einengen, die sich in wesentlichen Teilen innerhalb der Fleischwirtschaft abgespielt haben. Wir müssen es an den Pranger stellen. Diese schwarzen Schafe müssen genannt werden. Dann kann auch wieder Vertrauen in die heimische Produktion der Nahrungsmittel hergestellt werden.

Ich möchte jetzt auf den Dringlichen Antrag zu sprechen kommen, der sich mit den Jahresabschlüssen des Landesbetriebs Hessen-Forst beschäftigt. Meine sehr verehrten Damen und Herren der SPD, es ist richtig, dass das Thema schon in der letzten Fragestunde behandelt wurde. Herr Kollege von Hunnius wollte wissen, inwieweit die Fertigstellung der Jahresabschlüsse des Landesbetriebs Hessen-Forst voranschreitet.

Wir haben jetzt das Jahr 2005. Der Jahresabschluss des Jahres 2003 liegt noch nicht vor.

(Michael Denzin (FDP): Was? Das ist ein Skandal!)

Auch der Jahresabschluss für das Jahr 2004 liegt noch nicht vor. Ich glaube, das darf in Zukunft nicht so weitergehen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der SPD)

Denn wenn wir über den Haushalt debattieren, dann reden wir auch über den Zuschuss, den der Landesbetrieb Hessen-Forst erhält. Herr Minister, ich gehe davon aus, dass Sie nachher an das Pult treten und erklären werden, wann die beiden Jahresabschlüsse vorgelegt werden.

(Michael Denzin (FDP): Am besten bringt er sie gleich mit!)

Die Schwierigkeiten hinsichtlich des Themas Pensionsregelung müssen gelöst werden. Der Finanzminister sitzt auch hier. Vielleicht können Sie das gleich mit ihm verhandeln, falls das noch nicht geschehen ist. Die Lösung des Problems darf nicht zulasten des Landesbetriebs weiter verzögert werden. Hier muss Klarheit her. Jeder muss wissen, woran er ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich will auch noch eines deutlich sagen: Meiner Auffassung nach funktioniert der Landesbetrieb Hessen-Forst gut. Ihn zu errichten war mit Sicherheit eine schwierige Aufgabe. Doch trotz aller Unkenrufe ist es zum einen gelungen, den Personalabbau bzw. die Personalumsetzung und die Umstrukturierung hervorragend zu regeln, zum

anderen ist es gelungen, dass die Bäume auch weiterhin wachsen. Viele haben behauptet, wenn der Landesbetrieb eingerichtet sei, würden die Bäume nicht mehr wachsen.

(Michael Denzin (FDP): Fragt doch einmal die Christel Hoffmann!)

Ich stelle fest: Die Bäume wachsen immer noch. – Herr Kollege Bender, wenn die Holzpreise anziehen, wird es uns vielleicht gelingen, dass der Landesbetrieb dann schwarze Zahlen schreibt oder zumindest eine schwarze Null erreicht.

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Kollege, die verabredete Redezeit ist erschöpft.

Heinrich Heidel (FDP):

Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss meiner Rede. – Ich möchte zum Schluss meiner Rede noch einmal das aufgreifen, was Frau Kollegin Hammann gesagt hat. Ich glaube, es gibt noch einige andere in diesem Saal, die auf die Antwort gespannt wären. Ich würde mich freuen, wenn auch etwas zu dem Thema der Finanzierung des Nationalparks Kellerwald und zur Finanzierung des Nationalparkhauses gesagt würde. Ich sage ganz deutlich: Wer beschlossen hat, einen Nationalpark haben zu wollen, der muss ihn auch finanzieren. Ich erwarte deshalb klare Aussagen dazu, wie in Zukunft damit umgegangen werden soll. – Schönen Dank.

(Beifall bei der FDP und der Abg. Hugo Klein (Freigericht) und Mark Weinmeister (CDU))

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Als nächste Rednerin spricht Frau Apel für die Union. Eine Redezeit von zehn Minuten wurde hierfür gewünscht.

Elisabeth Apel (CDU):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

(Unruhe)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Meine Damen und Herren, auch wenn es spät ist, bitte ich doch um Aufmerksamkeit für die Rednerin.

Elisabeth Apel (CDU):

Die Politik für den ländlichen Raum steht seit Jahrzehnten vor ihrer größten Herausforderung.

(Michael Denzin (FDP): Oh!)

Eine erfolgreiche Politik für den ländlichen Raum wird künftig daran gemessen werden müssen, ob es gelingt, eine Stärkung des ländlichen Raums durch Hebung der vorhandenen Wertschöpfungspotenziale herbeizuführen, damit der ländliche Raum von der dauerhaften Subventionierung durch staatliche Transferleistungen unabhängiger wird.

Wir haben daher der energetischen Verwertung der Biomasse allergrößte Priorität eingeräumt. Berücksichtigen

Sie bitte, dass das Potenzial für die Nutzung der Biomasse allein bei uns in Hessen bei konsequenter Ausnutzung bei weit über 30 Millionen € pro Jahr liegen würde. Das sind Mittel, die bisher in den Fernen Osten und nicht in den nahen Vogelsberg, etwa zu Herrn Kollegen Wiegel, fließen. Daran können Sie sehen, welche Potenziale bisher nicht oder nur unzureichend genutzt wurden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Mit der Gründung von HeRo im Jahre 2003 haben wir ganz klar einen Schwerpunkt gesetzt. Wir wollen allein im kommenden Jahr 4,1 Millionen € für die Nutzung der Biorohstoffe einsetzen. Damit wollen wir den viel versprechenden erfolgreichen Projekten einen weiteren Schub geben.

Herr Kollege Häusling wird wahrscheinlich nachher den Antrag seiner Fraktion noch einmal begründen, bei dem es darum geht, dass die Dörfer weg vom Öl kommen sollen.

Wir sollten einmal die 4,1 Millionen €, die wir im Jahr 2006 für die Nutzung der Biomasse in Hessen einsetzen wollen, in Vergleich zu dem setzen, was die rot-grüne Koalition während ihrer achtjährigen Regierungsverantwortung in den Neunzigerjahren gemacht hat.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Wir werden im nächsten Jahr 4,1 Millionen € einsetzen. Unter Rot-Grün wurden in acht Jahren für die Nutzung der Biomasse 2,5 Millionen € aufgewendet – innerhalb von acht Jahren.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Das sind gerade einmal 300.000 € pro Jahr. Während der acht Jahre, in denen Rot-Grün die Regierungsverantwortung in Hessen hatte, hat das Land Hessen lediglich den Bau von 54 Anlagen unterstützt. In Bayern, wo die CSU die Regierungsverantwortung trägt, entstanden in der gleichen Zeit über 500 Anlagen.

Meine Damen und Herren der GRÜNEN, Sie sind sich nicht nur nicht zu schade, uns heute für die von Ihnen in der Vergangenheit begangenen Fehler verantwortlich machen zu wollen. Vielmehr wollen Sie heute auch noch auf den Zug aufspringen, der sich bereits in voller Fahrt befindet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Unter Ihrer Regierungsverantwortung wurden alle Potenziale für eine zusätzliche Wertschöpfung im ländlichen Raum, alle Möglichkeit zur Reduzierung der Kohlendioxidemission und alle Möglichkeiten zur Erreichung einer technischen Spitzenposition in diesem Bereich konsequent nicht genutzt. Angesichts Ihrer verheerenden Abschlussbilanz und angesichts Ihres Versagens in diesem Bereich haben Sie jedes Recht verwirkt, sich heute hierhin zu stellen und uns zu sagen, wie man es besser machen müsste.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir sind uns sicher, dass wir unser selbst gestecktes Ziel werden einhalten können, demzufolge bis zum Jahr 2015 15 % der in Hessen erzeugten Energie aus nachwachsenden Rohstoffen und regenerativen Energiequellen gedeckt werden sollen. Wir werden diese Zusage einhalten können, weil wir einen klaren Kurs fahren, der sich völlig von dem Versagen während Ihrer Regierungsverantwortung unterscheidet. Das spiegelt sich auch in Ihrer Bilanz wider.

Ich möchte auf den nächsten Punkt zu sprechen kommen, bei dem Sie versagt haben. Er betrifft den Verbraucherschutz. Seitdem Rot und Grün in Hessen auf der Grundlage ihrer wenigen Oppositionsstühle agieren, fordern sie mit steigender Penetranz immer wieder zusätzliche Mittel für die Lebensmittelüberwachung ein.

(Christel Hoffmann (SPD): Das haben wir alles schon einmal gehört!)

Meine Damen und Herren von Rot und Grün, als noch Ihre Protagonisten auf den Regierungsbänken saßen – beispielsweise trug Frau Stolterfoht die Verantwortung für die Lebensmittelüberwachung –, wurde die Zahl der Lebensmittelkontrolleure, die 1991 noch 140 betrug, auf gerade einmal 85 Lebensmittelkontrolleure des aktiven Dienstes im Jahre 1998 zurückgefahren, also innerhalb von sieben Jahren. Die gleichen Leute, die heute vermeintlich medienwirksam mehr Verbraucherschutz fordern, waren damals dafür verantwortlich, dass etwa 40 % der Stellen der Lebensmittelkontrolleure nicht mehr besetzt wurden, die frei wurden, weil Leute aus dem Dienst ausschieden.

(Beifall des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Man muss sich dabei vor Augen führen, dass jeder vollzeitbeschäftigte Lebensmittelkontrolleur 1.200 Kontrollen pro Jahr durchführt. Mein Damen und Herren von Rot und Grün, das bedeutet also, dass Sie während Ihrer Regierungszeit zu verantworten hatten, dass pro Jahr über 60.000 Lebensmittelkontrollen weniger durchgeführt wurden.

Wir haben seit 1999 viel Geld in die Hand genommen, um die von Ihnen gemachten Fehler so schnell wie möglich zu beseitigen. Sie schickten immer wieder einmal ein bis zwei Personen zur Ausbildung zum Lebensmittelkontrolleur nach Düsseldorf. Gleichzeitig schieden aber wesentlich mehr Personen altersbedingt aus. Seit 2001 wurden in Hessen ganze Klassen für die Ausbildung der Lebensmittelkontrolleure eingerichtet, damit in überschaubarer Zeit wieder die ursprünglich vorgesehene Sollstärke erreicht werden kann.

Auch hinsichtlich des Verbraucherschutzes haben Sie also jedes Recht verwirkt, scheinbar medienwirksam auf an anderen Orten aufgetretene Probleme mit der Hoffnung hinzuweisen, es werde auch etwas an dieser Landesregierung hängen bleiben.

Die verschiedenen Organisationen, die sich mit dem Verbraucherschutz und der Aufklärung der Verbraucher beschäftigen, leisten hervorragende Arbeit. Dementsprechend werden wir für den Haushaltsansatz des Verbraucherschutzes zusätzliches Geld in die Hand nehmen. Wir werden dafür 75.000 € zusätzlich in den Haushalt einstellen.

Ich komme jetzt auf den Nationalpark Kellerwald-Edersee zu sprechen. Die Menschen der Region haben in einem Bürgerentscheid Ihre Vorstellung des verordneten Naturschutzes abgelehnt. Sie wollten sich nicht von Ihnen vorschreiben lassen, dass in ihrer Region der Naturschutz jede wirtschaftliche Entwicklung behindern sollte. Die Bürgerinnen und Bürger erteilten Ihrer Vorstellung des Naturschutzes durch Verordnung eine klare Absage.

Wir haben die Menschen in der Region nicht nur hinsichtlich ihrer sehr klaren Vorstellungen über die wirtschaftliche Entwicklung ernst genommen. Vielmehr haben wir ihnen auch gezeigt, welche Chancen wir sehen, wenn man Naturschutz und wirtschaftliche Entwicklung

mit einem zukunftsfähigen Konzept in Einklang bringt. Meine Damen und Herren von Rot und Grün, wir haben dafür ein klar zustimmendes Votum erhalten. Sie sollten sich vielleicht einmal bei Gelegenheit die Landtagswahlergebnisse des Landkreises Waldeck-Frankenberg ansehen.

Ministerpräsident Koch hat Ihnen sehr deutlich ins Stammbuch geschrieben, dass der Nationalpark Kellerwald-Edersee nur dann leben wird, wenn die Menschen in der Region mit ihm leben wollen. Die Menschen in der Region wollten mit Ihrer Vorstellung des Nationalparks eben nicht leben. Deswegen haben sie Ihnen nicht nur bei der letzten Landtagswahl eine klare Absage erteilt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir stehen zu unserer Verantwortung für den ersten Nationalpark auf hessischem Boden. Wir werden die Verpflichtungsermächtigung für den Bau des Nationalparkhauses um 1,4 Millionen € aufstocken. Wir hoffen, dass die Deutsche Umweltstiftung ihr Versprechen einlässt, im kommenden Jahr bis zu 1 Million € an Fördermitteln hierfür zur Verfügung zu stellen.

Auch im Naturschutz ist ein klares Versagen von Rot und Grün auf ganzer Linie festzustellen.

(Peta Fuhrmann (SPD): Das ist Ihre Rede aus dem Jahr 2002!)

Sie waren schon in den Neunzigerjahren verpflichtet, Natura 2000 umzusetzen. Bis zum Jahr 1998 hatten Sie gerade einmal 1,6 % der Landesfläche als FFH-Gebiete ausgewiesen.

Auf die Frage nach zu erfolgender Grunddatenerhebung, nach Managementplänen, nach der Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel kam von Ihrer Seite, meine Damen und Herren von Rot-Grün, nur ungläubiges Staunen. Ja, Sie wussten noch nicht einmal, wovon die Rede war, weil Sie europäische Naturschutzvorgaben eben nicht ernst nahmen.

Auch hier haben wir klar umgesteuert. Inzwischen sind über 20 % der Landesfläche – 480.000 ha – als Natura 2000-Gebiete vorgesehen. Durch erhebliche Finanzmittel wird auch die Grunddatenerhebung bis 2007 endlich abgeschlossen sein, und die Managementpläne sind im Einklang mit Land und Forstwirtschaft auf einem guten Weg.

Wir haben nicht nur bei dem seit 2002 geltenden Naturschutzgesetz erhebliche Deregulierungen vorgenommen, weil wir unserem Grundsatz Vertragsnaturschutz vor Verordnungsnaturschutz treu bleiben. Nein, wir haben auch mit der neuen Kompensationsverordnung die rechtlichen Grundlagen geschaffen, den Vertragsnaturschutz künftig mit erheblichen finanziellen Mitteln auszustatten, damit die von Naturschutzaflagen betroffenen Grundeigentümer nicht allein gelassen werden.

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Frau Kollegin, Sie müssen zum Ende kommen.

Elisabeth Apel (CDU):

Meine Damen und Herren, wenn sozialdemokratische Landesregierungen dieses Modell nachmachen wollen, dann zeugt es davon, dass es so schlecht nicht sein kann.

Auch bei der hessischen Altlastensanierung sind wir große Schritte weitergekommen. Es steht an, dass die Altlastensanierung der Tri-Halde zum Abschluss gebracht werden kann. Wir haben den Phoenix Award für die Altlastensanierung im Pionierpark Mühlheim erhalten. Kollege Grumbach hat das 500-Millionen-€-Abwasserprogramm glücklicherweise doch noch im Haushalt entdeckt, und auch bei der Deichsanierung setzen wir unseren hohen Mittelansatz weiterhin fort.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das steht überhaupt nicht im Haushalt!)

Wir werden auch im kommenden Jahr 10 Millionen € für die Deichsanierung einsetzen. Sie haben es 1998 gerade mal auf 1 Million € gebracht.

Wir werden Ihren Vorstellungen einer rot-grünen Sondersteuer von 100 Millionen € eine klare Absage erteilen, weil wir nicht wollen, dass dieses Geld dem Wirtschaftskreislauf entzogen wird und so die wirtschaftliche Erholung Deutschlands noch weiter auf sich warten lässt. Wenn Sie neue Vorstellungen haben, wie Sie Natur- und Umweltpolitik einsetzen wollen, bedeutet das immer, dass Sie zunächst den Menschen, den Gebührenzahlern das Geld aus der Tasche ziehen, um es ihnen nachher gnädigerweise wieder in kleinen Tranchen teilweise zurückzugeben. Diesen Weg werden wir nicht gehen. Wir sind sehr froh darüber, dass wir mit einem sehr erfolgreichen Natur- und Umweltschutzkonzept hier klare Akzente gesetzt haben, und wir werden diesen Weg auch weiterhin fortsetzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Gernot Grumbach (SPD): Nächstes Jahr eine neue Rede!)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Nächster Redner ist Herr Häusling für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist schön, dass zur Spätvorstellung heute Abend noch so viele Kollegen anwesend sind.

(Axel Wintermeyer (CDU): Wir haben alle auf Sie gewartet!)

Kollegin Apel, ich finde es schon bezeichnend, dass Sie Ihre Reden jedes Jahr sozusagen recyceln und hier neu auflegen. Sie reden immer über das vergangene Jahrhundert, haben aber überhaupt nichts zu diesem Haushaltssatz gesagt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Es gibt einen Minister, von dem man wohl sagen kann, dass er der einzige Minister ist, der Visionen für eine Krankheit hält. Denn dieser Haushaltssatz, den er uns vorgelegt hat, ist wirklich völlig frei von irgendwelchen Visionen und Gestaltungswillen für den ländlichen Raum.

Das zieht sich wie ein roter Faden durch die Politik der letzten Jahre dieses Ministers. Es dümpelt alles vor sich hin, irgendwie klappt am Ende alles, aber einen Gestaltungswillen kann man eigentlich nicht erkennen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ein Minister, der sich selbst ganz gerne als Landwirtschaftsminister sieht und auch den Namen gerne hört, schafft es noch nicht einmal, für seine ureigene Klientel etwas Vorbildliches in Hessen vorzuweisen.

Die Einkommen der hessischen Landwirte befinden sich am Schlusslicht in der bundesweiten Einkommensstatistik; ich glaube, sie werden nur noch von Bayern übertroffen. Auch das ist ein Erfolg jahrelanger schwarzer Politik in Hessen. Frau Apel, es wäre nett gewesen, Sie hätten dazu etwas gesagt.

(Petra Fuhrmann (SPD): Kein Wort!)

Herr Minister, es ist auch so, dass Sie immer noch eine sehr ideologisch geprägte Politik machen.

(Elisabeth Apel (CDU): Sie nicht?)

Die Zukunftschancen des ökologischen Marktes verkennt Sie seit Jahren wirklich konsequent. Das ist ein Markt, der jedes Jahr um 20 bis 30 % wächst. Was macht die Landesregierung im letzten Jahr? – Sie stellt die Hilfen für umstellungswillige Landwirte ein.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist eine Schande!)

Dieses Jahr verspricht sie, sie würde es wieder machen, aber die Versprechungen der Landesregierung sind bekanntlich relativ kurzlebig.

Ich erwähne eine andere Chance. Wir bieten in Hessen gentechnikfreien Anbau in vielen Regionen sogar mit einem Markenzeichen an – ich erinnere an die Rhön –, und das könnte man vorbildlich nach vorne bringen. Dafür hätten wir in Hessen gerne eine Förderung gesehen. Wir jedenfalls haben in unserem Haushaltssatz dafür 500.000 € zur Verfügung gestellt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister, Sie muss man ja immer zum Jagen tragen. Diesen Sommer sind die Mittel zur Förderung erneuerbarer Energien ausgegangen. Siehe da, man hat nicht Hognäpfle im Süden entdeckt. Nein, das Ministerium hat immer noch Mittel aus der Grundwasserabgabe im Keller, die man flugs dazu benutzt hat, das Programm doch noch bis zum Ende des Jahres zu finanzieren.

Herr Minister, irgendwann wird auch das einmal zu Ende sein, und wenn Sie ehrlich wären – ich erinnere an Ihr politisches Auftreten in der Öffentlichkeit –, dann würden Sie eingestehen, dass Sie die ganzen Sachen ohne die Mittel aus der Grundwasserabgabe langfristig überhaupt nicht mehr finanzieren können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stehen Sie dazu, und sagen Sie nicht, dies sei eine ideologische Politik.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es!)

Herr Minister, wir sind uns darin einig, dass wir vor Riesenaufgaben im ländlichen Raum stehen. Es fängt bei der demographischen Entwicklung an und reicht bis hin zu den Chancen, die wir im ländlichen Raum haben, um die erneuerbaren Energien mithilfe der Landwirtschaft nach vorne zu bringen. Aber diese Regierung ist tatkräftig dabei, all diese Chancen zu verpassen.

Frau Kollegin Apel, es wäre nett gewesen, Sie hätten zu den Haushaltssmitteln Stellung bezogen. Es sieht zwar im

Haushalt so aus, als ob die Mittel im Vergleich zum letzten Jahr erhöht worden wären, aber wenn man die Nachtragsmittel des letzten Jahres berücksichtigt, dann stellt man fest, dass der Haushaltsansatz in diesem Jahr sogar noch geringer als im letzten Jahr ist. Damit wollen Sie eine Offensive für die Nutzung erneuerbarer Energien starten? Wo soll das denn enden? – Da kommen wir vielleicht noch später als bei der Kinderbetreuung im Jahre 2050 an den Zielen an, die sich die Landesregierung selbst gesteckt hat.

Eines ist vor allen Dingen bedauerlich: Es ist ja nicht nur so, dass wir damit Klimaschutz und landwirtschaftliche Einkommen voranbringen. Wir können darüber hinaus 6.000 bis 8.000 Arbeitsplätze im ländlichen Raum schaffen. Das sind wirkliche Zukunftschancen. Nennen Sie mir einen Bereich, in dem Wachstum in dieser Größenordnung stattfindet. Das ist nur der Bereich erneuerbare Energien, und Sie – das kann man so sagen – verpennen das schlicht und ergreifend.

Herr Minister, zur Politik der letzten Jahre. Sie haben zwar auf das Thema erneuerbare Energien reagiert, aber nur mit einer Vielzahl von Presseerklärungen; das kann man wirklich sagen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Presseerklärungen geben aber relativ wenig Energie zum Heizen ab. Sie sollten sich einmal konkret darüber Gedanken machen, was Sie aus der Biomassepotenzialstudie umsetzen wollen. Da fehlt uns bisher jegliches Konzept, von dem man sagen kann, dass es in die Zukunft weist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nehmen wir einmal den Bereich Hessen-Forst. Herr Minister, Sie kennen die Diskussion aus der Landesforstbetriebskommission. Wir haben schon dreimal angemahnt, wo das Konzept von Hessen-Forst ist, um erneuerbare Energien – sprich: Energieholz – zu nutzen. Es ist nichts, aber auch gar nichts passiert.

Ganz im Gegenteil: Sie geben sogar eine Pressemitteilung heraus, in der steht, dass die Leute in den Wald gehen und sich das Holz selbst holen können. Also, wenn das eine zukunftsgerichtete Politik ist, Herr Minister, dann weiß ich auch nicht mehr weiter. Sie müssen doch in der Lage sein, ein Konzept für Hessen-Forst vorzulegen, mit dem man diese wirtschaftlichen Chancen für Hessen-Forst nutzen kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben ganz klar gesagt – und dazu stehen wir auch –, dass wir aus den Mitteln der Gewässerschutzabgabe auch die Punkte finanzieren müssen. Wir haben gesagt, dass wir 5 Millionen € für erneuerbare Energien im ländlichen Raum wollen und dass wir auch das Kompetenzzentrum besser ausstatten müssen. Es reichen eben nicht nur so Werbeveranstaltungen. Es fehlt doch an allen Ecken und Enden im Kompetenzzentrum. Es kann doch wirklich keine Erfolgsnummer werden, wenn man mit drei Leuten versucht, in Hessen die erneuerbaren Energien voranzubringen.

(Zuruf von der CDU: Besser als null!)

– Es wäre gut, wenn Sie sich an Bayern orientieren würden; die Frau Kollegin hat es eben angesprochen. Schauen Sie, was in Bayern im C.A.R.M.E.N. ermittelt ist, und gucken Sie einmal, was in Hessen im Kompetenzzentrum vorhanden ist.

Herr Minister, welche Antworten haben Sie beispielsweise auf den demographischen Wandel? Da kann ich nur sagen: absolut Fehlanzeige im ländlichen Raum.

(Zurufe von der CDU)

Herr Minister, es reicht eben nicht aus – es ist schön, dass Sie heute Abend noch so frisch sind; manchmal wünscht man sich, Sie wären sonst auch so frisch dabei –, dass man die Programme aneinander reiht und dann sagt, man habe neue Programme für den ländlichen Raum entwickelt. Sie müssen in diesen Programmen auch auf die neuen Entwicklungen eingehen, und da ist bei Ihnen wirklich absolute Fehlanzeige.

Ich komme nun zum Bereich Verbraucherschutz. Unser Antrag wegen des Gammelfleischs liegt Ihnen vor. Der Minister mogelt sich beim Verbraucherschutz ein bisschen aus den Krisen heraus. Es ist ja nicht ein Verdienst der Regierung, dass wir in Hessen kein Gammelfleisch gefunden haben. Mitnichten, es ist purer Zufall, dass wir in Hessen kein Gammelfleisch gefunden haben.

Das hat auch nichts mit einem konsequenten Verbraucherschutz zu tun. Wir haben doch gefordert: Herr Minister, suchen Sie einmal in den Kühlhäusern, und gucken Sie einmal, was auf den Straßen rollt. – Da hat sich ganz klar gezeigt – der Kollege Heidel hat es eben auch angesprochen –, dass die Kommunalisierung des Verbraucherschutzes wirklich alles andere als eine Effizienzsteigerung war. Die Sache kann von Wiesbaden aus nicht konsequent vorangetrieben werden, sondern es wird im Endeffekt dazu führen, dass man sich über Landratsämter usw. aussprechen muss, und das ist alles andere als ein zukunftsgerichteter notwendiger Verbraucherschutz.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister, ich glaube, an dem Punkt sind wir uns einig: Beim Verbraucherschutz werden die Aufgaben nicht weniger, sondern in Zukunft eher noch größer. Wir haben sozusagen eine Krise nach der nächsten. Ob die Hasenpest eine Krise wird, wissen wir noch nicht. Aber wir haben sozusagen ein permanentes Krisenmanagement, und die Verwaltung und die Beschäftigten arbeiten sozusagen immer am Rande der Kapazitäten.

Deshalb fordern wir: Sorgen Sie dafür, dass an dem Punkt die finanziellen Mittel vorhanden sind, um den Verbraucherschutz und die Lebensmittelüberwachung in Hessen konsequent voranzubringen. Wir fordern für diesen Bereich nach wie vor 3 Millionen €, wie im letzten Jahr.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister, in einem muss ich dem Kollegen Heidel energisch widersprechen. Er hat eben gesagt, die Verbraucherzentrale beschäftige sich mit Markenfleischprogrammen, und das sei irgendwie unnötig. Ganz im Gegenteil, lieber Heinrich Heidel. Es ist sehr gut, dass die Verbraucherzentrale sich dieses Themas angenommen hat und einmal unabhängig geschaut hat: Was passiert da eigentlich, wo ist Etikettenschwindel, und wo muss man ein bisschen genauer hinsehen?

(Zuruf des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Die Verbraucherzentrale hat hiermit bewiesen, wie wichtig es ist, dass es eine unabhängige Überwachung gibt. Sie haben in den letzten Jahren die Verbraucherzentrale wirklich an den Rand der Existenz gebracht. Wenn Sie so weitermachen, wird irgendwann die Existenz der Verbraucherzentrale gefährdet sein. Statten Sie endlich die

Verbraucherzentrale wieder mit den Mitteln aus, die nötig sind, um langfristig ihre Arbeit zu leisten.

(Beifall der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Hildegard Pfaff (SPD))

Herr Minister, wir haben in der letzten Ausschusssitzung über die Konsequenzen aus dem Gammelfleischskandal diskutiert. Da gibt es wohl den Herrn Seehofer, der sagt: Ich bin jetzt der neue große Verbraucherschützer. – Wenn man sich aber die Politik der CDU in den letzten Jahren ansieht, stellt man fest, Sie haben doch jahrelang Blockade gegen alles betrieben, was auch nur aus dem grünen Ministerium in Berlin kam.

(Reinhard Kahl (SPD): Der Herr Seehofer macht das doch ganz gut!)

Sie konnten nicht schnell genug sagen, das sei alles Unsinn. Herr Minister, jetzt müssen Sie anerkennen, dass das Verbraucherinformationsgesetz, das Sie jahrelang bekämpft haben und zweimal haben scheitern lassen, dringend notwendig ist. Ich hoffe, dass bei Ihnen jetzt die Einsicht einkehrt, vielleicht auch unter dem Zwang der Konstellation, dass es dringend notwendig ist, das Verbraucherinformationsgesetz auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Minister, es ist eben kurz angesprochen worden: Wir hoffen, dass die Position in Richtung Biodiesel, die Sie hier verbal äußern, auch umgesetzt wird und dass Sie nicht letztendlich mit den Positionen umgehen müssen, die im Koalitionsvertrag stehen. Heinrich Heidel hat es eben richtig gesagt: Wenn das kommt, machen wir einen Zukunftsmarkt kaputt, der mühevoll und mit viel Initiative der Landwirte aufgebaut worden ist, jetzt aber mit einem Strich aus der Koalitionsfeder platt gemacht werden soll. Ich hoffe und appelliere an all diejenigen, die sich für diesen Bereich einsetzen, dass sie alle Energie darauf verwenden, noch einmal nachzusteuern und zu sagen: So geht es an diesem Punkt nicht, da müssen wir neu denken.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister, bei Ihnen und auch bei Frau Apel hat man manchmal das Gefühl, Sie kommen noch aus dem letzten Jahrhundert. Ihre ganzen Reden sind aus dem letzten Jahrhundert, Sie sind irgendwann einmal stehen geblieben. Ich kann nur sagen, wir haben nichts gegen Fossilien, aber Fossilien gehören ins Museum. Ich hoffe, da gehen Sie mit Ihrer Politik irgendwann auch hin. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Reinhard Kahl (SPD): Jetzt keine Schärfe!)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Vielen Dank, Herr Häusling. – Ich erteile nun Herrn Staatsminister Dietzel das Wort.

(Reinhard Kahl (SPD): Sie können uns die Rede doch schenken! Wir lesen sie auch nach, ich verspreche es!)

Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir den Haushaltsplan 2006 insgesamt und den Einzelplan 09 sehen, denke ich, dass er für eine moderne,

zukunftsorientierte und erfolgreiche Politik steht. Das wollen wir auch in den nächsten Jahren weiterverfolgen.

(Beifall bei der CDU)

Vor allem machen wir uns mit einem solchen Haushaltspolitik Gedanken, das Regierungsprogramm umzusetzen und hier Schwerpunkte deutlich zu machen, und das bei einer Finanzausstattung, die durchaus nicht üppig ist. Wir müssen mit der Bevölkerung reden, ob denn alles, was gewünscht ist, noch geleistet werden kann oder ob wir uns als Staat auf unsere Kernkompetenzen zurückziehen. Es war einer der Punkte, die wir bei der „Operation sichere Zukunft“ versucht haben der Öffentlichkeit klarzumachen, dass es vor allem freiwillige Leistungen sind. Deswegen heißen sie „freiwillige Leistungen“. Ich kann mich erinnern, dass gerade bei mir im Ministerium die Diskussion am heftigsten geführt wurde.

Wenn man hier darüber redet, wie Politik umgesetzt wird, bedanke ich mich zunächst einmal bei dem Kollegen Häusling für seine Aussage, dass in unserem Haus offensichtlich alles klappt.

Der nächste Punkt, der angesprochen wurde, ist die Frage der Projekte. Lassen Sie mich hier einige aufführen, zunächst einmal den Hochwasserschutz. Es wird eine der wichtigen Aufgaben sein, dieses Thema auch in den nächsten Jahren hochzuhalten und nicht nur über Hochwasserschutz zu reden, wenn im Jahr 2002 an der Elbe oder in diesem Sommer in Bayern Hochwasser sind. Das ist unsere Aufgabe auch für die Zukunft. Hochwasser endet nicht an den Deichen am Rhein, sondern geht noch weiter zurück, bis zum örtlichen Hochwasserschutz, immerhin die Kleinigkeit von 9 Millionen €. Dazu kommen die Deiche am Rhein mit 10 Millionen € oder die naturnahen Gewässer mit 8 Millionen € aus der Abwasserabgabe. Das verstärken wir noch dadurch, dass wir Gewinnerallianzen schließen. Diese Verstärkung führt dazu, dass sich die Naturschützer darüber freuen können, dass der Beton aus dem Bach herauskommt, die Angler darüber, dass sich der Fischbestand verbessert, die Landwirte darüber, dass sich kaum in ihre Flächen eingegriffen wird, und die Unteranlieger darüber, dass das nächste Hochwasser niedriger ausfallen wird.

(Beifall bei der CDU)

Es ist doch gut angelegtes Geld, wenn in diesen Bereichen auch aus Mitteln der Naturschutzabgabe viele Projekte positiv beschieden werden können.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das reicht doch nicht!)

Ich denke auch an die Überschwemmungsgebiete in unserem Land, wo wir 4.700 km neu bearbeiten mussten, 4.400 km schon bearbeitet haben. In diesem Haushalt stehen ausreichend Mittel zur Verfügung, damit wir 2006/2007 diese Überschwemmungsgebiete öffentlich machen können.

Meine Damen und Herren, ein weiteres Projekt ist die Altlastensanierung. Ich habe immer wieder gesagt, auch an diesem Rednerpult, dass wir bis zum Jahr 2010 die großen Altlasten saniert haben. Auch das ist Grundwasserschutz, vor allem wenn ich an die Tri-Halde, das WASAG-Gelände oder das DAG-Gelände in Stadtallendorf denke. Unter dieser Altlast lagen 40 % des gesamten oberhessischen Wasservorkommens. Deswegen war es gut, dass wir diese Sanierung 2004 abgeschlossen haben, immerhin in einer Größenordnung von 130 Millionen €. Aber um

auch das eindeutig zu sagen: Wir haben in Stadtallendorf Boden gutgemacht.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Reinhard Kahl (SPD): Wer hat damit angefangen?)

Die nächsten Altlasten, die anstehen, sind in Hessisch-Lichtenau. Dort haben wir schon Bergfest gefeiert. Wir werden 2008 dort fertig sein und 2010 auch die Altlast in Lampertheim bewältigt haben. Wenn ich das Ergebnis im Pionierpark Mühlheim vom vergangenen Jahr sehe, wo wir den Altlasten-Oscar oder Phoenix Award in den Vereinigten Staaten für die weltbeste Altlastensanierung überreicht bekommen haben, dann glaube ich, dass hier gute Arbeit geleistet werden kann.

Meine Damen und Herren, ich nenne das Sofortprogramm Abwasseranlagen mit 500 Millionen €. Ich wehre mich eindeutig gegen die Behauptung, dass dort in den letzten Jahren zu wenig geleistet wurde. Wir haben als Land Hessen zwischen 100 und 150 Millionen € pro Jahr, auch in den Jahren Ihrer Regierung, ausgegeben, um die Abwasseranlagen, also Kläranlagen und Kanäle, auf Vordermann zu bringen. Verpflichtungsermächtigungen für die nächsten Jahre sind vorgesehen, damit die Mittel von 500 Millionen € für Kläranlagen, Regenüberlaufbecken und beschädigte Kanäle ausgegeben werden können. Dies ist eines der größten Investitionsprogramme, das es in Hessen jemals gegeben hat, und wird meiner Meinung nach auch positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben.

(Beifall bei der CDU – Reinhard Kahl (SPD): Nachdem Sie in den letzten Jahren die Mittel gekürzt hatten!)

Nächster Punkt: Natura 2000. Elisabeth Apel ist schon darauf eingegangen, dass wir hier wegen des Naturschutzes kritisiert werden. Wir haben 440.000 ha FFH- und Vogelschutzgebiete gemeldet, 20,9 % der Landesfläche. 1998, im letzten Jahr Ihrer Regierung, waren es noch 1,9 % der Landesfläche – nur damit wir auf dem neuesten Stand der Informationen sind.

Meine Damen und Herren, auch die Grunddatenerhebung: Wir wussten relativ wenig, was in diesen FFH-Gebieten an Naturschutz los war. Andere Länder wie Nordrhein-Westfalen haben ab 1991 Daten gesammelt, um sie zur Verfügung zu haben und auszunutzen. Wir haben 2001 begonnen. Wir haben bisher 8,3 Millionen € dafür ausgegeben und werden 2006 noch einmal 4,7 Millionen € ausgeben. Ich denke, dass wir Anfang 2007 ausreichend Daten haben, um auch mit der Europäischen Union über dieses Thema reden zu können.

Das nächste Thema: Biorohstoffe, der Landwirt als Energiewirt. Heinrich Heidel, das wird helfen, dass wir bei uns im ländlichen Raum eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft auf die Beine bekommen: 15 % des Energieverbrauchs im Jahr 2015 aus erneuerbaren Energien. Gerade die Biomassepotenzialstudie hat uns gezeigt, dass wir 12 bis 15 % schaffen können, was eine optimale Wertschöpfung auch im ländlichen Raum bedeutet.

Ich will auch das Thema Bio-Regio Holz auf dem Knüll ansprechen, weil es Herrn Häusling so erfreut. Herr Häusling, ich denke, dass wir höchst erfolgreich waren, und deswegen werde ich es auch beim nächsten Mal wieder ansprechen. Wenn der Landrat mir sagt, dass bei den kreis-eigenen Gebäuden immerhin 20 % der Energieversorgung aus nachwachsenden Rohstoffen kommen, dann

sind wir damit so erfolgreich, wie wir vielleicht 2020 in Hessen sein wollten, und das wollen wir auch weiterhin sein.

(Beifall bei der CDU)

Wenn ich die Mittelausstattung in diesem Bereich ansehe, dann geht es nicht nur um das Programm, über das wir gesprochen haben. Wir ermöglichen seit April dieses Jahres, auch Mittel aus der Dorferneuerung oder aus dem landwirtschaftlichen Investitionsprogramm zu nehmen, sodass wir Spielraum haben, mehr Mittel zur Verfügung zu stellen.

In dem Zusammenhang will ich auch die Wertschöpfung ansprechen, die in der Landwirtschaft bleibt. Ich werde auch nicht müde, das nach außen darzustellen, wenn ich etwa die Preisentwicklung beim Biodiesel ansehe. Er liegt etwa 10 Cent unter dem normalen Dieselpreis, d. h. er ist in diesem Jahr 20 bis 25 % teurer geworden. Aber der Raps beim Landwirt wurde nicht teurer. Wir müssen uns darüber Gedanken machen, wie diese Dinge weiterentwickelt werden können. Dazu gehört die Frage, ob kalt gepresstes Rapsöl, das ein Landwirt auf seinem Betrieb herstellt, eine Alternative ist. An den Schleppern muss technisch etwas getan werden, und wir brauchen eine DIN-Norm für kalt gepresstes Rapsöl.

Nun zu den vorliegenden Anträgen, zunächst zur Frage der Abschlüsse 2003 und 2004. Das war für mich auch ärgerlich, gar keine Frage. Aber gerade weil Hessen-Forst ab 1. Januar --

(Unruhe)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Minister, darf ich? – Liebe Freunde, es ist so laut, dass wir auch die Stenografen stören. Ich würde Sie bitten, doch noch dem Minister zuzuhören.

(Frank Gotthardt (CDU): Der Herr Minister redet so laut!)

Die Stenografen sagen schon durch Kopfnicken, dass sie auch noch etwas verstehen wollen.

Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:

Wie gesagt, der Landesbetrieb Hessen-Forst war einer der Ersten, der SAP eingesetzt hat. Von daher war er ein Voreiter. Ich denke, dass auch die Diskussion über Pensions- und Beihilferückstellungen geführt werden musste. Am 20.12. soll hier eine Lösung gefunden werden, sodass wir den Abschluss bis zum 31.03.2006 vorlegen können.

Zu der weiteren Frage, die Sie gestellt haben. Wenn die ersten Punkte geregelt sind, werden wir dies auch jeweils zum 31.03. der Folgejahre vermitteln können.

(Reinhard Kahl (SPD): Das darf doch wohl nicht wahr sein! Bei diesem hervorragenden System! – Gegenruf des Ministers Karlheinz Weimar: Das ist keine Systemfrage! Das ist eine Rechnungsfrage! Das haben wir geklärt!)

Zu den anderen beiden Anträgen. Es geht um einen Fleischskandal, der in Hessen keiner war. Ich denke, dass wir mittels der Informationen, die wir von anderen Ländern bekommen haben, sowie der Informationen, die wir an andere Länder weitergegeben haben, zeigen können,

dass wir hier Richtlinien für einen aktiven Verbraucherschutz formuliert haben und dass er auch funktioniert hat.

Wir haben eine Lieferung sichergestellt, die von einem Lieferanten stammte, der Gammelfleisch in Umlauf gebracht hat. Es hat sich dann aber herausgestellt, dass dies doch kein Gammelfleisch war. Herr Heidel, ich denke, wenn man sich das Handeln der Mitarbeiter in den Ministerien, bei den Landräten und bei den Oberbürgermeistern vor Augen führt, muss man feststellen, dass alles tapferlos funktioniert hat.

(Beifall bei der CDU)

Trotzdem sage ich, dass auch bei einer Verschärfung der Kontrollen kriminelle Machenschaften nie zu 100 % auszuschließen sind.

Sie sehen, dass der Haushaltspanentwurf 2006 Ausdruck einer modernen, zielorientierten und erfolgreichen Politik in Hessen ist. Das werden wir in den nächsten Jahren so fortführen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Damit ist der Einzelplan 09 in zweiter Lesung bearbeitet.

Meine Damen und Herren, es sind noch ein paar Dinge zu erledigen. Das geht umso schneller, je ruhiger Sie sind.

Ich rufe jetzt den

Einzelplan 10 – Staatsgerichtshof –

auf. – Dazu wird keine Aussprache gewünscht.

Ich rufe den

Einzelplan 11 – Hessischer Rechnungshof –

auf. – Auch dazu wird keine Aussprache gewünscht.

Am Ende der zweiten Lesung des Haushaltspanentwurfs möchte ich kurz auf das Redezeitkontingent hinweisen, damit alle Bescheid wissen. Die CDU hat für heute 125 Minuten Redezeit angemeldet. Sie hat 99 Minuten Redezeit gebraucht.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Das dicke Ende kommt noch; passen Sie auf. Die SPD hat 120 Minuten Redezeit gewünscht. Sie hat 126 Minuten gebraucht.

(Zurufe)

Die GRÜNEN haben 125 Minuten Redezeit gewünscht und 121 Minuten gebraucht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die FDP hat 120 Minuten Redezeit angemeldet; 118 Minuten lang wurde geredet. Dafür haben die Mitglieder der Landesregierung 140 Minuten lang gesprochen. Ich bitte die Geschäftsführer, zu klären, wie morgen mit den Redezeiten zu verfahren ist.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 49** auf:

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen – Drucks. 16/4708 –

Wer den Beschlussempfehlungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine Gegenstimmen, keine Enthaltungen, alle Fraktionen dieses Hauses haben zugestimmt.

Bleiben Sie bitte noch einen Moment sitzen. Es gibt zwei Nachrichten. Die eine gute Nachricht ist für die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr bestimmt. Sie müssen weder das Haus noch den Saal wechseln. Sie brauchen also nicht in den Sitzungsraum 510 W zu gehen, sondern können im Plenarsaal bleiben. Die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr wird hier stattfinden.

Bevor ich Sie entlasse und Ihnen einen guten Abend wünsche, möchte ich – viele wissen, dass ich eine große Fußballfreundin bin – noch die beste Nachricht des Tages loswerden.

(Zuruf: Von wem?)

– Von wem? Das darf ich Ihnen sagen: TUS Wolfskehlen. Das ist der Verein des Dorfes, aus dem ich komme.

(Beifall)

Da Sie sich heute gut benommen haben, sage ich Ihnen: Die Eintracht Frankfurt hat in Kaiserslautern gegen Kaiserslautern 2:1 gewonnen. Damit entlasse ich Sie in einen schönen Abend. Morgen früh um 9 Uhr geht es weiter.

(Schluss: 20.05 Uhr)